C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr.30 Juli 73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Friedensschwindel

Als „bedeutender Beitrag zur internationalen Entspannung" ist das Abkommen gefeiert worden, daß während Breschnews



Besuch in den USA im Juni unterzeichnet wurde.

Seinem Wortlaut nach soll das Abkommen „die Gefahr eines Atomkrieges ausschließen". Das würde dem Willen aller Völker nach Frieden entsprechen. In diesem Sinne ist das Abkommen auch von der bürgerlichen und

sem Sinne ist das Abkommen auch von der bürgerlichen und

revisionistischen Propaganda „verkauft" worden: es soll den Völkern demonstrieren, daß sich die Regierungen der USA und der Sowjetunion „ernsthafte Sorgen um den Frieden" machen, und daß sie zu konkreten Schritten bereit sind, „um den Frieden sicherer zu machen". Um den gewünschten Effekt noch geschickt zu steigern, würde das Abkommen bis zur letzten Minute geheim gehalten und dann der internationalen Öffentlichkeit als große Überraschung präsentiert.

Es ist bald 3o Jahre her, daß die USA im Krieg gegen Japan erstmals Atombomben einsetzen, mit denen sie die Städte Hiroshima und Nakasaki ausradierten. Seither ist diese Waffe nicht wieder eingesetzt worden. Und zwar nicht deshalb, weil irgendein Vertrag bestanden hätte, der ihren Einsatz verboten hätte; sondern wegen des internationalen Kräfteverhältnisses. Auch in Zukunft wird dieser Faktor entscheidend sein, und nicht die Unterschrift auf einem geduldigen Stück Papier.

Tatsächlich haben sich die Regierungen der USA und der Sowjetunion reichlich Löcher im Abkommen gelassen, durch die sie gegebenenfalls durchschlüpfen können, falls es ihnen notwendig erscheint.

Artikel 2 des Abkommens schreibt vor, daß USA und Sowjetunion auf Gewalt gegeneinander oder gegen dritte Länder verzichten werden.

Diese Bestimmung erscheint zunächst seltsam: die USA setzen ja auch nach Unterzeichnung des Abkommens ihre Bombenangriffe gegen Kambodscha fort. Die Sowjetunion ihrerseits hat im August 1968 die CSSR überfallen; und auch hier hat es nicht den Anschein, daß sie inzwischen einer solchen Politik prinzipiell abgeschworen hat.

Tatsächlich haben die Vertragspartner eine Hintertür eingebaut, die ihnen militärische Einmischung und Aggression gegen andere Länder auch in Zukunft offen halten soll.

Diese Hintertür ist Absatz C des Artikels 6. Er besagt, daß die „gegenüber den Verbündeten oder anderen Ländern eingegangenen Verpflichtungen" von dem jetzigen Abkommen nicht berührt werden.

kommen nicht berührt werden.

Der Sinn dieser Klausel ist klar. Rechtfertigte doch der US-Imperialismus z.B. seine Aggression gegen Vietnam damit, daß er „seine Verpflichtungen erfüllen" müsse, und ähnliches gilt für die Intervention in Kambodscha. Ähnlich sah die Rechtfertigung der sowjetischen Revisionisten für ihren Überfall auf die CSSR aus.

Die Supermächte USA und Sowjetunion haben mit einer Reihe anderer Staaten Abkommen (in Europa NATO und Warschauer Pakt), die ihnen unter der zynischen Parole „Bündnistreue" militärische Aggression und andere Formen der Einmischung erlauben. Dieser Tatbestand wird von dem jetzigen Abkommen ausdrücklich respektiert.

Auf der einen Seite sind die Regierungen der USA und der Sowjetunion tatsächlich daran interessiert, eine direkte militärische Konfrontation zwischen ihren Ländern zu vermeidon. Andererseits wollen sie jedoch nicht auf ihr „Recht" verzichten, mit Gewalt gegen andere Länder vorzugehen. Das hat im Abkommen seinen Ausdruck gefunden.

Das jetzige Abkommen reiht sich ein in die Kette von Abkommen, die seit den Zeiten Chruschtschows zwischen USA und Sowjetunion abgeschlossen wurden. In der Zeit dieser Abkommen ist die atomare Vernichtungsmacht beider Staaten keineswegs abgebaut worden, sonim Gegenteil um ein Vielfaches verstärkt worden. Aggression gegen andere Länder, militärische Drohungen und Einmischungen sind ebenfalls nicht geringer, sondern stärker geworden. Auch das jetzige Abkommen ist nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver, mit dem der tatsächliche Sachverhalt vernebelt werden soll, mit dem sich die beiden Supermächte als internationale „Friedenswächter" aufspielen wollen. ■

Streiks in der Metallindustrie

Spontaneismus oder kommunistische Propaganda

Die Unruhe der Arbeiter und Angestellten über die ständige Teuerung hält vor allem in den Metallbetrieben weiter an. Nach der Vereinbarung über die Zahlung von 4 x 70 DM im zweiten Halbjahr 1973 für die Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens (wir berichteten im ARBEITERKAMPF 29 darüber) kam es auch weiterhin zu Streiks in Metallbetrieben und Stahlwerken.

Durch ständig steigende Preise, Steuererhöhungen und Tarifabschlüsse, die auf den von der Regierung gesetzten Lohnleitlinien liegen, gelingt es den Kapitalisten seit einigen Jahren, einen Lohnabbau durchzusetzen. Auf der anderen Seite schießen besonders in diesem Jahr mit den steigenden Preisen auch die Profite in schwindelnde Höhen.

Ziel der Kapitalisten in diesem Profitaufschwung ist es, die Lohnkosten so niedrig wie möglich zu halten. Eine wichtige Voraussetzung dafür sind die niedrigen Tarifabschlüsse mit der IGM-Führung. Zur Unterstützung findet eine „Stabilitäts"kampagne statt, um weitere Lohnforderungen zu unterdrücken. Wieder und wieder werden Stabilitätsappelle an die „Tarifpartner" gerichtet – deren einziger Adressat in Wahrheit die Arbeiterklasse ist.

SPD und Gewerkschaftsführung wetteifern im Betrug an den Massen des arbeitenden Volkes. Man erinnert sich, daß der inzwischen unrühmlich zu Bruch gegangene ehemalige SPD-Minister Schiller schon vor mehreren Jahren hoch und heilig schwor, die Preissteigerungen unterhalb von 4 % zu halten – inzwischen sind sie schon mindestens doppelt so hoch, ohne daß ein Ende absehbar wäre.

Man erinnert sich weiter, daß die IGM-Führer vor einigen Monaten den Tarifabschluß davon abhängig machten, daß die Preissteigerungen endlich eingedämmt werden. Andern-

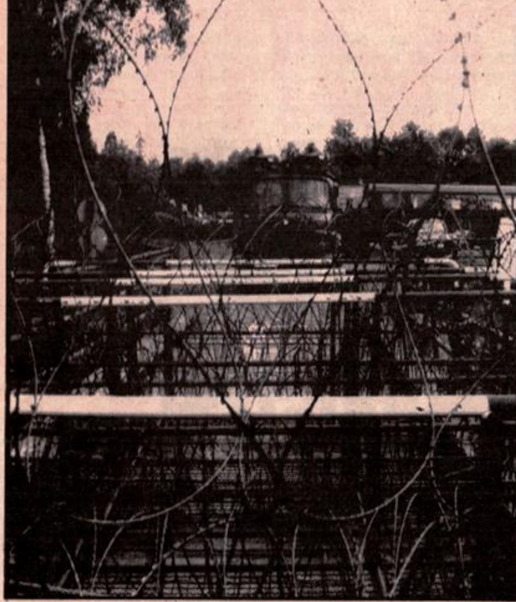


Streikende Hoesch-Arbeiter beim Protestmarsch durch Dortmund

Forts. Seite 7

Inhalt

Nordhorn-Range: Kampf gegen NATO-Luftterror



Die von der Polizei mit Stacheldraht gesperrte Brücke über den Ems-Vechte-Kanal. Dahinter ein Wasserwerfer, rechts ein Mannschaftsbus und links die Panzerspähwagen.

Im Raum Nordhorn, an der Grenze zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden, kämpft die Bevölkerung seit mehreren Jahren gegen einen Bombenabwurfplatz der britischen Luftwaffe. In den letzten Wochen hat sich dieser Kampf durch besonders hohe Spontaneität und Militanz ausgezeichnet, wie sie in unserem Land innerhalb einer tatsächlichen Massenbewegung noch neu ist. Aber die Führung dieses Kampfes blieb bislang in den Händen bürgerlicher Kräfte, die eine Entwicklung des politischen Bewußtseins der Bevölkerung zu verhindern suchten — und denen es vorerst auch gelang, die Kämpfe zugunsten erneuter hinhaltender Verhandlungen abzubrechen. Wenn damit die bürgerliche Politik auch vorläufig über die Lebensinteressen der Bevölkerung triumphierte, so ist die Wut und die Empörung der Menschen im Nordhorner Raum doch nicht beseitigt, solange ihre Forderung nach ersatzloser Aufhebung des Bombenabwurfplatzes nicht erfüllt wird — es kommt jetzt darauf an, die Lehren aus dem bisherigen Verlauf des Kampfes zu ziehen, um in den zukünftigen Auseinandersetzungen besser gerüstet zu sein.

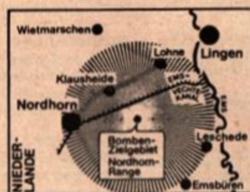
Genossen unserer Oldenburger und Hamburger Gruppe waren an verschiedenen Tagen vor und nach der polizeilichen Räumung des von der Bevölkerung besetzten Bombenabwurfplatzes in Nordhorn und Klausheide und haben sich dort über den Verlauf des Kampfes informiert und mit mehreren Beteiligten diskutiert.

Der Kampf der Grafschafter Bevölkerung gegen den Nato-Übungsplatz „Nordhorn-Range" hat eine längere Vorgeschichte. Die Zustände, für deren restlose Beseitigung sich Tausende von Menschen einsetzen, dauern nun schon gut 25 Jahre an; durch verstärkten Übungsbetrieb auf dem Platz hat sich die Situation allerdings in der letzten Zeit noch verschlimmert.

1947 übernahmen die Engländer einen ausgedienten deutschen Schießplatz und machten ihn zum Luft-Boden-Schießplatz „Nordhorn-Range". Den Nazis hatte dieser Paltz als Scheinangriffsplatz für die gegnerische Luftwaffe gedient, damit diese – in der Annahme, einen Militärflugplatz vor sich zu haben – ihre Bomben ausklinkten. Durch das Nato-Truppen-Statut wurde dieses Gelände der britischen Royal Air Force Germany überlassen und dient seither vorwiegend westdeutschen, englischen, holländischen und belgischen Düsenjagdbombern als Bombenabwurfplatz.

Von Montag bis Freitag heulen von morgends 8.00 Uhr bis abends 17.00 Uhr alle zwanzig Minuten Pulks von Starfightern, Phantoms und Fiat G 91 einen Kreis über Lingen, Wietmarschen und Nordhorn und donnern dann im Tiefflug über den Ort Klausheide hinweg, um aus 30 Metern Höhe ihre Bomben abzuwerfen und mit Raketen und Bordwaffen auf Zielattrappen zu feuern. Dann meistens einige Stunden Ruhe. 35 Minuten nach Sonnenuntergang beginnt der infernalische Lärm aufs Neue: Nachtübung.

Zu den direkt Betroffenen sind rund 50.000 Einwohner dieses Raumes zu zählen; werden alle belästigten Bürger gerechnet, „kommen wir gut auf die Zahl 100.000" (Sprecher der Notgemeinschaft, Wilfried Harnisch, am 13.6.73). Als Folge dieser „Belästigung" führt der Chefarzt des Kreiskrankenhauses Nordhorn, Prof. Portheine, an: stark überhöhter sowie bedrohlich zurückgegangener Blutdruck, verbunden mit Zittern und Ohnmacht; Konzentrationsschwierigkeiten bei den Schulkindern; sogar Trommelfelle sind geplatzt; „echte Schmerzen" beim Detonieren der Bomben (MoPo 15.6.73). „Diese überfallartigen Tiefflüge sind brutal, ja diabolisch!" (Hann. Allg. 14.6.). Und der Diplompsychologe Ebel: „Die Kinder hier zucken schon zusammen, wenn sie nur ein Flugzeug von weitem sehen. Sie leiden unter permanenten Angstzuständen. Die Folgen sind Entwicklungsstörungen, Lernbehinderungen, Erwartungsängste". Zu den erschwerten Bedingungen der Schichtarbeit in der Nordhorner Textilindustrie tritt dieser Lärmterror, der gerade den Kollegen, die im unmittelbar am Abwurfplatz gelegenen Ort Klausheide wohnen, jede Erholung nach der Arbeit und geregelten, ungestörten Schlaf praktisch unmöglich macht.



Fünf Orte liegen in der Lärmzone des Nato-Platzes. Am stärksten betroffen ist Klausheide.

Kampfmaßnahmen nach 10 Jahren Verhandlungen

Seit über einem Jahrzehnt wird über die Beendigung bzw. Einschränkung des Übungsbetriebs verhandelt. Die Niedersächsische Landesregierung, Bundesverteidigungsministerium und Nato-Stäbe „überhörten" die Klagen und Forderungen der Bevölkerung. Erst als 1971 Demonstrationen stattfanden und die „Range" gestürmt wurde, stellt sich der erste kleine „Erfolg" ein: die Flüge beginnen nun eine Stunde später, ab 9.00 Uhr.

An diesen „Erfolg" anknüpfend, wird die Bürgerinitiative „Notgemeinschaft Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range" gegründet, die aber wiederum den Weg der Verhandlungen statt der Mobilisierung der Bevölkerung beschreitet. Dies Vorgehen ermöglicht es der Niedersächsischen Landesregierung, sich für „nicht kompetent" zu erklären. Das Verteidigungsministerium verweist wiederum an den englischen Oberbefehlshaber der Nato, wo man nur Schweigen erntet. So vergeht wieder mehr als ein Jahr, bevor die Klausheider Bevölkerung „zur Tat" schreitet: unbeeindruckt durch die Drohung des Schulrats Linge, es handele sich um eine „Aktion außerhalb der Legalität", bestreikten die Klausheider vom 22. März bis zum 1. April die Schule.

Die Landesregierung kündigt eine „Überprüfung" an. Nachdem Pläne zur „Entlastung" einen Platz im Breddendorfer Moor („Teufelsmoor") einzurichten, aufgrund von Protesten der Bevölkerung zurückgezogen werden, wird ein Gebiet im Westermoor, nahe der Gemeinde Ramsloh, ins Auge gefaßt. Gegen dieses Projekt geht die Bevölkerung der Landkreise Cloppenburg, Ammerland, Leer und Aschendorf-Hümmling buchstäblich auf die Barrikaden:

- Der Straßenverkehr in dem ganzen Gebiet – vor allem auf den für den Güterfern- und Urlaubsverkehr wichtigen Bundesstraßen – wird über Wochen hin immer wieder mit Barrikaden lahmgelegt.
- Am „Himmelfahrtstag" nehmen mehr als 12.000 Menschen in mehr als 3.500 Kraftfahrzeugen an einer Demonstrationsfahrt teil. Große Teile Ostfrieslands und anderer Gebiete sind nahezu „hermetisch abgeriegelt".
- Am 25. Mai demonstrieren Schüler in Aurich und besetzen vorübergehend das Rathaus.
- Tausende von Protestbriefen werden an die Landesregierung geschickt.
- In der Bevölkerung wird der Plan eines unbefristeten Streiks an den Schulen diskutiert; teilweise werden auch Schulstreiks durchgeführt, weshalb die aktiv daran beteiligten Lehrer jetzt mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen haben.

Die massenhafte Mobilisierung der Bevölkerung schlägt sich u.a. auch darin nieder, daß die Bürgerinitiative Ramsloh/Papenburg nach kurzer Zeit 3000 eingeschriebene Mitglieder umfaßt und einen Kassenstand von rund 20.000 DM aufweist. In mehr als einem Dutzend Gemeinden werden weitere Bürgerinitiativen gegründet.

Nachdem der zuständige Oberkreisdirektor mit seinen Drohungen und Beschwörungen, „nicht Ausschreitungen zuzulassen", „sich im legalen Rahmen zu verhalten" usw., völlig ungehört bleibt, erklärt er den Bankrott der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung":

„In einem Fernschreiben hat der Oberkreisdirektor inzwischen Innenminister Lehners von den derzeitigen Zuständen im Norden des Landkreises unterrichtet und festgestellt, daß er für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in diesem Gebiet nicht mehr garantieren könne, zumal weitere Aktionen zu befürchten seien. Der Aufruhr könne seitens des Kreises nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden und eine Beruhigung der Bevölkerung sei nur möglich, wenn von dem Projekt Bombenabwurfplatz Abstand genommen werde. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit sei nunmehr eine umgehende Entscheidung notwendig." (Nord-West-Zeitung, 2.6.73)

Diese von den Regierungsstellen nicht erwartete militante Reaktion der Bevölkerung läßt das Bundesverteidigungsministerium zurückschrecken; es erklärt:

Das Projekt Westermoor sei „gestorben", da die „berechtigten zivilen Belange der Bevölkerung stark beeinträchtigt" („Grafschafter Nachrichten" (GN), 7.6.73).

Das Alarmzeichen für Nordhorn - Lingen

Die Nachricht, daß das Projekt Westermoor fallengelassen wurde, und besonders die Formulierung der Begründung („berechtigte zivile Belange der Bevölkerung stark beeinträchtigt") schlägt bei der Bevölkerung um Nordhorn-Range am 6./7. Juni wie eine Bombe ein. Besonders tief getroffen zeigten sich die Anwohner von dem Zynismus der „Volksvertreter". Die Reaktion der Bevölkerung spiegelt sich auch in der Berichterstattung der lokalen Presse wider:

„Wir lassen uns auf keinerlei Verhandlungen mehr ein. Wir fühlen uns betrogen und als Bürger zweiter Klasse behandelt . . . Wir werden mit allen Mitteln gegen Nordhorn-Range kämpfen . . . In der Wahl unserer Mittel werden wir nicht zimperlich sein . . ." (GN 7.6.)

Es fehlt auch nicht der Hinweis auf den erfolgreich und mit äußerster Militanz geführten Kampf gegen das Westermoor-Projekt.

Jetzt gibt es kein Zögern, keine Gespräche und Verhandlungen mit den „Volksvertretern" mehr; da wird nicht lange gefackelt:

Noch in der folgenden Nacht fahren in einer blitzartigen Aktion und ohne sich von der örtlichen Polizei aufhalten zu lassen rund 30 Fahrzeuge um den Tower des Bombenabwurfplatzes und erzwingen die Einstellung des Nachtflugbetriebes.

Die Aktion wird am Freitag morgen (8.6.) wiederholt, bevor die Soldaten der Royal Air Force (RAF) ihren Dienst angetreten haben. Nachdem am Vormittag wegen unzureichender Wetterbedingungen nicht geflogen werden konnte, befiehlt das RAF-Hauptquartier am Mittag: „Es wird weitergeflogen!"

„Die erzürnten Bürger forderten daraufhin ultimativ den Abzug der wartenden britischen Offiziere und Mannschaften. Den Briten wurde zugerufen: „Verlassen sie binnen fünf Minuten den Platz!" Innerhalb von zwei Minuten waren die Engländer verschwunden" (GN 9.6.).

Diese ersten erfolgreichen Aktionen stärken das kämpferische Bewußtsein der Demonstranten. Der Platz bleibt auch über Pfingsten besetzt. Zur massenhaften Mobilisierung der Bevölkerung zu Aktionen kommt es aber erst nach dem ersten größeren Polizeieinsatz am Dienstag, den 12.6., nachts um 2.30 Uhr: eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei rückt an; auf dem Platz brennen Lagerfeuer. „Als den Demonstranten bekannt wurde, daß eine mit zwei Wasserwerfern ausgerüstete Hundertschaft Bereitschaftspolizei aus Oldenburg am Platz postiert war, kam es zur Eskalation. Die aufgebrachten Bürger zündeten zwei vor dem Tower geparkte britische Lastwagen und die auf der Range verwendeten pyramidenförmigen Zielmarkierungen an. Die Range-Feuerwehr wurde daran gehindert, die Flammen zu bekämpfen. Zuvor hatten andere Demonstranten ein Wachhaus gegenüber den beiden Brücken in Flammen aufgehen lassen. Daraufhin griff die Bereitschaftspolizei ein. Gewaltsam drängten die Polizisten die Demonstranten von der Brücke auf die andere Seite des Kanals. Auch die Brücken blockierende Kraftfahrzeuge wurden mit Gewalt entfernt und zum Teil beschädigt. Gestern nachmittag wurde die Bereitschaftspolizei noch durch Polizeibeamte aus dem Osna brücker Raum verstärkt." (GN 13.6.)

Die beiden Brücken über den Ems-Vechte-Kanal, der Klausheide von der Range trennt, wurden von der Polizei mit Stacheldrahtverhauen gesperrt. Darauf waren die Klausheider vorbereitet, die zwischenzeitlich eine Notbrücke gebaut hatten. „Als die ersten Demonstranten auf diesem Wege ans Ziel gelangen wollten, griff die Polizei ein: sie postierte sich am Ufer und empfing die ersten Männer, um sie gleich wieder zurückzuschicken. Die Klausheider aber blieben hart: Sie ließen sich nicht von ihrem Vorhaben abbringen und wußten den Versuch der Beamten zu vereiteln, „die Brücke zu kappen": Als die erste Axt angesetzt wurde, zogen sie den Steg vom Ufer weg. Da die Demonstranten betonten, sie würden auch ein unfreiwilliges Bad nicht scheuen, gab die Polizei auf: Sie ließ Männer, Frauen und Kinder auf die Straße zum Tower und konzentrierte sich auf die festen Brücken, um ein Eindringen mit Fahrzeugen zu verhindern". („Lingener Tageblatt", 13.6.73)

Inzwischen hat sich die Zahl der Demonstranten auf über 1 000 verstärkt. Jeder Bürger hält es für seine Pflicht und hat größtes Interesse, jeweils vom neuesten Stand der Dinge informiert zu sein und gegebenenfalls auch aktiv mit anzupacken bzw. die Demonstranten „an der Front" in irgendeiner Form zu unterstützen. Die Besetzer werden mit Lebensmitteln, Bier und Zigaretten versorgt, da der Platz jetzt Tag und Nacht besetzt gehalten wird. Um die permanente Besetzung



Die Fronten auf der Brücke

Nordhorn-Range

zu sichern, haben Mitglieder des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, der SDAJ und auch der Jungen Union sowie Jugendliche aus dem Offenen Jugendzentrum Nordkorn ein Protestzeltlager auf der Range aufgebaut, was die uneingeschränkte Zustimmung der älteren Bürger findet.

Am Tage – so auch am Mittwoch – befinden sich mehr als 1 000 Personen auf dem Bombenabwurfplatz. Kollegen, die in der Nordhorner Textilindustrie Schicht arbeiten, besuchen vor bzw. nach ihrer Schicht den Platz und beteiligen sich beispielsweise am Wachdienst an der Notbrücke; verzichten dabei auf den normalen Schlaf und die gewohnten Mahlzeiten. Die Protestaktionen bestimmen den Tagesablauf von Tausenden von Menschen; es gibt nur ein Thema: Aushalten – bis Nordhorn-Range aufgehoben ist!



Bereitschaftspolizei tritt im Morgengrauen des 14. Juni zur Räumung des von Jugendlichen besetzten Bombenabwurfplatzes an.

Verstärkte Hetze und Spaltungsversuche nach Ausweitung der Aktionen

Am Dienstag und Mittwoch (12. und 13.6.) werden über die Besetzung der Range hinaus weitere Aktionen durchgeführt. Gleichzeitig greift die RAF zum Mittel provokatorischer Tiefflüge; verstärkt setzen auch Hetze und Spaltungsversuche seitens der Regierungsstellen ein.

Aus Protest gegen die Weigerung der Polizei, die Brücken über den Kanal freizugeben, werden auf der Bundesstraße 213, der Fernverbindung zwischen Holland und Skandinavien, am Dienstag Straßensperren errichtet; auch am Mittwoch wird die B 213 stundenlang blockiert. Die Polizei ist zu großräumigen Verkehrsumleitungen gezwungen.

Vor allem am Dienstag kommt es mit betroffenen Fernfahrern zu kontroversen Diskussionen, was vor allem wohl auch darauf zurückzuführen ist, daß sie über Ziele und Kampf der Grafschafter Bevölkerung nicht informiert waren; bis zum 13.6. hatte die überregionale Presse darüber allenfalls in Kurzmeldungen berichtet. Späterhin kam es vielfach zu klaren Solidaritätsbekundungen der Fahrer.

Ein weiterer Schritt zur Einbeziehung noch größerer Teile der Bevölkerung in den Kampf war die spontan organisierte Schülerdemonstration am Mittwoch vormittag: Rund 1 500 Schüler fast aller Nordhorner Schulen verließen den Unterricht mit der Parole: „Schule hat jetzt keinen Zweck, der Bombenabwurfplatz muß weg!" Um sich dem langen Demonstrationszug von Nordhorn zur Range anschließen zu können, mußten sie teilweise durch die Fenster klettern, weil die Rektoren die Türen verschließen ließen.

Nachdem bereits am Dienstag trotz Anwesenheit der Demonstranten Tiefflüge über die Range veranstaltet worden waren, starteten die britischen Piloten am Mittwoch eine ungeheure Provokation:

„Sie steuerten ihre „Harrier"-Bomber auf die Besetzer zu. In dreißig Meter Höhe rissen sie die Maschinen wieder hoch. Durch den gewaltigen Druck wurden die jungen Leute zu Boden gerissen." (Mopo 14.6.)

Aber auch dadurch ließen sich die Demonstranten nicht einschüchtern. Am selben Tag gibt das niedersächsische Landesinnenministerium noch bekannt, daß 10 Hundertschaften Bereitschaftspolizei auf dem Weg zur Nordhorn-Range sind.

Zu diesen offensiven Maßnahmen von RAF und Regierung (Tiefflüge, Polizei-Massenaufmarsch) kommt die ideologische Offensive: Der Regierungspräsident Zürlik, Osnabrück, und die Polizeieinsatzleitung mahnen zur „Besonnenheit" und verurteilen die „Gewaltakte". In einer Stellungnahme von Zürlik, die am Mittwoch fast vollständig in der örtlichen Presse abgedruckt wird, heißt es:

„Hausfriedensbruch, das Anzünden von Kraftfahrzeugen, die Errichtung von Straßensperren und andere Gewaltakte sind keine geeigneten Mittel, das an sich verständliche Anliegen der betroffenen Bevölkerung zu unterstüzten ...

Wenn es bisher zu keiner folgenschweren Konfrontation zwischen Demonstranten und Polizei gekommen ist, so ist das vor allem das Verdienst der eingesetzten Polizeibeamten, die auch in kritschen Situationen ihre Besonnenheit behielten. Diese Zurückhaltung darf aber von niemandem mit Nachgiebigkeit gegenüber strafbaren Handlungen verwechselt werden. Die Polizei wird daher ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen müssen.

In dieser Situation richtet der Regierungspräsident an die Bevölkerung, insbesondere aber an die Demonstranten, den dringenden Appell, auch ihrerseits Besonnenheit zu bewahren und sich vor allem nicht zu strafbaren Handlungen hinreißen zu lassen." (GN 13.6.)

Neben u.a. ganz deutlichen Drohungen, man könne und werde noch ganz anders mit der Polizei ... wird hier versucht, die kämpfende Bevölkerung aufzuspalten: in die „Bevölkerung" ganz allgemein, die ja „an sich verständliche Anliegen" hätte, einerseits – und andererseits den „Demonstranten", die „strafbare Handlungen", „Gewaltakte" etc. begehen (was für das Anliegen der Bevölkerung gar nicht nützlich sei), und die froh sein könnten, daß sie von den „besonnenen" und „zurückhaltenden" Polizisten noch nicht das Fell über die Ohren gezogen bekommen haben. Tatsache ist aber, daß alle Aktionen: Belagerung, Notbrücke, erneute Besetzung, Zeltlager, Verbrennen der Bombenziele, Straßensperren, die uneingeschränkte Zustimmung aller finden.

Die Räumung der Range

In der Nacht zum Donnerstag erfüllt dann auch die Polizei – wie Zürlik es ausdrückte – ihren „gesetzlichen Auf‹‹g": mit Knüppeln, Wasserwerfern und Tränengas gehen mehrere Hundertschaften um 3,30 Uhr im Morgengrauen gegen die Range-Besetzer und Demonstranten an der Notbrücke vor. 51 zumeist jugendliche Demonstranten werden festgenommen und teilweise – sofern nicht die schnell errichteten umfangreichen Straßensperren das verhindern – zur „erkennungsdienstlichen Behandlung" nach Lingen verschleppt.

Nachdem die Politiker aller Parteien des Grafschafter Raumes auf einer von über 1 000 Menschen besuchten Protestversammlung am Vortage massiv auf „legale" Aktionen orientiert und die Stadtverwaltung Nordhorn und die Grafschafter Textil-Unternehmer der Notgemeinschaft jeweils DM 5 000 „für friedliche Demonstrationen" zugesteckt hatten, bereitete sich auch Hanisch vor, stärker auf die Bremse zu treten. Er „entschuldigte" sich „für alle Vorfälle" (gemeint sind die militanten Aktionen besonders der Klausheider Bevölkerung) und sprach von „Ausschreitungen", die sich nicht wiederholen dürften. Als die Polizei noch in der folgenden Nacht die Range räumen ließ, forderte die Notgemeinschaft laut „Frankfurter Rundschau" zwar zum Widerstand auf, wiegelte aber konsequent ab.

Die über die Polizeiaktion und deren Härte, insbesondere aber auch über die Festnahme der 51 Demonstranten empörte Bevölkerung errichtete Straßensperren, deren Aufhebung Hanisch eigenmächtig der Polizeieinsatzleitung zugesagt hatte für den Fall, daß die Demonstranten wieder freigelassen werden. Die Leute gaben aber nichts auf Hanischs beschwörende Worte, ihre Aktion einzustellen und damit ein wichtiges Kampfmittel aus der Hand zu geben; das Ziel, für das gekämpft werden mußte, hieß nach wie vor: Nordhorn-Range muß weg!

Hanisch distanzierte sich daraufhin auf der Stelle von der Aktion und erklärte, daß keine weiteren Aktionen durchgeführt werden sollen und daß er dem Kreisdirektor dafür sein persönliches Wort gegeben habe. Dies Stillhalteabkommen versucht er auch am Freitag im inzwischen an der B 213 neu errichteten Zeltlager durchzusetzen, mit der Drohung, andernfalls werde er das Lager auflösen lassen, was in seiner Macht stünde. Schließlich ordnet er unter Androhung des Polizeieinsatzes (!) den Abbruch des Zeltlagers bis Sonntagabend an und stellt sich ausdrücklich gegen eine Versammlung der Bürger, gegen Diskussion und Abstimmung der Jugendlichen des Lagers.

In den folgenden Tagen finden noch weitere militante Aktionen statt, die aber nicht mehr in der bisherigen Breite von der Bevölkerung getragen werden. Die Notgemeinschaft orientiert wieder auf Verhandlungen ("Notgemeinschaft ist verhandlungsbereit", GN 15.6.) und auf eine Großkundgebung am 23.6. in Nordhorn, zu der solch „kompetente" Leute wie der niedersächsische Innenminister Lehners und der Bundesverteidigungsminister Leber eingeladen werden, die dann aber „aus zeitlichen Gründen" nicht erscheinen.

Nach der Räumung der Range sind dort wieder die alten Zustände eingekehrt: unter dem Schutz von starken, mit allen technischen Geräten und Waffen (Wasserwerfer, Panzerspähwagen, Schlauchboot etc.) ausgerüsteten Polizeikräften und in Wartestellung befindlichen Bundesgrenzschutzeinheiten ist der Luftterror wieder etabliert worden: Tiefflüge, Bombenabwürfe, Bordwaffeneinsatz.



Arbeiter, Bauern, Hausfrauen und Kinder blockieren aus Protest gegen den Düsenlärm eine Straße

Die „Notgemeinschaft" – eine bürgerliche Kampfführung

Daß in der Bevölkerung um Nordhorn-Range eine Bewegung von in der BRD derzeit beispiellos hohem Niveau an Spontaneität und Militanz entstehen konnte, liegt in den äußerst krassen Zuständen selbst begründet. Die Entwicklung wurde vor allem auch gefördert durch die jahrelangen Erfahrungen der Bevölkerung mit Verhandlungen und mit den bürgerlichen Parteien, vor allem auch den Kommunalpolitikern: ihre Interessen wurden ständig von Behörde zu Behörde verschoben; die Kommunalpolitiker versprachen, sich um die Dinge zu kümmern, was natürlich keinerlei Wirkung zeitigte.

Die konkrete Politik der Notgemeinschaft, wie wir sie teilweise schon oben beschrieben haben, legt ihre Funktion als Instrument zur Begrenzung des politischen Horizonts und zur Niederhaltung der Bewegung im Interesse des kapitalistischen Staates bloß. Zu keiner Zeit hat sie die Erfahrungen mit Verhandlungen und Politikern wirklich in einer Propagandaarbeit bewußtseinsmäßig in der Bevölkerung vertieft. „Wir sind ... nicht mehr bereit zu langen Diskussionen und monatelangen Gesprächen und Verhandlungen", verkündete CDU-Mitglied (!) Hanisch als Leiter der Notgemeinschaft am 13. 6. auf der Bürgerversammlung, um dann aber gleich sein eigentliches Ziel preiszugeben: „Jetzt ist die Glaubwürdigkeit (der Politiker, Parteien, Regierung; Anm. AK-F .) verloren gegangen; sie muß ...t neu wieder erarbeitet werden' ...

...ürlich ist das Vertrauen des Fi... ninhabers Hanisch und des Fabr... nten Sils (2. Sprecher der NG) u... der anderen kleinbürgerlichen K... ‹te (z. B. Gymnasiallehrer) in der N... in die bürgerlichen Politiker n... ht wirklich „erschüttert"; Han... sch ist auch selbst einer und versucht sich offensichtlich als Kommunalpolitiker zu profilieren. Und daß die SPD-Regierung „unglaubwürdig" ist, kann man von der CDU, der Hanisch ja angehört, schließlich jeden Tag hören. Vielmehr bemüht sich die NG, das Entstehen eines nachhaltigen, grundsätzlichen Mißtrauens gegenüber den „staatstragenden" politischen Parteien zu verhindern. Die Tendenz zum Abbau von Illusionen über den Erfolg von Verhandlungen und „friedlichen, legalen" Aktionen zugunsten wachsenden Vertrauens in die eigene Kraft und zunehmender Einsicht, den Kampf selbständig führen zu müssen – diese Tendenz soll bereits im Keim erstickt werden. Das hat die NG wohl auch zu einem großen Teil geschafft, zumal keine anderen Kräfte vorhanden waren, die dem entgegengearbeitet hätten. Dazu Hanisch auf

Forts. Seite 4

Forts. von Seite 3

einer Pressekonferenz am 15. 6.: „Wir haben bis dato unsere Bürger sehr gut im Griff gehabt!" Dieser Satz, das peinliche Vermeiden sich als Führung demokratisch legitimieren zu lassen (nur auf der Bürgerversammlung vom 13. 6. wurde ohne vorherige Diskussion und in rasantem Tempo eine Farce von „Vertrauensabstimmung" durchgeführt) und seine ausdrückliche Stellungnahme gegen demokratische Willensbildung in der Bevölkerung (am 15. 6. im Zeltlager) belegen seine massenfeindliche Einstellung. Ebenso, wenn er erklärt, daß es der NG „nicht etwa um die Abschaffung der Bundeswehr geht", und Sils betont: „Wir sind wehrfreudig" (FR vom 18. 6.). Was heißt das in der Konsequenz anderes, als mit der Bundeswehr und der NATO auch die Existenz u. a. solcher Einrichtungen wie Nordhorn-Range samt den Folgen für die Bevölkerung grundsätzlich zu akzeptieren? Und mit dem „Argument" die „Lasten der Verteidigungsbereitschaft gleichmäßig zu verteilen und auch mal andere das Päckchen tragen zu lassen" (so sinngemäß Hanisch und andere auf der Bürgerversammlung), die Sache kurzerhand der Bevölkerung anderer Gebiete zuzuschanzen? So war anfangs in den Forderungen der NG auch noch von „Entlastung" für Nordhorn-Range die Rede, bis dann das „Entlastungs"-Projekt Westermoor von der dortigen Bevölkerung verhindert werden konnte, woraus die Klausheidner Bürger viel lernen konnten.

Als Hüterin politischer Unbewußtheit in der Bevölkerung entpuppt sich die NG auch, wenn Hanisch auf der Bürgerversammlung versucht, „den leitenden Herren (von der Polizei; Anm. AK-Red.) klarzumachen: ... Sie haben hier Bürger vor sich, solide echte Bürger! Mutter, Vater, Kind, Oma, Opa – die alle diesen unerträglichen Lärm nicht mehr aushalten können und deshalb demonstrieren und normalerweise friedliche Bürger sind!"

Was den praktisch-organisatorischen Aspekt des Verhältnisses der NG zum Kampf der Bevölkerung anbelangt, so verhält sich die NG wie alle bürgerlichen Führungen von spontanen Massenkämpfen: sie hinkt ständig hinter der Bewegung her, drückt ihr „Verständnis" für die Aktionen der Massen aus, zeichnet – um nicht völlig den Anschluß zu verlieren – im nachhinein auch dafür verantwortlich (wobei die Aktionen dann kurzerhand als „Kampf mit allen legalen Mitteln" bezeichnet werden). Dann und wann wird auch mal an die Spitze gespurtet (Aufforderung zum Widerstand gegen die gewaltsame Räumung der Range), um danach umso konsequenter abzuwiegeln. Auf der Bürgerversammlung am 13. 6. beschwört Hanisch die Bevölkerung, auf keinen Fall Aktionen auf eigene Faust zu machen und nur den Anweisungen der NG zu folgen. Gleichzeitig bedauert er die „Eskalation", vor der die NG „immer wieder gewarnt" hat, und entschuldigt sich „im Namen unserer (!) Politiker": „Wir haben unser möglichstes getan, diese Vorfälle (gemeint sind die militanten Aktionen der Bevölkerung; Anm. AK-Red.) zu verhindern". Genau, da ist es offen heraus!! Und noch einmal am 18. 6.: „Die Sprecher der ‚Notgemeinschaft' wollen versuchen, die ungezielten (!) Aktivitäten wieder in sinnvolle (!) Aktionen zu kanalisieren". (FR)


In der Nacht brachten Polizisten gepanzerte Fahrzeuge in Stellung, um die Demonstranten zurückzuhalten.

Die Fronten werden verwischt: nicht die Anwesenheit der Polizei zur Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgabe, den Protest der Bevölkerung zu zerschlagen, kritisiert Hanisch, sondern einzelne krasse Gewaltakte der Polizei, denen auch „positive Eindrücke" gegenüberstünden. Unter Ausnutzung einer Erklärung der Grafschafter Textilunternehmer, „daß wir alle legalen Aktionen ... in jeder Weise unterstützen", macht er Stimmung gegen von den Arbeitern beabsichtigte Arbeitsniederlegungen: „Es fallen sehr große Produktionsmengen aus, und ... die NG kann es nicht verantworten, wenn Hunderte von Tausend DM während einer Schicht ausfallen. Im Augenblick würde es wirklich genügen, ... wenn sie nach Feierabend unsere Aktionen unterstützen ... " Es soll ja kein Kollege die Frage stellen, warum ausgerechnet die Unternehmer, denen sie in betrieblichen Auseinandersetzungen, im Lohnkampf usw. gegenüberstehen, sich „solidarisieren" – nämlich vor allem zum Zweck der ideologischen Diversion und der Verschleierung der grundsätzlichen politischen Komplizenschaft von Kapital, bürgerlichen Parteien und Staat.

DKP/SDAJ im Kielwasser der Notgemeinschaft

Die Jugendorganisation der DKP, die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ) spielt in der Führung des Kampfes eine gewisse Rolle. So teilte sie sich mit der Jungen Union (CDU) in die Organisierung und Anleitung des Protestzeltes der Jugendlichen. Dabei tritt sie, wie ein Funktionär erklärte, nicht als Organisation sondern als Einzelpersonen auf (15. 6. im Zeltlager B 213). Die SDAJ ist (wie alle beteiligten Kräfte, insbesondere die NG) danach zu beurteilen, in welchem Maße sie den Protest der Bevölkerung entfaltet und organisiert und zu einem höheren politischen und ideologischen Niveau in den Kämpfen beiträgt.

Die SDAJ ist keine vorwärtstreibende Kraft im Kampf der Bevölkerung gegen Nordhorn-Range, sondern hinkt ebenso wie die NG hinter der spontanen Massenbewegung her. So erklärt der stellvertretende DKP-Kreisvorsitzende am 15. 6. in einer Diskussion im Zeltlager nachdrücklich: das Zeltlager macht das, was die NG sagt, da gibt es keine Diskussion! Die Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen und Kritik an der NG hält er für falsch, weil sie nur „verwirrt". Ohne Zustimmung der NG würde man nur etwas unternehmen, wenn die Bevölkerung das massiv fordert und selbst angeht. Mit anderen Worten: wenn die Massen selbst vorangehen, „solidarisiert" sich die SDAJ bzw. DKP natürlich und „steht voll an der Seite der kämpfenden Bevölkerung".

Daß es zu solchen Fällen möglichst wenig kommt, auch darum bemüht sich DKP/SDAJ: Anstatt nach der polizeilichen Räumung der Range im Jugendlager eine breite Diskussion zu entfalten, wie der Kampf weitergeführt werden muß, unterstützt die Lagerleitung die abwieglerische Politik von Hanisch.

Die DKP/SDAJ ist als Organisation nicht bereit, in einer Agitations- und Propagandaarbeit das Spiel und die Verflechtung der bürgerlichen Kräfte, die sich um Einfluß in der Bewegung bemühen, aufzudecken. Vielmehr wird ausdrücklich auf politische Propaganda verzichtet (der stellvertretende DKP-Kreisvorsitzende sinngemäß: „Hier kocht keiner sein Süppchen: ich habe noch kein einziges Flugblatt gesehen"). So leisten DKP/SDAJ ihren Beitrag zur Erhaltung bzw. Förderung weitgehender politischer Bewußtlosigkeit der Bewegung. Sie befinden sich damit – und auch in jeder anderen Beziehung – im trauten Verein mit der NG und allen anderen bürgerlichen Kräften (den dortigen Politikern aller bürgerlichen Parteien, den Unternehmern und ihren Verbänden usw.), die sich alle „solidarisieren" und als „normale, friedliche, seriöse Bürger" kräftig mitmischen – zum Schaden der Bewegung.

Hetzen, Spalten und Zurückzerren in konzertierter Aktion

Mit ihrer genauen und ausführlichen Berichterstattung über die Ereignisse versuchte die lokale Presse – insbesondere die Nordhorner „Grafschafter Nachrichten" (GN) – der Bevölkerung vorzugaukeln, sie sei „objektiv" und stehe auf Seiten der kämpfenden Massen.

In Wirklichkeit gab sie natürlich von Anfang an Hanisch (z. B. mit seinen „Maßhalteappellen") und anderen bürgerlichen Kräften „gebührenden" Raum, während z. B. die in der Bevölkerung vorhandene Kritik an der Führung des Kampfes durch die Notgemeinschaft überhaupt nicht erschien.

Später, nachdem die Bevölkerung mit der Räumung der Range vorläufig eine Niederlage hinnehmen mußte, setzte die NG alle erdenklichen Hebel ein, um den bereits erreichten Stand der Kämpfe wieder herabzudrücken, und die Presse schwenkte mit ein: auf einmal waren „Linksradikale" und „Anarchisten" die Träger der militanten Aktionen geworden („Auswärtige Anarchisten im Kampf mit der Polizei", „Molotow-Cocktails und Steine gegen Wasser und Tränengas"; GN 18.6.). Demgegenüber berichtet die "Frankfurter Rundschau" am 18.6.: „Die Bürger der älteren Jahrgänge, die aus sicherer Entfernung dem Kampf ihres Nachwuchses und deren Helfer zusehen, spenden für jeden Treffer Beifall - kaum einer mag sich von der kriminellen Aktivität der jungen Leute distanzieren". In einem Leserbrief an die GN (18.6.) stellt ein Nordhorner Jugendlicher im Auftrag der Bewohner des Protestzeltlagers fest: „Falsch ist die Behauptung, daß die Aktionen an der Kanalbrücke von angereisten anarchistischen Jugendgruppen begonnen wurden. Richtig ist vielmehr, daß Lingener, Nordhorner und Klausheider Bürger ihre Empörung durch das Werfen von Steinen und Molotow-Cocktails kundtaten. Es wurde uns berichtet, daß in aller Öffentlichkeit z.B. Klausheider Bürger Benzin zum Bau von Molotow-Cocktails anboten." Er räumt noch mit weiteren demagogischen Falschmeldungen auf, z.B. „daß zu irgendeiner Zeit anarchistische Gruppen ins Zeltlager gekommen seien und dort Einfluß gewonnen hätten. Richtig ist vielmehr, daß Jugendliche aus vielen Teilen der Bundesrepublik angereist sind, um den Kampf der Klausheider und Nordhorner Bürger aktiv zu unterstützen. Diese Tatsache ist ein Ausdruck der breiten Solidarisierungswelle mit diesem Kampf und dient den Zielen, für die Klausheider und Nordhorner gemeinsam kämpfen".


Bereitschaftspolizei tritt im Morgengrauen des 14. Juni zur Räumung des von Jugendlichen besetzten Bombenabwurfplatzes an.

Forts. Seite 5

Die „UZ" und der Kampf gegen Nordhorn-Range

Die DKP-Zeitung „UZ" hat in ihrer Ausgabe vom 22. Juni einen „großen Report" über den Kampf gegen den NATO-Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range veröffentlicht. Dort heißt es, die Bevölkerung des Gebietes um Nordhorn „kämpft gegen die NATO-Politik" und: „Diese Menschen haben ... Frieden und Entspannung in ihre eigenen Hände genommen."

Die DKP sieht sich offenbar zu dieser *Übertreibung* des politischen Bewußtseins der Nordhorner Kämpfe gezwungen, um ihre eigene *Tatenlosigkeit* als vielbeschworene „einzige Partei, die konsequent für die Interessen der Werktätigen eintritt" zu bemänteln. Denn *zunächst einmal* ist der Kampf gegen Nordhorn-Range ein Kampf gegen *bestimmte Auswirkungen* der NATO-Bombenübungen, die die dortige Bevölkerung in ihren Lebensinteressen direkt betreffen – nämlich vor allem der *höllische Lärm* der donnernden Düsenjäger und die mit den Bombenabwürfen verbundenen *Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung*. Das kann auch gar nicht anders sein.

Diesen Kampf aber durch politische Aufklärung, durch Agitation und Propaganda, zu einem Kampf *gegen die NATO, gegen Militarismus und für Frieden* zu machen – das wäre eben die Aufgabe von Kommunisten gewesen. Die DKP und ihre Jugendorganisation SDAJ haben diese Aufgabe in keiner Weise wahrgenommen, obwohl ihre Genossen selbst am Kampf beteiligt waren. Ein führender DKP-Genosse hat es im Gegenteil noch als *positiv* hervorgehoben, daß es keine Flugblätter dazu gegeben hat. Wie anders, als durch die kommunistische Agitation und Propaganda läßt sich aber der Desorientierung der Bevölkerung durch die bürgerliche Presse entgegentreten? Wie anders können wir der Bevölkerung zu größerer politischer Klarheit und schärferem Bewußtsein helfen, wenn wir nicht das Mittel der Agitation und Propaganda nutzen, um die Zusammenhänge zwischen den reinen Auswirkungen der Bombenübungen auf das Leben der Menschen und das dahinter stehende politische und militärische Interesse nach Erhalt des kapitalistischen Staates zu erläutern?

Diese Zusammenhänge müssen schonungslos offengelegt werden, gerade weil die *bürgerliche* Propaganda das Bewußtsein der Menschen desorientiert, ihnen ein falsches Bild von Freund und Feind einredet und allerlei Illusionen über die Verwirklichung ihrer Forderungen nährt. Die „UZ" zitiert nun „Die rote Spindel", die Betriebszeitung der DKP für die Nordhorner Textilfabriken, in der es heißt:

„Der Bombenabwurfplatz hat heute im Zeitalter der Entspannung der Völker Europas überhaupt keine Berechtigung. Im Gegenteil, er stört die weiteren Bemühungen für Frieden und Sicherheit."

Welch grandiose Enthüllung! Der Bombenabwurfplatz hat „überhaupt keine Berechtigung", er „stört die weiteren Bemühungen für Frieden und Sicherheit"! Was soll mit derartigen Phrasen wohl erreicht werden? Eine Aufklärung der Bevölkerung, warum der Staat so *energisch* unter massivem und brutalem Polizeieinsatz die *Beibehaltung* des Bombenabwurfplatzes verteidigt? Eine Aufklärung, warum dem Staat die Interessen der Menschen *völlig gleichgültig* sind, wenn er über 1.000 Polizisten mit Wasserwerfern, Tränengas, Panzerwagen und Stacheldrahtverhauen zum Schutz des Bombenabwurfplatzes abkommandiert?

Nichts von alledem erklärt die DKP. Stattdessen tut sie so, als ob der Staat nur „noch nicht gemerkt" hätte, daß das „Zeitalter der Entspannung" angebrochen sei. Ob der Bombenabwurfplatz eine „Berechtigung" hat, ist überhaupt nicht das Problem. Sondern: *warum* der kapitalistische Staat und seine NATO-Verbündeten *trotz* angeblicher „Entspannung" den Militarismus beibehalten; ja, ständig weiter aufrüsten und mit zunehmend größerer Brutalität die Interessen der Bevölkerung niederhalten. Diese entscheidende Frage läßt die DKP mit ihren Phrasen über die nicht vorhandene „Berechtigung" des Bombenabwurfplatzes und über das „Zeitalter der Entspannung" nicht nur unbeantwortet, sondern sie *lenkt geradezu davon ab* und läßt die bürgerlichen Politiker schließlich sogar als vertrauenswürdige Verbündete im Kampf gegen den Bombenabwurfplatz erscheinen. Wie die „UZ" schreibt, hat der Bezirksvorstand der DKP Niedersachsen die "Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses verlangt, um die Verantwortlichen für die bürgerfeindliche Aktion (gemeint ist die polizeiliche Räumung des Bombenabwurfplatzes, AK-Red.) zur Rechenschaft zu ziehen". Genau dahin wollen die bürgerlichen Politiker den Protest der Bevölkerung auch lenken: ins Parlament, in die Illusion einer Änderung der Zustände auf dem Weg der Verhandlungen und parlamentarischen Untersuchungen. Eine bemerkenswerte Gleichheit der Absichten!

Ebensowenig wie die DKP Klarheit über die Hintergründe und Zusammenhänge der unnachgiebigen Haltung des kapitalistischen Staates gegenüber den Forderungen der Bevölkerung im Raum Nordhorn geschaffen hat, ebensowenig hat sie auch Klarheit über die abwieglerische Politik der bürgerlichen Führung der Notgemeinschaft verbreitet. Entsprechend dem opportunistischen Nachtraben der örtlichen DKP und SDAJ verzichtet auch die „UZ" in ihrem „großen Report" auf jegliche Kritik an der Notgemeinschaft. Im Gegenteil wird als krönender Schluß des „UZ"-Berichtes der Sprecher der Notgemeinschaft, Wilfried Hanisch, kommentarlos zitiert:

„Wir haben unsere Kraft gezeigt und sind überzeugt, daß wir am längeren Hebel sitzen. Unser Ziel ist nach wie vor die ersatzlose Streichung des NATO-Bombenabwurfplatzes."

Wohlgemerkt: dies schreibt und zitiert die „UZ" in ihrer Ausgabe vom 22. Juni, also bereits 8 Tage nach der polizeilichen Räumung des Bombenabwurfplatzes. Acht Tage, nachdem die bürgerliche Notgemeinschaft-Führung die vorläufige Niederlage der Bevölkerung mitorganisieren half – und als Hanisch zum Stillhalten aufgerufen und im Falle weiterer Kampfaktionen selbst mit der Polizei gedroht hatte!

Aber dennoch:

„In diesem Kampf hilft der Bevölkerung nur eine Partei konsequent: die DKP. Ihre Mitglieder stehen in Nordhorn in vorderster Reihe."

Und unter einer Bild-Montage:

„Immer stand die UZ an der Seite der protestierenden Bürger. Die UZ stand immer an der Seite der Ostfriesen."

Daß die Mitglieder der DKP in Nordhorn aktiv mitgekämpft haben, ist wohl unbestritten. Aber das kann man von Kommunisten auch nicht anders erwarten; das ist sogar das allermindeste, was von ihnen erwartet werden muß, wo doch die *Bevölkerung selbst aktiv kämpft*. Von einer Organisation, die sich selbst für die „Kommunistische Partei" hält, ist aber weit mehr zu verlangen: weniger Selbstbeweihräucherung und mehr tatsächliche Unterstützung der Menschen in ihrem Kampf – und zwar derart, daß die Bevölkerung eine größere politische Klarheit in ihrem Kampf erreicht; daß sie sich von ihren Illusionen und von ihren selbsternannten falschen Freunden freimacht; daß sie es lernt, sich auf ihre eigene Kraft und nicht auf die der bürgerlichen Politiker zu stützen; daß sie schließlich den Weg geht, der zum Erfolg führt, und den meidet, der in immer neuen Niederlagen endet.
Die DKP hat da erneut versagt. ■

Aufgabe einer Kampfführung, die uneingeschränkt auf Seiten der Bevölkerung gestanden hätte, wäre es gewesen, diese Kräfte sinnvoll in den Kampf der Bevölkerung einzubeziehen. NG und auch die SDAJ beginnen stattdessen, sich heftig nach links abzugrenzen und zu hetzen.

Weiter wird im Leserbrief die Entscheidung der Lagerleitung kritisiert, unter Vorwänden und Vorspiegelung falscher Tatsachen das größtenteils aus Nordhorner und Klausheider Jugendlichen bestehende Lager aufzulösen, „da sich bisher immer wieder gezeigt hat, daß viele Menschen das Lager aufgesucht haben, um sich zu informieren und über den Kampf gegen den Abwurfplatz zu diskutieren. Wir verstehen daher die Haltung der Leitung der Notgemeinschaft und der Jugendinitiative nicht, die darauf hinausläuft, das Lager aufzulösen und damit ein Zeichen für die Kampfbereitschaft der ... Bürger zu beseitigen".

Noch am 14.6. schreibt die GN: „Mit allen legalen Mitteln protestiert die Bevölkerung". Die „legalen Mittel" waren:

- Besetzung des Bombenabwurfplatzes
- unangemeldete Demonstration
- Inbrandsetzung der Bombenziele
- Errichtung von Straßensperren
- Widerstand gegen Polizeieinsatz

(In allen Fällen handelt es sich um „strafrechtliche Tatbestände"). Nach dem 16.6. sind dies „kriminelle Aktivitäten" (FR 18.6.), „Gewaltaktionen" (LT und GN, 18.6.) usw. Nachdem die überregionale Presse trotz anfänglich scheinbaren Wohlwollens schon immer ein „offeneres Ohr" für die Staatsorgane hatte, gibt jetzt auch die lokale Presse den Staatsorganen weiten Raum für Stellungnahmen und Aufrufe.

Es wird ganz deutlich, wie NG, Presse, Politiker und Behörden vor allem ab dem Zeitpunkt der vorläufigen Niederlage mit der gleichen Demagogie in die Offensive gehen. Und die SDAJ haut kräftig in dieselbe Kerbe. Mit den Worten, die Polizei werde nun den Übungsbetrieb auf dem Platz „auf jede erforderliche Zeit" sichern (LT 16.6.), bringt Regierungspräsident Zürlik (Osnabrück) noch einmal das derzeitige Kräfteverhältnis in Erinnerung.


Polizei räumt den von der Bevölkerung besetzten Bombenabwurfplatz

Worauf kommt es jetzt an

Diese Situation macht deutlich: Es ist nicht möglich, kurzfristig einen Erfolg zu erzielen. Die Situation in Klausheide ist mit der in Ramsloh/Westermoor nicht ohne weiteres vergleichbar. Im Gegensatz zu Ramsloh haben die Behörden hier nicht die Absicht nachzugeben. Und es wäre eine gefährliche


Von der Bevölkerung errichtete Straßensperren auf der B 213

Illusion, zu glauben, daß sie mit der Räumung des Bombenabwurfplatzes bereits ihre Mittel erschöpft hätten. Polizei und Bundesgrenzschutz bereiten sich schon darauf vor, sich auf der Range für mehrere Monate einzunisten, bis - wie die Obrigkeit hofft - die Kampfkraft der Bevölkerung ausgelaugt und erschöpft ist.

Inwieweit diese Hoffnungen des Gegners sich allerdings erfüllen, hängt davon ab, worauf die Bevölkerung die weiteren Kämpfe orientiert:

Unbedingt notwendig ist die Verbreiterung der Kampffront. Jedem Versuch der Spaltung zwischen „Vernünftigen" und „Unvernünftigen", zwischen „friedlichen Bürgern" und „Linksradikalen", zwischen der Bevölkerung in Klausheide und Nordhorn und der Bevölkerung in anderen Gebieten muß entschlossen entgegengetreten werden.

Vor allem muß für größere politische Klarheit gesorgt werden. Wer steht uneingeschränkt auf der Seite der Bevölkerung und wer auf der Seite der NATO-Verwaltung und Staatsbehörden?

Die Führung des Kampfes ist danach zu beurteilen, in welchem Maße sie den Protest entfaltet und organisiert, und nicht danach, ob sie das „gebrochene Vertrauensverhältnis" zwischen der Bevölkerung und dem Staat wieder flickt. ■

KB/Gruppe Oldenburg

Krieg und Frieden

Die Großkundgebung auf dem Nordhorner Hindenburgplatz am 23. Juni erschien wie eine Verhöhnung der aktiven Kämpfe der Bevölkerung in den letzten Wochen.

War die Großkundgebung zuvor noch als ein „weiterer *Höhepunkt*" im Kampf gegen den Bombenabwurfplatz angekündigt worden, so konnte Hanisch es sich jetzt ohne Protest seiner rund 5.000 Zuhörer herausnehmen, von einem „vorläufigen *Schlußpunkt* der öffentlichen Demonstrationen" zu reden. Überhaupt gab es weder besonderen Beifall noch Protest zu den Reden der CDU-, FDP-, SPD- und Notgemeinschaft-Sprecher. Es gab nur wenig Transparente und Parolen und kaum Diskussionen.

10 Tage „Kampfpause" hatte die Notgemeinschaft nach der polizeilichen Räumung des von der Bevölkerung besetzten NATO-Platzes befohlen - 10 Tage, die sie brauchte, damit „die Emotionen sich glätten" - 10 Tage, um die kraftgebende Waffe des Kampfes wieder durch die betäubende Droge der Verhandlungen abzulösen. Bundesverteidigungsminister Leber, der ebenso wie der niedersächsische Innenminister Lehners der Kundgebung fernblieb, hat eine Delegation der Notgemeinschaft zu einem Gespräch am 4. Juli nach Bonn eingeladen. Hanisch bezeichnete dies als „einen Anfang". Richtiger hätte er wohl von einer „Neuauflage" sprechen müssen - einer Neuauflage der Verschaukelung und des hinterfotzigen Betruges an den Interessen und Forderungen der Bevölkerung, die die Regierenden heute ebensowenig wie gestern zu respektieren bereit sind.

Von der Notgemeinschaft ist zu hören, daß man sich nun, nach den Kampfaktionen der letzten Wochen, in einer „stärkeren Position" bei den Verhandlungen befindet. Das ist eine plumpe Täuschung. Die Landesregierung hat die Bevölkerung mit Polizeigewalt vom besetzten Bombenabwurfplatz vertrieben - und die Notgemeinschaft hat daraufhin höchstpersönlich den Kampf abgeblasen. Verhandlungen können aber nur dann in einer stärkeren Position stattfinden, wenn der Kampf nicht eingestellt, sondern *weitergeführt* wird. Der Kampf ist das einzige Faustpfand, über das die Bevölkerung gegenüber den Regierenden verfügt. Das ist überhaupt die grundlegende Erfahrung der letzten Wochen. Die Notgemeinschaft hat aber nicht nur den „vorläufigen Schlußpunkt der öffentlichen Demonstrationen" erklärt, sondern es wurden auch alle Zeichen der zurückliegenden Kampfaktionen beseitigt: keine Sperre, kein gefällter Baum liegt mehr am Straßenrand, geschweige denn auf der Straße. Der Frieden ist wieder eingekehrt ins Emsland - und die Bevölkerung soll all ihre wertvollen Erfahrungen wieder vergessen; kein äußeres Symbol soll sie mehr daran erinnern, daß sie zu lernen begonnen hat, *sich auf ihre eigene Kraft zu stützen.*

Aber wird diese Rechnung der Reaktion aufgehen? Wird die Bevölkerung sich beschwichtigen lassen und den aufgezwungenen „Frieden" anerkennen? Dieser „Frieden" bedeutet weiterhin Krieg, Krieg von oben; denn die Forderungen sind nicht erfüllt und die Probleme nicht gelöst: der Bombenabwurfplatz besteht weiter und die NATO-Jäger fliegen weiter. Daran werden auch noch so viele Delegationen der Notgemeinschaft zum Bundesverteidigungsministerium nicht ändern. Dies wird wohl Herrn Hanisch noch mehr bekannt machen und seine Karriere als „volksnaher" CDU-Politiker ebnen – aber den Menschen im Gebiet um Nordhorn bringt es keine Änderung ihrer Situation.

Man sehe sich an: die Notgemeinschaft hat die Forderung nach „sofortiger und ersatzloser Aufhebung des Bombenabwurfplatzes" bereits dahingehend umgewandelt, daß als „erster Schritt" die „sofortige Einstellung der Mittags- und Nachtflüge" verlangt wird. Dann sollen die Bombenabwürfe auf zwei Tage in der Woche reduziert werden – bis der Bombenabwurfplatz „schließlich" ganz geräumt wird. Vielleicht werden die Bombenflüge tatsächlich für mehrere Wochen spürbar reduziert. Und dann? Wenn „etwas Gras über die Sache gewachsen" ist, wird die NATO ihre Flüge langsam wieder ausdehnen. Die Polizei- und Bundesgrenzschutz-Truppen werden derweil einsatzbereit stationiert bleiben und die „Regungen" in der Bevölkerung überwachen. Alles ist beim alten, bzw. durch die provokatorische Anwesenheit der BGS-Truppen sogar noch verschlimmert.

Nein, die Menschen in Klausheide, Nordhorn und den anderen betroffenen Ortschaften haben keine Wahl zwischen Krieg und Frieden. Ihnen wird der Krieg aufgezwungen.

Gegenwärtig hat sich eine Entmutigung unter der Bevölkerung breitgemacht, wofür die abwieglerische Politik der bürgerlichen Notgemeinschaft verantwortlich ist. Aber die Empörung und die gesunde Wut sind geblieben – sie sich eher noch größer als zuvor, weil der Betrug der Notge-

schaft verantwortlich ist. Aber die Empörung und die gesunde Wut sind geblieben – sie sich eher noch größer als zuvor, weil der Betrug der Notge-meinschaft von vielen erkannt wird. Die Frage bleibt, welche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen sind: Das derzeitige Gefühl der Ohnmacht wird nur dann überwunden und der Kampf wird nur dann weitergeführt werden können, wenn die Bevölkerung sich wieder auf ihre eigene (und in den vergangenen Wochen sichtbar gewordene) Kraft besinnt, wenn die politischen Lehren aus dem bisherigen Verlauf des Kampfes diskutiert und allen Beteiligten und Betroffenen klargemacht werden, wenn die Kampffront besser organisiert und eine Führung geschaffen wird, die *ausschließlich den Interessen der Bevölkerung verpflichtet* ist, deren einzige Handlungsrichtlinie durch die Frage umrissen wird: Nützt dies den Interessen der Bevölkerung oder schadet es ihnen?

Die Notgemeinschaft und besonders deren Sprecher Hanisch haben ihre eigene Interpretation davon, was der Bevölkerung nützt und was ihr schadet – mit dem „kleinen Fehler", daß deren Interpretation sich in den letzten Tagen als untauglich und betrügerisch erwiesen hat. Besonders gern sprechen diese Leute jetzt von den „kriminellen und illegalen Akten zugereister Linksextremisten", die den Interessen der Bevölkerung schaden würden – wobei denn auch gleich alle nach dem bürgerlichen Strafgesetzbuch so lautenden „kriminellen und illegalen Aktionen" der *Bevölkerung selbst* mit inbegriffen sind. Damit soll die Bevölkerung in verschiedene Gruppen gespalten und so zum gegenseitigen Mißtrauen und zur Einstellung des Kampfes überredet werden. Dazu ist nur eins zu sagen: es gibt nur Leute, die den Kampf der Bevölkerung für die Interessen unterstützen und solche, die ihn sabotieren und abbrechen wollen. Danach allein ist jeder zu beurteilen – Hanisch hat sich sein Urteil bereits ausgeschrieben.

Waidmannsheil!

Beistehender Artikel stand in der „Hamburger Morgenpost", Tageszeitung der SPD. Dieselbe Zeitung also, die unlängst zwei Journalisten feuerte, weil sie über einen Polizei-Einsatz „einseitig" berichtet hatten. Wie ein guter Artikel über Polizei-Aktionen dagegen auszusehen hat, führt uns hier Kurt Pollack vor.

„Unüberbietbare Spannung" und möglich im Fernsehen (Farbe).

Kurt Pollack ist ein sehr guter Journalist, er ist mit Haut und Haar dabei. Das Jagdfieber hat ihn selbst derart gepackt, daß er in seinen Sätzen völlig ungereimtes Zeug schreibt, sich im Eifer des Gefechts selbst widerspricht usw. – wie ein Fußball-Reporter, dem die Gäule durchgehen.

Dostal hatte ein Gewehr dabei; schine: „. . . Bevor er jedoch einen gezielten Schuß abgeben konnte, hatte ihn ein Beamter mit drei Schüssen niedergestreckt. Die Jagd ist aus." – Und außer Dostal ist auch die Logik auf der Strecke geblieben.

An anderer Stelle schreibt Pollack: „. . . Er wollte sich bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Wie ein Hase sprang er umher und versuchte, den Maschinengewehrgarben der Polizisten zu entgehen." Will sich der Kerl doch einfach

Von Kurt Pollack

Jetzt Jagd auf den Vater des Amokschützen Dostal

Wien — Die Mutter des Amokschützen von Wien will den Leichnam ihres Sohnes nicht mehr sehen. „Ich will allein bleiben. Mein Sohn soll mir so in Erinnerung bleiben, wie er vor der ganzen Sache war", sagt die 60-jährige Theresia Dostal, die nun auch noch um das Leben ihres Mannes Robert (54) bangen muß. Er ist auf der Flucht vor der Polizei. Wie sein Sohn Ernst, der erst im Kugelhagel der Polizei aufgab, ist Robert Dostal bereit, sich bis zum Letzten zu verteidigen.

Ganz Österreich hing während der letzten Minuten der Jagd nach dem Amokläufer wie gebannt an den Radiogeräten. Man konnte alles genau verfolgen. In einer Reportage von unüberbietbarer Spannung schilderten Rundfunkreporter die Situation in Altengbach, wo es der Polizei gelungen war, den Doppelmörder zu stellen. Dostal hatte auf seiner Flucht auch eine Elefantenbüchse gestohlen. Kaliber der Waffe: 9,2 Millimeter. Geschoßlänge: Acht Zentimeter. Ein solches Geschoß hätte jede kugelsichere Weste der Polizisten durchschlagen. Doch Dostal konnte die Waffe nicht anwenden. Eine Polizeikugel hatte seinen linken Arm durchlöchert.

Der gefährliche Amokschütze gab auch dann nicht auf. Er wollte sich bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Wie ein Hase sprang er umher und versuchte, den Maschinengewehrgarben der Polizisten zu entgehen. Bevor er jedoch einen gezielten Schuß aus seiner mörderischen Elefantenbüchse abgeben konnte, hatte ihn ein Beamter mit drei Schüssen niedergestreckt. Die Jagd war aus. Die Zuhörer an den Radios atmeten auf, als sie die Stimme hörten: „Er rührt sich nicht mehr." Der Mann, vor dem ganz Wien gezittert hatte, war tot.

Der einzige, von dem die Polizei noch Aufklärung aller Verbrechen, die Dostal begangen hat, erwarten kann, ist Robert Dostal. Der 54jährige Vater des Amokschützen ist immer noch flüchtig. Die Polizei gab Großalarm. Erfolg: Robert Dostal hob sein gesamtes Bargeld von einer Bank in der Schweiz ab. Etwa 10 000 Mark hat der Mann jetzt zur Verfügung. Seine Frau Theresia muß nun auch um sein Leben fürchten. Sie weiß, Robert Dostal stellt sich niemals freiwillig. Er kämpft wie sein Sohn.


Ernst Dostal

„Hamburger Morgenpost" vom 28. Juni 1973

„man konnte alles genau verfolgen" – d a s sind die rechten Töne für den glücklichen Abschluß einer Menschanjagd. Diesmal war die öffentliche Hinrichtung nur im Radio zu verfolgen, demnächst wo- er konnte es aber nicht benutzen, weil sein Arm schon zerschossen war. Einen Absatz später hat Pollack vergessen, was er eben geschrieben hatte. Nunmehr haut er enthusiastisch den Satz in die Ma- nicht erschießen lassen, aber die Polizei hat es ihm richtig besorgt!

Wer so brillant zu schreiben weiß, braucht wahrlich nicht zu befürchten, von der SPD wegen „Einseitigkeit" gefeuert zu werden. ■

Artikel der Bezirksorganisation des KB/Gruppe Hamburg

Westdeutsche Arbeiter – ausländische Arbeiter – eine Arbeiterklasse

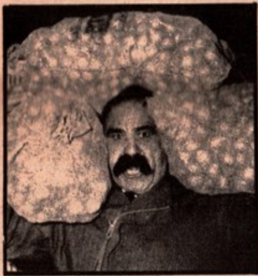
Im AK Nr. 28 hatten wir den ersten Teil des Artikels zur Lage der ausländischen Arbeiter in Westdeutschland („Westdeutsche Arbeiter – ausländische Arbeiter – eine Arbeiterklasse") abgedruckt, der sich hauptsächlich mit der Bedeutung der ausländischen Arbeiter für den westdeutschen Imperialismus, mit der besonders scharfen Ausbeutung der ausländischen Kollegen und ihrer politischen Entrechtung beschäftigte.

In diesem zweiten Teil soll eingegangen werden auf die Benachteiligung der ausländischen Kollegen auf den Gebieten Mieten, Schulausbildung, Sozialversicherung usw. Ein weiterer Punkt: Der Versuch der westdeutschen Kapitalistenklasse, ausländische und westdeutsche Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen mit Lügen und Demagogie („hohe Kriminalität", „Lohndrückerei" usw.). Die Haltung der Gewerkschaftsführung.

Üblere Lage der ausländischen Arbeiter auf allen Gebieten

Das „Rotationsprinzip" dient nicht nur dazu, die ausländischen Kollegen besonders zu unterdrücken und von ihren westdeutschen Kollegen abspalten zu können, und es ermöglicht den Kapitalisten nicht nur besonders profitable Ausbeutung der ausländischen Arbeiter, sondern es spart auch der gesamten „Volkswirtschaft" enorme Kosten. Das gilt für die Ausbildungskosten der ausländischen Arbeiter, wie wir es schon weiter vorne aufgezeigt haben, das gilt für den Wohnungsbau, die Schulausbildung der Kinder ausländischer Arbeiter, Rentenversicherung, Sozialversicherung usw.

Über die Wuchermieten, die aus den ausländischen Arbeitern herausgepreßt werden, findet man ab und zu auch Berichte in den bürgerlichen Zeitungen (Grundstücks- und Hausbesitzer sind größtenteils eben nicht die Monopolbourgeoisie Westdeutschlands – das



Ausländische Arbeiter in der BRD

Ausländische Arbeiter in der BRD

sind die großen Industriemonopole, über deren Ausbeutungspraktiken in denselben Zeitungen nichts zu finden ist). So z.B. den folgenden: „*Im Regierungsbezirk Köln werden in ganz ‚erheblichem Umfang ausländische Arbeiter ausgenutzt und ausgebeutet'. Dieses erschreckende Urteil fällte nach einem Großeinsatz von 300 Beamten der Kriminal- und Schutzpolizei ... der Kölner Regierungspräsident. In der ... Großrazzia ... wurden ... 59 Ausländerunterkünfte ... überprüft. Rund 50% von ihnen befanden sich in einem erschreckenden Zustand. Vor Journalisten wies der Regierungspräsident darauf hin, daß in der Regel den Gastarbeitern Mietpreise auf Luxusniveau (8 bis 24 DM pro qm) abverlangt werden. Geboten werden jedoch nur Massenunterkünfte in z.T. baufälligen Häusern, Kellern oder Ställen. Selbst in in zwei Kühlwagen wurden marokkanische Gastarbeiter entdeckt ... hätten in einem Fall für 50 Menschen lediglich eine Waschgelegenheit und eine Toilette zur Verfügung gestanden ... Der Regierungspräsident und die Sachverständigen hoben hervor, daß in den vergangenen Jahren mit den Gerichten im Falle von Strafanzeigen ‚schlechte Erfahrungen' gemacht worden sind. Zwar sei es hin und wieder auch mal zu Verurteilungen gekommen, meist hätten den Vermietern jedoch Rechtsmittel in so weitgehendem Ausmaß zur Verfügung gestanden, daß nur wenig zu machen war.*"

Einzelne Berichte in den Zeitungen zeigen aber nur die Spitze eines Eisberges an. Man braucht nicht weit zu gehen, um andere, „gewöhnliche" Beispiele für Mietwucher zu finden. In Hamburg-Altona, wo in Hamburg die ausländischen Arbeiter besonders konzentriert wohnen, müssen z.B. viele Familien in ehemaligen Fabrikgebäuden hausen, wenige Schritte von meiner Wohnung entfernt ist ein Wohnheim für ausländische Arbeiter, in dessen Zimmern gerade vier Betten Platz haben, wenn man je zwei übereinander stellt und wofür die vier Arbeiter 500,- DM bezahlen müssen.

Bei einer Untersuchung in Nordrhein-Westfalen wurde 1970 festgestellt, daß die Wohnungen pro einheimische Mietperson 22,9 qm groß sind, für die ausländischen Familien kamen auf eine Person 10 qm im Durchschnitt. Jeweils drei Personen mußten sich bei den ausländischen Arbeiterfamilien zwei Betten teilen. Der durchschnittliche Mietpreis betrug für ausländische Arbeiterfamilien 3,29/qm und lag damit um 31 % über dem durchschnittlichen Mietpreis von 2,27/qm. Nur 40 % der Wohnungen der ausländischen Familien hatten eine eigene Küche, nur 32 % eine Toilette in der Wohnung (im Durchschnitt in der BRD 81 %) und 12 % keinen Wasseranschluß im Hause.

1971 wurden vom Arbeitsministerium neue Richtlinien für die Unterkünfte von ausländischen Arbeitern festgelegt. Danach hat ein ausländischer Arbeiter Anrecht auf ein Bett, einen Stuhl, 1/4 Tisch, einen Spind und 8qm Wohn- und Schlaffläche. Diese Richtlinien haben jedoch noch nicht einmal Gesetzeskraft, können also nicht mit rechtlichem Zwang durchgesetzt werden. Rechtskraft hat lediglich eine Verordnung aus dem Jahre 1959, die auf einem Gesetzestext aus dem Jahre 1934 (!) beruht. Über die Bettstellen ist dort festgelegt: „Die Bettwäsche ist mindestens monatlich zu wechseln, das Stroh ist nach Bedarf, mindestens jedoch vierteljährlich zu erneuern."

„Die Schulausbildung der Kinder ausländischer Arbeiter dient dazu, die Unterschicht der Zukunft heranzuziehen", stellen liberale bürgerliche Pädagogen fest. Nach einer Schätzung leb-

hen", stellen liberale bürgerliche Pädagogen fest. Nach einer Schätzung leb-

ten 1971 500 000 Kinder ausländischer Arbeiter in der BRD, davon 120 000 im schulpflichtigen Alter. Davon besuchten 30.000 gar keine Schule, von den restlichen erreichten nur 1/3 (!) den Hauptschulabschluß. Es gibt für sie großenteils keinen besonderen Deutschunterricht, und sie haben nur dieselben Stunden wie die westdeutschen Kinder.

In Hamburg ist es so, daß die ausländischen Kinder am regulären Unterricht teilnehmen und zusätzlich in einem „Förderunterricht" bis zu (!) vier (!) Stunden Deutsch pro Woche bekommen. Außerdem gibt es außerhalb der Schulpflicht muttersprachliche Kurse für Griechen, Italiener, Türken und Portugiesen (bis zu vier Stunden pro Woche).

Größtenteils ist das Ergebnis der „Schulbildung", daß die Kinder weder ihre Muttersprache noch Deutsch richtig können. Es gibt immer noch Nationalitätenschulen (vor allem griechische) in der BRD. So besuchen von den 1 600 griechischen Kindern in München 1 200 die griechische Schule, für deren Kosten der bayrische Staat aufkommt, und deren Lehrplan, Lehrbücher und Lehrer das faschistische Obristenregime bestimmt. Der Schulrat an der griechischen Botschaft kontrolliert in der BRD 423 griechische Lehrer, obwohl sie nach Schulrecht allein westdeutscher Schulaufsicht unterstehen.

Nach der „Süddeutschen Zeitung" vom 28.3.1972 betragen die Beitragseinnahmen der Rentenversicherung von ausländischen Arbeitern 1961 bis 1971 20,1 Mrd. DM, ausgezahlt wurden in dem Zeitraum nur 700 Mill. DM. „Ohne die Beiträge der ausländischen Arbeiter müßten die Beiträge der westdeutschen Arbeiter 1 % mehr vom Lohn betragen", sagen die Volkswirtschaftler. Die Beiträge der ausländischen Arbeiter, die weniger als zwei Jahre in der BRD sind, verfallen von vornherein, und für die übrigen ist es sehr schwierig, von ihrem Heimatland aus ihren Rentenanspruch ohne Rechtsberater durchzusetzen (wenn sie überhaupt um ihr Anrecht wissen).

Ähnlich ist es bei der Arbeitslosenversicherung, die in der BRD kaum in vollem Umfang in Anspruch genommen werden kann, da in der Regel vorher die Ausweisung erfolgt. Ebenso bei der Krankenversicherung. Soweit ausländische Arbeiter ernster krank werden, werden sie ausgewiesen. Kennen sie wirklich ihr Recht, so ist die Bezahlung durch die westdeutsche Krankenversicherung schwer durchzusetzen. Außerdem ist z.B. in der Türkei die ärztliche Versorgung sehr schlecht.

Krankenhäuser, Straßen, Freizeiteinrichtungen werden von den ausländischen Arbeitern und ihren Familien in viel geringerem Maße benutzt als von Westdeutschen. Für den niedrigeren Lohn kann man sich z.B. kaum ein Auto kaufen, in Jugendheimen können sich ausländische Jugendliche mit den Westdeutschen aufgrund von Sprachschwierigkeiten schlecht verständlich machen und werden von vielen Jugendlichen mit von der bürgerlichen Propaganda aufgebauter nationaler Überheblichkeit und mangelnder Solidarität behandelt.

Nach einer Studie fehlen in der BRD 200 000 Sozialwohnungen für ausländische Arbeiter. Ein Förderungsprogramm für Wohnungen für ausländische Arbeiter erbrachte ganze 2 000 Wohnungen. Das westdeutsche Kapital holt die ausländischen Arbeiter hierher, und sie nutzen ihm. Die mit dem Aufenthalt der ausländischen Arbeiter hier aber verbundenen Kosten versucht das Kapital auf die westdeutschen Werktätigen abzuwälzen und sie so auch gleich gegeneinander auszuspielen. So wird z.B. eben gesagt, daß, wenn die ausländischen Arbeiter ihre Renten entsprechend ihrer Beiträge voll ausbezahlt bekämen, die Beiträge der westdeutschen Arbeiter um 1 % vom Lohn höher sein müßten. Höher sein müßte dann aber der Beitragsanteil der Unternehmer. Wenn der Staat mit den Steuergeldern der ausländischen Arbeiter mal wirklich etwas tut, dann oft z.B. so: In Nordrhein-Westfalen wohnen 60 % der ledigen ausländischen Arbeiter in firmeneigenen Wohnheimen, die staatlich unterstützt werden. Von den ausländischen Arbeiterfamilien wohnen nur 8,7 % in solchen staatlich geförderten firmeneigenen

familien wohnen nur 8,7 % in solchen staatlich geförderten firmeneigenen



Die schlechtesten Arbeitsbedingungen ...

Wohnungen, die weitaus meisten sind auf den „freien" Wohnungsmarkt angewiesen. Der Staat finanziert also die Unternehmer, die ausländische Arbeiter beschäftigen, für deren Unterbringung. Wenn die ausländischen Arbeiter aber, da sie mit Familie sind, selbst etwas suchen müssen, bekommen sie keine Unterstützung.

Gegen Rassismus und nationale Überheblichkeit – für den gemeinsamen Kampf westdeutscher und ausländischer Arbeiter

Westdeutsche und ausländische Arbeiter haben ein gemeinsames Interesse daran, daß der besonders üblen Behandlung der ausländischen Arbeiter ein Riegel vorgesetzt wird. Denn nur gemeinsam und nicht gespalten können sie gegenüber den Unternehmern etwas ausrichten. Und solange z.B. die Mieten der ausländischen Arbeiter besonders hoch sind, weil die Mietwucherer die Knappheit auf dem Wohnungsmarkt und die Notlage der ausländischen Arbeiter ausnutzen, solange werden dadurch auch die Mieten für die Wohnungen der westdeutschen Arbeiter in die Höhe getrieben. Die Bourgeoisie schafft sich mit den ausländischen Arbeitern nicht nur ein besonders billiges Arbeitsheer, sondern führt damit zusätzlich noch einen Schlag gegen die westdeutschen Arbeiter, die sie gegen ihre Klassenbrüder aufhetzen will und deren Löhne sie durch den Einsatz ausländischer Arbeiter drückt. Wenn die Löhne der Hilfsarbeiter so niedrig sind, dann will die Bourgeoisie ihnen einreden, die Ursache seien die vielen ausländischen Arbeiter. Die westdeutsche Bourgeoisie aber ist es, die durch die Ausbeutung anderer Völker dazu beiträgt, daß die ausländischen Arbeiter in ihrer Heimat keine Arbeit finden, die dann die ausländischen Arbeiter entwurzelt und nach Westdeutschland bringt und sie hier als Konkurrenten der westdeutschen Arbeiter einsetzt. Und es liegt genau im Interesse der westdeutschen Arbeiter, daß die Löhne ihrer ausländischen Kollegen nicht noch niedriger als ihre eigenen sind, damit die Unternehmer nicht über das Drücken der Löhne der ausländischen Arbeiter die der westdeutschen ebenfalls runterdrücken.

Wenn ausländische Kollegen die Akkorde kaputt machen, wie es öfters geschieht (es sind Fälle bekannt geworden, wo einige ausländische Arbeiter von Abteilung zu Abteilung im Betrieb versetzt wurden, um überall die Akkorde zu brechen), so liegt die Schuld nicht bei ihnen, sondern beim Unternehmer, der ihnen verheimlicht hat, was es mit der Akkordarbeit auf sich hat, der ihnen keinen Sprachunterricht gibt, sodaß sie sich schlecht mit ihren westdeutschen Kollegen verständigen können. Wenn der Arbeitsplatz weggenommen wird, wenn der Lohn gedrückt wird, wenn zu viele Überstunden geschoben werden, wenn ein Altbaugebiet verslumt wird – immer scheinen die ausländischen Arbeiter die Schuldigen zu sein, und immer sind es die Kapitalisten, die die ausländischen Arbeiter gezielt zur Drükkung des Existenzniveaus und zur Spaltung einsetzen.

Ein Mittel zur Aufhetzung gegen die ausländischen Arbeiter ist für die bürgerlichen Schreiberlinge deren angeblich so hohe Kriminalität. Das widerspricht genau den Statistiken. So ergab eine 1965 gemachte Aufstellung in NRW, daß die Kriminalität der

ergab eine 1965 gemachte Aufstellung in NRW, daß die Kriminalität der

ausländischen Arbeiter nur halb so hoch wie die der westdeutschen Bevölkerung ist. Nichtsdestotrotz werden einzelne Gewalttaten ausländischer Arbeiter hochgespielt. Ein anderes Mittel sind die kulturellen Unterschiede: Die mohammedanische Religion bei vielen Türken, die südländische Tradition, sich abends auf dem Dorfplatz zu treffen (bei uns dann auf dem Bahnhof, wo neue Ausländer ankommen und andere in die Heimat fahren), die teilweise noch offener unemanzipierte Stellung der Frau, usw. Daß der Begriff „Gastarbeiter" rassistisch geprägt ist, zeigt sich daran, daß die 80 000 Österreicher, die 60 000 Holländer oder die 40 000 Franzosen, die in der BRD arbeiten und leben, meist nicht darunter gezählt werden.

Abgesehen von der Hetze nach den Münchner Ereignissen – vor allem gegen die Araber – hat die Bourgeoisie in den letzten Jahren keine besondere Kampagne gegen die ausländischen Arbeiter gemacht. Das war in den Jahren 65/66 anders: Damals mit dem Ziel, die westdeutschen Arbeiter dazu zu bringen, mehr Überstunden zu machen. Der BDI erklärte in seinem Jahresbericht 64/65, daß die Anwerbung ausländischer Arbeiter immer schwieriger werde. Deshalb sei die Verlängerung der Arbeitszeit zum Kernproblem geworden. Der damalige Bundeskanzler Erhard wandte sich u.a. an die Frauen der westdeutschen Arbeiter mit der Forderung nach der Einführung „außertariflicher Überstunden für deutsche Arbeitnehmer". Er erklärte, daß 500 000 ausländische Arbeiter überflüssig würden, wenn jeder bereit wäre, nur eine Stunde länger zu arbeiten. Der „Industriekurier" kommentierte Erhards Regierungserklärung positiv: „... mit Recht ist Erhards Appell zur Mehrarbeit als der Zentralpunkt des innenpolitischen Teils seiner Regierungserklärung empfunden worden. Jetzt kommt es darauf an, diesen Vorschlag zu realisieren." Die Presse brachte Schlagzeilen wie: „Noch gehört Deutschland uns – dreiste Gastarbeiter raus" („Neue Illustrierte"), „Wir wollen keine Italiener mehr" („Bild"), schürte mit Falschmeldungen wie „Jeder 4. Sittenstrolch in Bayern ist ein Gastarbeiter" die Angst vor den Fremden. In dieser Atmosphäre wurden dann demoskopische Umfragen durchgeführt, die mit Hilfe von entsprechenden Fragen arbeiterfeindliche Resultate erzielten und dann durch entsprechende Veröffentlichung dieser Ergebnisse ein Stück mehr dazu beitrugen, die Wirklichkeit den Umfrageergebnissen anzupassen. Der Verlauf der damaligen Kampagne, die schließ-



den niedrigsten Lohn

lich zu verschiedenen Gewalttaten Westdeutscher gegenüber ausländischen Arbeitern führte und dann von der Bourgeoisie wieder abgemildert wurde, zeigt, welche Möglichkeiten für die Bourgeoisie bei der Spaltung zwischen Ausländern und Westdeutschen noch drin liegen. Es kommt darauf an, jegliche Form nationaler Überheblichkeit zu bekämpfen und den gemeinsamen Kampf ausländischer und westdeutscher Arbeiter gegen die westdeutsche Bourgeoisie zu führen. Auch ohne daß das Kapital eine besondere Kampagne führt, verbreitet es Tag für Tag in allen möglichen Formen Rassismus und nationale Überheblichkeit. Und kein geringer Teil der westdeutschen Arbeiter steht den ausländischen Arbeitern ablehnend gegenüber. Auch Kollegen, die in vielen Fragen fortschrittliche Positionen vertreten, sind oft plötzlich gegenüber Ausländern reaktionär. Das gilt z.B. besonders bei den Seeleuten, wo die Reeder die Beschäftigung von

gilt z.B. besonders bei den Seeleuten, wo die Reeder die Beschäftigung von

Ausländern in ganz besonderem Maße betreiben.

Unsere ausländischen Kollegen haben vielfach bewiesen, daß nicht nur Verlaß auf sie ist, z.B. im Streik, sondern daß wir von ihren Erfahrungen und ihrer Entschlossenheit lernen können. Dies zeigte sich bei den Metallstreiks in Baden-Württemberg 1971, bei den spontanen Streiks in vielen Betrieben nach der Metalltarifrunde dieses Jahr. Bei den Kölner Ford-Streiks 1970 gaben die westdeutschen Kollegen nach Meinung der ausländischen Arbeiter zu schnell auf, die ausländischen Arbeiter (Türken vor allem) kämpften zeitweise alleine weiter.

Aufgrund der besonders schlimmen Lage der ausländischen Arbeiter sind ihre Kämpfe besonders von Härte und Spontaneität geprägt. Eine große Rolle spielt für sie heute schon häufig der Kampf um ihre demokratischen Rechte, der Klassenhaß gegen die Bourgeoisie und deren Taschenträger, die ihre Sprachschwierigkeiten ausnutzen, die ihnen die dreckigste Arbeit zuschieben und die sie auf der Behörde wie kleine Kinder behandeln und mit „Du" anreden. Es gibt viele Beispiele für isolierte Kampfaktionen der ausländischen Arbeiter eines Betriebes, einer Abteilung, oft auch nur einer Nationalität.

1970/71 waren 22% der ausländischen Arbeiter im DGB organisiert. Der Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter steigt seit längerem langsam an.

Bis 1969 etwa sahen die Gewerkschaftsführer die Anwesenheit ausländischer Arbeiter in der BRD als „Provisorium" und unternahmen keinerlei Initiative zur Verbesserung ihrer Lage.

Franz Woschech, DGB-Vorstandsmitglied und besonders mit den ausländischen Arbeitern befaßt, sagt noch 1970 zur Integration der ausländischen

▶▶

Arbeiter: „Für die Gewerkschaften ist dieses Problem gelöst. Das hört sich zwar überheblich an, ist aber tatsächlich so". Wie spalterisch sich Gewerkschaftsführer oft verhalten, zeigen folgende zwei Beispiele: Der frühere IGBE-Vorsitzende Walter Arendt forderte in einem Interview mit der Kapitalistenzeitung „Der Arbeitgeber", die Zahl der unter Tage arbeitenden Ausländer zu reduzieren, mit der Begründung, daß ihr effektiver Nutzen gering wäre und ihre produktiven Leistungen in keinem Verhältnis zu den Kosten stünden; er schlug vor, die in der Ausländerbeschäftigung investierten Gelder künftig für die Besserstellung der westdeutschen Arbeiter zu verwenden. Die ÖTV hat sich in der Frage der Ausländerbeschäftigung für unzuständig erklärt (wegen der angeblich so geringen Zahl von ausländischen Arbeitern in ihren Reihen). In Wirklichkeit ist jedoch ein Großteil ausländischer Arbeiter im ÖTV-Bereich beschäftigt (Krankenhäuser, Müllabfuhr, Hafen, Seeschiffahrt usw.).

Auf dem außerordentlichen DGB-Bundeskongreß im Mai 71 wurde die Satzung in § 2 ergänzt: „... die Forderung der sozialen Integration der ausländischen Arbeitnehmer . . ." Nachdem im November 71 der Bundesvorstand zur Frage der Ausländerbeschäftigung ein Arbeitspapier verabschiedete, kommentierte Franz Woschech, daß die besonderen Probleme die illegale Einwanderung, die Ausbeutung in einzelnen (!) Betrieben und der kriminelle Mietwucher seien.

Die Gewerkschaftsführer haben zwar mit einer gewissen Schulungstätigkeit für die ausländischen Arbeiter begonnen (zur Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses auf sie), auf der anderen Seite aber sind so elementare Dinge wie die Propagierung einer solidarischen Klassenhaltung gegenüber den ausländischen Arbeitern bei den westdeutschen Kollegen kaum erfolgt.

Der Leiter des INCA-Büros in der BRD (eine Art Versicherungsanstalt der italienischen Gewerkschaften) stellte fest: „Allerdings habe ich in meiner jahrelangen Tätigkeit in der BRD auch den Eindruck gewinnen müssen, daß zumindest einige Leute in der DGB-Führung gar nicht interessiert sind an der Mitgliedschaft italienischer Arbeiter im DGB, weil unter den italienischen Arbeitern angeblich zu viele Kommunisten sein sollen." Wo der DGB wegen der ausländischen Arbeiter mit den Gewerkschaften ihrer Heimatländer zusammenarbeitet, geschieht das mit den rückschrittlicheren und weniger wichtigen Gewerkschaften, so mit der UIL (sozialdemokratisch) in Italien, obwohl CGIL und CISL größer sind.



Protest gegen Mietwucher

Wenn sich der DGB gegen nationalistische Vorurteile gegenüber den ausländischen Arbeitern wendet, dann geschieht das oft, um stattdessen die kapitalistische Europa-Ideologie zu propagieren, wie z.B. der DGB im Kreis Nürnberg: „Es sieht so aus (!), als ob nationalistische Ressentiments hochgespielt werden gegen Angehörige anderer Völker, ausgerechnet zu einer Zeit, in der der Begriff eines einheitlichen Europa beginnt Wirklichkeit zu werden".„...Der ausländische Arbeiter ist der europäische Bürger von morgen. Der europäische Arbeiter geht dem europäischen Bürger voran."

Auf dem IGM-Kongreß im September 71 wurden die rund 10% ausländischen Arbeiter in der IGM nur durch einen von 470 Delegierten vertreten.

Wenn mangelnde Mitgliederwerbung und Schulung unter den ausländischen Arbeitern an den DGB-Führern kritisiert werden, sind angeblich die westdeutschen Arbeiter schuld, die gegen eine Ausweitung der Betreuung ausländischer Arbeiter seien. Wenn tatsächlich einige Arbeiter noch nicht genügend Verständnis für die Probleme der ausländischen Kollegen haben, hat daran die spalterische Politik der DGB-Führer auch ihren Anteil. Umgekehrt sind in anderen Fällen angeblich die ausländischen Arbeiter schuld an mangelnden Fortschritten im gemeinsamen Kampf, weil sie großenteils rückschrittlich seien, gerade erst vom türkischen Bauernhof in die Industrie kämen und danach als Taxifahrer in Istan bul arbeiten wollten. Sie hätten, genau wie ein Großteil der westdeutschen Arbeiterinnen die „Mentalität des provisorischen Arbeitnehmerstatus". Das trifft z.T. zu, jedenfalls für die türkischen Arbeiter. Aber wer hat dann kaum etwas für die Organisierung und Schulung der ausländischen Arbeiter getan? Wer bietet ihnen kaum eine Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit in der Gewerkschaft und blockt fortschrittliche Alternativen ab?

Trotz dieser Haltung der Gewerkschaftsführer hat sich nicht nur die Organisiertheit der ausländischen Kollegen verbessert, es sind auch in den Vertrauensleute- und Betriebsratswahlen mehr ausländische Arbeiter gewählt worden.

1967 wurden 642 ausländische Vertrauensleute in der IGM gewählt – das waren 0,7% aller Vertrauensleute damals. 1970 wurden 2 478 ausländische Vertrauensleute gewählt – das waren 4,5% aller Vertrauensleute bei einem Anteil der ausländischen Arbeiter von rund 10% in der IGM.

Das neue Betr.VG vom 19.1.72 gibt auch allen ausländischen Arbeitern endlich das Recht, in den Betriebsrat gewählt zu werden, und der DGB rief – in mehrere Sprachen übersetzt – die ausländischen Kollegen dazu auf, gemeinsam mit ihren westdeutschen Arbeitskollegen Betriebsratskandidaten auf den Gewerkschaftslisten aufzustellen. Dieser Appell war gegen das Aufstellen nationaler Listen, wie es in einigen Fällen von faschistischen Kräften versucht worden war, gerichtet. ■

Forts. von Seite 1

falls wurde mit großem Theaterdonner ein „heißer Sommer" angedroht. Inzwischen steigen die Preise munter weiter, ohne daß die IGM-Führung sich auf die Seite der Arbeiter, vor allem der Streikenden stellt.

Nach allen Regeln bürgerlicher Kunst soll so das Volk belogen werden. Die Zahlung von 280 DM an die Stahlarbeiter ist in diesem Zusammenhang nicht mehr als ein kleines Trostpflaster, mit dem ein besonders kämpferischer Teil der Metaller beruhigt werden soll, um die Unruhe unter den Metallern an einem entscheidenden Punkt einzudämmen.

Andererseits zeigt sich, daß die Kapitalisten an anderer Stelle gegenüber den Metallern einen knallharten Kurs steuern und selbst zu kleinen Zugeständnissen kaum bereit sind. Unterstützt werden sie in dieser Haltung durch die IGM-Führung, die den kämpfenden Metallern in den Rücken fällt. Das letzte und besonders deutliche Beispiel dafür ist der Streik bei Klöckner Bremen Ende Juni.

„Die sind einfach schlauer als wir"

Die Profitschinderei zu Lasten der Arbeiterklasse stößt in vielen Betrieben auf zunehmende Kritik. Das verbindet sich mit der Empörung über die steigenden Preise. In vielen einzelnen betrieblichen Auseinandersetzungen versuchen die Arbeiter zur Zeit, Teuerungszulagen zu erkämpfen.

Nachdem 1972 das schwächste Streikjahr seit 1965 war, haben die spontanen Auseinandersetzungen in diesem Jahr wieder einen Aufschwung genommen.

Wichtigstes Merkmal dieser Streiks ist aber, daß sie aufgesplittert sind in viele einzelne betriebliche Kämpfe, die von den Kapitalisten entweder kalt abgeblockt oder mit minimalen Zugeständnissen abgespeist werden können. Es kann noch keine Rede sein von einer umfassenden und politisch bewußten Streikbewegung, die in der Lage wäre, dem Kapital eine Niederlage zu bereiten und die eigenen berechtigten Forderungen durchzusetzen. Allgemein ist es vielmehr gerade so, daß die A r b e i t e r Niederlagen erleiden.

Mehrfach zeigt sich klar, daß die Kapitalisten es offen darauf anlegen, es zu einer Kraftprobe mit den kampfwilligen Metallern kommen zu lassen, um ihnen für längere Zeit das Rückgrat zu brechen. Die aktivsten Kollegen, die sich in den Streiks profiliert haben, werden gefeuert, und der große Rest der Arbeiter soll gedemütigt werden. Auch das zeigt der Streik bei Klöckner besonders klar. Wie ein Arbeiter dort nach dem Streik sagte: „Wir sind wie gebrochene Hunde."

Die Kapitalisten können sich auf derartige Kraftproben einlassen und sie siegreich bestehen, weil sie gegenwärtig gegenüber den Arbeitern das Kräfteverhältnis auf ihrer Seite haben.

Warum ist das so? Die Kapitalisten sind nur eine Handvoll, während die Arbeiter viele Millionen sind. Während die Arbeiter glänzend ohne die Kapitalisten auskommen könnten, wären andererseits die Kapitalisten ohne die Arbeiter aufgeschmissen.

Die Überlegenheit der Kapitalisten liegt zweifellos nicht in ihrer Zahl. Sie liegt vielmehr in ihrer weit höheren politischen Bewußtheit und Organisiertheit, die sie den Arbeitern voraushaben. „Die sind schlauer als wir. Die haben sowas gelernt. Wir Idioten rennen ins offene Messer", wie ein Vertrauensmann bei Klöckner es ausdrückte.

Die Kapitalisten haben die Erfahrungen der letzten Jahre gründlich studiert; sie haben hunderte von Wissenschaftlern an der Hand, die ihnen mit „Massenpsychologie", „Berufssoziologie" usw. behilflich sind, um die Arbeiter möglichst geschickt einzuwickeln. Die Kapitalisten haben die gesamte bürgerliche Presse mit einer Millionen-Auflage auf ihrer Seite, Rundfunk und Fernsehen usw. Sie haben schließlich auch die SPD und die Gewerkschaftsführung auf ihrer Seite, die ihren Einfluß unter den Arbeitern dazu ausnutzen, um diese zu verschaukeln.

Auf der anderen Seite stehen die Arbeiter: ohne eigene Organisation, auf die sie sich wirklich verlassen könnten, weil sie von ihnen selbst getragen würde, fast ohne Verbindung zwischen den einzelnen Betrieben; und selbst die Vertrauensleutekörper im Betrieb sind gespalten zwischen Interessenvertretern der Kollegen und Handlangern der Gewerkschaftsführung.

Es muß nicht so sein, daß die Kapitalisten „schlauer als wir" sind, wenn die Arbeiter dazu kommen, ihre Kraft und ihre Erfahrung zusammenzuschließen, wenn sie sich eine Organisation schaffen, die zur wirklichen Führung ihres Kampfes gegen die Kapitalisten werden kann.

Aber noch ist die Stimmung in den spontanen Kämpfen meist so, daß die Mehrheit der Arbeiter unter dem Einfluß der bürgerlichen Propaganda sich dagegen wehrt, sich zum Kampf gegen das Kapital wirksam zusammenzuschließen. Die Folge sind Niederlagen.

Was meinen wir damit? Wir meinen damit, daß die Konsequenz aus den Erfahrungen nur der Zusammenschluß in und um die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse sein kann. Denn nur eine solche Partei, die mit dem Sozialdemokratismus völlig gebrochen hat und eine selbständige Arbeiterpolitik betreibt, vermag die Tageskämpfe der Arbeiter zum Erfolg zu führen. Mehr noch: selbst Erfolge z.B. im Lohnkampf können den Teufelskreis von Lohn und Preissteigerungen nicht druchbrechen. Auf dieser Ebene können zwar nachträglich die vom Kapital verhängten Preissteigerungen wettgemacht werden – mehr aber auch nicht. Es wiederholt sich die Geschichte von Hase und Igel: wenn die Arbeiter mit dem Lohn schnaufend angelaufen kommen, dann steht der Kapitalist mit den Preiserhöhungen schon da und ruft: „Ick bünn all hier!" – So kann nur durch eine grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse – durch die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft – der Zustand aufgehoben werden, in dem die Arbeiter zu Abwehrkämpfen gegen die Angriffe des Kapitals gezwungen sind.

„Bild" behauptet, die Streiks bei Klöckner seien „von Kommunisten geschürt" – und damit Betriebsräten, Vertrauensleuten u.a. eine Distanzierung förmlich in den Mund legt. – Natürlich standen an der Spitze des Klöckner-Streiks keine Kommunisten. Es wäre aber durchaus von Nutzen für die Arbeiter gewesen, w e n n es so gewesen wäre!

Rechte und linke Opportunisten: Spontaneismus beherrscht die Politik

Warum muß diese Sachlage jetzt besonders hervorgehoben werden?

Zur Zeit überschwemmt eine Flut von Flugblättern der rechten und linken „Kommunisten" die Betriebe, deren übereinstimmender Tenor immer wieder „Kampf! Kampf! Kampf!" „Lohnstreik jetzt!" u.ä. ist.

Dabei tut sich die revisionistische DKP besonders hervor, die seit zwei Monaten ununterbrochen auf der ersten Seite ihrer Wochenzeitung UZ zum „Kampf" trommelt und versucht, durch Streikberichte und Herausputzen halbstündiger Warnstreiks die Stimmung anzuheizen, und die die unübertroffene Fähigkeit besitzt, schwammige Resolutionen, die die Gewerkschaftsführung wegen der Stimmung in den Betrieben verfassen muß, als „korrekte" Kampflosungen unters Volk zu bringen, unter dem Motto: „Da hat wieder einer ... Und wir stehen voll dahinter!"

Der auffälligen Streik-Geilheit der DKP entspricht auf der anderen Seite der totale Opportunismus, mit dem sie das Verhalten der Gewerkschaftsführung gegenüber den Arbeiterkämpfen beschönigt und verfälscht. Das sind aber zwei Seiten ihrer opportunistischen Politik, die es mit niemandem verderben will.

In dieselbe Kerbe schlagen die super-„linken" „Parteien" und Gruppierungen:
„Jetzt Lohnstreik für Mark und Pfennig" (Kommunistische Arbeiterpresse HDW Hamburg der „KPD"). „Tariffrieden brechen" (Frischer Wind, Hamburger Betriebszeitung Werften der „KPD/ML").

Auch der Zirkelblock Heidelberg-Bremen erweist sich wieder einmal als exponierter Vertreter dieser Politik: unkommentiert werden in ihren Zeitungen „Wahrheit" (Bremen) und „Arbeiterzeitung" (Heidelberg) ständig Streikberichte abgedruckt, nach der Devise: „Guck mal: da und da und da!"

Ihre Hamburger Filiale, die SSG/„KG", verteilte kürzlich ein Flugblatt zur Situation in der Metallindustrie, in dem es unter der Überschrift „Was müssen die Arbeiter tun?" heißt: „Es müssen jetzt dementsprechende gleiche Lohnerhöhungen für alle diskutiert werden! ...Vorzeitige Kündigung des Tarifvertrags!"


Spontaner Streik bei Hoesch in Dortmund

Die Stimmung ist aber so, daß von einer Mehrheit der Arbeiter jeder Verdacht ängstlich zurückgewiesen wird, ihr Kampf hätte mit mehr zu tun als bloß mit einer Lohnerhöhung, hätte vielleicht gar mit Kommunismus etwas zu tun – als ob das etwas höchst Peinliches und „Unanständiges" wäre. Diese Tendenz wird von der bürgerlichen Propaganda geschickt durch massiven Druck geschürt: so etwa, wenn

Nach unseren Vorstellungen dagegen besteht die Aufgabe der Kommunisten nicht darin, die Stimmung in den Betrieben künstlich „anzuheizen", indem man z.B. den Arbeitern in Hamburg vorhält: Guckt mal, die bei Mannesmann(Klöckner

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 7

usw.) streiken, und so müßtet ihr es auch machen!

Die bürgerliche Propaganda behauptet zwar ständig, daß „die Streiks von Kommunisten geschürt werden". – Tatsache ist dagegen, daß wirkliche Kommunisten durchaus nicht daran interessiert sind, um jeden Preis möglichst viele Streiks in Gang zu bringen. Wir wollen nicht möglichst v i e l e Kämpfe, sondern möglichst e r f o l g r e i c h e Kämpfe. Deshalb legen die Kommunisten auch den Schwerpunkt nicht darauf, daß um jeden Preis gekämpft wird, sondern auf die Bewußtmachung des Kräfteverhältnisses und der Bedingungen des Kampfes.

Den Revisionisten und Super-„Linken" dagegen ist gemeinsam, daß in all ihren Flugblättern und Zeitungen kaum ein Wort zu den Bedingungen des Kampfes steht, daß sie stattdessen sozusagen „auf jeden Funken kräftig blasen, in der Hoffnung, daß ein Brand daraus wird".

So ist die Situation jedoch durchaus nicht, und daran ändern auch 30 oder mehr Berichte aus bestreikten Betrieben nichts. Die Revisionisten und Super-„Linken" wollen hingegen den Lohnstreik zum alleinseligmachenden Kampfziel erheben, jubeln um jeden Preis spontane Aktionen hoch, erheben den Spontaneismus und Ökonomismus zur Politik. Sie betreiben damit Nur-Gewerkschaftlerei (Lenin). Das aber bedeutet nichts anderes, als Illusionen zu verbreiten und im Endeffekt in die Resignation zu führen.

Die Kommunisten wollen nicht eine möglichst große Zahl von Strohfeuern, nach deren Erlöschen dann die Arbeiter „wie gebrochene Hunde" durchs Werk schleichen – sie wollen den Zusammenschluß der Arbeiterklasse zum erfolgreichen Kampf gegen das Kapital. Das erfordert nicht die Propagierung des spontanen Lohnkampfes um jeden Preis, sondern die Verbreitung politischer Klarheit über die Bedingungen unseres Kampfes.

Die spontane Bewegung der Arbeiter ist d a , der Angriff der Bourgeoisie bringt sie mit Notwendigkeit hervor – dazu braucht es selbstverständlich keine „Kommunisten", die bloß kräftig auf den Blasebalg treten.

Der nur-gewerkschaftliche Kampf jedoch, wie er von Zeit zu Zeit von den linken und rechten Opportunisten gepredigt wird, führt in die Sackgasse, bedeutet kein Lösen von der bürgerlichen Ideologie, sondern in der Konsequenz deren Verfestigung!

„Die Aufgabe der Sozialdemokraten (=Kommunisten) aber erschöpft sich nicht in der politischen Agitation auf ökonomischem Boden, ihre Aufgabe ist es, diese trade-unionistische (nur-gewerkschaftliche) Politik in einen sozialdemokratischen Kampf zu verwandeln, die Funken politischen Bewußtseins, die der ökonomische Kampf in den Arbeitern entstehen läßt, auszunutzen, um die Arbeiter auf das Niveau des sozialdemokratischen politischen Bewußtseins zu heben." (Lenin, „Was tun? ")

Diese Worte Lenins zu beherzigen, ist auch eine verstärkte Aufforderung an die Genossen des Metall-Bereichs des KB Hamburg, die eine ähnliche falsche Tendenz im letzten ARBEITERKAMPF im Artikel „Vertrag ist Vertrag" und dem METALLARBEITER 8/73, „Das Maß ist voll", verfolgten. ■

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Polizei rüstet für Lohnkampf

Mit der Anschaffung motorisierter Barrikaden-Räumer und besser schützender Polizeiuniformen rüstet sich die nordrhein-westfälische Polizei auf erwartete Tarifauseinandersetzungen im Herbst. Bundesinnenminister Genscher und sein NRW-Kollege Weyer erwarten als Zentrum des „heißen Lohnnachschlags-Herbst" (DKP-Parole) das Ruhrgebiet, wo die DKP trotz aller Ablenkungsmanöver besonders aktiv bleibt. Die Umrüstung der Polizei für die Herbstmanöver kostet 17 Millionen Mark.

aus: Wirtschaftswoche Nr. 26, 22.6.1973

Streiks für Teuerungszulagen

– International-Harvester, Heidelberg:
Nach fünf Tagen Streik erreichten die 600 Arbeiter eine Zulage von DM 30,– monatlich sowie eine Pauschale von DM 60,– für die Streikzeit. Durch die Beurlaubung von 6 Arbeitern (darunter 4 Vertrauensleute) sollte zusätzlicher Druck auf die Streikenden ausgeübt werden, doch die Kollegen solidarisierten sich mit den 6; ebenso im Harvester-Zweigwerk Neuß – wo eine Geldsammlung veranstaltet wurde. Angedrohte Entlassungen zogen die Unternehmer zurück.

– Felten & Guilleaume, Kabelwerke, Köln:
4.000 Arbeiter forderten Ende Mai in einem einstündigen Warnstreik DM 70,– Teuerungszulage. Ein Demonstrationszug von 2.000 Arbeitern zog zur Unterstützung der Forderung vor das Direktionsgebäude.

– Ford-Werke, Köln:
Ende Mai wurden in verschiedenen Abteilungen kurze Warnstreiks für mehr Lohn durchgeführt.

– Holstein & Kappert, Maschinenfabrik, Dortmund:
1.500 Arbeiter und Angestellte streikten 2 Stunden für ihre Forderung nach DM 100,– mehr. Die Forderung wurde auf einer Kundgebung vor dem Verwaltungsgebäude vorgebracht.

– Vereinigte Flugtechnische Werke, Lemwerder/Bremen:
1.000 Arbeiter forderten mit einem einstündigen Warnstreik 5 % mehr Lohn.

– Mafios-Maschinenfabrik, Reutlingen:
Etwa 800 Arbeiter streikten an 2 Tagen für eine Teuerungszulage und für die Angleichung der Tarife Südwürttemberg an die höheren Tarife in Nordwürttemberg.

– Mannesmann-Hüttenwerke, Duisburg-Huckingen:
Am 4. Juni streikten die Arbeiter des Verkehrsbetriebes 8 Stunden lang für eine Teuerungszulage. Sie erreichten einen Teilerfolg:
die Leistungsprämie wird rückwirkend ab 1.4. um 15 Pfenning angehoben, ab 1.6. um 28 Pfenning.

– Honeywell, Dörnigheim/Hanau:
1.000 Arbeiter traten in einen einstündigen Warnstreik. Ihrer Forderung nach einer Teuerungszulage verliehen sie mit einer Demonstration auf der Bundesstraße 8/40 Nachdruck. Dabei stoppten sie für 3 x 5 Minuten den Verkehr.



Arbeiter von Felten & Guilleaume in Köln demonstrieren vor dem Verwaltungsgebäude für Teuerungszulage

– Karmann Ghia, Osnabrück:
Zum zweitenmal traten 500 Arbeiter in einen kurzen Warnstreik für mehr Lohn.

– Standard Electric Lorenz. SEL, Stuttgart:
Die Arbeiter des Stuttgarter Betriebs traten in einen kurzen Warnstreik und hielten eine kurze außerordentliche Betriebsversammlung ab, auf der sie ihre Forderung nach einer Teuerungszulage vertraten.

– Messer-Werke, Griesheim/Frankfurt:
Nachdem die leitenden Angestellten des Betriebes eine Gehaltszulage erhielten, traten die 1.000 Arbeiter in einen einstündigen Warnstreik und verlangten: Teuerungszulage für alle!

– Adler-Werke, Frankfurt:
800 Arbeiter forderten in einem halbstündigen Warnstreik eine Teuerungszulage.

– Krupp Widia-Werke, Essen:
2.000 Arbeiter forderten in einem Warnstreik DM 70,– monatlich Teuerungszulage.

Diese Streiks aus dem letzten Monat – die Aufstellung ist keineswegs vollständig – zeigen deutlich Zersplitterung und Uneinheitlichkeit der westdeutschen Arbeiterbewegung, weisen auf ihren nur spontanen Charakter hin.

„Die gegenwärtige Arbeiterbewegung ist spontane Arbeiterbewegung. Damit meinen wir, daß den Arbeitern das s o z i a l i s t i s c h e B e w u ß t s e i n fehlt, d.h. 'die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System" (Lenin, Was tun?).

Die gegenwärtige Arbeiterbewegung bleibt als spontane Arbeiterbewegung den Bewegungsgesetzen der Konjunktur unterworfen: im wirtschaftlichen Aufschwung erreicht sie einen höheren Lohnzuwachs und soziale Verbesserungen, während sie im Abschwung der Konjunktur sogar eine Senkung des Reallohns hinnimmt.

Die Bewegungen der Konjunktur sind aber durchaus kein „unabänderliches Gesetz", dem die Arbeiter sich in jedem Fall anpassen müßten. Die Arbeiterbewegung bleibt den Konjunkturbewegungen unterworfen, w e i l und s o l a n g e sie spontane Arbeiterbewegung ist, solange die Arbeiterbewegung also zur Entwicklung einer politisch-ideologischen selbständigen Klassenpolitik noch nicht in der Lage ist." (Zitat aus „Unser Weg" Nr. 13, Dez. 71). ■

John Deere: Mit brutalem Terror gegen streikentschlossene Arbeiter

Am 24.5. traten die Arbeiter am Montageband in der Mannheimer Landmaschinenfabrik John Deere in den Streik, nachdem das Tempo am Band gesteigert wurde und die Vorgabezeiten vorenthalten wurden.

Zwei Tage später weitete sich der Streik aus. Sämtliche 2000 Arbeiter nahmen daran teil, zeitweise auch die etwa 600 Angestellten. Es wurde die Forderung nach 70 Pfennig mehr Lohn, 120,- DM Gehaltserhöhung und 60 - 80 DM mehr für die Lehrlinge aufgestellt.

Bei John Deere sind ausländische Arbeiter aus 22 verschiedenen Nationen beschäftigt, die sich alle und aktiv an dem Streik beteiligten.

Die gegen die ausländischen Arbeiter geschürten Vorurteile, nationale Überheblichkeit und rassistische Hetze versuchte die Unternehmensleitung zur Spaltung der Streikenden einzusetzen. Sie scheute vor keinem Mittel zurück. Personalchef Pohl hetzte gegen den „Terror der ausländischen Arbeiter und Anarchisten". Wilde Gerüchte wurden mit williger Unterstützung der Mannheimer Lokalpresse verbreitet:

Ein Arbeitswilliger sei nackt durch das Werk gejagt worden.

Ausländer hätten zwei deutsche Arbeiter verprügelt (Tatsache ist, daß ein verhetzter deutscher Arbeiter mit dem Messer auf einen ausländischen Kollegen loswollte, und dieser sich natürlich wehrte.

Zu mehreren Auseinandersetzungen mit dem Werkschutz kam es, als dieser immer wieder versuchte, einzelne Arbeiter, sogenannte „Aufwiegler", zu schnappen und aus dem Werk zu schleppen, was aber verhindert werden konnte.

Am dritten Streiktag hatte die Unternehmensleitung Polizei vor das Werktor holen lassen und drohte deren Einsatz an. Mehrere Polizisten in Zivil wurden in das Werk eingeschleust.

Trotzdem führten die Arbeiter mit großer Härte diesen Streik weiter, während die Repressalien zunahmen.

Zunächst wurden die Lehrlinge, die sich solidarisierten, beurlaubt.

Dann wurde über Meister und Abteilungsleiter das Gerücht verbreitet, das Angebot der Direktion läge vor, die Arbeit würde wieder aufgenommen.

Trupps entschlossener Arbeiter zogen daraufhin mit Megaphonen durch das Werk und forderten zur Weiterführung des Streiks auf.

Mittlerweile hatten die Unternehmer eine Schlägertruppe aus aufgehetzten Meistern, Abteillungleitern und dem Werkschutz zusammengestellt. Dieses Rollkommando fiel über kleinere Gruppen von Arbeitern her, schnappte sich einzelne und schlug sie brutal zusammen. Die Arbeiter wehrten sich dagegen. Mehr als 30 Arbeiter wurden auf diese Art zusammengeschlagen, aus dem Betrieb geprügelt, und die Werksausweise wurden ihnen abgenommen.

Mit diesem brutalen Terror gelang es der Unternehmensleitung nach 8 Tagen, den Streik der kampfentschlossenen Arbeiter, der keine Unterstützung bei der örtlichen IGM-Führung und beim Betriebsrat fand, zu zerschlagen.




Zwei Werkschutzspitzel beobachten streikende Arbeiter und stellen „Rädels führer" fest. Kurze Zeit später rückt die Schlägerbande der Unternehmer an.

Das Ergebnis: ab 1.6. 20 DM monatlich Zulage, 15 DM für die Lehrlinge.

Gegen 14 Arbeiter wurde die sofortige Kündigung ausgesprochen (von denen einige zurückgezogen werden mußten), 5 Ausländer wurden zur „freiwilligen" Kündigung gezwungen, darunter ein Grieche, dem die Abschiebung nach Griechenland angedroht wurde.

Auf einer Pressekonferenz berichteten Arbeiter von John Deere über das brutale Eingreifen der Schlägertrupps (die folgenden Zitate nach „UZ" 24/73):

Während ein ausländischer Arbeiter zusammengeschlagen wurde, schrie Personalchef Pohl durchs Megaphon: „Wir Deutschen lassen uns doch nicht von diesen Ausländern terrorisieren" und verteilte auf die am Boden liegenden Fußtritte.

So berichtet der Jugendvertreter Rainer Wietstock: *„Ich sah, wie Fischer (der Produktionsleiter „Spitzel-Fischer") den Greiftrupps Kommandos gab, worauf sich zehn, fünfzehn Meister zusammenschlossen, die Leute herauszerrten, an den Haaren und im Polizeigriff, und sie dem Werkschutz übergaben."*

Der Starkstromelektriker Karl-Heinz Stemmle: *„SS-Wilhelm (Leiter der Kernmacherei) deutete mit dem Finger: ‚Den da und den und den'. Die Betroffenen wollten fliehen, nur wenigen gelang es. Viele wurden verprügelt. Da merkte ich, daß neben mir der Müller (der Meister „Kongo-Müller") einen Ausländer bearbeitete und ihn bis ins Gebüsch prügelte. Der Ausländer hing zwischen Zweigen und Gestrüpp, wurde wieder herausgezogen. Es sollte total fertig gemacht werden. Mit verzerrtem Gesicht und Schaum vorm Mund stierte mich der Meister an: ‚Was willst du denn, komm her, du kannst auch eine Abreibung haben, dem Ausländerpack noch helfen wollen!"*

Wieder berichtet Rainer Wietstock: *Er wurde von „Spitzel-Fischer in ein Hamdgemenge verwickelt, dann tauchte der Werkschutz auf und erklärte, es könne für seine Sicherheit keine Garantie übernommen werden und er müsse deshalb raus. Genauso ging es dem Arbeiter Karl Wolf aus der Getriebemontage, dem Personaldirektor Jiricek sagte, er könne für seine Sicherheit nicnt garantieren und ihn vom Werkschutz rausschmeißen ließ.*

Der Jugendvertreter Ackerlund erzählt: *„Wenn Sie den Mund nicht halten, kann plötzlich der Fall eintreten, daß ich für Ihre persönliche Sicherheit nicht mehr garantieren kann," sagte der Werkschutzchef Lechner, obwohl sich sonst niemand in der Nähe befand und legte Ackerlund ‚wie bei einer Verhaftung' die Hand auf die Schulter. Wenig später stand er in Hemd und Arbeitshose und ohne Motorrad und Klamotten im Nieselregen vor dem Werkstor."* ■

Gewerkschafts-Kommission des Metall-Bereichs, KB-Gruppe Hamburg

„ABGEWRACKT“

Produktionseinstellung bei Hanomag-Henschel, Werk Harburg

Innerhalb der nächsten 16 Monate soll im Harburger Hanomag-Werk die Transporterproduktion eingestellt werden. Das Werk, es gehört seit 2 Jahren zu Daimler-Benz, ist gegenüber anderen Produktionsmöglichkeiten (Hanomag - Werk in Bremen) für die Daimler-Benz Kapitalisten unrentabel geworden. Sie können die in Harburg gebauten Transporter in Bremen günstiger, mit mehr Profit produzieren lassen. Daher hat der Daimler-Vorstand die Verlegung nach Bremen beschlossen. Diese Einstellung bedeutet faktisch das Abwracken des Harburger Werkes. Nur einzelne Produktionsteile (Dreherei, Gelenkwellenfertigung usw.) werden in Harburg bleiben.

Im Werk selbst wurde dieses Vorhaben nur durch einen Zufall bekannt. Auf einer Bremer Betriebsversammlung wurde der unruhigen Belegschaft gesagt, daß sie demnächst die Harburger Transporter bauen wird. (In Bremen ist kürzlich ebenfalls ein unrentabler Transportertyp eingestellt worden – die Kollegen dort wollten wissen, was mit ihnen geschieht.) Diese Meldung gelangte als Gerücht nach Harburg. Hauptsächlich in einer Abteilung – dem Karrosseriebau – wurde das Gerücht anders als sonst aufgenommen.

Gerüchte sind im Harburger Werk an sich noch nie eine Seltenheit gewesen, Gerüchte über bevorstehende Produktionseinstellung schon gar nicht – sie wurden daher im Laufe der Zeit mit Gelassenheit aufgenommen. Diesmal war das anders.

„Nach dem Urlaub geht die Transporterproduktion nach Bremen“ hieß es. Dies wurde aufgenommen, es wurde diskutiert, ob da was dran sei, ob man nicht was tun müsse usw. Vor allem mußten genaue Informationen rangeschafft werden. Es wurde der Vorschlag gemacht, am nächsten Tag – Dienstag – eine Abteilungsversammlung im Karrosseriebau durchzuführen, ein Betriebsratsleitungsmitglied und ein Vertreter der Geschäftsleitung sollten dazu geholt werden. Der Vorschlag wurde angenommen, die Sache organisiert und am Dienstag zum Schichtwechsel versammelte sich die Spätschicht und Teile der Frühschicht.

Nach mehrmaliger Aufforderung kamen zwei Mitglieder der Betriebs-

kamen zwei Mitglieder der Betriebs-ratsleitung – die Geschäftsleitung kam nicht, es wurde allerdings auch nicht genügend Nachdruck hier hintergesetzt. Der Betriebsrat gab dann die Information durch, daß innerhalb der nächsten 16 Monate die gesamte Transporterproduktion nach Bremen geht, daß aber die Arbeitsplätze nicht gefährdet seien, weil die Konzernleitung die Zusicherung gemacht habe, neue Arbeitsplätze mit gleichwertigen Lohngruppen zu schaffen. Dies allerdings wurde mit starker Skepsis aufgenommen. Zu stark waren die Erfahrungen mit der letzten Produktionseinstellung bei Hanomag.

Als vor 2 Jahren der Kastentyp verlegt wurde, wurden ebenfalls viele schönklingende Versprechungen gemacht – die nie eingehalten wurden. So wurde in der anschließenden Diskussion daher auch eine umgehende Betriebsversammlung zur Information aller Kollegen gefordert, der Betriebsrat wurde aufgefordert, ständig über den Stand der Dinge zu berichten. Weil eben auch, vor allem aus den alten Erfahrungen, klar war, daß die Konzernleitung freiwillig nichts tun wird, wurde die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen von einem Teil der Kollegen gefordert.

All dies wurde vom anwesenden Betriebsrat, Hein Barfuß, unterstützt; es sollte sich nur wenig später zeigen, ob dies ehrlich oder als taktisches Manöver gemeint war.

Die Aktion selbst blieb auf den Karrosseriebau beschränkt, die Informationen kamen in den etwas „entfernteren“ Abteilungen zuerst nur als Torso an. Obwohl sonst die Kommunikation zwischen den Abteilungen hervorragend ist, in diesen Fragen klappt es noch sehr schlecht. Erst nach einiger Zeit sprach sich herum, was tatsächlich los ist.

In den nicht direkt betroffenen Abteilungen, Gelenkwellenbau, Dreherei usw., machte sich daraufhin der Standpunkt breit „wir sitzen hier im Trockenen, uns kann nichts passieren“. Dies ist jedoch eine gefährliche Illusion. Schon heute zeigt sich, daß die Geschäftsleitung vorhat, mit der Welle der Produktionseinstellung gleichzeitig in den anderen Abteilungen neue, schärfere Angriffe zu starten.

So wurde in einigen Abteilungen (Gelenkwellenbau, Chassiband) mit erpresserischer Methode versucht, die Zeiten zu kürzen. „Entweder ihr arbeitet schneller, oder wir verlegen in andere Werke“, hieß es. Außerdem setzte kurz nach Bekanntwerden der Daimler-Pläne ein regelrechter „Run“ auf die vermeintlich sicheren Arbeitsplätze ein.

Auch dies verbucht die Geschäftsleitung auf ihr Konto, indem sie dies zum Anlaß nimmt, Lohngruppen zu kürzen. Angesichts dieser, heute bereits umfassenden Angriffe auch in den nicht durch Verlegung direkt betroffenen Abteilungen, zu sagen, die Dreherei, die Gelenkwellenfertigung sei nicht betroffen, bedeutet eine gefährliche Unterschätzung des tatsächlichen Ausmaßes des Vorgehens der Daimler-Bosse. Hier handelt es sich ganz direkt um einen Angriff auf die gesamte Belegschaft!

Die Stimmung in den direkt betroffenen Abteilungen schwenkte bald in Abwarten und z. T. Resignation um. Abwarten, was die Verhandlungen zwischen BR und Geschäftsleitung bringen, Resignation, weil so nach und nach das ganze Ausmaß klar wird – dagegen aber unklar blieb, was dagegen zu tun sei.

Betriebsrat – keine Unterstützung für die Arbeiter

Kurz nach Bekanntwerden der Daimler-Pläne wurde eine VK-Sondersitzung einberufen, auf der alle Vertrauensleute noch einmal über die Angelegenheit informiert wurden.

Im Gegensatz zu der vermeintlichen Unterstützung der Kollegen durch den BR im Karrosseriebau, wurde auf dieser Sitzung eine Be-

wurde auf dieser Sitzung eine Be-triebsversammlung abgelehnt, von Kampfmaßnahmen war gar keine Rede mehr. Eine Betriebsversammlung sollte erst dann erfolgen, wenn etwas „Neues“ geschieht. Die Produktionseinstellung selbst war nicht Grund genug.

Zu diesem Zeitpunkt aber wäre eine Betriebsversammlung gerade deshalb dringend notwendig gewesen, um der aufkommenden Resignation zu begegnen und um gerade in den nicht direkt betroffenen Abteilungen das Ausmaß der Einstellung klarzumachen, um klarzumachen, daß hier die gesamte Belegschaft betroffen ist.

Als abschließende Krönung wurden die Vertrauensleute von der BR-Leitung aufgefordert, die Kollegen zu beruhigen!

Es wird deutlich, wie sehr diese Betriebsratsleitung jedes selbständige Handeln der Arbeiter, jeden aktiven Widerstand gegen die geplante Einstellung verhindern will. Die BR-Leitung will mit der Konzernleitung verhandeln. – Schön. Allerdings wurde kurze Zeit später deutlich, wie kläglich dies gescheitert ist.

Verhandlungen – Nichts als Farce

Die Verhandlungen brachten nichts. Ungefähr 4 Wochen nach Bekanntwerden der ganzen Sache wurde bekannt, daß die Unternehmensleitung angeboten hätte, für 200 Arbeitsplätze Montage-Arbeit aus anderen Werken (Teilemontage) zu holen. Diese Arbeit sollte mit 14 Arbeitswerten (Lohngr. 4) bezahlt werden. Gegenüber der Tatsache, daß von der Einstellung offiziell ca. 590 Arbeiter betroffen sind (nach eigener Schätzung sind es ca. 1000), daß hier bisher zwischen 17 und 27 Arbeitswerten (Lohngr. 5-7) bezahlt wurde, kann dieses Angebot nur als Frechheit bezeichnet werden.

Wieder einmal wird deutlich, mit welchen Tricks die Konzernleitung arbeitet. Zur Beruhigung heißt es „Zusicherung über neue Arbeitsplätze“, hinterher kommt ein lächerliches Angebot raus. Der Harburger Betriebsrat hat dieses Angebot angeblich erstmal abgelehnt – nur, der Gesamtbetriebsrat hat bereits zugestimmt, d.h. er hat der Umlagerung aus den anderen Werken zugestimmt. Hier wird offensichtlich geschickt Theater gespielt. Man macht Verhandlungen (um vorzuweisen, daß etwas getan wird), es kommt ein lächerliches Angebot (Die Unternehmensleitung hat sich „ernsthaft“ um Arbeitsplätze bemüht), der Harburger Betriebsrat lehnt ab (Er steht an vorderster Front und muß aus taktischen Gründen ablehnen, um sich bei der Harburger Belegschaft nicht vollends unglaubwürdig zu machen), der Gesamtbetriebsrat stimmt zu (womit die Sache trotzdem gelaufen sein dürfte). So muß man diese Verhandlungen wohl einschätzen – eine geschickt gemachte Farce.

Es zeigt sich hier allerdings, wo Verhandlungen hinführen, die sich der Kontrolle und dem Kampf der Arbeiter entziehen – in die Sackgasse.

Nach diesem Angebot glaubt kaum jemand im Werk noch daran, daß es keine Entlassungen gibt und daß alles sauber und glatt abläuft. Es ist nun allerdings eine Betriebsversammlung einberufen worden. Normale Abteilungsversammlungen hätten aufgrund der neuen Entwicklung sicherlich nicht ruhig und geordnet ausgesehen, vor allem hätten sie sich der Kontrolle durch Geschäftsleitung und BR-Leitung entzogen. Es ist nun sicherlich anzunehmen, daß Geschäftsleitung und in ihrem Fahrwasser auch die BR-Leitung versuchen werden, diese Betriebsversammlung zum Forum der Beschwichtigung zu machen. Es gilt diese Betriebsversammlung zum Forum der Belegschaft zu machen!

Klarheit, Solidarität, Entschlossenheit – darauf kommt es an.

Es stellt sich die Frage, was ist gegen die geplante Produktionseinstellung notwendig zu tun?

Eine Produktionseinstellung oder Verlagerung ist ein ganz elementares Mittel der Kapitalisten zur Profitsteigerung. Weil in Bremen günstiger als in Hamburg produziert wird, geht der Transporter nach Bremen, weil der Bremer-LKW-Typ unrentabel geworden ist, wird er eingestellt, weil der Kassler LKW-Bau keinen Profit mehr bringt, wird er ebenfalls eingestellt. Es wird verlegt, eingestellt, neu produziert – je nachdem, wie es die kapitalistischen Interessen fordern.

Das Recht hierzu ist in den Gesetzen des „demokratischen“ Landes BRD verankert, es wird abgesichert vom Staat, vom kapitalistischen Staat, der durch die „Freiheit des Eigentums“ Produktionseinstellung und Massenentlassungen nicht nur „erlaubt“, sondern jeden Eingriff in dieses Recht mit allen Mitteln niederschlägt.

Was mit den Arbeitern geschieht ist hierbei in den Vorstandszimmern ein untergeordnetes Problem. Ihre Interessen gehen erst dann in die Überlegungen ein, wenn die Arbeiter den Kampf gegen Produktionseinstellungen und Massenentlassungen aufnehmen. Da Produktionseinstellungen zu diesem Gesellschaftssystem gehören wie das „Gelbe“ zum Ei, kann ein Kampf hiergegen in letzter Konsequenz erfolgreich nur als Kampf gegen dieses gesamte System geführt werden.

Nun kann ein offensiver und aktiver Kampf derzeit bei Hanomag kaum in aktiven Kampfhandlungen auf breiter Ebene mit klarer (politischer) Stoßrichtung bestehen. Dies jedoch gilt es zu entwickeln. Die betriebliche Situation – die noch mangelnde Solidarität unter der Belegschaft, die mangelnde Klarheit über die Produktionseinstellung und vor allem über den zu erwartenden Gegenschlag der Konzernleitung lassen überdies überhaupt einen aktiven Kampf schwerlich zu.

Der Kampf bei Hanomag muß heute in erster Linie so aussehen, daß die Solidarität unter der Belegschaft gestärkt wird, daß die Klarheit über die Notwendigkeit eines aktiven Kampfes und vor allem die Klarheit über die politische Verbindung der Produktionseinstellung mit diesem System verstärkt wird. Dies muß die zentrale Aufgabe aller fortschrittlichen Arbeiter bei Hanomag sein, und dieser Kampf muß offensiv gegen alle falschen Anschauungen geführt werden. Nur so können die Voraussetzungen für einen erfolgreichen aktiven Kampf geschaffen werden.

Betriebszelle Hanomag-Henschel, KB/Gruppe Hamburg ■

Der Metallarbeiter

BETRIEBSAUSGABE HANOMAG HENSCHEL

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES /GRUPPE HAMBURG

FÜR DIE KOLLEGEN DER METALLINDUSTRIE

JUNI 1973

ZUR PRODUKTIONSEINSTELLUNG

Auf unsere Solidarität kommt es an!



Ein konsequenter Schritt!

Heinz Scholz: Vom Gewerkschaftsführer zum Personaldirektor

Der Bezirksleiter der IG Metall Hamburg Heinz Scholz wird Anfang Juli die Firma wechseln: Er gibt seine Stellung als Gewerkschaftsführer auf und fängt als Personaldirektor bei der Howalt-Deutsche-Werft (HDW) in Hamburg an. Ein konsequenter Schritt. Seine Tätigkeit als HDW-Boss wird sich gar nicht so sehr von seiner bisherigen als Gewerkschaftsfunktionär unterscheiden. Scholz ist den Metallern Hamburgs seit Jahren durch seine arbeiterfeindliche Politik bekannt:

■ Seit etwa zehn Jahren sitzt er im Aufsichtsrat der HDW, kassierte Zigtausende an Aufsichtsratsgeldern und bastelte mit an Fusions- und Rationalisierungsplänen, die den Werftkapitalisten zur Sanierung ihrer Profite und zum Anschluß an die EWG verhelfen sollen. Daß im Rahmen dieser „Rationalisierungen“ ganz Finkenwerder stillgelegt werden sollten, davon haben die Kollegen nicht etwa von ihrem „Arbeitnehmervertreter“, sondern erst aus der Zeitung erfahren.

■ Als die Stillegung öffentlich bekannt gegeben wurde, gab Scholz vor den HDW-Vertrauensleuten offen zu, daß er schon seit 67 wußte, daß Finkenwerder bei der Fusion draufgehen würde!

■ Während der Tarifrunde 71 versuchte er, die Arbeiter davon abzuhalten, ihre Forderungen aufzustellen. Ganz im Sinne der Unternehmer wollte er ihnen weismachen, die Arbeiter müßten durch niedrige Forderungen „eine Vorleistung zur Preisstabilität bringen“.

■ Bereits 1970 war er mit derartigen Vorstellungen bei den Kollegen der Klöckner Hütte Bremen auf einhellige Empörung gestoßen: sie ließen ihn nicht mehr zu Wort kommen und pfiffen und buhten so lange, bis Scholz wutentbrannt die Betriebsversammlung verließ, und versprach, nie wieder auf der Hütte zu erscheinen (dies Versprechen hat er gehalten!).

Fürwahr ein Paradebeispiel für die Gewerkschaftsführer, mit denen es die Arbeiter eines imperialistischen Landes wie der BRD zu tun haben: korrupt bis auf die Knochen, Agenten der Kapitalistenklasse in der Arbeiterklasse, von denen die Arbeiter, trotz gelegentlicher „linker“ Verkleidung, nichts zu erwarten haben.

Ein anderes Beispiel ist der jetzige Hamburger Innensenator Ruhnau, der seit Jahren als SPD-Politiker vor allem die Aus- und Aufrüstung der Hamburger Polizei betreibt und deren Schlagkräftigkeit gegen die Bevölkerung bereits bei mehreren Gelegenheiten unter Beweis gestellt hat: die Erschiessung Petra Schelms, die brutalen Knüppeleien bei verschiedenen friedlichen Demonstrationen und die terroristische Räumung des besetzten Hauses in der Ekhofstraße gehen u.a. auf sein Konto.

Ruhnau war Bezirksleiter der IGM Hamburg, bevor Scholz diesen Posten übernahm.

Eine moralische Kritik an diesen Herren, die ihnen vom Standpunkt der Arbeiter vorwerfen würde, für die „andere Seite“ zu arbeiten, ist hier ganz unangebracht. Denn prinzipiell unterscheiden sich die amtierenden Gewerkschaftsführer nicht von Ruhnau, Scholz & Co.

Eine Unterscheidung liegt lediglich darin, daß Leute wie Scholz das Geschäft für die Kapitalisten zu offen betrieben haben. Diese Politik können sie vor den Arbeitern nicht länger glaubwürdig vertreten. Für diese Aufgabe, Agenten der Kapitalisten in der Arbeiterklasse zu sein, taugen sie nicht mehr. Jetzt ist es viel nützlicher für die Kapitalisten, die Fähigkeiten und Erfahrungen dieser Arbeiterverräter direkt gegen die Arbeiter einzusetzen: als Personaldirektor oder Polizeichef.

Zellenleitung Werften, KB/Gruppe Hamburg ■

Bremer Vulkan:

Nach acht Tagen Streik ein mieser Abschluß

Am 8. Juni traten die Arbeiter in allen Abteilungen der Bremer Vulkan-Werft in einen kurzen Warnstreik und erhoben die Forderung nach einer Teuerungszulage.

Sechs Tage später, am Donnerstag morgen, den 14.6., setzte die Belegschaft gegen den Widerstand des Betriebsratsvorsitzenden Kirchhoff eine außerordentliche Betriebsversammlung durch, auf der die Forderungen vorgetragen wurden:

70,- DM netto für alle und ein 13. Monatslohn und -gehalt.

Während die Geschäftsleitung diese Aktion und Streiks als „illegal" bezeichnete und die Forderungen ablehnte, hatte IGM-Ortsbevollmächtigter Arno Weinkauf nichts besseres zu tun, als die Kollegen auf den „Tariffrieden" hinzuweisen.

Als dann einige Kollegen spontan riefen: „Kommt, wir schauen uns in Vegesack die Preise an!", setzte sich ein Demonstrationszug von fast 4000 Arbeitern in Richtung Vegesack in Bewegung (Die Aktionäre haben den Gewinn in petto, wir fordern 70 DM netto!") Damit hatte der Streik von 5000 Werftarbeitern begonnen.

Am Freitag versammelten sich die Arbeiter (wie später an jeden Streiktag) zur Beratung auf der Wiese am Haupteingang Lobbendorfer die Arbeiter (wie später an jeden Streiktag) zur Beratung auf der Wiese am Haupteingang Lobbendorfer Tor. Der Betriebsrat berichtete von der ablehnenden Haltung der Werftenleitung, was mit Pfiffen und Buhrufen aufgenommen wurde. Anschließend stimmten die Arbeiter ab: fast einstimmig wurde die Weiterführung des Streiks beschlossen. Am Montagmorgen um 6.45 sollte die nächste Versammlung auf der Wiese sein.

Am Montag den 18. Juni empfing die Unternehmensleitung die Arbeiter mit Flugblättern: „Der Streik ist illegal – die Streikzeit wird nicht bezahlt, radikale Elemente sind dafür verantwortlich, die Unternehmensleitung verhandelt erst, wenn die Arbeit wieder aufgenommen ist", hieß es da.

Aber kein Arbeiter betrat das Werftgelände. Auf der folgenden Versammlung forderten mehrere Sprecher nach dem Bericht des Betriebsrats die Fortführung des Streiks und die Aufnahme von Verbindungen zu anderen Betrieben. (In derselben Woche streikten auch



Am 7. Streiktag: wieder geht ein Demonstrationszug der Werftarbeiter durch Bremen-Vegesack. Im Zug: Arbeiterfrauen. „Auch auf unsere Frauen können wir bauen, wir haben noch lange was zu kauen!"

die Werftarbeiter auf der Bremerhavener Rickmers- und der Seebeck-Werft, ebenfalls gab es wiederholt Abteilungsstreiks auf der Bremer Klöckner-Hütte. In der anschließenden Abstimmung wurde die Weiterführung des Streiks beschlossen.

Erst am sechsten Tag des Streiks, am 19.6., nimmt die Werftleitung wieder Verhandlungen mit dem Betriebsrat auf. IG Metall Bezirksleiter Heinz Scholz bietet seine Dienste als „neutraler (!) Vermittler" an.

Am 20.6. findet die zweite Demonstration der Vulkan-Arbeiter durch Vegesack statt, an der sich nicht nur etwa 3000 Werftarbeiter beteiligen, sondern auch viele Arbeiterfrauen. Erstmals beteiligten sich auch die Angestellten der Hauptverwaltung an dem Streik.

Zur selben Zeit finden, unbemerkt von den Streikenden Geheimverhandlungen in einem Hotel der Bremer Vahr statt, zu denen neben Geschäftsleitung und Betriebsrat auch Heinz Scholz hinzugezogen wurde.

21.6., achter Streiktag: Während der Geheimzug schon ohne die Arbeiter abgefahren ist, wird auf der morgendlichen Versammlung die Fortführung des Streiks beschlossen. Unter Pfui-Rufen und Pfiffen berichten einige Arbeiter, daß die Unternehmer versucht haben, sie mit telefonischen Angeboten zu bestechen.

Am Abend desselben Tages kommt es dann zu dem „realistischen Kompromiß" (Heinz Scholz). Die Verhandlungen werden mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

- ab 1. Juni 25 Pfennig mehr Lohn,
- für Angestellte 43,– DM mehr Gehalt,
- für die Lehrlinge eine Angleichung der Ausbildungsvergütungen an die Schiffbauer (1. Lehrjahr 60,–DM, 2. Lehrjahr 120,-DM),
- statt der tariflichen 30% eines Monatslohns 40%,
- das Weihnachtsgeld wird in eine Treueprämie umgewandelt: nach einer Betriebszugehörigkeit von 6–12 Monaten: 30,–DM, für jedes weitere Jahr bis zum 25. Jahr jeweils 15,– DM.

Von den sechs Werktagen des Streiks sollen drei Tage bis zum 31.7. nachgearbeitet werden, während weitere drei Tage entweder unbezahlt bleiben, oder auf den Urlaub angerechnet werden!

Außerdem soll eine sogenannte paritätische Lohnkommission bis zum 31. Oktober eine eventuelle Angleichung der Vulkan-Löhne an die anderer Werften prüfen.

Noch am selben Abend um 21.00 Uhr stimmen die Vertrauensleute dem Ergebnis zu: von 169 Anwesenden stimmen nur drei mit nein, drei enthalten sich.

Nach der Aufforderung von Betriebsrat und Vertrauenskörper am Morgen des 22.6. wieder die Arbeit aufzunehmen, war um 7.15 Uhr der Streik beendet.

Jeden Streikmorgen: Betriebsversammlung und Streikabstimmung der Werftarbeiter auf der Wiese vor dem Lobendorfer Tor

Jeden Streikmorgen: Betriebsversammlung und Streikabstimmung der Werftarbeiter auf der Wiese vor dem Lobendorfer Tor

Sozialdemokratische Streikführung

Gerade das Beispiel des Vulkan-Streiks verdeutlicht, wie falsch das Verhalten vieler Kommunisten und solcher, die sich so nennen ist, angesichts der vielen zumeist Kurzstreiks in laute Kampfrufe auszubrechen und dafür ihre Pflicht, innerhalb solcher Aktionen, politische Klarheit zu schaffen, vergessen.

So ist es den Sozialdemokraten in dem Streik gelungen, über die acht Tage hinweg, den Streik fest in der Hand zu behalten und schließlich mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung ein Ergebnis zu erzielen, das für die Arbeiter alles in allem gerechnet kaum eine Verbesserung bedeutet (drei unbezahlte Tage, Nacharbeiten von drei Tagen), geschweige denn eine Steigerung des Reallohns.

Viel wichtiger ist aber, daß es gelang, die Arbeiter aus den Verhandlungen herauszuhalten, sie sozusagen zu Streikstatisten der aus Tarifrunden bekannten Verhandlungsführung zu machen.

Hierbei bewies die IG Metall-Führung einmal mehr, wie sie ihre Aufgabe in solchen Auseinandersetzungen begreift. Zuerst verschanzt sie sich hinter dem Tariffrieden, um den Streik abzulehnen – dann hilft sie kräftig dabei mit, faulen Kompromiß auszuhandeln. Wenn der Betriebsratsvorsitzende nach dem Streik formuliert, „Man darf feststellen, daß eine Kompromißlösung gefunden worden ist, die wohl beiden Seiten gerecht wird (!)", so zeigt das deutlich, daß die Gewerkschaftsführung keine eindeutige Interessensvertretung der Arbeiter will, stattdessen immer wieder versucht, die Interessengegensätze zwischen Arbeitern und Kapitalisten, wie sie im Vulkan-Streik wieder deutlich wurden, zu schlichten. Es ist schon ein Hohn, wenn IGM-Bezirksleiter Heinz Scholz sich als neutraler Vermittler anbietet.

Es ist falsch, anzunehmen, daß solche Taten der Gewerkschaftsführer automatisch zu tieferer Einsicht in das Wesen der Gewerkschaftsführung führen – die andere Seite ist nämlich die einer Verstärkung der Resignation unter den Arbeitern („Hat ja alles doch keinen Zweck") und damit einer Verstärkung des Sozialdemokratismus ... Das durch Schaffung politischer Klarheit zu verhindern, ist Aufgabe der Kommunisten.

Noch an einem anderen Punkt erwiesen die Sozialdemokraten ihr Geschick:

Am fünften Streiktag setzten sie im Vertrauenskörper durch, eine VK-Delegation zum Bremer SPD-Bürgermeister Koschnick zu entsenden, der sich dann „verständnisvoll die Sorgen der Arbeitnehmer" anhörte. Koschnick sandte noch am selben Tag ein Schreiben an die Vulkan-Direktoren, in dem er bat, die Verhandlungen doch wieder aufzunehmen. Einen Tag später erklärten diese ihre Verhandlungsbereitschaft, worauf sich Betriebsratsvorsitzender Kirchhoff vor die Arbeiter stellte und erklärte, das sei auch Koschnick zu verdanken!

Auch hier wieder der Versuch, die Aktivitäten der Arbeiter in bekannter Vater-Brandt-hilft-immer-Manier auf die Mühlen der Sozialdemokratie zu lenken.

Und Kirchhoff ist zuzustimmen, wenn er nur zwei Tage nach dem Streik auf der Landesdelegierten-Konferenz der Bremer SPD-Betriebsorganisationen feststellt: „... die Aktivität von Sozialdemokraten ... (hat) zu einer Beendigung der Arbeitsniederlegungen geführt." („Weser Kurier", 25.6.73)

Natürlich sind Erfahrungen wie Geschlossenheit des Streiks, die große Solidarität, der gemeinsame Kampf, die morgendlichen Betriebsversammlungen und die Demonstra- Kampf, die morgendlichen Betriebsversammlungen und die Demonstra- tionen äußerst wichtig – nur der harte Arbeiteralltag läßt sie sehr schnell zur Geschichte werden.

Eine Verfestigung dieser Erfahrungen, die bewußte klassenmäßige Ausrichtung von Kritik und Unruhe unter den Arbeitern muß unser Ziel sein.

Ein Vulkan-Arbeiter sagte nach dem Streik: „Einige von uns werden hoffentlich noch aktiver, aber viele werden resignieren."

Das letzte hoffen die Unternehmer, deren Direktor Schirmer nach dem Streik voll Zynismus erklärt: „Die Geschäftsleitung ist mit dem erzielten Ergebnis, das uns sehr viel kostet, einverstanden – vor allem im Hinblick darauf, daß wir eine soziale Verantwortung gegenüber den Familien der Streikenden haben ... Wir sind froh, daß durch die Vermittlung des IG Metall-Bezirksleiters die berechtigten Forderungen auf ein Maß hingezielt sind, das realistisch und akzeptabel ist ... Wir sind überzeugt, daß die bestehenden Konflikte langfristig beseitigt sind." („Bremer Nachrichten" vom 22.6.73) ■

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



SIEMENS Hamburg: Hetzkampagne gegen Linke

Vor etwa einem Jahr trat die Vertrauenskörperleitung der Firma Siemens AG in Hamburg zurück. Wachsende Kritik an ihrer Arbeit aus dem Vertrauenskörper zwang sie zu diesem Schritt.

Die Bedingungen für eine gute gewerkschaftliche Arbeit sind bei Siemens erschwert durch die starke Dezentralisierung des Betriebes. Neben einer kleinen Werkstatt von etwa 200 Kollegen in Rothenburgsort existieren zahlreiche Baustellen und Montagetrupps, auf die der größte Teil der Kollegen verteilt ist. Schon aus diesem Grund ist ein breit gestreutes Netz von Vertrauensleuten besonders wichtig. Mit der Abwahl der VK-Leitung und der Neuwahl solcher Kollegen, von denen man sich bessere Arbeit erhoffte, war ein Schritt getan. Ziel war es, die gewerkschaftliche Organisierung zu vergrößern, stärkere Aktivitäten zu entwickeln und über die Vertrauensleute die Information der Kollegen zu verbessern.

Erste größere Aktivitäten entwickelten die Vertrauensleute von Siemens zur Metalltarifrunde 1972/73. Früher als die meisten anderen Betriebe begannen sie die Diskussion hierum und stellten schon Ende September ihre Forderung von 150 DM mehr linear auf. Diese Forderung wurde nicht nur wie vielfach üblich in Hamburg an die Gewerkschaftsführung geschickt, wo sie dann (zur Zeit noch) in den Papierkorb wandert, sondern als Resolution an alle größeren Metallbetriebe in Hamburg gegeben und auf der Funktionärsversammlung im November vorgebracht. Außerdem wurde im November die erste Ausgabe der „Informationen" des Vertrauenskörpers an die Kollegen verteilt.

Der Protest der Siemens-Vertrauensleute gegen die 11%-Forderung und besonders ihre Ablehnung des 8,5% Abschlusses wurde ebenfalls auch an andere Betriebe verschickt. Nach dem Abschluß forderten sie die sofortige Einberufung einer Funktionärsversammlung.

Die Aktivitäten des Siemens VK waren der Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall und den sozialdemokratischen Betriebsräten ein Dorn im Auge. Während sich die Betriebsräte lange Zeit zurückhielten, begann die Ortsverwaltung noch in der Tarifrunde mit ihrem Angriff: Die Informationsblätter an die Kollegen wurden von ihr zensiert und waren damit nicht mehr, wie beabsichtigt, ein kritisches Informationsblatt, sondern Sprachrohr der der Gewerkschaftsführung, wie die nebenstehende letzte Ausgabe zeigt. Der überbetriebliche Kontakt, das Versenden von Stellungnahmen und Resolutionen an Vertrauenskörper anderer Betriebe, wurde den Kollegen von der Ortsverwaltung verboten.

Die sozialdemokratischen Betriebsräte bewiesen in ihrem Vorgehen einmal mehr ihr taktisches Geschick, ihr Gespür, sich in den Situationen nach vorn zu spielen, wo (wie nach der Tarifrunde) ein Erlahmen der Aktivität einsetzte und sie sich dann wieder an die Spitze stellen.

Die fortschrittlichen Aktionen werden von ihnen diffamiert, „wir waren ja von Anfang an dagegen" (was auch stimmt, bloß in der Situation, wo sie sich gegen die Mehrheit stellen, wagen sie das nicht zu sagen) schreien sie hinterher, „aber Schwamm drüber, wir versuchen es noch mal mit euch, Kollegen."

Zum Generalangriff auf die Linken wurde dann auf der ersten Sitzung des neugewählten Vertrauenskörpers am 18.4. geblasen. Zielscheibe war eine Kollegin aus der alten VK Leitung, die an den oben geschilderten Aktivitäten wesentlich mitbeteiligt war. Bei den Neuwahlen zur VK Leitung wurde sie ebenfalls wieder vorgeschlagen, worauf der neue Leitungsvorsitzende das Wort ergriff und scharf gegen gegen die Kollegin schoß. Er griff dabei zu den mittelweile bekannten Methoden der Diffamierung und Demagogie, die sich wenig von dem unterscheiden, was die Kapitalisten seit eh und je bei ihren Angriffen auf fortschrittliche Arbeiter anwenden. Er bezeichnete sie als „Linkschaotin", die „die Schmierblätter" verfaßt. (Diese Hetze wurde ausdrücklich mit einem Artikel aus dem METALLARBEITER, einer Branchenzeitung des KB „begründet".) Er bedauerte, daß er ihre Wahl zur Vertrauensfrau nicht verhindern konnte und empfahl den Kollegen, sie nicht zu wählen, da sie die Gewerkschaft spalten wolle und eigentlich gar nicht in den VK und in die Gewerkschaft gehöre. Dieser Angriff, vorgetragen im Beisein des Mitglieds der Ortsverwaltung Jonni Müller, verfehlte seine Wirkung nicht: die Kollegin wurde nicht wiedergewählt. Gerade bei den neuen, nicht informierten Vertrauensleuten konnte der Vorsitzende seine Demagogie noch anbringen.

> **Auszug aus dem „Informationsblatt" der VK-Leitung bei Siemens/Hamburg**
>
> **Am 13.4.73 fand eine große Funktionärsversammlung im Gewerkschaftshaus statt, auf der der neue Vorsitzende der IG-Metall, Eugen Loderer, erstmals in Hamburg zu Funktionären sprach. Die Versammlung begann um 16.45 Uhr und endete nach 21.00 Uhr. Als wichtigstes Thema wurde über die letzte Lohnrunde gesprochen. Eugen Loderer brachte zum Ausdruck, wir können es nicht hinnehmen, daß die Arbeitgeber ihre Preise ständig erhöhen, während wir Vertragstreue üben. Dieser Entwicklung wird die IG-Metall nicht tatenlos zusehen.**
>
> **Es wurde in aller Schärfe, aber sachlich diskutiert.**
>
> **Wenn man von einigen linksradikalen Chaoten einmal absieht, die soweit gingen, dem Vorstand zu unterstellen, daß er mit voller Absicht die Geschäfte der Arbeitgeber besorge.**
>
> **Solche und ähnliche Äußerungen bzw. Aktivitäten zeigen die Absicht der Chaoten (die unter der Bezeichnung RGO revolutionäre Gewerkschaftsopposition firmieren), Vorstand und Basis auseinander zu dividieren.**
>
> **Die Zielsetzung und Aktivitäten der RGO sind gewerkschaftsfeindlich.**
>
> **So ist auch der Beiratsbeschluß der IG-Metall vom 16.4.73 verständlich, die Trägerorganisationen der RGO, die KPD, KPD/ML und den Kommunistischen Bund (KB) für gewerkschaftsfeindlich zu erklären, d.h. die Mitgliedschaft und Mitarbeit bei den genannten Organisationen sind nicht mit der Mitgliedschaft in der IGM vereinbar.**
>
> **Dieser Beschluß ist keine Aufforderung zur Kommunistenjagd. Er richtet sich lediglich gegen gezielte Aktivitäten, die die Zersetzung der Gewerkschaften zum Ziel haben.**

In welche Richtung dieser Angriff wirklich zielte, wurde deutlich, als die neue Ausgabe der VK-Informationen rauskam: Neben der Bekanntgabe der neugewählten Leitungsmitglieder und dem Termin einer Jugendmitgliederversammlung wird als ausführlichster Punkt der sogenannte „Extremistenerlaß" des IG Metall-Vorstandes behandelt. Mit platten antikommunistischen Parolen wird gegen „Linksradikale", gegen „Chaoten" und angebliche „Zersetzung der Gewerkschaften" gehetzt, in einer Art und Weise, wie wir sie zur Zeit auch aus der bürgerlichen Presse kennen.

Es ist bezeichnend, daß in dem Schreiben kein Wort zu der Arbeit des Vertrauenskörpers steht, kein Wort zur Lage der Arbeiter und den aktuellen Aufgaben. Stattdessen wird nach links geschlagen – um so von den Problemen der Kollegen bei Siemens abzulenken.

Unter dem Deckmäntelchen des Vorstandsbeschlusses gegen „Extremisten" schlagen Gewerkschaftsführer und ihnen treu ergebene Betriebsräte gegen solche Kollegen, die der sozialdemokratischen und klassenversöhnlerischen Auffassung von Gewerkschaftspolitik aktiv und kritisch entgegenstehen. Massive Einschüchterung gegen Einzelne soll fortschrittliche Aktionen, wie sie die Siemens-Vertrauensleute in der Tarifrunde im Interesse der Kollegen unternahmen, verhindern. Schließlich stecken dahinter ja „Linkschaoten und Zersetzer".

Die Federführer solcher Ergüsse, wie das letzte „Informationsblatt", scheuen sich nicht, das von vielen Kollegen begrüßte Mittel, die Kollegen über Rundschreiben zu informieren, für ihre erbärmlichen Tiraden zu verwenden.

Zur Zeit haben diese Leute im Vertrauenskörper dank der Unterstützung durch die Ortsverwaltung der IGM wieder Oberwasser bekommen und fortschrittliche Ansätze der Vertrauensleute zurückgedrängt.

Für die linken Arbeiter darf das aber kein Anlaß zur Resignation sein. Vielmehr kommt es jetzt darauf an, die positive Arbeit weiter zu entwickeln. Dabei ist es sicher auch angebracht, die Fehler in der Arbeit selbstkritisch zu beurteilen, die zu diesem vorübergehenden Rückschlag führten.

Schon jetzt zeigt sich, daß Vorstellungen und Aktivitäten zu wenig in die Belegschaft hineingetragen wurden, so daß der wahre Charakter der Hetzkampagne und die zur Zeit stattfindenden Auseinandersetzungen vielen Kollegen überhaupt nicht verständlich sind.

Auf diesem Boden versuchen dann die Gegner einer Klassenpolitik in den Gewerkschaften, ihre Demagogie in die Belegschaft zu tragen.

Übrigens: Daß der KB Mitglied einer RGO ist, wie im abgedruckten Schreiben behauptet, ist eine bewußte freche Lüge der Gewerkschaftsführung, die auf derselben Wellenlänge liegt, wie die Kommunistenhetze der Bourgeoisie, die eine Gruppe, die sogenannte „KPD", für kriminell erklärt, um entsprechend gegen alle Kommunisten und Sozialisten vorzugehen. ■

Betriebszelle Siemens, KB/Gruppe Hamburg

Ostholstein: 'Den Unternehmerstand beleidigt'

Erst vor wenigen Monaten ist im ostholsteinischen Metallbetrieb Kuhnke eine IGM-Jugendgruppe gegründet worden; in dieser Zeit ist es den jugendlichen Kollegen jedoch gelungen, die bis dahin fast völlig brachliegende gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb um einige Schritte voranzubringen. So geht es auch auf ihre Initiative zurück, daß bei Kuhnke jetzt erstmals ein gewerkschaftlicher Vertrauenskörper (VK) gebildet wird. – Klar, daß die Kuhnke-Kapitalisten nur auf eine passende Gelegenheit lauerten, um gegen die aktiven Gewerkschafter zum Schlag auszuholen.

> **Metallkampf**
> *Zeitung des Kommunistischen Bundes für die ostholsteinischen Metaller*

Am Freitag, den 18.5.73, wurde bei Kuhnke ein Flugblatt der IGM-Jugendgruppe verteilt, in dem die arbeitende Jugend zur verstärkten gewerkschaftlichen Mitarbeit im Betrieb aufgefordert wurde. Als die Geschäftsleitung davon Wind bekam, setzte sie sofort alle Hebel und ihre Gewährsleute in Bewegung, um den Verteilern und „Hintermännern" auf die Spur zu kommen. Es wurde eine regelrechte Hetzjagd im Betrieb inszeniert. Kollegen, bei denen man ein solches Flugblatt gefunden hatte, wurden solange beschwatzt, ausgefragt und unter Druck gesetzt, bis schließlich eine Kollegin preisgab, von wem sie das Flugblatt erhalten hatte.

Der betreffende Kollege wurde sofort „beurlaubt", „weitere Maßnahmen" gegen ihn und andere vermutete „Hintermänner" behielt man sich zunächst vor. Mittlerweile hat die Geschäftsleitung die Katze aus dem Sack gelassen: der Kollege, der beim Verteilen ertappt worden ist, und der Leiter der IGM-Jugendgruppe erhielten beide eine Verwarnung – u.a. weil sie „den Unternehmerstand beleidigt"(!) hätten (dies bezieht sich auf eine Karrikatur im Flugblatt der IGM-Jugendgruppe). Für den Wiederholungsfall wurde die fristlose (!) Entlassung angedroht.

Zu diesen Maßnahmen hätte man sich veranlaßt gesehen, weil der „Arbeitsfrieden erheblich gestört worden" sei(?!) – so „begründete" die Geschäftsleitung unter offensichtlicher Bezugnahme auf § 74 des von den rechten Gewerkschaftsführern und der SPD/FDP-Regierung in den Himmel gelobten BVG (Betriebsverfassungsgesetz) ihr Vorgehen. Bei allen Kollegen, die das Flugblatt gelesen hatten, herrschte die Meinung vor: „Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen!" Aber in Wirklichkeit richten die Kuhnke-Kapitalisten ihre Kanonen keineswegs nur auf Spatzen, sondern auf die ganze Belegschaft. In Wirklichkeit sind ihnen die Arbeiterfesseln des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes noch zu locker; da, wo den Arbeitern noch ein minimaler Spielraum geblieben ist, soll er noch mehr eingeengt oder gar ganz abgebaut werden. Die Geschütze der Geschäftsleitung zielen auf unser Recht der gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb.

BVG, § 2 (3):

„Die Aufgaben der Gewerkschaften . . .,insbesondere die Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder, werden durch dieses Gesetz (BVG) nicht berührt."

Erläuterung des DGB:

„Die Vorschrift stellt ausdrücklich klar, daß die Gewerkschaften berechtigt sind, die Interessen ihrer Mitglieder uneingeschränkt in den Betrieb zu vertreten."

(„Quelle" 2/72, S. 55/56)

Das Verbot, Flugblätter der IGM-Jugendgruppe im Betrieb zu verteilen, ist ein allererster Schritt auf diesem Wege. Dahinter verbirgt sich ein Angriff der Treiber, Berger und Co. von der Geschäftsleitung auf die Arbeit klassenbewußter Gewerkschafter schlechthin: auf die IGM-Jugendgruppe und die neu zu bildeten VK.

Unter dem Motto „Den Anfängen wehren" sollen zunächst die Kollegen der Jugendgruppe durch ein exemplarisches Urteil eingeschüchtert werden, ferner soll der ganzen Belegschaft gezeigt werden, daß sich ein konsequenter Einsatz für die Rechte aller Kollegen nicht lohne, die IGM-Jugendgruppe soll isoliert, von der übrigen Belegschaft abgespalten und schließlich soll der VK, bevor er überhaupt seine Arbeit aufgenommen hat, zum Duckmäusertum erzogen werden.

Mit dieser Politik der Geschäftsleitung zeichnet sich auch bei Kuhnke ab, was in den meisten Großbetrieben der BRD schon seit einiger Zeit gang und gebe ist: verschärfte Treibjagden auf fortschrittliche Gewerkschafter und kommunistische Arbeiter, politische Entlassungen und eine immer weiter gehende Aushöhlung unserer politischen und gewerkschaftlichen Rechte im Betrieb. (nach METALL-KAMPF 15) ■

KB / Gruppe Eutin

> INDUSTRIE-GEWERKSCHAFT-METALL
>
> **IG METALL - IG METALL - IG METALL**
>
> Jugendgruppe Malente
>
> **Die IG-Metall-Jugendgruppe Malente hilft die Rechte der werktätigen Jugend zu nutzen. Wir sind junge Leute, die sich zusammengeschlossen haben, um die Ausbildungs- und Betriebsprobleme zu diskutieren und zu verbessern.**
>
> **SEID KEINE FLASCHEN**
>
> 
>
> **Die arbeitende Jugend wird aufgefordert, mit uns an einem Strang zu ziehen und sich bei unserem nächsten Treff einen Einblick in unsere Arbeit zu verschaffen.**
>
> **WEHRT EUCH**
>
> **TREFFPUNKT:** Jugendzentrum Jahnhöhe, Eutin; jeden Donnerstag, 17.00 Uhr
>
> ▸ verantwortl. IGM f. d. BRD, Ortsverwaltung Lübeck, Erich Eltermann ◂

Fusion Thyssen-Rheinstahl

Am 19.3.1973 gab die August Thyssen Hütte (ATH) öffentlich bekannt, 60,5% der Aktien der Rheinstahl AG erworben zu haben.

Diesen Kauf ließ sich die ATH 367 Mio. kosten. Damit ist die Fusion der Großkonzerne Thyssen und Rheinstahl nahezu perfekt, es steht lediglich noch die Genehmigung der Europäischen Kommission in Brüssel aus. Doch darüber ist man allerorten zuversichtlich, denn die Produktionsprogramme beider Konzerne ergänzen „einander mehr, als daß sie konkurrieren", so die Gewerkschaftszeitung „Metall" (5/73). Während bei der ATH die Eisen- und Stahlerzeugung vorherrscht, ist es beim Rheinstahl-Konzern die Metallverarbeitung.

August-Thyssen-Hütte	(1972)
Umsatz	9,8 Mrd. DM
Beschäftigte	92 200
Aktienkap.	1 010 Mrd. DM
Rohstahlproduktion	11,6 Mio. t

Rheinstahl AG	(1972)
Umsatz	5,8 Mrd. DM
Beschäftigte	62 800
Aktienkap.	470 Mio. DM
Rohstahlproduktion	1,5 Mio. t

aus „Wirtschaftswoche" Nr. 11, 9.2.1973

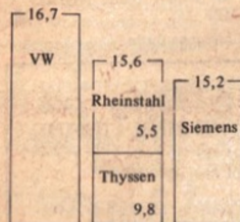
Dieser Aufkauf der Rheinstahl AG ging natürlich nicht ohne gewaltige Schiebereien im Hintergrund ab. Bereits vor der Transaktion gab es bei einem Aktienkurs von ca. 80 DM große Kaufaktionen. Durch und nach dem Aufkauf durch Thyssen schnellte der Aktienkurs auf über 130 DM hoch. Insgesamt muß man dabei mit einem neunstelligen Schieber- und Spekulationsgewinn rechnen. Die ATH selber ist sicher, rechtzeitig vor dem Ende der Krise bei Rheinstahl aufgekauft zu haben und äußerte sich zuversichtlich, ihren Anteil bald wieder herausgewirtschaftet zu haben.

Der neue Superkonzern kommt

wirtschaftet zu haben.

Der neue Superkonzern kommt

der Forderung der westdeutschen Kapitalisten nach „amerikanischen Dimensionen" nach. Dieser Konzern wird 155 000 Beschäftigte und 16–17 Mrd. DM Umsatz in diesem Jahr haben. Der Thyssen-Konzern wird damit auf die 20. Stelle der Rangliste aller Großunternehmen rücken und der fünftgrößte Stahlproduzent der Welt sein.



Umsätze in Mrd. DM 1972 der größten Drei in Westdeutschland (aus „Wirtschaftswoche", Nr. 11, 9.3.1973)

Mit der Fusion entsteht gleichzeitig ein Superkonzern der Rüstung. Stand bereits die Rheinstahl AG in der Rüstungsproduktion in der BRD an vorderster Front, so kommt jetzt noch der Thyssen-Anteil dazu, so u.a.:

Der U-Boot-Bau = Rheinstahl-Werft (Emden)

Der Bau von Kriegsschiffen und Panzerwannen für den Leopard = ATH – Blohm + Voss AG (Hamburg) Leopard-Panzer, Schützenpanzer ‚Marder', die Entwicklung und Fertigung von Jagdpanzern und Wartung und Peparatur von Sikorsky-Hubschraubern = Henschel Werke (Rheinstahl-Kassel)

Der Thyssen-Konzern war nach dem Krieg durch die Entflechtung des ehemals zweitgrößten Stahlproduzenten der Erde, der Vereinigten Stahlwerke AG, entstanden. Seither hat sich die westdeutsche Stahlindustrie und allen voran Thyssen, seine Weltstellung nach und nach wieder erobert. Durch die Stahlkontore wurden innerhalb von 10 Jahren vier große Stahlgiganten gebildet, so daß 1972 die vier Konzerne Thyssen, Hoesch, Krupp und Salzgitter 90% von ehemals 58% des Stahl-Umsatzes der BRD teilten. Die Verluste der Kohleproduktion wurden durch die Ruhrkohle AG dem Staat zugeschoben. Trotz der schlechten Konjunkturlage in den letzten beiden Jahren hat der Thyssen-Konzern seine Stellung weiter zügig ausgebaut. In den letzten beiden Jahren wurden nahezu zwei Mrd. DM investiert. Erst kürzlich wurde in Duisburg-Schwelgern der größte Hochofen Europas, der auch durch seine übermäßige Lärmentwicklung und Luftverschmutzung bekannt wurde, in betriebgenommen. Diese Investition – Kosten 400 Mio. DM – soll vorerst die letzte größere dieser Art in der BRD darstellen. Laut dem neuen Vorstandsvorsitzenden Spethmann wird man hier vorerst nur ‚Investitionen des Kopfes' tätigen. Der Großkonzern soll jetzt auf breitere Beine gestellt werden: einmal durch verstärkte Verbreiterung der Produktion auf neue Sektoren, zum anderen durch Verbreiterung der Produktion auf neue Sektoren.

Bereits vor zwei Jahren hat Thyssen in brasilianische Stahlwerke (‚Cosigua') investiert. Die Stahlproduktion dort soll erst einmal auf 800 000 t jährlich gebracht werden. Eigene Erzvorkommen besitzt Thyssen dort schon seit alten Zeiten. Die Beteiligung an dem französischen Hüttenwerks-Projekt ‚Solmer' an der Mittelmeerküste bei Marseille steht fest. Dort sollen über 10 Mio. Tonnen Stahl hergestellt werden. Thyssen beteiligt sich vorerst mit 5%, mit rund 80 Mio. DM. Thyssen besitzt ein festes Anrecht auf 25%, d.h. auf eine Erweiterung der Beteiligung auf 600 Mio. DM.

Die Ziele bei der Fusion mit der

der Beteiligung auf 600 Mio. DM.

Die Ziele bei der Fusion mit der

Rheinstahl AG stellte der Thyssen-Konzern seinen Aktionären wie folgt dar: Im internationalen Rahmen Stärkung der „Wettbewerbsfähigkeit", da „die jüngste Entwicklung auf dem Währungsgebiet den Auslesungsprozeß der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Betriebe beschleunigen dürfte". Neben der Stärkung des Konzerns durch weitere Konzentration geht es bei der Fusion insbesondere um „Kostensenkung im Einkauf, Produktion und Absatz . . vor allem auf den Gebieten Edelstahle, Grob- und Mittelblech, Werften, Stahlbau und Gießerei". Durch die Fusion kommt zu der umfangreichen Eisen- und Stahlerzeugung die Verarbeitung hinzu.

Der Sozialdemokrat Hilferding beschrieb schon um die Jahrhundertwende die „Vorteile" eines ‚kombinierten' Großunternehmens. „Die Kombination gleicht Konjunkturunterschiede aus und bewirkt daher für das kombinierte Werk eine größere Steigheit der Profitrate.

Zweitens bewirkt die Kombination Ausschaltung des Handels.

Drittens bewirkt sie die Möglichkeit technischer Fortschritte und damit die Erlangung von Extraprofit gegenüber dem ‚reinen' Werk.

Viertens stärkt sie die Stellung des kombinierten Werkes gegenüber dem ‚reinen' im Konkurrenzkampf z.Zt. einer starken Depression (Krise), wenn die Senkung der Rohmaterialpreise nicht Schritt hält mit der Senkung der Fabrikationspreise".

(Das Finanzkapital, S. 284, Dietz Verlag)

Die Lasten tragen die Arbeiter

Die Maßnahmen der Kapitalisten zur Steigerung ihrer ‚Wettbewerbsfähigkeit' werden auf Kosten der Arbeiter durchgeführt. Das hat nicht zuletzt die rigorose ‚Sanierung' der Rheinstahl AG gezeigt, die nichts anderes darstellte als die Sanierung der Profite.

So verloren bei Rheinstahl in der Zeit von 1965 bis 71 rund 25 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz oder mußten Umstellung in der Produktion hinnehmen, da Betriebe oder Teile davon entweder geschlossen wurden oder den Besitzer wechselten. Im einzelnen wurden stillgelegt:

- Die Gießerei der Heinrichs-Hütte Hattingen
- Die Hochöfen in Mühlheim/Ruhr
- Die Kokerei in Mühlheim
- Die Zementfabrik in Mühlheim
- Die Stahlgießerei in Mühlheim
- Der Betrieb Orange in Gelsenkirchen
- Die Gießerei der ‚Transporttechnik' in Kassel-Mittelfeld
- Die gesamte Ackerschlepperproduktion
- Die LKW-Motoren- und Getriebefertigung
- Die Bergbauförderanlagen-Produktion

Insgesamt wurden Betriebe und Betriebsteile mit einem Gesamtumsatz von über einer Milliarde DM stillgelegt.

Die Belegschaft sank von 91 200 auf 66 980. Im gleichen Zeitraum (65-71) stieg der Umsatz pro Beschäftigten von 44 100 DM auf 85 700 DM, also fast um 100%.

Daß die ATH keineswegs ungeübter im Rationalisieren ist, sollte klar sein:

Innerhalb eines Jahres (1971/72) wurde die Belegschaft um 4 000 Kollegen reduziert und gleichzeitig der Umsatz pro Beschäftigten für 108 000 DM gesteigert.

Durch die Fusion werden die Lasten für die Arbeiter weiter gesteigert. „Endlich kann auch die Schließung der Warmblechwalzstraße in Krefeld (ATH) durchgeführt werden" kündigte Spethmann gleich bei Fusionsbekanntgabe an.

Die Fusion und die politische Mitbestimmung

Die Fusion und die politische Mitbestimmung

Die Fusion Rheinstahl/Thyssen war auch Prüfstein für die paritätische Mitbestimmung, die sowohl bei Rheinstahl als auch bei Thyssen besteht. Diese war in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, in dem auch die Entflechtung der Stahlindustrie vorgenommen worden war, den Arbeitern in der Montanindustrie zugestanden worden. Im Thyssen-Aufsichtsrat sitzt als 2. Vorsitzender der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter. Konnte hier die Mitbestimmung zum Schutze der Kollegen genutzt werden? Hier wurde dazu das bürgerliche „Handelsblatt" (die folgenden Zitate nach H. Mundort, HB vom 23.3.73):



UNTERNEHMER-HOHN für Gewerkschafts-Chef: Mit der Unterschrift „Der doppelte Vetter" veröffentlicht das „Handelsblatt" diese Karikatur über den DGB-Vorsitzenden, der in der Fusionsfrage wieder einmal schwankt und schwankt ...

„Der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter versäumt keine Gelegenheit, im Namen der deutschen Gewerkschaften eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts, eine harte Mißbrauchsaufsicht über Großunternehmen und vor allem eine präventive" (vorbeugende) „Konzentrationskontrolle zu fordern . . . Die Gewerkschaftsführer äußern solche Thesen jedoch nur, wenn sie abstrakt bleiben dürfen. Wenn die Diskussion um die Gefahren der Konzentration dagegen konkret wird und am Beispiel eines aktuellen Fusionsvorganges fundiert werden könnte, dann schweigen auch die Gewerkschaftssprecher . . . Die Schizophrenie dieser Haltung gegenüber dem wichtigen Problem der Konzentration ist mitunter verblüffend. Bei der jüngsten, viel umstrittenen Konzentration zwischen der August-Thyssen-Hütte und der Rheinstahl AG, die den zweitgrößten Konzern nach VW begründete, schwieg der DGB-Vorsitzende Vetter beharrlich. Von der Notwendigkeit einer präventiven Fusionskontrolle für den Fall, daß dieser neue Koloß einmal die Preise manipulieren könnte" – was i.ü. bereits seit Jahren in den Walzstahlkontoren z.B. geschehen ist (Anm. d. Red.) – „war in diesem Zusammenhang nicht mehr die Rede. Denn Vetter ist schließlich Aufsichtsratsvorsitzender der Thyssen-Hütte, und als solcher befürwortet er eine Transaktion, die dem DGB-Vorsitzenden Vetter im akademischen Gespräch ein erneuter Beweis für die unternehmerische Lust an der Macht zu sein pflegt".

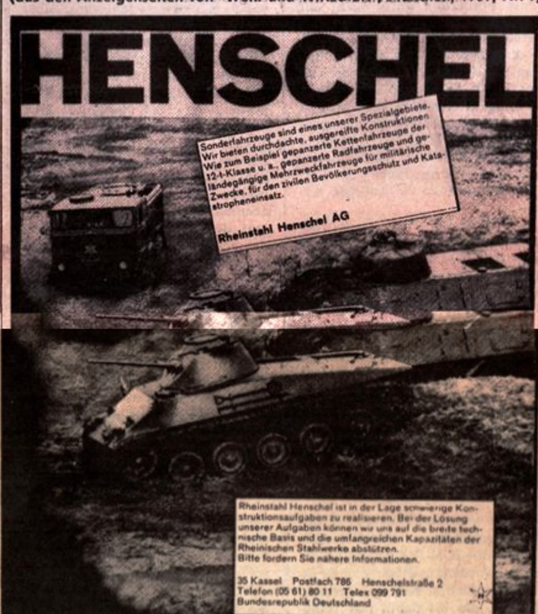
Dann werden dem DGB-Vorsitzenden Vetter und seinen Kumpanen in den Einzelgewerkschaften die konkreten Fakten um die Ohren gehauen: „Dieser Vorgang ist typisch. Man mag noch so viel in den Archiven blättern: Die lange Kette der Konzentrationsvorgänge etwa in der Stahlindustrie hat nie einmal eine Kritik im DGB oder in der IG Metall ausgelöst. Der Ausbau der Thyssen-Gruppe mit den Etappen Niederrhein-Hütte, Phönix-Rheinrohr, Deutsche Edelstahlwerke, Stahlwerke Bochum, HOAG Handelsunion und jetzt Rheinstahl, die Arbeitsteilung Thyssen mit Mannesmann in der Demag, die komplizierte Vereinigung von Hoesch/Hoogovens, die Fusion von Peine mit Salzgitter, die Funktion der Stahlkartelle, das alles war nie einmal den Protest der Gewerkschaften wert. Diese haben hier ebenso geschwiegen und kooperiert wie bei VW/NSU, AEG/Siemens, BASF/Wintershall, GBAG/RWE. Und die Konzentration der Ruhrzechen auf die Mammutgesellschaft Ruhrkohle AG war ja sogar eine Erfindung der IG Bergbau."

Bei letzterem konnten die Konzerne nicht nur ihre Verlustunternehmen gegen Steuergelder günstig abstoßen, sondern auch relativ vorteilhafte Garantiepreise für die Ruhrkohle offeriert bekommen, eine ‚Vergesellschaftung' der Verluste und eine Reprivatisierung der Gewinne.

Die bürgerliche Presse schlachtet hier genüsslich aus, wo jemand hingerät, der vom wirtschaftlichen Gesamtwohl, d.h. vom Standpunkt der Kapitalisten aus, die Arbeiter von Aufsichtsratsposten her gegen die Folgen der Konzentration verteidigen will, gegen eine Konzentration, die sich im Kapitalismus gesetzmäßig weiter fortsetzen wird. Tatsächlich sind die Gewerkschaftsführer sogar noch weiter gegangen, sie haben nicht einfach geschwiegen, sondern der Fusion zugestimmt. Keine bürgerliche Argumentation war ihnen zu mies, um die Fusion vor den IGM-Mitgliedern zu rechtfertigen. So schreibt „Metall" (5/73):

„Gerüchte (!) wollten wissen, ein ausländischer (!) Interessent hätte gleichfalls begonnen . . . die Rheinstahl-Aktien aufzukaufen. Ob das zutrifft oder nicht – eine mitbestimmte (!) Obergesellschaft ist auf jeden Fall vorzuziehen." Angesichts der bereits heute schon erklärten Absicht, die Warmblechwalzstraße in Krefeld zu schließen, spricht die Zeitung „Metall" von „Sicherung der Arbeitsplätze" durch die Fusion Thyssen-Rheinstahl (5/73). Ansonsten verweist „Metall" die Arbeiter auf den Staat. Der Bundesregierung, in der SPD-Parteifreunde sitzen, wird vorgeworfen, daß sie „ . . . in einer so wichtigen Angelegenheit bis heute überhaupt nichts zu sagen hat," dies führe „ . . . wohl jedem die Notwendigkeit einer öffentlichen Fusionskontrolle vor Augen." (Ebenda)

Westdeutsche Rüstungskonzerne bieten Kriegsmaterial feil (aus den Anzeigenseiten von »Wehr und Wirtschaft«, München, 1967, Nr. 1)



Brandt-Regierung und Fusionskontrolle

In der Tat wird seit 1960, dem Amtsantritt Willy Brandts als Bundeskanzler, an einem Gesetzentwurf zur Fusionskontrolle gebastelt. Das ganze läuft unter dem Reformversprechen der „Verbesserung des Wettbewerbsrechts" und dem „Schutze des Verbrauchers". In diedem bereits lange schmorenden Gesetzentwurf ist sogar vorgesehen: „Fusionen zweier Umsatzmilliardären können" (!) – müssen natürlich nicht – „von vornherein durch das Kartellamt verboten werden."

Ein Gesetz zur Unterbindung von Fusionen wäre der hilflose Versuch, das Rad der Entwicklung des Kapitalismus etwas zurückzudrehen, – darum geht es hierbei auch gar nicht.

In allen imperialistischen Ländern rüsten sich die Kapitalisten für verschärfte internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Das erfordert Konzerne immer größerer

Politische Entlassungen im Hamburger Hafen

Im ARBEITERKAMPF Nr. 29 berichteten wir über die Vorfälle in der Stauerei Buss im Hamburger Hafen: Ein Betriebsrat (DKP-Mitglied) wurde gefeuert, einen anderen linken Betriebsrat (BR) versuchten Kapitalisten und SPD-Betriebsräte Hand in Hand durch einen Arbeitsgerichtsprozeß mit dem Ziel des Rausschmisses aus dem BR und dem Betrieb fertig zu machen. Diese Fälle müssen im Zusammenhang gesehen werden mit der wachsenden Unruhe und Unzufriedenheit der Hafenarbeiter über die sich verschärfende Arbeitshetze und den einschneidenden Lohnabbau durch die Preiserhöhungen. Vorbeugend wollen die Kapitalisten diejenigen Leute ausschalten, von denen sie befürchten müssen, daß sie der bisher noch ziellosen Unruhe unter den Kollegen eine klare Stoßrichtung geben. Ausdruck dieser wachsenden Bewegung unter den Hafenarbeitern ist die Tatsache, daß bei den Betriebsratswahlen 72 eine ganze Reihe junger Kollegen in die bisher fast ausschließlich von SPD-Mitgliedern und langjährigen BR-Mitgliedern beherrschten Betriebsräte im Hamburger Hafen gewählt worden sind. Der nachfolgende Bericht über einen ähnlichen Fall in der Stauerei Uhlig, wo die Betriebsleitung widerrechtlich einen kommunistischen Betriebsrat auf die Straße gesetzt hat, unterstreicht die Breite, mit der die Kapitalisten im Hamburger Hafen gegen Kommunisten und fortschrittliche Gewerkschafter vorgehen. Diese Maßnahmen sind einzureihen in die gegenwärtig in allen gesellschaftlichen Bereichen betriebenen Jagd auf Kommunisten und fortschrittliche demokratisch gesonnene Menschen.

Die Stauerei Max Uhlig ist ein sehr kleiner Betrieb mit ca. 50 Beschäftigten, einschließlich Vizen, Inspektoren und Büropersonal. Sie war bis 71 jedem Hafenarbeiter bekannt als eine Firma, bei der hart gearbeitet werden mußte, aber auch bekannt dafür, daß man hier manchen Groschen mehr verdienen konnte als anderswo. Außerdem konnte man als „fester Mann" mit seinen Problemen an die Betriebsleitung oder sogar an Max Uhlig persönlich herantreten. Den Leuten wurde oft geholfen. Im Betrieb herrschte ein Klima – fast könnte man es patriarchalisch nennen. Max Uhlig hatte als Kapitalist ein fast „persönliches" Verhältnis zu „seinen" Arbeitern, wie es früher im Frühkapitalismus üblich war. Die Kollegen waren fast alle bis zu 20 Jahren bei der Firma.

Dann kam der große Umschwung. 1971 ließ die Kühne & Nagel-Gruppe die Stauerei M. Uhlig durch ihre Tochterfirma Jordaberg aufkaufen. Die kleine Stauerei war der scharfen Konkurrenz im Hamburger Hafen gegen Firmen wie z.B. die HHLA (Hamburger Hafen und Lagerhaus AG) mit rund 4.000 Beschäftigten nicht mehr gewachsen. Uhlig hatte zwar noch vorher Gelände gekauft und einen Schuppen (17) bauen lassen, hatte sich damit allerdings übernommen.

Mit der Übernahme durch Jordaberg änderte sich auch die Betriebsleitung bei Uhlig. Der bisherige Prokurist ging, drei leitende Angestellte mußten ihre Posten zur Verfügung stellen, bzw. wurden von Jordaberg auf andere Plätze übernommen. Ein Jordaberg-Prokurist bekam Prokura auch für Uhlig. Betriebsleiter wurde H. Stradt, bisheriger Einteiler bei bei der Stauerei Kreindel.

Sprunghaft stieg die Ausbeutung durch höhere Pensumangebote an. Beim „Pensum" wird den Kollegen gesagt, daß sie bei Bezahlung einer vollen Schicht schon vor Schichtende nach Hause gehen können, wenn sie eine bestimmte Menge (Pensum) Frachtgut geladen oder gelöscht haben.

Die Höhe des Pensums wird von Mal zu Mal neu festgesetzt. Sie richtet sich vor allem nach dem Kräfteverhältnis zwischen den Kollegen und den Vizen bzw. Inspektoren. Wenn die Kollegen z.B. abschätzen können, daß das Pensum zu hoch ist, so daß sie bestenfalls 1 oder 1 1/2 Stunden herausholen, dafür sich aber totgearbeitet haben und insgesamt mehr gemacht haben, als in einer normalen Schicht, dann können sie das Angebot ablehnen. Dies geschieht allerdings in der Regel nur bei den bewußtesten Kollegen, die genau überblicken, daß das Pensum von Mal zu Mal höher geschraubt wird.

Der Sinn des Pensums besteht darin, die Kollegen zu schnellerem Arbeiten zu kriegen und ihnen dabei noch vorzuspiegeln, sie täten das in ihrem eigenen Interesse (früher nach Hause kommen). Viele bewußte Kollegen lehnen lieber ein Pensum ab und arbeiten die ganze Schicht in einem normalen Tempo, als daß sie durch ‚ranklotzen' die Grundlage für ein schärferes Arbeitstempo in der Zukunft legen.

Innerhalb eines Jahres stieg die Leistung bei Uhlig z.B. im Sackgut von 1.600 Sack auf 2.400 Sack bei gleichzeitiger Verringerung der Gangstärken (Gang: Mannschaft) von fünf bis sechs auf vier bis fünf Mann. Erschwerend kam hinzu, daß vornehmlich Leute, die den Hafen und die Arbeit dort nicht kennen (die „Wilden" oder „Eingefangenen") eingesetzt wurden.

Auch dies ist eine den Hafenarbeitern wohl bekannte Politik der Kapitalisten, die Arbeitsleistung zu steigern: die „Wilden" sind Leute, die sich für einen oder ein paar Tage in den Hafen vermitteln lassen. Sie haben häufig noch nicht einmal Arbeitszeug, geschweige Arbeitsgeräte, wissen nicht, wie man die Arbeit planvoll angeht und sind wenig interessiert daran, auf ihren Rechten als Arbeiter zu beharren, wenn es zu Auseinandersetzungen mit den Vizen kommt. Pensumarbeit nehmen sie meistens gerne mit, denn sie interessiert in erster Linie, daß sie früher mit der Arbeit fertig sind, die langfristige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen betrifft sie dagegen kaum. Den Kapitalisten kommen die „Wilden" billiger als feste Leute, denn sie brauchen ihnen keine freien Tage zu zahlen, keinen Urlaub, Krankengeld usw.

Viele der alten Kollegen von Uhlig erkannten nach und nach, daß sie diese Arbeitssteigerung nur eine bestimmte Zeit durchhalten würden, niemals aber bis zum 63. oder 65. Lebensjahr. Davon zeugte auch die Krankenstatistik des Betriebes: es war keine Seltenheit, daß bis zu 20 % der Belegschaft wegen Unfall oder Krankheit arbeitsunfähig waren. Hinzu kommen zwei tödliche Unfälle im Zeitraum von 13 Monaten!

Aus diesen Gründen schieden in dieser Zeit viele gute Kollegen aus der Firma aus, um sich leichtere Arbeit an Land zu suchen. Ein anderer Teil der Kollegen aber setzte seine Hoffnung auf Verbesserung der Zustände in die Betriebsratswahl 72. Dies war auch der Betriebsleitung klar.

So begann sie den Kampf gegen fortschrittliche Kollegen bereits vor der BR-Wahl: Der Kollege G. Meyer, der den Kollegen und den Kapitalisten schon lange als Kommunist bekannt war, hatte sich auch zur Wahl aufstellen lassen, mußte damals aber zu Hause einen Arbeitsunfall auskurieren. Sein Name verschwand unter mysteriösen Umständen von der Kandidatenliste und von den Wahlzetteln. Er erfuhr nur durch Zufall davon und fuhr trotz seiner Arbeitsunfähigkeit in den Hafen zum Schuppen 51, um beim Wahlvorstand, der dorthin zur Arbeit zugeteilt war, gegen die Streichung seines Namens Protest einzulegen.

Einen Tag vor der Wahl (!) schließlich stand der Kollege Meyer wieder als Kandidat auf der Liste. Als Kollege Meyer zwei Tage nach seinem Besuch beim Wahlvorstand zum Vertragsarzt der Berufsgenossenschaft kam, wurde er von diesem verwarnt, weil er sich während seiner Arbeitsunfähigkeit im Hafen „herumgetrieben" und an „Trinkgelagen" teilgenommen habe. Grund dieser Verwarnung war ein Brief von Betriebsleiter Stradt an die Berufsgenossenschaft!

Als Kollege Meyer trotz aller Manöver von seinen Kollegen in den dreiköpfigen BR gewählt worden war, war er der einzige, der zu Stradt zitiert wurde, um von diesem „eindringlich" auf den Paragraphen 2 des Betriebsverfassungsgesetzes (Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit) verwiesen zu werden! Auch auf den Paragraphen 79 (Geheimhaltungspflicht) wies Stradt ausdrücklich hin und ließ dabei einige Worte über angebliche Verbindungen zum HAFENARBEITER, der Branchenzeitung des KB für den Hamburger Hafen, fallen.

Der Kollege Meyer versuchte so gut er konnte, im Betriebsrat sich für die Kollegen einzusetzen. Immer wieder forderte er die Stellung von Arbeitszeug, was die Geschäftsleitung schon lange versprochen, aber nicht gehalten hatte. Beim BR-Vorsitzenden machte er sich dadurch unbeliebt, daß er die regelmäßige Abhaltung von BR-Sitzungen forderte, was nicht den bisherigen sozialdemokratischen Gepflogenheiten entsprach.

Für den Kollegen Meyer wirkte sich seine Tätigkeit so aus, daß er, obwohl er schon 10 Jahre im Hafen gearbeitet hat, noch immer so bezahlt wurde, wie andere Kollegen in den ersten Jahren.

Im Februar dieses Jahres hatte er deswegen mal wieder an Bord eine Auseinandersetzung mit dem Inspektor. Dieser hatte ihn damit provoziert, daß er ihn aufforderte, ein paar neue Kollegen einzuarbeiten, obwohl das gar nicht in den Aufgabenbereich des Kollegen Meyer fiel und genau die Tätigkeit ist, die mit höherem Lohn vergütet wird. Kollege Meyer stellte sich auf den Standpunkt, er sei nur ein „einfacher" Vorarbeiter, werde ja auch nur als solcher bezahlt und könne nicht neben seiner anderen Arbeit auch noch andere einarbeiten. Ein Wort gab das andere und schließlich rief Meyer zermürbt und wütend, am 31.3. müsse er ja kein Weihnachtsgeld mehr zurückzahlen und da würde der Inspektor ihm vielleicht die „Fleppen klar machen müssen" (Fleppen: Papiere).

Diese Gelegenheit, einen unbequemen Kollegen loszuwerden, ergriff die Geschäftsleitung natürlich beim Schopf: Am nächsten Tag schon versuchte Betriebsleiter Stradt, Meyer zur schriftlichen Kündigung zu bewegen. Meyer lehnte ab und gab zu verstehen, daß er den Zeitpunkt seiner Kündigung selbst bestimmen würde. Laut Tarifvertrag ist eine Kündigung nur in schriftlicher Form rechtsgültig. Das wußte die Betriebsleitung. Trotzdem schickte sie dem Kollegen Meyer frech eine „Bestätigung" seiner „Kündigung" „der guten Ordnung halber" ins Haus – und zwar nicht zum 31.3., sondern zum 1.3.73! Um die sofortigen Proteste Meyers kümmerte sich Stradt einen Dreck. Er besaß sogar die Frechheit, rund 1.000,- DM bei den nächsten Lohnabrechnungen einfach einzubehalten, mit der „Begründung", Kollege Meyer müsse noch das Weihnachtsgeld zurückzahlen. So saß Meyer mit seiner Familie Ende Februar ohne einen Pfennig Geld und ohne Arbeit da. Da er – wie alle Hafenarbeiter – über keine Rücklagen verfügte, mußte er einen Kredit aufnehmen, um überhaupt leben zu können.

Er hat einen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Stauerei Uhlig eingeleitet. ■

Schauerleute-Zelle des Hafenbereichs, KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung Thyssen

Dimensionen. So erleben wir in den letzten Jahren in den kapitalistischen Ländern eine von den Regierungen g e f ö r d e r t e Konzentrations- und Fusionswelle in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Dies ist ein zentraler Punkt in der EWG-Politik aller westeuropäischen, kapitalistischen Länder, wobei die Fusionen auf EWG-Ebene noch weitgehend erst ins Haus stehen. Darauf wies auf der EWG-Ministerkonferenz im Oktober 72 der britische Premierminister Heath hin, als er die Dringlichkeit einer gemeinsamen Industriepolitik herausstrich, deren Ziel es sein sollte, große europäische Unternehmen zu bilden, die in der Lage seien, den amerikanischen Industriegiganten im Wettbewerb zu begegnen. (Nach FAZ vom 20.10.72) Ein Gesetz über Fusionskontrolle widerspricht diedem Bestreben keineswegs – im Gegenteil.

In den USA beispielsweise bestehen seit Jahrzehnten die schärfsten ‚Anti-Trust-Gesetze', und gleichzeitig haben die Konzerne solche Dimensionen angenommen, sodaß ihre Umsätze dem Nationalbudget größerer Staaten entsprechen. In Frankreich wird seit Jahren mittels solcher Gesetze der Konzentrationsprozeß im Sinne der Kapitalistenklasse insgesamt durch den Staat gesteuert, um gegenüber den internationalen Konkurrenten aufzuholen. (Siehe dazu ARBEITERKAMPF 26, Zur Situation in Frankreich).

Neben der Funktion der Fusionskontrolle, die Konzentration über den Staat zentral zu lenken, geht es dabei darum, gegenüber den Arbeitern darauf hinweisen zu können, daß man ja was gegen die Konzentration tue, weitere Gesetze in Vorbereitung seien etc.

Schwierigkeiten mit der Ideologie

Die sich mit der Konzentration verstärkenden Lasten der Arbeiterklasse entreißen der bürgerlichen Ideologie der ‚freien Marktwirtschaft' mit der ‚freien Entfaltung der Persönlichkeit', ‚Chancengleichheit für alle', ‚Sozialbindung des Eigentums', dem ‚Marktregulator Angebot und Nachfrage' und der ‚Stärkung der Stellung des Verbrauchers' den Schleier. Dieser Widerspruch ruft selbst bei den Verteidigern des kapitalistischen Systems Magenbeschwerden hervor. So sprach die CDU-freundliche „Frankfurter Allgemeine" beim Zusammenschluß Thyssen-Rheinstahl von „politischer Instinktlosigkeit". Damit ist weniger die Fusion selbst gemeint als vielmehr die *„Methode des Hoppla-Hopp, die keine Rücksichten kennt und entsprechend viel Staub aufwirbelt"* („Handelsblatt" vom 15.3. 73). So hieß es, daß dies „Kritik gegen das deutsche Unternehmertum schlechthin heraufbeschwören kann", („Handelsblatt", 21.2.73), daß *„ . . . der Fall Thyssen-Rheinstahl mit Sicherheit einige Seiten in den Lehrbüchern marxistischer Wanderprediger füllen (wird), die für ihre in Wirklichkeit obsolete Theorie auf einmal einen Beweis gefunden zu haben glauben." („Handelsblatt", 15.3.73).*

Es zeigt sich an dieser Fusion durchaus wieder einmal, daß was Lenin dazu sagte, keineswegs veraltet ist. In seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" heißt es:

„In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet. Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung bleibt jedoch privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen. Der allgemeine Rahmen der formal anerkannten freien Konkurrenz bleibt bestehen, und der Druck auf die übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher."

Angesichts des ungeheuren Konzentrationsprozesses in der westdeutschen Industrie und ihren Folgen wird sich der Arbeiterschaft verschärft die Frage stellen, welche Existenzberechtigung das Privateigentum an Produktionsmitteln überhaupt noch hat. Die Folgen der Fusion können nicht vom Aufsichtsrat mit „Arbeitnehmervertretern" noch durch Hoffnungen auf Gesetze zur Fusionskontrolle, sondern nur durch den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalistenklasse bekämpft werden. ■

Gewerkschafts-Kommission-Metall
KB-Gruppe Hamburg

Warnstreik bei Rheinstahl-Eggers-Kerhahn

Seit dem 25. 6. verweigern die Kollegen bei Rheinstahl – Eggers – Kerhahn (REK) die Überstunden. Damit wollen sie der Forderung nach einer innerbetrieblichen Anhebung der Lohngruppen um 20 - 25 Pfennig Nachdruck verleihen.

Über diese vom VK aufgestellte Forderung verhandelt der Betriebsrat schon seit drei Wochen mit der Geschäftsleitung; ohne Ergebnis allerdings, da diese sich dahinter verschanzte, daß sie von der Essener Konzernleitung keine Verhandlungskompetenzen habe.

Als zwei Tage später die Konzernleitung zu Verhandlungen zusammentrat, versuchten einige Kollegen in der Mittagspause einen Warnstreik zu organisieren; was jedoch mißlang, da viele Kollegen erst das Verhandlungsergebnis abwarten wollten.

Der Überstundenstreik wurde unvermindert weitergeführt. Jeden Tag ab 15.45 Uhr waren die Hallen wie leergefegt, ein für REK ungewohntes Bild, da auch hier die Kollegen darauf angewiesen sind, jede Überstunde mitzunehmen (ein großer Teil der Kollegen arbeitet regelmäßig 10 Stunden am Tag).

Da die Essener Konzernleitung jede Lohnanhebung ablehnte, wurde am Freitag dem 29. 6. nach der Mittagspause nicht mehr gearbeitet. Wir blieben in der Kantine sitzen und nach 12.30 Uhr kamen die Kollegen, die die Pause in den Hallen verbringen, ebenfalls in die Kantine. Am Streik beteiligten sich etwa 500 (von etwas über 600) Kollegen aus der Produktion, wobei die Angestellten über diese Aktion nicht informiert waren.

So lief der Streik ab:

12.30 Uhr: nur wenige Kollegen verlassen unter Pfiffen und Protesten der übrigen die Kantine.

13.15 Uhr: Der Betriebsrat teilt uns mit, daß die Geschäftsleitung wegen der „veränderten Situation" um 14.00 Uhr ein „Gespräch" wünscht.

Wir bleiben in der Kantine sitzen und diskutieren. Allerdings werden keine Reden gehalten, während wir sitzen und warten. Nur selten verlassen Kollegen die Kantine, einige kommen wieder zurück.

15.15 Uhr: Die Geschäftsleitung und der Betriebsausschuß des Betriebsrats kommen. Ein Vertreter der Geschäftsleitung erzählt uns in einer längeren Ansprache, daß die Firma nicht gewillt sei, „den Stabilitätsbemühungen der Bundesregierung durch einen Lohnzuschlag entgegenzuwirken".

Außerdem sei durch die DM-Aufwertung eine neue Situation eingetreten. Die Fahrtreppen (sog. Rolltreppen, auf die REK spezialisiert ist) würden dadurch teurer und der ohnehin schon große Wettbewerb in dieser Branche werde sich für REK noch verstärken. Daher sei man „in großer Sorge um die Arbeitsplätze".

Zum Schluß sagte er, daß die ausgefallene Arbeitszeit bezahlt wird, wenn „am Montag die Arbeit ordnungsgemäß weitergeht."

An dieser Stelle erhielt er einigen Beifall, da viele Kollegen bei dieser ersten härteren Konfrontation mit der Geschäftsleitung seit Jahren doch auch einen verständlichen Bammel vor eventuellen Folgen hatten und daher vorerst gern auf diesen „Kompromiß" eingingen.

Zum Arbeitsschluß war der mehr als dreistündige Warnstreik dann beendet. Wir hatten zwar keinen greifbaren Erfolg (außer der Bezahlung der Streikzeit) errungen, werden aber die Situation weiterhin verfolgen und diskutieren, damit die Solidarität in der Belegschaft gefestigt wird. ■

Ein Genosse von REK,
Branchen-Zelle Metall,
KB-Gruppe Hamburg

Wo bleiben unsere Beiträge?

– BEMERKUNGEN ZUR FINANZPOLITIK DER IG-CHEMIE –

Die ersten Gewerkschaftsverbände der Arbeiter im 19. Jahrhundert bildeten Streik- und Solidaritätskassen zum Schutz ihrer Mitglieder vor wirtschaftlicher Not bei Lohnkämpfen. Die Beiträge der Mitglieder dienten ausschließlich der Unterstützung des Kampfes für eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter.

Heute stehen die finanziellen Mittel der Gewerkschaften nicht mehr unter der Kontrolle der zahlenden Mitglieder, sondern werden von einer Schicht von Arbeiteraristokraten verwaltet, deren materielle und politischen Interessen nicht mehr identisch sind mit denen der Masse der Arbeiter und Angestellten. (Als „Arbeiteraristokraten" bezeichnete Lenin diejenigen „Arbeiterführer", die durch Posten in Staat, Verwaltung, usw. bestochen, von der Arbeiterklasse abgespalten werden, um diese im Sinne der Kapitalisten zu beeinflussen).

Die Gewerkschaftsbeiträge der Kollegen werden heute nur noch zu einem ganz geringen Teil zur Unterstützung des wirtschaftlichen Kampfes gegen die Kapitalisten verwendet. Den allergrößten Batzen verbraucht der ständig wachsende Apparat der Gewerkschaften selbst – für die Bezahlung der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und die Angestellten der Gewerkschaft, für Reisen, für Mieten und Einrichtungen der Gewerkschaftshäuser, usw.

Steigende Kosten des organisatorischen Apparates sind jedoch keineswegs ein Ausdruck der gestiegenen Kampfkraft der Gewerkschaften, wie die Gewerkschaftsführer gern behaupten. Das Gegenteil beweisen die Tarifrunden der letzten 3 Jahre, die allgemein eine Senkung des realen Lohnniveaus bewirkt haben, sowie die von der Gewerkschaftsführung systematisch betriebene ideologische Entwaffnung der Arbeiterklasse durch Verbreitung von Mitbestimmungsillusionen, „Vermögens"bildungsmodellen, usw., die im Kern nur der besseren Integration der Arbeiterklasse in diesen Staat dienen.

Der organisatorische Apparat der Gewerkschaften hat ein „Eigenleben", ein Eigeninteresse entwikkelt, das dem der Masse der Mitglieder entgegensteht. Trotz gegenteiliger Beteuerungen der Gewerkschaftsführer unterscheidet sich auch das aus Mitgliedsbeiträgen stammende Wirtschaftsvermögen des DGB in Zielen und Methoden nicht von anderen kapitalistischen Unternehmen. Die hochgedienten Funktionäre der Gewerkschaften kommen in Vorständen und Aufsichtsräten der eigenen Betriebe großenteils zu recht einträglichen Posten.

Es gibt für die „zahlenden" Mitglieder der Gewerkschaften an sich schon Grund genug, die Finanzpolitik der Gewerkschaftsführung unter die kritische Lupe zu nehmen. Aktuell kommt noch hinzu, daß in der letzten Zeit eine vom DGB zentral koordinierte Kampagne für weitere Erhöhung der Mitgliedsbeiträge durch die Gewerkschaften geht. Die in der Regel „uneinsichtigen" Kollegen werden dabei nach allen Regeln der Kunst unter Druck gesetzt. Die Gewerkschaftsführer behaupten, mehr Geld sei gleich mehr Kampfkraft.

Wir wollen im folgenden am Beispiel der Ausgabenpolitik der IG Chemie zeigen, daß es der Gewerkschaftsführung zwar sehr ums Geld, jedoch herzlich wenig um eine Steigerung der gewerkschaftlichen Kampfkraft zu tun ist.

Während der Tarifverhandlungen klagen die Gewerkschaftsführer häufig über „leere Streikkassen". „Wir könnten einen Flächenstreik nicht einmal eine Woche durchhalten" – so der IG Chemie-Sekretär Kodolitsch (Hamburg). Gewöhnlich wird dann weiter so argumentiert: da kein Geld in der Streikkasse ist, können wir es eben auch auf keine große Auseinandersetzung im Tarifkampf ankommen lassen, und deswegen können wir auch von vornherein keine „utopische" Forderungen aufstellen, die „nur in langen, schweren Streiks durchsetzbar wären".

Den Gewerkschaftsführern scheint kein „Argument" zu dämlich, um den Kollegen die Unmöglichkeit von Streiks und ausreichenden Lohnforderungen einzureden. Gleichzeitig mußten sich aber die Gewerkschaftsführer in Auseinandersetzung mit der Basis häufig Fragen nach dem Verbleib des enormen Beitragsaufkommens gefallen lassen.

Die Gewerkschaftsbeiträge sind ständig gestiegen und gerade in letzter Zeit lassen die Gewerkschaftsführer keine Gelegenheit aus, die Mitglieder aufzufordern, ihre Beiträge zu erhöhen. Vor und während der diesjährigen Tarifrunde in der Hamburger IG Chemie nahmen diese Aufforderungen zum Teil einen penetranten und erpresserischen Charakter an.

Auf der zentralen Vertrauensleutekonferenz am 6.3. verlas Walter Holst (Vorsitzender der Verwaltungsstelle Hamburg) den Organisationsgrad und die durchschnittliche Beitragsleistung der größten Hamburger Chemiebetriebe. Er kam zu dem Schluß, daß diese Betriebe unmöglich streikbereit sein könnten, da „zu wenige" organisiert und die Beiträge viel „zu niedrig" seien. Er kanzelte die Vertrauensleute ab nach der Devise: Sorgt ihr erstmal dafür, daß eure Kollegen mehr zahlen, dann können wir uns nochmal über einen Streik unterhalten.

Holst behauptete dreist, die Höhe der Beiträge zeige die Streikbereitschaft der Belegschaft. Im Chemiestreik 1971 jedoch haben solche Betriebe wie Reichhold und Colgate etwa eine Woche voll gestreikt (von der Gewerkschaftsführung waren eigentlich nur Punktstreiks vorgesehen!), obwohl die Beiträge angeblich zu niedrig sind.

Entscheidend für die Beteiligung der Kollegen am Streik war jedoch, daß sie zum erstenmal sahen, „die Gewerkschaft tut etwas, um unsere Forderung durchzusetzen" und wir selber können auch etwas tun. D.h. sie wurden praktisch überzeugt, daß es etwas bringt, in die Gewerkschaft einzutreten und auch Beiträge zu zahlen. Bekanntlich traten 1971 außergewöhnlich viele Kollegen in die Gewerkschaft ein (nämlich 98 101), obwohl viele nach dem verräterischen Abschluß ihre Gewerkschaftsbücher wiederhinschmissen.

Die Hamburger Gewerkschaftsführer loben häufig und gern die angeblich „vorbildlichen" Harburger Betriebe. (Harburg ist ein großer Außen-Stadtteil Hamburgs mit eigener Verwaltungsstelle der IG Chemie.) Bei dem 8 000-Mann-Betrieb Phoenix (Gummi) sind fast 90% der Kollegen gewerkschaftlich organisiert und bei dem 1 000-Mann-Betrieb „New-York Hamburger Gummiwaren" fast 100% und die Gewerkschaftsbeiträge werden dort in der Höhe von 1% vom Monatslohn automatisch abgezogen.

Gemäß Behauptung der Gewerkschäftsführer müßten diese Betriebe außerordentlich kampfstark sein, müßten die Belegschaften also in der Lage sein, den Kapitalisten dort Paroli zu bieten. Das Gegenteil allerdings ist der Fall. „Dank" der Politik der direkten Gefolgschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dort, nämlich der SPD-Betriebsräte und SPD-Betriebsgruppen, ist dort jedes gewerkschaftliche Leben im Keim erstickt worden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind in diesen Betrieben besonders brutalen Unterdrückungsmethoden und Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die in Hamburger Chemiebetrieben ohne Beispiel sind. Die vollkommene Isolierung der zumeist in kleinen Abteilungen arbeitenden Kollegen wird ausdrücklich von den Sozialdemokraten im Betrieb aufrechterhalten. Selbst der Aufbau gewerkschaftlicher Vertrauenskörper (VK) ist bisher systematisch verhindert worden, z.T. mit Hinweis auf den „hohen Organisierungsgrad", der angeblich einen VK „überflüssig" macht. Bei Phönix entzogen die Gewerkschaftsführer und Betriebsräte der Belegschaft gar das Wahlrecht. Statt dessen wurde ein Schein-„VK" von oben nach unten eingesetzt, der faktisch ausschließlich Spitzelaufgaben für den SPD-BR erfüllt.

Man könnte hierzu noch vieles mehr sagen, das wenige zeigt jedoch, daß ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad – den auch wir für notwendig halten – nicht schon automatisch eine Stärkung der Kampf- und Widerstandskraft der Belegschaft bedeutet.

Daß die Hamburger Gewerkschaftsführer gerade von diesen Betrieben – sozusagen ihren Musterbetrieben – schwärmen, ist verständlich, für die Arbeiter jedoch nicht erstrebenswert. Das sozialdemokratische System der quasi-Zwangsorganisierung der Harburger Gummibetriebe muß von allen aufrechten Gewerkschaftern energisch bekämpft werden!

Daß für die Gewerkschaftsführung nicht der Gedanke an größere Streikkämpfe und bessere Streikunterstützung der Kollegen ausschlaggebend ist bei ihren Forderungen nach Beitragserhöhung, zeigt allein die Tatsache, daß z.B. die IG Chemie lediglich knapp 8% (acht) des gesamten Beitragsaufkommens in den Streikfond zurücklegt.

Am 19.6. fand in Hamburg eine Sitzung des Verwaltungsstellenvorstandes mit den Vertrauensleutevorsitzenden, den Kassierern sowie den organisierten Betriebsräten zur zentralen Regelung der Beitragsfrage statt. Dort wurde beschlossen, alle Mitglieder, die „zu wenig" bezahlen, anzuschreiben und aufzufordern, ihre Beiträge zu erhöhen. Tun sie dies nicht, sollen sie ausgeschlossen werden! Jeder Sekretär muß „seine" Betriebe systematisch durchforsten. In dem Bereich des Sekretär Harry Herrling stellte man „katastrophale Zustände" fest – direkt ein sympathischer Zug an ihm.

Die Sekretäre sollen so den Druck, den sie vom Verwaltungsstellenvorstand bekommen, auf Betriebsräte und Vertrauensleute weitergeben. „Widerspenstige" Kollegen müssen sich entweder fügen oder können rausgeseilt werden, wenn es nicht gelingt, eine gut organisierte Abwehrfront im Betrieb gegen diese Beitragserhöhungen aufzubauen.

Testveranstaltung auf der Norddeutschen Affinerie (Affi)

Auf der Affi – dem kampfstärksten Hamburger Chemiebetrieb – wurde am 16.4., – also mitten in der letzten Tarifrunde – eine Mitgliederversammlung zum Thema „Gewerkschaftsbeiträge" durchgeführt. Die Gewerkschaftsführer hoffen, in Zeiten von Tarifverhandlungen mehr Erfolg mit Beitragserhöhungen bei den Kollegen zu haben, da in dieser Zeit die „Gefahr eines Streiks" glaubhafter beschworen werden kann.

Der Referent Baumhöfer vom Bezirk Nordmark bezeichnete diese Veranstaltung offen als eine „Testveranstaltung, um zu sehen, wie die Stimmung der Kollegen zu diesen Fragen ist". Baumhöfer und Ebert (von der Hauptverwaltung in Hannover) beteuerten, daß natürlich jede Veränderung in der Beitragsregelung nur über einen Beschluß des Vertrauenskörpers erfolgen könne. Sie machten jedoch klar, worauf das ganze hinauslaufen soll: auf sogenannte „dynamische Beiträge", die automatisch bei jeder Lohnerhöhung mitsteigen.

Als Vorbild wurde wieder die Harburger Regelung – 1% vom Lohn – genannt. Als ein Kollege meinte, wenn die Beiträge in dieser Weise erhöht würden, dann würden wohl 50% der Kollegen aus der Gewerkschaft austreten, bekam er die Antwort, es sei ohnehin daran gedacht, Kollegen, die einen zu niedrigen Beitrag zahlen, aus der Gewerkschaft auszuschließen. Wirklich, saubere Methoden! Den Aufsichtsratsmitgliedern gegenüber, die als IG Chemie-Mitglieder erkleckliche Summen kassieren und ihrer Verpflichtung, wenigstens einen Teil davon in den „Mitbestimmungsfonds" abzuführen, nicht nachkommen, ist die Gewerkschaftsführung wesentlich kulanter. Hier müssen „mit großem Einfühlungsvermögen viele Einzelfälle behandelt werden", denn von 491 IG-Chemie-„Arbeitnehmervertretern" anerkennen überhaupt nur die Hälfte den Beschluß, einen Teil der Aufsichtsratsgelder abzuführen und von denen sind es nochmal 70, die dann trotzdem noch nicht gezahlt haben. (Aus Geschäftsbericht 69-71, S. 380)

Mit den „einfachen" Gewerkschaftsmitgliedern wird dagegen Schlitten gefahren. Als ein Kollege auf der Affi-Mitgliederversammlung sagte, bei einem Gewerkschaftsbeitrag von 1 % vom Lohn, wären ja die Kollegen, die Schicht arbeiten und Überstunden machen, benachteiligt, weil sie wesentlich höhere Beiträge zahlen müßten, konterte Ebert kaltschnäuzig, die Erfahrung zeige, daß höhere Beiträge „nicht automatisch" Austritte bedeuten. Statt gegen die vermehrte Ausbeutung der Kollegen bei Überstunden usw. vorzugehen, sahnt die Gewerkschaftsführung gern noch selber ihren Teil davon ab. Wenn dann auch einige Kollegen empört sind und austreten – die Gewerkschaftsführung weiß, die meisten bleiben, weil sie gar keine andere Alternative haben.

Baumhöfer versuchte dann noch, die Kollegen von Merck, die '71 mit am härtesten und ausdauerndsten gestreikt haben, schlecht zu machen. Er sagte, die Beiträge bei Merck seien so niedrig gewesen, „daß wir im Norden praktisch deren Forderung durchgesetzt haben, mit unseren Beiträgen." Welche Blüten doch die „Verwechselung" von gewerkschaftlicher Kampfkraft mit der reinen Finanzfrage in den Gehirnen mancher Gewerkschaftsführer treibt.

Es wurde ein Fall aus dem Hamburger Chemiebetrieb Beiersdorf bekannt, wo einige Angestelltenkollegen ihren Aufnahmeantrag für die IG-Chemie vom SPD-Betriebsrat zurückgeschickt bekamen mit der Bemerkung, mit einem so „niedrigen" Beitrag (die Kollegen hatten unter „Beitragswunsch" DM 8,– eingetragen) würden sie nicht in die Gewerkschaft aufgenommen. Die Kollegen haben daraufhin logischerweise ihren Antrag zurückgenommen.

Die Ausgabenpolitik der IG-Chemie

Der Hauptvorstand der IG-Chemie legte in seinem „Geschäftsbericht 1969-1971", der dem Gewerkschaftstag vor einem Jahr vorgelegt wurde, zwar eine recht genaue Darstellung der Ausgaben im Bereich der Betriebsräte-, Vertrauensleute- und Jugendarbeit und da insbesondere der Schulung dieser Gruppen dar. Es fehlen jedoch so gut wie völlig Angaben darüber, wofür das Geld im Bereich des hauptamtlichen Apparates ausgegeben wurde. Hier werden nur sehr grobe und verschleiernde Anhaltspunkte gegeben. Der Hauptvorstand hat denn auch noch einen „Kassenbericht", der nicht wie der „Geschäftsbericht" an jeden Delegierten verteilt wurde, sondern offenbar nur wenigen Funktionären zugänglich ist.

„Die einzelnen detaillierten Jahresabrechnungen der drei Organisationsebenen (gemeint sind Hauptvorstand, Bezirke und Verwaltungsstellen – die Red.), die Vermögensaufteilung und Entwicklungen sowie sonstige wesentliche Entwicklungen werden wieder aus technischen (?) Gründen im „Kassenbericht" dargestellt." (Geschäftsbericht, S. 281)

Im „Kassenreport" der IG-Chemie-Mitgliederzeitung „gewerkschaftspost" (Aug. '72) werden ohnehin über sämtliche Ausgabenposten nur sehr schwammige Angaben gemacht, die vor allem den Kollegen beweisen sollen, wie teuer es ist, „den Auftrag der Mitglieder zu erfüllen". Eine genaue Kontrolle der Ausgaben ist über den „Kassenreport" für kein Mitglied möglich. Das ist sicherlich nicht zufällig, sondern von den Gewerkschaftsführern direkt beabsichtigt.

Die IG-Chemie-Papier-Keramik hat etwa 610.000 Mitglieder. Der Durchschnittsbeitrag der vollzahlenden Mitglieder (also außer Rentnern und Lehrlingen) beträgt zur Zeit 8,84 (so Baumhöfer auf der Affi-Mitgliederversammlung). In den Jahren 69-71 stiegen die Durchschnittsvollbeiträge von 7,12 auf 8,38. Das ist eine Steigerung von etwa 18 %. (Geschäftsbericht der IG-Chemie)

Die Einnahmen der IG-Chemie in den Jahren 69-71 beliefen sich auf etwa 142 Mill. DM:

Beiträge	130.328.000 DM
Erträge	11.644.000 DM

„Erträge" sind zum einen die „Zinsen aus für den Streikfonds zurückgestellten (?!) Geldern" (8,4 Mill. DM) und der „Ertragsüberhang aus dem in Treuhand gegebenen Vermögen" (2,7 Mill. DM).

(Das Treuhandvermögen der IG-Chemie, das von 3 Mitgliedern des „Geschäftsführenden Hauptvorstandes" verwaltet wird, betrug Ende '71 DM 40.026.073,–. Die IG-Chemie-Führung hat ihr Vermögen durch erweiterte Beteiligung bei der Bank für Gemeinwirtschaft und der „Neuen Heimat Städtebau" vergrößert).

Sowohl die Gelder, die in den Streikfonds zurückgelegt wurden, wie auch das Treuhandvermögen sind ein ständiges sich vergrößerndes „Polster" der IG-Chemie. Aus dem „Streikfonds" der IG-Chemie wurde bisher noch kein einziger Streik bezahlt. Die Kosten für Streikgelder beim „großen" Chemie-Streik 1971 sowie den kleineren betrieblichen Streiks (z.B. Texaco) wurden über die „laufenden Ausgaben" verbucht.

In den Streikfonds wurden lediglich 7,8 % aller Einnahmen, also etwa 11 Mill. DM jährlich eingezahlt. Das heißt also, daß von einem Durchschnittsbeitrag eines Kollegen von 8,84 DM nur etwa 70 Pfg. für den Fall eines Streiks zurückgelegt werden. Diese „Regelung" richtet sich eindeutig gegen die berechtigten Interessen der Gewerkschaftsmitglieder. Sie ist Ausdruck der sozialdemokratischen Politik der Gewerkschaftsführer, die insgesamt auf die Verhinderung von Streiks ausgerichtet ist. Diese „Regelung" muß von allen aktiven Gewerkschaftern im innergewerkschaftlichen Kampf scharf attakiert werden, insbesondere in der Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsführern um eine weitere Erhöhung der Beiträge!



Diese Grafik entnahmen wir der „gewerkschaftspost" (gp) vom August '72. Typisch für die Tricks der Gewerkschaftsführer ist die täuschende Höhe des Geldstapels „Rücklagen in den Streikfonds" gegenüber den anderen Stapeln!

Es besteht offensichtlich ein enormes Mißverhältnis zwischen dem, was für den Nutzen der Masse der Mitglieder (nämlich Streikunterstützung) und dem, was im wesentlichen nur für einen relativ kleinen Kreis von Betriebsfunktionären und vor allem für den hauptamtli- Apparat ausgegeben wird (92 %!)

Allein die Personalkosten des hauptamtlichen Apparates betrugen in den 3 Berichtsjahren etwa 41 Mill. DM. Die „gp" veröffentlichte dazu folgende Statistik:

Löhne und Gehälter	34 936 000 DM
Soziale Aufwendungen wie Sozialversicherungsbeiträge, Berufsgenossenschaft	3 216 000 DM
Unterstützungskasse	1 998 000 DM
Freiw. soziale Leistungen	1 098 000 DM
	41 248 000 DM

Sie machen damit den schönen Batzen von 31,5 % der gesamten Ausgaben aus.

Die IG-Chemie hatte Ende 1971 570 Angestellte (hauptamtliche Funktionäre und Büroangestellte). Diese gliedern sich im einzelnen wie folgt auf:

8 geschäftsführende Hauptvorstandsmitglieder
48 Sekretäre und Sachbearbeiter des Hauptvorstandes
86 Angestellte des Hauptvorstandes
8 Bezirksleiter
36 Bezirkssekretäre
41 Angestellte in Bezirksleitungen
70 Geschäftsführer der Verwaltungsstellen
78 Sekretäre der Verwaltungsstellen
195 Angestellte der Verwaltungsstellen.

Die Zahl der Bezirkssekretäre ist inzwischen um 2 und die Anzahl der Verwaltungsstellensekretäre um 13 gestiegen. (Außerdem wurden eine Reihe von Büroangestellten neu eingestellt). Die Ausgaben für die „Personal"-Erhöhung stiegen in 3 Jahren um 9 Mill. DM, das sind gegenüber den vorhergehenden 3 Jahren 29,2 % mehr.

Der Hauptvorstand schreibt zur Erhöhung der Anzahl der Hauptamtlichen: „Die aus der tabellarischen Übersicht hervorgehende Personalaufstockung bei den Sekretären und Sachbearbeitern auf allen drei Organisationsebenen macht deutlich, daß unsere Gewerkschaft ihre politische Präsenz verstärkt hat." (Geschäftsbericht, S. 300) Na, da können die Arbeiter aber froh sein!?

Gerade die Steigerung der Anzahl der Verwaltungsstellensekretäre, die ja direkte „Basisarbeit" machen, zeigt, daß hier offensichtlich der Bedarf an „politischer Präsenz" besonders gewachsen ist. Die stärkeren Aktivitäten fortschrittlicher Gewerkschafter in den Betrieben gegen die zunehmenden Angriffe der Kapitalisten und die in diesem Zusammenhang auch zunehmende Kritik an der Haltung der Gewerkschaftsführung in diesen Konflikten, sollen von mehr Hauptamtlichen „in den Griff" genommen werden.

Der verstärkte Ausbau des „hauptamtlichen Stranges" der Gewerkschaften wird in den nächsten Jahren weitergehen. Der Bedarf an treuen Gefolgsleuten, die den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern durch Dick und Dünn folgen, deren Politik bedingungslos in den Betrieben durchsetzen etc., wird mindestens in dem Maße wachsen, wie die Arbeiter nicht mehr bereit sind, widerstandslos die Politik der Gewerkschafts-Spitzen hinzunehmen.

Otto Brenner, damals IG-Metall-Führer, erkannte schon nach den spontanen Septemberstreiks 1969 die „Notwendigkeit" eines verstärkten Ausbaus und einer stärkeren Zentralisierung des hauptamtlichen Apparates, um die unruhiger werdende Basis unter Kontrolle zu halten.

Es wird jedoch nicht nur personell aufgestockt und die Entscheidungsbefugnisse weiter zentralisiert — was einen weiteren Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zwangsläufig zur Folge haben wird — , sondern es kommt der Gewerkschaftsführung auch darauf an, einen neuen Typus von Gewerkschaftssekretären herauszubilden. Die IG-Chemie-Führung hat dafür eigens einen Antrag auf dem letzten Gewerkschaftstag durchgebracht. Sie will „eine intensive Personalplanung wesentlich verstärken" (Antrag Nr. 206). Die Sekretäre sollen künftig durch „theoretische Schulungen" und „praktische Ausbildung" auf ihre „Aufgaben innerhalb unserer Organisation" vorbereitet werden.

Otto Brenner schrieb in seinem internen Rundschreiben nach den Streiks '69:

„Während sich die Mentalität der Funktionäre in den Betrieben offensichtlich verändert hat, sind Arbeitsstil und Methoden mancher Hauptamtlicher nicht selten von der hinter uns liegenden Zeit und Erfahrung geprägt. Diese Zeit hat diplomatische Haltung gefördert, nicht kämpferische. Das Zurückweichen (vor der Kritik der Arbeiter – die Red.) statt des resoluten Vertretens des Standpunktes der Organisation und der Vorstandsbeschlüsse ist umso naheliegender, als die Kritiker über die Stimmen zur Wiederwahl verfügen."

Es werden also laut Otto Brenner Funktionäre gebraucht, die sich von den „Kritikern" nicht in die Ecke drängen lassen, sondern „kämpferisch" gegen diese vorgehen.

Einer dieser „neuen Kämpfer" auf der Hamburger Sekretärsbühne ist der IG-Chemie-Sekretär Philipp von Kodolitsch. Er beherrscht die ganze Skala „linker" Begrifflichkeiten und tritt z.B. auf Betriebsversammlungen mit Vorliebe als „konsequenter Antikapitalist" auf. Er redet mit „Marx- und Engelszungen", wenn es darum geht, fortschrittliche Kollegen für sich einzunehmen. In wahre Kreuzzugsstimmung gerät er allerdings, wenn er auf Kommunisten trifft. Kodolitsch verdiente sich während der diesjährigen Chemietarifrunde seine Sporen als der fleißigste und gehässigste Verfasser antikommunistischer Schmähschriften. Auch an der Auflösung des Reichhold-Vertrauenskörpers wegen „kommunistischer Unterwanderung" war er maßgeblich beteiligt. Kodolitsch konnte sich bei einer ganzen Reihe linkssozialdemokratischer Kollegen beliebt machen, was ihm eine denkbar gute Ausgangsposition zur Hetze gegen Kommunisten verschafft, sowie aber auch, undemokratische Vorstandsbeschlüsse auf „saloppe" Art, mit etwas Kritik vermischt, an den Mann zu bringen. Kodolitsch dürfte Schule machen als einer der geschicktesten Kämpfer gegen klassenbewußte und kommunistische Kollegen und ihren Einfluß.

Da „Arbeitsstil und Methoden mancher Hauptamtlicher" nicht mehr den Anforderungen einer unruhiger werdenden Arbeiterschaft sowie einer stärkeren linken Orientierung der bewußtesten Kollegen entsprechen, müssen verstärkt Sekretäre a la Kodolitsch ausgebildet werden. Für solche Dinge ist der Gewerkschaftsführung kein Geld zu schade.

Die Inganghaltung und Erweiterung des organisatorisch-technischen Apparates kostet die Gewerkschaftsmitglieder runde 22 Mill. DM. Das sind 25,3 % der Ausgaben.
Im einzelnen:

Mieten u. Mietnebenkosten Renovierungen, Versicherungen	3 450 000 DM
Büroeinrichtungen, Büromaterial, Büromaschinenanschaffung, Reparaturen und Wartung	2 668 000 DM
IBM — Anlagen, Mieten, Listmaterial, Verbrauchsmaterial	2 670 000 DM
	8 788 000 DM

Telefon und Telegramme	1 690 000 DM
Porto und Fracht	2 101 000 DM
Allgemeine Druckkosten	1 443 000 DM
Z itungen, Zeitschriften, Bücher	700 000 DM
Sonstige	99 000 DM
	6 033 000 DM

Reisekosten	
Autobetriebskosten Anschaffungen, Reparat., Steuern, Versicherungen	2 156 000 DM
Bundesbahn — Flugverkehr	4 843 000 DM

(Sämtliche Angaben aus der „gewerkschaftspost" vom Aug. '72)

Allein die Reisekosten sind z.B. um 43,9 % in 3 Jahren gestiegen.

Die Finanzierung des gewerkschaftlichen Apparates verschlingt somit 57 % der Mitgliedsbeiträge.

Unsere Kritik an diesem hohen Anteil an Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) kann nicht an der einzelnen Büromaschine oder dem einzelnen Verwaltungsangestellten ansetzen. Daß ein organisatorischer Apparat Geld kostet, darüber braucht man uns nicht aufzuklären.

Wir haben jedoch am Beispiel der gestiegenen Personalkosten gezeigt, daß diese im wesentlichen der besseren Disziplinierung der Mitglieder wegen ansteigen, daß die Arbeiter und Angestellten hier den Knüppel bezahlen, mit dem sie gedroschen werden.

„Gewerkschaftspolitische Aktivität"

Unter dem Begriff „gewerkschaftspolitische Aktivität" werden im Kassenreport der IG-Chemie alle Ausgaben wie Tarifarbeit, Schulung von Betriebsräten und Vertrauensleuten, Öffentlichkeitsarbeit, usw. zusammengefaßt. Hier werden 25,6 % aller Mittel ausgegeben. Im einzelnen:

Tarifarbeit	3 346 000 DM	
Arbeitsstud.	208 000 DM	
		3 554 000 DM
Betriebsräte	509 000 DM	
Vertrauensleute	1 066 000 DM	
		1 575 000 DM
Industriegruppen		430 000 DM
Sozialpolitik		339 000 DM
Angestellte	802 000 DM	
Frauen	486 000 DM	
Jugend	743 000 DM	
		2 031 000 DM
		7 929 000 DM

Konferenzen - Sitzungen - Ausschüsse - Gewerkschaftstag - Mitbestimmungskonferenzen - Internationale Tagungen 3.409.000 DM

Bildungsarbeit einschließl. Gewerkschaftsschule	6 862 000 DM

Werbearbeit	2 126 0[illegible] DM	
Aktionen	445 000 DM	
Betreuung	1 122 000 DM	
		3 793 000 DM

Gewerkschaftspost	3 070 000 DM	
Umschau	551 000 DM	
Betriebsrat	264 000 DM	
Sonstige	400 000 DM	
Pressestelle	212 000 DM	
		4 497 000 DM

(Quelle: wie oben)

Auch zu diesem Ausgabenbereich müssen einige Bemerkungen gemacht werden. Z.B. sind die 3,5 Mill. für den Komplex Tarifarbeit ein direktes Ergebnis der katastrophalen Zersplitterung der Tarifverhandlungen. Die „gewerkschaftspost" berichtet stolz: „Die IG-Chemie hat 3.000 (!) Verträge mit Arbeitgeberverbänden und Hausverträge. Es gibt etwa 20.000 Tarifkommissionsmitglieder. Es vergeht wohl kaum ein Tag, an dem keine Tarifkommission tagt." Außer dem Mieten von Räumen usw. fallen auch andere „Kosten" in diesem Bereich an. So bekamen die Hamburger Tarifkommissionsmitglieder für eine Tarifkommissionssitzung 25,- DM. Mit der Ehrenamtlichkeit nimmt die Gewerkschaftsführung es nicht so genau.

Das ist natürlich kein Zufall. Z. B. gibt es auch auf Wochenendschulungen, an denen Mitglieder und Vertrauensleute teilnehmen, regelmäßig eine kleine „Anerkennungsprämie". Die Schulungen finden in ausgesprochen großbürgerlichen Unterkünften bei ausgezeichneter Verpflegung und Unterbringung statt.

Auch die Funktionärsschule in Bad Münder läßt nichts an Bequemlichkeit, an technischen Unterrichtsmitteln, an „Umgebung" zu wünschen übrig.

Die Sitte vieler Gewerkschaftsfunktionäre, auf Versammlungen oder Schulungen die Kosten für die Getränke zu „übernehmen", gehört ebenfalls dazu.

Die „Großzügigkeit" der Gewerkschaftsführer gegenüber dem kleinen Kreis von interessierten Mitgliedern und unteren Funktionären zielt schon auf unterster Ebene auf eine Bestechung ab. Sobald einer Interesse für gewerkschaftliche Arbeit zeigt oder ein kleines Amt hat, wird er sofort aus dem Kreis seiner Kollegen herausgehoben, bekommt hier und da eine kleine Zuwendung, eine kleine Vergünstigung. So versucht die Gewerkschaftsführung eine „günstige Atmosphäre" zu schaffen, in der sie ihre Politik an den Mann bringen kann. Interessierte Vertrauensleute und Betriebsräte sollen den Eindruck bekommen, daß sie etwas Besonderes, etwas Besseres als ihre Kollegen sind und daß man „bei der Gewerkschaft" ein angesehener Mann werden kann. Mit Arbeiter-Solidarität hat das alles überhaupt nichts zu tun. Auf diese Weise soll ein opportunistisches, nach Posten und Funktionen strebendes Funktionärstum systematisch gezüchtet werden. So etwas kostet natürlich eine Menge Geld!

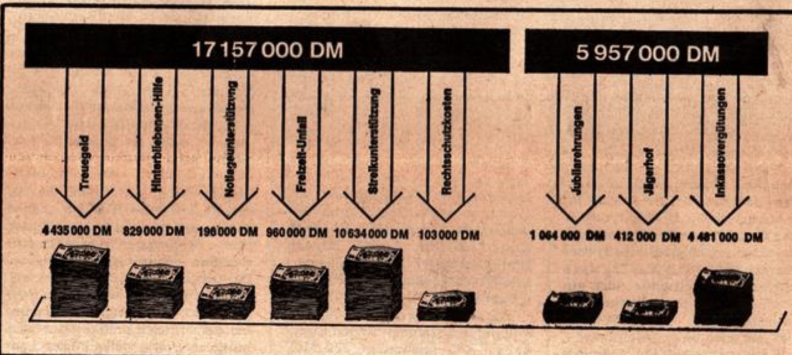
Die „Großzügigkeit" der Gewerkschaftsführung in diesen Dingen steht in einem auffallenden Mißverhältnis zu ihrer Knauserigkeit bei Dingen, die die Masse der Mitglieder betreffen. So wurde z. B. bei den Tarifverhandlungen in der Hamburger IG-Chemie in diesem Jahr kein einziges Informationsflugblatt vor den Betrieben verteilt. Als die mangelnde Information von Kollegen kritisiert wurde, behaupteten die Gewerkschaftsführer, es sei kein Geld da.

Auf der zentralen Hamburger Vertrauensleutekonferenz nahm Walter Holst dann die Gelegenheit wahr, um gegen die breite Informationstätigkeit kommunistischer Gruppen während der Tarifrunde zu hetzen. Er behauptete demagogisch, das Geld für die zahlreichen Druckerzeugnisse könne nur aus „dunklen Kanälen" stammen, da ja nicht einmal die Gewerkschaft in der Lage sei, so viel Geld für den Druck von Flugblättern auszugeben.

Tatsächlich jedoch steckt zum Beispiel unsere Organisation fast alles Geld, das aus den Beiträgen und Spenden unserer Genossen kommt, in die Bezahlung von Zeitungen, Flugblättern usw., d.h. in die Öffentlichkeits- und Massenarbeit.

Das ist die hauptsächliche Arbeit und die hauptsächliche Ausrichtung unserer Organisation, nämlich möglichst breit und intensiv über wichtige Fragen zu informieren und unsere politischen Einschätzungen zu propagieren. Die Frage muß anders herum gestellt werden: In welche dunklen Kanäle fließen die Millionen, die die Gewerkschaftsführung von den Mitgliedern einnimmt? ? Die übergroße Mehrheit bekommt von ihren eingezahlten Beiträgen nie wieder etwas zu sehen!

Dementsprechend ist auch der Ausgabenkomplex „direkte Unterstützung an Mitglieder" der kleinste mit 17,6%. Unter diesen Komplex fallen im einzelnen:



Die Ausgaben sind in diesen Jahren deshalb höher als sonst, weil der erste große Branchenstreik '71 seit 50 Jahren in diesen Zeitraum fällt.

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber-Druck-Verlag J.Reents, Verlag ARBEITERKAMPF

2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 17 000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte AO22583

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

KIEL: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, Postlagerkarte Nr. 098 831 A

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19 Uhr

LÜBECK: W. Blankschein 24 Lübeck, Postlagerkarte 082332A

WESTBERLIN: Florian Geyer üb. Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

Sind die Gelder der Arbeiter beim DGB `gut angelegt´?

BEMERKUNGEN ZUR FINANZPOLITIK DES DGB

Die IG Chemie zahlt regelmäßig 12% ihrer Einnahmen an den DGB, das sind jährlich etwa 6 Mill. zur freien Verwendung.

Wofür?

Der DGB beruft sich gern auf eine bestimmte Tradition in der Arbeiterbewegung, wenn er seine sogenannte „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" verteidigt, in denen die Gelder der Arbeiter „angelegt" sind.

Zu Beginn der Gewerkschaftsbewegung im 19. Jahrhundert bildeten die Arbeiter außer den Streikkassen mit ihren ersparten Groschen auch bestimmte Selbsthilfeorganisationen. So gründeten sie z.B. Produktions- und Konsumgenossenschaften, um sich mit billigeren Nahrungsmitteln zu versorgen. Sie gründeten eigene Spar- und Darlehnsvereine, um ihr Geld nicht den kapitalistischen Wucherern zu überlassen. Zwar konnten diese Selbsthilfeorganisationen in gewissem Rahmen materielle Erleichterungen für die Arbeiter bringen. Sie waren jedoch von vornherein mit einer reformistischen Ideologie verknüpft, dem Glauben nämlich, daß es sozialistische Oasen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft geben kann und daß das von sozialistischen Prinzipien ausgehende Genossenschaftswesen im Kapitalismus Bestand haben kann.

Die von den opportunistischen und reformistischen Arbeiterführern vorangetriebene Entwicklung ging in eine andere Richtung.

Die nach 45 von den westdeutschen Gewerkschaften unter Führung des DGB aufgebauten „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" haben mit den ursprünglichen auf gegenseitige Hilfe abgestellten Organisationen der Arbeiterbewegung nichts mehr gemein.

Die DGB-Führung scheut jedoch keine Mühe, diese Tradition auch ihren Unternehmen unterzujubeln. So behauptet die DGB-Führung in ihren Grundthesen über „Ziele und Funktion gemeinwirtschaftlicher Unternehmen" (vom Mai 72), diese „verbessern ... mittelbar oder unmittelbar die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Arbeitnehmer", sie seien eine „Alternative... zu privatwirtschaftlich geführten Unternehmen", da der Profit nur „als Instrument zur Erreichung der übergeordneten wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Ziele" diene. Jeder Vertrauensmann oder Betriebsrat gerät mindestens einmal in seinem Leben in eine Schulung, wo ihm diese Dinge „klargemacht" werden sollen.

Der DGB und seine 16 Einzelgewerkschaften verfügen über ein Vermögen, das mit 1,5 Milliarden angegeben wird (Handelsblatt, 24.6.72).

Unter dem Dach der „Vermögens- und Treuhandverwaltung GmbH" (VTG) vereinigt der DGB Banken, Versicherungen, Handels- und Baufirmen.

Das Kernstück des DGB-Unternehmens ist die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), die viertgrößte westdeutsche Bank nach der Deutschen-, Dresdner- und Commerzbank. Sie gehört dem DGB zu 95%.

Die Bank wurde groß, weil sie zu Beginn allen Kunden billigere Kredite als ihre Konkurrenten gewährte. Heute noch haben Gewerkschaftsmitglieder gewisse Sonderkonditionen – bei fast 7 Mill. Gewerkschaftsmitgliedern ein lohnendes Geschäft!

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften lassen sich als Eigentümer der BfG im Vergleich zu den Aktionären anderer westdeutscher Groß-Banken eine niedrige Dividende auszahlen (=6%, Deutsche Bank 18%). Was für die Aktionäre der anderen Banken das Interesse an persönlicher Bereicherung ist, müßte für die Gewerkschafts-Führer eigentlich das Interesse sein, die Finanzdecke des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, z.B. für eventuell zu führende Streiks zu verbessern. Daran hat der DGB jedoch offensichtlich kein Interesse. Die Gewinne der Bank für Gemeinwirtschaft werden nur ganz unwesentlich an den DGB abgeführt, der überwiegende Teil dient dem Unternehmen selber in Form von Eigenkapitalerhöhungen zur Verbesserung seiner Marktstellung. So wurde in den etwa 15 Jahren seit Existenz der BfG das Grundkapital von 40 Mill. auf 360 Mill. verneunfacht. (Handelsblatt, 24.6.72)

Die BfG hat eine stattliche Anzahl von Beteiligungen an anderen Unternehmen (meist über 50% bis zu 100%). Zu ihrem Konzernbereich gehören 26 Unternehmen des Banken-, Immobilien-, Wohnungsbau- und Versicherungsgewerbes (Stand Ende 1971). Darunter befinden sich auch die verschiedenen Volksfürsorge-Versicherungen. Die „Volksfürsorge-Leben" z.B. ist die größte westdeutsche Lebensversicherung.

Die BfG-Konzernbilanz schloß 1971 mit einer Summe von 20,4 Mrd. DM. Der ausgewiesene Gewinn belief sich immerhin auf 36,7 Mill. DM.

Vorstandsvorsitzender der BfG ist der HBVler Walter Hesselbach (SPD), der keinen Hehl daraus macht, daß er sich „nie von einer Gewerkschaft unter Druck setzen lassen würde". So zahlte er 1969, als die IG Chemie die Schaumstoffwarenfabrik „Correcta" in Bad Wildungen bestreiken wollte, die Kreditzusagen an die „Correcta"-Mutterfirma Metzeler AG pünktlich weiter, machte Geschäfte mit IG Chemie-Mitgliedern, die sich gegen Streikrisiken wie Abzahlungsschwierigkeiten absichern wollten und trat am Ende selber als Schlichter in der Auseinandersetzung auf. (Nach Zeitschrift „Capital" 5/71).

Im Unterschied zu anderen Vorstandsvorsitzenden bezieht Hesselbach nur ein „bescheidenes" Gehalt von 225 000 DM im Jahr. Als „Arbeitnehmervertreter" in 10 Aufsichtsräten (darunter Friedrich Krupp GmbH, August Thyssen Hütte, Salzgitter AG, RWE, usw.) kassiert er nochmal 114 200 DM („Capital", 5/71).

Die Hamburger Unternehmensgruppe „Neue Heimat", deren Eigenkapital von mindestens 220 Mill. zu 100% dem DGB gehört, ist das größte Bauunternehmen der Welt! Sie erreichte 1971 einen Gesamtumsatz von 3,4 Mrd. DM. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug nicht weniger als 35%. Die „Neue Heimat" bewirtschaftete Ende 1970 etwa 350 000 Wohnungen und gewerbliche Objekte. Jedes Jahr werden 25 000 neue Wohnungen fertiggestellt. Wegen besonderer Steuervorteile brauchte die „Neue Heimat" im Jahr 1969 z.B. nur 200 DM Steuern zu bezahlen!

Schon lange hat sich der Schwerpunkt des Baus von Klein- und Sozialwohnungen auf gewinnträchtigere Objekte verlagert. Mit Hilfe von 57 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften plante, finanzierte und baute die „Neue Heimat" u.a. die Satellitenstadt für die Münchner Olympiade, Luxushotels an der Karibischen See und sogar das neue Spielcasino von Monte Carlo („Capital", 5/71).

Mit der Gruppe „Neue Heimat International" wird der Bau im Ausland verstärkt, so in der faschistisch regierten Türkei, in der Militärdiktatur Mexico, in Ghana und im imperialistischen Israel. Insbesondere in Israel tat sich die „Neue Heimat" hervor, indem sie die imperialistische Politik dieses Landes durch Häuserbau im von Israel widerrechtlich besetzten Ghaza-Streifen unterstützte.

Vor drei Jahren wurde die „Neue Heimat Städtebau" mit 10 Mill. DM Stammkapital als „frei gemeinwirtschaftliches Unternehmen" (DGB-Terminus) gegründet. Eine kleine Namensänderung war wohl nötig, denn dieses Unternehmen investiert ausschließlich in so profitable Objekte wie Appartementhäuser, Eigentumswohnungen, Hotels und Einkaufszentren.

Insbesondere bei der Unternehmensgruppe „Neue Heimat" wird die ganze Verlogenheit der „Gemeinwirtschaftsideologie" offensichtlich. Die Mieten der „Neuen Heimat" sind um keinen Pfennig billiger als in privatwirtschaftlichen Wohnungen, die „Neue Heimat" kündigt ihren Mietern mit derselben Rücksichtslosigkeit wie andere Baufirmen, wenn sich anstelle der alten Wohnungen gewinnversprechendere Prachtbauten anbieten. Der Charakter der „Neuen Heimat" als eines kapitalistischen Unternehmens hat sich gerade in Hamburg bei der brutalen polizeilichen Räumung einer von vielen jungen Leuten besetzten Wohnung der „Neuen Heimat" (in der Eckhofstraße – vgl. dazu Artikel im AK Nr. 29) gezeigt. Diese Wohnung war eine von 110 Wohnungen, die wegen anderer Baupläne abgerissen werden sollte.

Mit 5 000 Einzelläden, SB-Märkten, usw. ist die „coop" einer der ersten westdeutschen Handelsriesen. Die BfG verfügt über eine Sperrminorität von 25% und kann von daher die Unternehmenspolitik entscheidend bestimmen, der Rest verteilt sich auf die Genossenschaften. Auch bei der „coop" sind die Preise nicht niedriger als bei anderen Kaufhäusern.

Erwähnt sei noch das junge DGB-eigene Reiseunternehmen g-u-t, das Gewerkschaftsmitgliedern ebenfalls keinerlei Preisvorteile bietet, dafür aber kräftig mit am Touristikgeschäft verdient.

Das ist nur ein kleiner Überblick über die „gemeinwirtschaftlichen Unternehmen" des DGB. Sie bieten dem „kleinen Mann" keinerlei Preisvorteile mehr gegenüber anderen Unternehmen. Stattdessen ist ihre ganze Politik darauf ausgerichtet, Gewinne zu machen, wie sie sonst nur in der Monopolindustrie üblich sind.

Über die grundsätzliche Bedeutung dieser Dinge schrieb Ernst Thälmann bereits 1929 in seinem Buch „Über Gewerkschaften":

„In letzter Zeit verwenden die Gewerkschaften in immer stärkerem Maße die gesammelten Gewerkschaftsgelder zu Zwecken gemeinsamer ökonomischer Betätigung mit dem Finanzkapital ... Im Jahre 1905 wurden 24 % der Ausgaben für Wirtschaftskämpfe verausgabt und 1927 waren die Ausgaben für Wirtschaftskämpfe nur noch 9% der gesamten Ausgaben. Also schon diese Statistik beweist die innere Schwenkung in den Gewerkschaften: keine Orientierung auf die kämpfenden Massen zur Unterstützung der Wirtschaftskämpfe, dafür aber eine Orientierung in der Linie des Verwachsens mit dem Finanzkapital."

Die DGB-Führung hat sich als Verwalterin dieses respektablen Vermögens selber einen gewaltigen Vorrat an Pöstchen, Positionen und fetten Pfründen geschaffen, auf denen der Opportunismus, der Verrat an der Arbeiterklasse so gut gedeiht. Hier finden die Ruhnaus (Hamburger Innensenator) im Zuge ihrer DGB- und SPD-Karriere einen Vorstandsposten bei der „Neuen Heimat" und der „coop", hier sitzt Oskar Vetter als „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat der Bank für Gemeinwirtschaft, der Volksfürsorge Leben, der „Neuen Heimat Städtebau" und der „Neuen Heimat Gemeinnützige" mit Tantiemen von 25 000 DM („Capital", 5/71). Diese Liste ließe sich endlos verlängern. Hier liegt ein Teil der gewaltigen Reserven an Finanzmitteln, Pöstchen und Positionen, mit denen SPD und DGB ihren zentralen Funktionärsstamm bei der Stange halten.

DGB – „Staat im Staate"?

DGB – „Staat im Staate"?

In der Propaganda der Kapitalisten wird oft vor dem zunehmenden gesellschaftlichen Einfluß des DGB gewarnt. In diesem Zusammenhang werden dann auch immer die Unternehmungen des DGB angeführt, als ob diese eine Bedrohung für das westdeutsche Finanzkapital darstellten oder gar einen Teil gewerkschaftlicher Macht, d.h. der Macht der Arbeiter und Angestellten. Das ist natürlich Unfug. Es gibt keine spezielle Konkurrenz zwischen dem Kapital des DGB und den anderen westdeutschen Konzernen. Und den Arbeitern und Angestellten steht das Kapital des DGB genauso feindlich gegenüber, wie jedes Kapital. Die ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung in den Betrieben des DGB ist dieselbe wie in anderen westdeutschen Betrieben. Die Unternehmungen des DGB stellen in gar keiner Hinsicht irgendeine „Gegenmacht" gegen die Kapitalistenklasse dar. Die Kapitalisten brauchen dieses „Argument" nur dazu, um gegen eine gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter überhaupt zu hetzen und vor allem kleinbürgerliche Elemente des Volkes in Frontstellung zur Arbeiterklasse zu bringen.

In rechtsradikaler Übersteigerung dieser Propaganda wird der DGB als feindliche Macht Nr. 1 deklariert, der alle Hebel, eben auch die des Unternehmertums, in Bewegung setzt, um diese Gesellschaft umzukrempeln. Die ökonomische Macht der DGB-Betriebe, die sozialdemokratische Bürokratie der Gewerkschaftsapperate und die gewaltige Zahl der Gewerkschaftsmitglieder werden in einen Topf geworfen, um das Bild einer immensen Verschwörung gegen das „freie Unternehmertum" und die „Grundlagen dieses Staates" überhaupt besser auszumalen.

Gerade in der letzten Zeit reiten die Faschisten häufig auf der „Rote Bonzen"-Welle. Sie malen das Bild einer machtsüchtigen, rücksichtslosen Clique, die sich ständig bereichert, usw. Ihr Ziel ist es, die Kritik der Kollegen von den Kapitalisten abzulenken und den Zusammenhang zwischen Kapitalinteressen und den Agenten der Kapitalisten in den Gewerkschaftsführungen zu leugnen. Indem sie die DGB-Führung und nicht die Kapitalisten zum Hauptfeind erklären, wollen sie natürlich erreichen, daß die Kollegen sich überhaupt von den Gewerkschaften abwenden und keinen Kampf in den Gewerkschaften gegen die Agenten der Kapitalistenklasse dort führen. Damit wollen sie eine Schwächung und Zersplitterung der Arbeiterbewegung bewirken.

Ohne zu unterstellen, daß bei bestimmten super„linken" Gruppen dasselbe Ziel dahintersteckt, so ist doch das grundsätzliche Herangehen an das Problem ähnlich und daher auch die möglichen Auswirkungen. Die berüchtigte westberliner Gruppe „Neue Einheit", eine Abspaltung von der „KPD/ML", hat sich in dieser Beziehung den absoluten Gipfel an Idiotismus geleistet. In ihrer Schrift „Über das Wesen des DGB" schreibt deren Führer K. Sender, es gäbe einen Kampf „bis aufs Messer" zwischen „DGB-Kapital", das sich „selber zu einem der größten Kapitalisten aufgeschwungen" hat und den „herkömmlichen Monopolen". Ja, das „DGB-Kapital" sei sogar dabei, „sich an die Spitze des westdeutschen Imperialismus zu stellen" und die westdeutschen Monopole sich untertan zu machen. Das Konzept des DGB zur „Mitbestimmung" wird im Rahmen dieser arbeiterfeindlichen „Theorie" interpretiert als Versuch des DGB, sich die westdeutschen Betriebe letztendlich anzueignen, indem vorerst einmal Einfluß in den Aufsichtsräten etc. genommen werden soll. Es ist natürlich unsinnig, von dem „DGB-Kapital" im Gegensatz zu anderem Kapital zu reden, weil die Interessen die selben sind. Zudem besteht durchaus ein Unterschied zwischen den Kapitalisten, die ihr persönliches Kapital weitervererben etc. können und den DGB-Führern, die das DGB-Vermögen bloß verwalten und im Prinzip von jedem anderen Gewerkschaftsführer abgelöst werden können.

Es handelt sich hierbei nicht um persönliches Eigentum an Produktionsmitteln (kapitalistisches Eigentum), sondern um eine kapitalistische Form von Genossenschaftseigentum.

Die Kommunisten kritisieren nicht das DGB-Vermögen an sich, d.h. Anlegen des Geldes der Mitglieder nach kapitalistischen Prinzipien – anders ist es im Kapitalismus eben nicht möglich – sondern die Kommunisten kritisieren, daß diese Gelder den Kollegen niemals wieder zugute kommen werden, daß sie keinerlei Vorteile davon haben. Es ist z.B. absolut ausgeschlossen, daß die DGB-Führung um in einer entscheidenden politischen Situation einen Generalstreik zu finanzieren, eines ihrer Mammutunternehmen verkaufen würde. Die DGB-Unternehmen haben keinerlei Nutzen für die Gewerkschaftsmitglieder, hingegen sind sie durchaus eine geeignete Grundlage für die Entwicklung einer kapitalhörigen Arbieteraristokratie. ■

Diskussionsbeitrag der Chemie-Gewerkschaftskommission, KB/Gruppe Hamburg

BRD und Israel:

„Friedenskanzler" auf Geschäftsreise

„Das israelische Volk ringt um den Bestand seines kleinen, dem Wüstensand abgetrotzten Staates, kämpft unter sengender Hitze um sein Lebensrecht – hinter sich das Meer und rundherum den Haß seiner Feinde. Und wir? " so fragt Axel Springer in der Sonderbeilage der „Welt" zum 25-jährigen Bestehen Israels. Es ist nicht schwer zu erraten, was der Zionist Springer von uns fordert: Wir sollen „diesem Staat und seinen Menschen zur Seite stehen ... ganz einfach in Liebe."



„Irakische Volksmassen solidarisieren sich mit dem Kampf des palästinensischen Volkes"

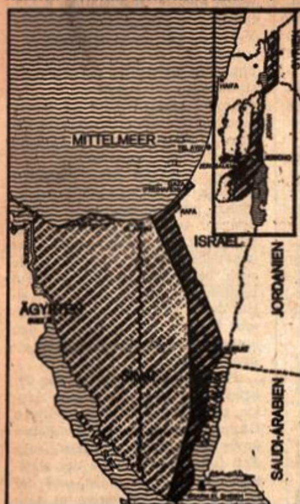
„Irakische Volksmassen solidarisieren sich mit dem Kampf des palästinensischen Volkes"

Wiedergutmachung – ein Schwindel

Seit 1945 hat man uns glauben machen wollen, daß das deutsche Volk am Naziregime und seinen Judenmassakern schuld sei und daß wir diese Schuld bis ins dritte und vierte Glied abtragen müßten. Aber nicht die deutschen Werktätigen, sondern die Kapitalistenklasse trägt die Verantwortung für den Faschismus und seine Verbrechen. Der Schwindel von „Schuld" und „Wiedergutmachung" war nur dazu bestimmt, der westdeutschen Arbeiterklasse die Kosten der aggressiven zionistischen Poltik Israels aufzuladen. In direkter Fortsetzung der faschistischen Verbrechen finanzieren die BRD-Kapitalisten nun die Ermordung, Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes.

So zahlte die BRD im Rahmen der „Wiedergutmachung" 16 Milliarden

„Wiedergutmachung" 16 Milliarden
DM nach Israel, die zum überwiegenden Teil direkt an den Staat gingen. 20 % davon bestanden aus Warenlieferungen von meist militärischem Wert, 240 Millionen waren offene Lieferungen von schweren Waffen, die Israel noch nicht selbst produzieren konnte, wie Panzer, Hubschrauber und Schnellboote. Israel erhält weiterhin jährlich ca. 200 Millionen DM Kapitalhilfe, die u.a. zum Bau von Kernreaktoren benutzt werden. Israel besitzt reiche Uranvorkommen und produziert Kernsprengstoff, woran die BRD-Imperialisten brennend interessiert sind.





Der Allon-„Friedens"plan: Israel (rechts das Kerngebiet im Ausschnitt) behält die dunkelschraffierten Flächen und gibt die hellschraffierten Gebiete zurück. Die Schlangenlinien stellen die Radarkette Moshe Dayans dar.

Viele BRD-Kapitalisten investieren auch direkt in Israel. Durch langfristige Anleihen bis zu 50 % der Gesamtinvestitionen, das Recht, die Gewinne jederzeit frei auszuführen, und die extrem niedrigen Löhne der arabischen Bevölkerung in Israel und den besetzten Gebieten wurde Israel zum Investitionsparadies für die Kapitalisten. So waren zu der 3. Wirtschaftskonferenz in Tel Aviv, die am 27.5.73 begann, 40 Teilnehmer aus der BRD gekommen, darunter drei Mitglieder der DGB-eigenen Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt, Vertreter der Farbenfabriken Bayer Leverkusen, der Commerzbank und der Standard Electric Lorenz Stuttgart.

Seit 1970 der palästinensische Widerstand in Jordanien eine schwere Niederlage erlitten hat, sind die Investitionen der BRD-Kapitalisten stark gestiegen. Sie betrugen 1972 ca. 150 Millionen DM pro Jahr.

Dollars, Dollars, Dollars ...

Die wichtigsten Geldgeber des zionistischen Staates sind die „Jewish Agency", d.h. das jüdische Kapital im Ausland, und die USA. Die US-Regierung gibt Israel zinsgünstige Kredite über 300 Millionen Dollar jährlich für Waffenkäufe in den USA.

Die Schulden Israels bei den Imperialisten betragen inzwischen 1000 Dollar, die jährliche Finanzhilfe 1400 Dollar auf jeden Einwohner. Das ist die wirkliche Ursache der israelischen „Überlegenheit" gegenüber den arabischen Völkern: viele Milliarden Dollars.

Die große Abhängigkeit Israels von den Imperialisten drückt sich auch in der negativen Handelsbilanz aus. So lieferte Israel 1971 Waren für 347 Millionen DM in die BRD, dem drittgrößten Handelspartner, kaufte jedoch für 727 Millionen DM.

... für das größte Geschäft der Welt

Der Grund für die massive Unterstützung Israels durch die Imperialisten liegt in dem Nutzen, den für sie die Aggressivität des Zionismus und die strategische Bedeutung des Landes haben. Israel sichert die Beherrschung der arabischen Welt mit ihren reichen Ölvorkommen. Es ist außerdem das Verbindungsstück zwischen den Militärbündnissen NATO und SEATO zur Einkreisung der sozialistischen Länder.

Das Geschäft mit dem arabischen Erdöl ist die größte Quelle von Extraprofiten, die es für die Imperialisten gibt. Die Produktion von 1 barrel (ca. 110 l) Erdöl kostet in den USA 151 cent, in Kanada 133 cent, in Saudi-Arabien aber 9 cent und in Kuweit 6 cent. Damit ihnen niemand die riesigen Gewinne streitig machen kann, die sie aus diesen Preisunterschieden ziehen, bringen die amerikanischen, englischen und deutschen Monopolfirmen jedes Erdölvorkommen unter ihre Kontrolle. In den arabischen Ländern bilden sie einen Staat im Staate. In diesem Interesse werden relativ fortschrittliche Regierungen gestürzt und die Völker im Zustand der Unterentwicklung gehalten. Das Öl wird sofort außer Landes geschafft, so daß sogar seine Verarbeitung, z.B. zu Benzin, im Ausland stattfindet und den arabischen Völkern nichts bleibt.

Die Rolle Israels ist es hierbei, bei der Zerschlagung jeder antiimperialistischen Entwicklung mitzuhelfen. Israel, die Türkei und der Iran bilden eine Art Zange. Die drei Länder sind Stützpunkte zur Verteidigung der Ölfelder und Transportwege.

Iran erhält in der nächsten Zeit von den USA Waffen im Wert von 2,5 Milliarden Dollar, die größte Waffenhilfe, die es je gab. Das dient gleichzeitig den Profiten der amerikanischen Waffenindustrie. Waffenlieferungen aus den USA oder aus Frankreich erhielten auch die reaktionären Regimes in Libanon, Jordanien, Saudi-Arabien, Kuwait und Lybien.

Israel und Iran sind auch die wichtigsten Stützpunkte beim Vormarsch des westdeutschen Imperialismus, der es besonders auf eine feste Kontrolle des iranischen und lybischen Erdöls abgesehen hat. Zusammen mit England, dessen Monopolfirmen die Ölförderung in Irak und am arabischen Golf kontrollieren sowie Frankreich mit seinem Einfluß in Libanon und den nordafrikanischen Gebieten wird der Nahe Osten zum wichtigsten Expansionsgebiet des sich entwickelnden europäischen Imperialismus.

Dabei ergeben sich verschiedene Interessenkonflikte. Einig sind sich die Imperialisten aber in dem Bemühen, den „arabischen Krisenherd" durch Unterdrückung des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker zu beseitigen.

Friedenskanzler auf Geschäftsreise

Nach dem Rückzug aus dem Vietnamkrieg wenden sich auch die USA verstärkt dem Nahen Osten zu. Zwischen den USA und den westeuropäischen Imperialisten könnten sich deshalb in Zukunft erhebliche Interessenunterschiede und Kämpfe entwickeln. Denn „Europa sitzt das nahöstliche Hemd näher als den Amerikanern der nahöstliche Rock". („Welt")



Die Mittelmeerpolitik der EG steckt allerdings noch in den Kinderschuhen, da Großbritannien und Frankreich traditionell verschiedene Einflußsphären in diesem Raum haben und sich ihre widersprüchlichen Vorgehensweisen noch nicht auf ein gemeinsames Konzept bringen lassen. Bei dieser Entwicklung wollen die BRD-Imperialisten durch eine aktive Nahostpolitik ihr Schäfchen ins Trockene bringen.

Die Adenauerregierung hatte versucht, die arabischen Regimes und Israel gegeneinander auszuspielen mit dem Ergebnis, daß 1965 diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen wurden und die arabischen Länder sämtliche Beziehungen zur BRD abbrachen.

Inzwischen hat sich nach den Septembermassakern in Jordanien, dem Rausschmiß der Sowjetunion aus Ägypten, der faschistoiden Entwicklung in Lybien usw. die Situation im Nahen Osten geändert.

Die BRD-Imperialisten wollen ihrerseits zu einer Zusammenarbeit mit den arabischen Regimes kommen, um ihren Ölbedarf zu sichern und an den hohen Monopolprofiten teilzuhaben. „Bonn will eine ‚ausgewogene' Nahostpolitik, um nicht aus dem für die europäische Energieversorgung lebenswichtigen arabischen Raum abgedrängt zu werden" (Frankfurter Rundschau).

Die Nahost-Reisen von Scheel und Brandt dienten dazu, die „friedliche Lösung" zu unterstützen und klarzumachen, daß sich die Interessen der BRD, Israels und der reaktionären arabischen Regimes vereinbaren lassen.

Scheel sagte, die „Palästinenser-Frage" sei „ein entscheidendes Problem der Nahost-Krise. Hier stellt sich für die ganze Welt und daher auch für Europa eine besondere Aufgabe. Wir sind bereit, unseren Beitrag zur Lösung zu leisten". Schon wenige Tage später war zu hören, daß Jordanien eine Finanzhilfe von 35 Millionen DM zur Ansiedlung von palästinensischen Flüchtlingen erhalten soll.

Brandt ist als Sozialdemokrat und „Antifaschist" der geeignete Mann, um auch politisch von „Wiedergutmachung" und „deutscher Schuld" überzuleiten zu einer unbelasteten Zusammenarbeit der Imperialisten und Zionisten im gegenseitigen Interesse.

Zionismus in der BRD

Die Herrschenden in diesem Land

Die Herrschenden in diesem Land
wollen deshalb antizionistische Standpunkte nicht dulden. Differenziertere und liberalere Betrachtungsweisen der israelischen Politik, wie z.B. die Artikel im „Stern" werden von dem Zionisten Werner Nachmann als „bewußte Lügen", „Verfälschungen" und „Judenfeindlichkeit" bezeichnet. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Westberlin Heinz Galinki betrachtet die Universitäten als Ausgangspunkt der antijüdischen Hetze, „die die unbelehrbaren ewig gestrigen Bewunderer des Dritten Reichs bestärkt".

Als die CISNU (Conföderation iranischer Studenten) im letzten Herbst gegen die Abschiebung fortschrittlicher Araber und gegen das Verbot von GUPS und GUPA (Generalunion palästinensischer Studenten, bzw. Arbeiter) protestierte, forderte Chefpropagandist Richard Löwenthal auch ihr Verbot.

Tagtäglich sind wir der zionistischen Propaganda ausgesetzt. Springer, Löwenthal und Strauß sind nur die Spitze des Eisberges.

Der Zynismus der „friedlichen Lösung"

Die Imperialisten garantieren in eigenem Interesse die Fortsetzung der zionistischen Politik und die weitere Ausdehnung des Machtbereichs Israels:

Die Zionisten vertrieben 1948 Hunderttausende Palästinenser, um ihren Staat zu gründen. Sie griffen 1956, zusammen mit England und Frankreich, Ägypten an, und versuchten, die Verstaatlichung des Suezkanals zu verhindern und die relativ fortschrittliche Nasser-Regierung zu stürzen. In ihrem Überfall auf die arabischen Nachbarländer im Juni 1967 besetzten sie Ge-

Forts. Seite 20

Was ist Zionismus?

Teil 2

Der erste Teil dieses Artikels ist im ARBEITERKAMPF 27 erschienen. Er behandelt die zionistische Zielsetzung – nämlich die Sammlungen der Juden der ganzen Welt in „Erez Israel" (dieser Begriff umfaßt mehr als das heutige Staatsgebiet Israels) – und die Entstehung des Staates Israel. Von „linken" Zionisten wird die zionistische Bewegung gern als eine Art nationaler Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes ausgegeben. Diese These hat – zusammen mit dem Mythos des Kibbuz-„Sozialismus" – lange Zeit auch außerhalb Israels Anhänger gefunden. Eine solche These „übersieht" jedoch einige wichtige Tatsachen. Die jüdische Einwanderung nach Palästina (Alijah) fand kein „Land ohne Volk" vor (wie die zionistische Propaganda vorgab), sondern eines der am dichtesten besiedelten Gebiete des arabischen Raums.

Der Zionismus lehnte von Anfang an strikt die Koexistenz mit den arabischen Bewohnern Palästinas ab, da sein Ziel ein „rein jüdischer Staat" ist. Also mußte die arabische Bevölkerung Palästinas vertrieben werden. Das geschah auch in der Tat, zuerst durch wirtschaftlichen Druck und später durch militärischen Terror. Die Voraussetzung der zionistischen „Befreiungsbewegung" war also die Vertreibung und Verelendung eines anderen Volkes. Die Grundlage des Zionismus ist demnach die Theorie vom „Recht des Stärkeren" und von der Minderwertigkeit der Araber. Während die Zionisten „Erez Israel" automatisch als Heimat aller Juden beanspruchen, gestehen sie den Palästinensern ein gleiches Recht nicht zu. Es ist nur logisch, daß der Zionismus sogar die Existenz eines palästinensischen Volkes leugnet.

Man mußte schon sehr naiv sein, wenn man jemals annehmen wollte, daß sich die Palästinenser mit ihrer Vertreibung und mit der Existenz des Staates Israel abfinden würden. Dazu kommt, daß der Zionismus mit seinem Ziel des „Erez Israel" (in manchen Programmen umfaßt dieser Begriff den Raum von Euphrat bis zum Nil) von seinen arabischen Nachbarn als ständige Bedrohung angesehen werden muß. In diesem Konflikt verbündet sich der Zionismus notwendigerweise mit jenen Kräften, die eine ähnliche Zielsetzung im Nahen Osten verfolgen, also vor allem dem US-Imperialismus. Das ist keine „tragische Abweichung von den Idealen des Zionismus" o.ä. (wie manche „linke" Zionisten beteuern), sondern liegt in der Logik der Dinge.

Nixon schickt das Geld – und Breschnew die Juden

In Israel kursiert ein Spruch, den auch Golda Meir gern launig zitiert: „Nixon schickt uns das Geld, und Breschnew schickt uns die Juden". Das trifft die Situation recht gut.

Ohne die massive Unterstützung

Ohne die massive Unterstützung

durch den US-Imperialismus wäre die zionistische Expansionspolitik nicht möglich. Zudem erfordert die Konsolidierung und Ausdehnung Israels jedoch einen ständigen Zufluß von Einwanderern, und mehr als die Hälfte der Neu-Einwanderer kommt heute schon aus der Sowjetunion.

Für den US-Imperialismus gibt es mehrere Gründe, in dieser wirtschaftlich und strategisch wichtigen Region Israel zu unterstützen. Nicht zufällig erfolgte die Gründung des zionistischen Staates in einer Zeit, wo sich die arabischen Befreiungsbewegungen gerade zu entwickeln begannen. Israel fällt die Aufgabe zu, in dieser Region den Brückenkopf des Imperialismus gegen die nationalen Befreiungsbewegungen zu bilden. Den reaktionären arabischen Regimes erlaubt die Existenz des zionistischen Staates außerdem, die Massen mit der nationalistischen Parole vom „Heiligen Krieg" gegen Israel in gewissem Maß von den gesellschaftlichen Widersprüchen im eigenen Land abzulenken. Auch das kommt natürlich den langfristigen Interessen des US-Imperialismus in der Region entgegen.

Wiederholt hat Israel sich direkt in die inneren Angelegenheiten seiner Nachbarländer eingemischt, um dort progressive Entwicklungen aufzuhalten. Schon Israels Aggression gegen Ägypten 1956 – gemeinsam mit dem englisch-französischen Imperialismus – sollte nicht zuletzt auch dazu dienen, die erst kurze Zeit an der Macht befindliche Nasser-Gruppe zu beseitigen und die gestürzte Monarchie wiederherzustellen. 1967 drohte Israel, es würde „ein sozialistisches Regime in Syrien nicht dulden". September 1970 griff das reaktionäre jordanische Regime die Palästinenser an und richtete ein Blutbad unter ihnen an. Als sich die Palästinenser zur Wehr setzten, drohte Israel mit einer militärischen Intervention zugunsten des Hussein-Regimes, falls dieses eine Niederlage erleiden sollte. Ebenso sprachen die Zionisten anläßlich der jüngsten Kämpfe im Libanon unverhüllte Interventionsdrohungen aus. In diesen Rahmen gehören auch die wiederholten Bombenangriffe und bewaffneten Überfälle Israels auf den Libanon und Syrien, mit denen die betreffenden Regierungen zur Unterdrückung der Palästinenser veranlaßt werden sollen.

Milliarden für Israel

Über die genaue Höhe der US-Hilfe an Israel gibt es nur stark voneinander abweichende Schätzungen. Das hängt mit der Zusammensetzung

Das hängt mit der Zusammensetzung

und dem zum Teil verhüllten Charakter dieser Hilfe zusammen. Neben finanziellen Leistungen steht die Lieferung von Waren, namentlich von modernsten Waffen, deren Umfang und Wert nicht leicht zu bestimmen ist. Dazu kommen Zusamanarbeit auf zahlreichen Gebieten (Geheimdienste, Außenpolitik, Forschung, Wirtschaft).

Der amerikansiche Diplomat und „Nahost-Experte" David Nes schätzt allein für den Zeitraum 1948 bis 1968 die Höhe der US-Hilfe für Israel auf insgesamt 36 Mrd. Dollar. Nes errechnet auf Grund seiner Schätzung, daß die US-Hilfe in Geld und Waren umgerechnet durchschnittlich 1 400 Dollar jährlich pro Einwohner Israels ausgemacht habe.

Die meisten Schätzungen sind jedoch weit von den Annahmen David Nes' entfernt. So werden Schätzungen um 10 Mrd. Dollar für diese Zeit genannt, wobei darauf verwiesen wird, daß die Marshall-Plan-Leistungen für Europa nach dem Krieg sich auf 13 Mrd. Dollar beliefen – verteilt auf eine ungleich größere Bevölkerung als die Israels!

Spenden amerikanisch-jüdischer Großkapitalisten und anderer wohlhabender Juden bilden einen großen Teil der US-Hilfe für Israel. Allein nach dem Juni-Krieg schickte das amerikanisch-jüdische Großkapital 500 Mio. Dollar zur unmittelbaren Kostendeckung nach Israel.

Bei der finanziellen Unterstützung sollten schließlich jene Zahlungen nicht vergessen werden, die im Rahmen der Wiedergutmachung von der BRD an Israel geleistet wurden. Sie beliefen sich auf 3,45 Mrd. DM, die bis 1965/66 an Israel direkt geleistet wurden. (Außerdem zahlte die BRD für individuelle Wiedergutmachung an Juden insgesamt 23,5 Mrd. DM, davon 2,8 Mrd. DM an israelische Bürger. Da der größte Teil der Wiedergutmachungs-Leistungen an Israel vertragsgemäß in Waren abzugelten war, konnte die Wiedergutmachung sogar für westdeutsche Kapitalisten noch ein großes Geschäft werden; besonders gilt das für die westdeutsche Eisen-, Stahl- und Rüstungsindustrie, die laut Vertrag 70% der Waren liefern konnten.

Die Hilfe der Imperialisten und jüdischer Großkapitalisten erlaubt es den Zionisten, auf einen relativ hohen Lebensstandard in Israel zu verweisen. Damit soll die These vom „fleißigen und intelligenten jüdischen Volk" gestützt werden, das den „primitiven", „faulen", „unfähigen" und „rückständigen" Arabern angeblich turmhoch überlegen ist, das „eine Wüste in ein Paradies verwandelt hat" usw. usf.

Außerdem erlaubt es diese Hilfe dem Zionismus, seine Kriege zu führen und immer mehr arabische Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen.

Sowjetisches „Kanonenfutter" für Israel

Eine starke jüdische Einwanderung nach Israel ist eine wichtige Voraussetzung, um eroberte Gebiete dauerhaft zu integrieren und neue Eroberungskriege gegen die arabischen Staaten zu ermöglichen.

Die jüdische Einwanderung nach Israel ist jedoch keineswegs so stark wie die Zionisten es gern hätten.

Von 1948 bis 51 kamen 680 000 Einwanderer. Die Zahl der Neu-Einwanderer sank danach stark ab – auf je zwei Jahre berechnet waren es minimal 51 000 (1952-54) und maximal 168 000 (1961-63).

Bis zum Juni-Krieg 1967 hatte die Einwanderung einen Tiefpunkt erreicht: in den Jahren 1966-67 kamen zusammen weniger als 30 000 Neu-Einwanderer. Nach dem Juni-Krieg nahm die Einwanderung wieder einen Aufschwung, weil die scheinbare aktuelle Gefährdung des zionistischen Staates die Solidarität vieler Juden in der Welt mit

tät vieler Juden in der Welt mit

„ihrem" Staat erhöht. 1969 kamen immerhin schon wieder 40 000 Einwanderer.

Gegenwärtig liegt die Zahl bei über 50 000 jährlich. Das ist vor allem der Ankurbelung der jüdischen Einwanderung aus der Sowjetunion zu verdanken. 1972 kamen schon etwa 30 000 sowjetische Juden nach Israel, also mehr als die Hälfte aller Einwanderer. Diese Zahl soll aber noch erheblich steigen. Die Regierung Israels hat ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, innerhalb der nächsten zehn Jahre eine runde Million jüdischer Sowjetbürger nach Israel locken zu können.

Die Sowjetunion hat sich der jüdischen Auswanderung nach Israel lange widersetzt. Noch 1971 kamen erst 15 000 sowjetische Juden nach Israel, in den Jahren davor noch weniger.

Die sowjetischen Revisionisten wissen natürlich, daß sie mit der Stärkung Israels durch die Einwanderung auch ihren Rivalen, den US-Imperialismus, stärken, und daß sie zugleich die Empörung der arabischen Völker erregen, bei denen sie sich um Einfluß bemühen.

Immerhin wurde noch bis vor kurzem von dem gut ausgebildeten und wohlhabenden Teil der sowjetischen Juden vor der Auswanderung eine „Ausbildungssteuer" erhoben. Die italienische Tageszeitung „Corriere della Sera" berichtet z.B., daß sich 1971 unter den Einwanderern aus der Sowjetunion auch 600 Mediziner befanden. Und die (dem Zionismus durchaus wohlwollend gegenüberstehende) Zeitung schreibt weiter, die Ausbildung eines Mediziners würde Israel normalerweise etwa 90 000 DM kosten. Breschnew

ziners würde Israel normalerweise etwa 90 000 DM kosten. Breschnew

habe Israel also „ein schönes Geschenk" gemacht.

Inzwischen haben die Sowjetrevisionisten sich jedoch sogar bereit erklärt, auf die Erhebung der „Ausbildungssteuer" zu verzichten und alle Beschränkungen für die jüdische Auswanderung aufzuheben.

Ausschlaggebend für diese Entscheidung war der Druck des US-Imperialismus und eine international geführte zionistische Diffamierungs-Kampagne gegen die Sowjetunion. U.a. hatte der US-Imperialismus Handelsvorteile und Kredite für die Sowjetunion davon abhängig gemacht, die jüdische Auswanderung uneingeschränkt zuzulassen.

Die arabischen Völker beobachteten die sowjetische Politik natürlich mit Besorgnis und Empörung. Der stellvertretende Generalsekretär des Rates der Liga Arabischer Staaten sagte: „Jede Emigration nach Israel ist in der Realität eine Konsolidierung der israelischen Aggression gegen die Araber." – Ein Sprecher der PLO in Damaskus sagte: „Es gibt keinen Unterschied zwischen den sowjetischen Emigranten, die nach Israel kommen, und den amerikanischen Lieferungen von Waffen und Gewährung wirtschaftlicher Hilfe für Israel." (Die PLO ist der „Dachverband" der palästinensischen Widerstandsorganisationen) Und eine algerische Zeitung schrieb: „Wenn Leute die Emigration in mit Gewalt eroberte Territorien befürworten, dann leisten sie einen Beitrag zur Verwirklichung der Absichten der zionistischen Führer, deren Ziel es ist, ihre Anwesenheit in diesen Territorien zu verewigen."

deren Ziel es ist, ihre Anwesenheit in diesen Territorien zu verewigen."

Israel in der Dritten Welt

In der dritten Welt, vor allem in Afrika, hat Israel große Anstrengungen unternommen, um sich durch gezielte „Hilfe" Freunde zu verschaffen und die Ideologie der imperialistischen „Freien Welt" in diese Gebiete zu tragen.

Obwohl Israels „Hilfe" statistisch gesehen verschwindend gering ist (z.B. betrug die „technische Hilfe" Israels 1966 nicht einmal 2% des von Frankreich aufgebrachten Betrages) ist sie politisch sehr wirkungsvoll.

Zwischen 1960 und 1966 hatten die meisten Länder Schwarzafrikas Abkommen mit Israel über verschiedene Formen von „Entwicklungshilfe" vereinbart. Landwirtschaftliche Projekte unterhielt Israel u.a. auch in Guatemala, auf Haiti, in Nikaragua, Brasilien und Bolivien.

Im Gegensatz zu anderen imperialistischen Ländern besteht Israels „Hilfe" nicht in erster Linie aus Krediten und Waffenlieferungen, sondern in der Entsendung von „Beratern" und in der Ausbildung von Angehörigen der neuen Führungsschicht der jungen Länder, zum großen Teil auch in Israel selbst. Bis 1966 hatten schon über 9 000 Menschen aus der dritten Welt an Kursen in Israel teilgenommen, etwa die Hälfte von ihnen kam aus Afrika. Bis zum gleichen Zeitpunkt hatte Israel 1 800 „Berater" in die dritte Welt geschickt, davon zwei Drittel nach Afrika.

Statistisch gesehen hat die „Hilfe" Israels an afrikanische Staaten nur etwa 0,05% (!) des Gesamtbetrages ausgemacht, den der Kontinent als ausländische „Entwicklungshilfe" erhielt. Jedoch sichert die Konzentration auf den Einsatz von „Beratern", „Schulungsprogramme", Kurse in Israel selbst u.ä. eine besonders hohe politisch-ideologische Wirksamkeit derartiger „Hilfe".

Die meisten Länder Schwarzafrikas haben erst in den 60er Jahren ihre nationale Unabhängigkeit gewonnen. Ihr Bedarf an „Beratern" auf allen Gebieten ist sehr hoch, um nationale Strukturen aufzubauen – z.B. in der Verwaltung, im Militärapparat, im Unterrichtswesen und der Jugendarbeit u.a.m. Israel hatte dabei vielfach noch den Vorteil, nicht als Kolonialland vorbelastet zu sein und auch nicht direkt als Bestandteil des imperialistischen Lagers angesehen zu werden; im Gegenteil wurde z.B. Israels pseudo-sozialistische Struktur in der Landwirtschaft in vielen Ländern als vorbildlich angesehen.

So war es für Israel besonders leicht, gerade in die Länder Schwarzafrikas politisch-ideologisch einzudringen. Außerdem war diese „Hilfe" unter dem Gesichtspunkt der imperialistischen Globalstrategie auch besonders wichtig, um den Einfluß des Sozialismus – vor allem durch chinesische und sowjetische Kredite und Berater – in den jungen Nationalstaaten möglichst gering zu halten.

Für die Schwerpunktsetzung der israelischen „Hilfe" gerade in Afrika gibt es noch einen weiteren Grund. Historisch gesehen haben große Teile Schwarzafrikas lange Zeit unter dem Einfluß des arabischen Raums gestanden, und der Islam ist dort weit verbreitet. Den arabischen Einfluß zurückzudrängen und Verbündete für die zionistische Außenpolitik zu gewinnen, ist ein natürliches Interesse Israels.

Diese Strategie hat ihre Wirkung nicht verfehlt: bei der UN-Resolution von 1967 über die Räumung der besetzten Gebiete stimmten nur neun Staaten Schwarzafrikas für diese Resolution, acht jedoch dagegen und zehn enthielten sich der Stimme.

Die „Militär-Hilfe" Israels durch „Berater" und „Schulungsprogramme" für Länder Schwarzafrikas war zeitweise beträchtlich. Afrikanische Offiziere, Fallschirmjäger, Polizeioffiziere und Piloten wurden in Israel ausgebildet. In vielen Fällen steht diese Ausbildung unmittelbar im Dienste der Aufstands-Bekämpfung. So wurden zahlreiche Fallschirmjäger für die reaktionäre Regierung des Kongos ausgebildet, um gegen Aufständische eingesetzt zu

»



Afrikanischer Student in Haifa mit der Tageszeitung „Ma ariv"

Forts. von Seite 18

werden, und zwar gerade in den Bürgerkriegsjahren 1963/64. Für Äthiopien hat Israel Kader zum Kampf gegen die Befreiungsfront von Eritrea ausgebildet und setzt nach Angaben der Befreiungsfront dort auch eigene „Berater" ein. Die Aufständischen im Tschad (Zentralafrika) meldeten 1967, sie hätten bei Operationen auch zwei israelische „Militärberater" der reaktionären Truppen getötet. Darüber hinaus hat Israel ähnliche „Hilfe" auch an mehrere andere Länder Schwarzafrikas gegeben.

In diesem Zusammenhang verdient eine Notiz der israelischen Tageszeitung „Maariv" vom 15.12.72 Aufmerksamkeit, wo über die Ablösung der US-Imperialisten in Südvietnam durch israelische „Militärberater" spekuliert wurde.

Übrigens liefert Israel auch Waffen (Uzi-Maschinenpistolen) an die portugiesischen Kolonialtruppen, und zwar nehmen diese ihren Weg über die BRD. Die afrikanischen Befreiungsorganisationen haben auch wiederholt behauptet, daß sich in den portugiesischen Kolonien israelische „Berater" aufhalten.

Besonderen Wert legt Israel auf die Jugendarbeit in der dritten Welt. Durch die Aufstellung von „Jugendbataillonen" nach israelischem Vorbild und unter direkter Anleitung israelischer „Berater" soll eine reaktionäre Massenmobilisierung der Jugend erreicht werden. In der ersten Abteilung (entspricht der israelischen Gadna) erhalten Jugendliche bis zu 18 Jahren eine körperliche Ausbildung, ideologische Indoktrinierung und erstes paramilitärisches Training. In der zweiten Abteilung (entspricht der israelischen Nahal) erhalten Jugendliche über 18 Jahren Fallschirmjäger-Ausbildung und reguläres Militär-Training mit Schwerpunkt Aufstands-Bekämpfung.

Teilweise bestanden derartige Jugendbataillone unter israelischer Anleitung in 17 Ländern – nämlich in 13 Ländern Schwarzafrikas, sowie in Bolivien, Ekuador, Costa Rica und Singapur.

Der Einfluß Israels auf die neuen Führungsschichten der jungen afrikanischen Nationalstaaten ist zweifellos durch die Jugendarbeit am größten. Diese Jugendarbeit wird unterstützt durch Kurzkurse für ausgewählte Jugendliche aus der 3. Welt in Israel selbst. Diese Kurse zielen vor allem darauf, ein möglichst positives Bild von Israel zu vermitteln.

Eine weitere wichtige Aktivität Israels in der 3. Welt ist die Gewerkschaftsarbeit, die naturgemäß in erster Linie von der zionistischen Einheitsgewerkschaft Histadrut getragen wird. Auch die Gewerkschaften anderer Länder, z.B. der DGB, betreiben gewerkschaftliche „Schulungsarbeit" in der 3. Welt. Das Ziel ist immer dasselbe: Gewerkschaften nach reformistischem (statt nach sozialistischem) Vorbild aufzubauen und eine Schicht gut geschulter, geschickter und verläßlicher Arbeiterverräter zu erziehen. Die zionistische Gewerkschaftsarbeit in der 3. Welt steht in enger Kooperation mit den US-Gewerkschaften und wird von diesen auch sehr weitgehend finanziert. Der US-Arbeiterverräter Reuther hat diese Zusammenarbeit einmal so begründet: „Israel und die Histadrut sind in der Lage, eine sehr wesentliche Vermittlerrolle im Brückenbau zwischen dem Westen und den jungen Staaten in Asien und Afrika zu spielen. Israel kann dies insbesondere, da die jungen Staaten diesem Land gegenüber nicht mißtrauisch sind..."

Durch die zunehmende zionistische Selbstentlarvung haben Israels Bemühungen in Afrika inzwischen merkliche Rückschläge erlitten. Mehrere Länder Schwarzafrikas haben die israelischen „Berater" nach Hause geschickt und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Immerhin hat Israel noch diplomatische Beziehungen zu 27 afrikanischen Staaten, jedoch wird diese Zahl mit Sicherheit weiter abnehmen.

gierung betrachtet.

Schließlich muß noch erwähnt werden, daß Araber in Israel keinen Grund und Boden kaufen dürfen.

Seit der Juni-Aggression 1967 leben in den besetzten Gebieten noch einige weitere hunderttausende Araber unter zionistischer Besatzung (in den besetzten Gebieten Westjordan-Land und Gaza-Streifen lebten vor dem Juni 1967 schätzungsweise 600 000 Palästinenser, von denen allerdings 1967 viele in die Nachbarländer flüchteten).

Die zionistische Propaganda weist gern darauf hin, daß Israel die besetzten Gebiete „unter Kontrolle" hat und es dort keine nennenswerte Widerstandstätigkeit gebe, was 1. die Isoliertheit der Widerstandsorganisationen, 2. das Entgegenkommen und die kluge Politik Israels gegenüber den Arabern und 3. die Feigheit und den Opportunismus der Araber beweisen soll.

Typisch ist etwa die Notiz einer (westdeutschen) Zeitung: vor wenigen Jahren unterstützten die Bewohner der besetzten Gebiete noch Al Fatah etc.; heute dagegen haben sie einen Job als Bauarbeiter und bauen jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten....

Tatsächlich sind heute schon 50 – 60 000 Araber aus den besetzten Gebieten in der israelischen Wirtschaft tätig, und zwar vorwiegend als Bauarbeiter, daneben auch in der Landwirtschaft.

Man liest dagegen wenig über die brutale zionistische Besatzungs-Politik, mit der seit 1967 jeder Widerstand unterdrückt wurde. Diese

Viele Araber werden nur gefangen gehalten, weil irgend einer ihrer Verwandten im Verdacht steht, beim Widerstand zu sein.

Wenn die zionistischen Behörden einen Gesuchten nicht greifen können, so nehmen sie auch gern einen seiner Verwandten als Geisel mit.

Folter in allen Abstufungen ist ein übliches Verfahren in den israelischen Gefängnissen.

Ein weiteres wichtiges Verfahren der Besatzer sind „Kollektivstrafen". Häufen sich z.B. in einer bestimmten Gegend Partisanen-Aktionen, so ist die Sprengung einzelner Häuser oder auch ganzer Dörfer ein übliches Vorgehen der Zionisten. Wirkungsvoll ist auch die Verhängung von „Ausgangssperren" gegen Ortschaften, so daß die Bewohner z.B. daran gehindert werden, von ihren Feldern die Ernte einzubringen oder wegen „Nichterscheinens" ihren Arbeitsplatz verlieren.

„Bescheidenere" Schikanen sind permanente Durchsuchungen, wobei am Rande auch Plünderungen oder Belästigungen der Frauen „unterlaufen".

Im großen Stil wenden die Besatzer das Mittel von Massen-Umsiedlungen an, um die Solidarität der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gezielt zu entvölkern und für die jüdische Siedlung freizumachen. Das gilt vor allem für den Gaza-Streifen, dessen völlige „Israelisierung" (d.h. Vertreibung der Bevölkerung) geplant ist.

Angesichts dieser Besatzungs-Politik ist zu bewundern, wie stark der

bereitete.

Wenn man schon zugeben muß, daß vor der jüdischen Einwanderung wohl doch schon Menschen in Palästina gelebt haben, so wird die zionistische Propaganda jedoch immer betonen: 1. daß es in Palästina kein V o l k gab, sondern nur arabische Individuen (für die es also ganz gleichgültig ist, wo sie leben) und 2. daß die Einwanderer nichts weiter vorgefunden hätten als eine „Wüste", die sie mit unendlichem Fleiß und großer Intelligenz in ein „Paradies" verwandelt hätten.

Besonders wichtig ist die zweite These, denn eng mit ihr verknüpft ist die Behauptung von der „Minderwertigkeit" der Araber, die den jüdischen Einwanderern eigentlich noch dankbar sein müßten für das „Paradies".

Tatsächlich hat die zionistische Einwanderung alles andere vorgefunden als eine Wüste, nämlich das neben dem Nil-Streifen blühendste Gebiet des arabischen Raums. Nicht umsonst heißt ja Palästina wegen seiner außerordentlichen Fruchtbarkeit schon in der Bibel „das Land wo Milch und Honig fließt".

Dazu kommt als zweiter Faktor, daß wohl in kein Gebiet der Welt relativ soviel Kapital investiert worden ist wie gerade in Israel.

Schließlich kamen die Einwanderer aus Europa und den USA natürlich auch mit einer höheren „Kultur", d.h. mit mehr wissenschaftlichen Kenntnissen usw. als sie die Araber besaßen. Daher waren sie z.B. auch in der Lage, den Boden besser zu bearbeiten. Darin wider-

Israel und die Araber

Als die zionistische Einwanderung nach Palästina begann, war dieses Land von Arabern dicht besiedelt. Die zionistische Zielsetzung des "reinen Judenstaats" schloß jede Koexistenz mit diesen Arabern von vornherein aus. Die Palästinenser mußten folgerichtig vertrieben werden, und das geschah auch praktisch durch gezielten Bodenerwerb und das Prinzip der "jüdischen Arbeit" (keine arabische Arbeit auf jüdischem Boden, keine Käufe bei arabischen Kleinproduzenten und Händlern) und später durch die militärische Vertreibung (vergl. dazu AK 27).

Anfangs waren die Zionisten aber noch bemüht, durch zynische Beteuerungen die Araber, die internationale Öffentlichkeit und nicht zuletzt die jüdischen Einwanderer selbst zu täuschen.

So erklärte etwa der Zionist Ruppin auf dem XVI. Zionistenkongreß, Juden und Araber könnten "Seite an Seite als zwei gleichberechtigte Völksgruppen leben". Der XII. Zionistenkongreß 1921 proklamierte heuchlerisch den angeblichen Wunsch, „mit dem arabischen Volk in Freundschaft und gegenseitigem Respekt zusammenzuleben und zusammen mit dem arabischen Volk die gemeinsame Heimat zu einem gedeihlichen Land zu entwickeln, das das Wachstum beider Völker sichern wird".

Und einer britischen Untersuchungskommission wurde von der "General Federation of Jewish Labour" (Allgemeiner Bund jüdischer Arbeit) versichert: „Es wird nicht in Erwägung gezogen, daß jüdische Siedler diese Bevölkerung vertreiben oder sich zu ihrem Schaden niederlassen sollen. Das wäre nicht nur vom politischen und ökonomischen Standpunkt her unmöglich, sondern würde jener moralischen Konzeption (!!) zuwiderlaufen, die an der Wurzel der zionistischen Bewegung liegt."

Lug und Trug! Tatsächlich zielte der Zionismus vom Anbeginn an auf die Massenvertreibung der Palästinenser. Und wie würde er sonst sein Ziel erreichen wollen, die Judenheit der Welt – etwa 15 Millionen Menschen – im

„Erez Israel" zu sammeln? Dieses Ziel wird von a l l e n Zionisten anerkannt – und das heißt, wie wir noch zeigen werden, von fast ausnahmslos allen politischen Organisationen Israels.

Zwischen 1947 und 1949 wurden mehr als 700 000 Araber aus Palästina vertrieben. Es verblieben noch etwa 160 000 Palästinenser in Israel. Diese wurden harten Ausnahmegesetzen unterworfen.

Das wichtigste war die Beibehaltung der „Defense Regulations", die die britischen Kolonialherren Palästinas 1945 gegen die zionistische Bewegung verkündigt und angewandt hatten. Die Zionisten hatten diese Bestimmungen seinerzeit als „faschistisch" gebrandmarkt; nun wandten sie selbst diese gegen die Palästinenser in Israel an.

Diese Ausnahme-Gesetze erlaubten z.B. willkürliche Verhaftungen, Beschlagnahmungen, Deportationen u.a., ohne daß den Betroffenen ein Einspruch möglich gewesen wäre.

Jeder Ortswechsel (z.B. zur Annahme von Arbeit in einem benachbarten Industriezentrum oder Stadt) mußte von den Behörden genehmigt werden. Jüdische Arbeitskräfte wurden natürlich bevorzugt eingesetzt; bei „Engpässen" oder für die „dreckigen Arbeiten" konnte durch Gewährung von Passierscheinen leicht die benötigte Zahl arabischer Arbeitskräfte herangeführt werden. So gab es aber auch immer eine relativ hohe arabische Arbeitslosigkeit.

1951 wurden die Ausnahmegesetze für bestimmte Orte aufgehoben; 1957 allgemein „gelockert"; 1966 ging die Verfügungsgewalt vom Militär an die Polizei über. Damit änderte sich jedoch, wie auch jüdische Liberale feststellten, an der Sache selbst gar nichts.

Ferner gibt es eine allgemeine politische Bevormundung der Araber. Politische Organisationen dürfen sie gar nicht haben. Vollmitglieder der Gewerkschaft Histadrut können sie erst seit Ende der 50er Jahre werden. Selbst arabische Sportclubs oder die „Komitees für die Abschaffung der Mitgift" werden mit Mißtrauen von der Re-



Nach dem Juni-Krieg 1967 demonstrieren palästinensische Jugendliche im besetzten Nablus (Westjordanien) gegen die zionistischen Aggressoren

Besatzungspolitik ist – man muß dies leider sagen – nur noch mit der Besatzungspolitik der deutschen Faschisten zu vergleichen.

Nach dem Juni-Krieg gab es einen massiven und breiten Volkswiderstand in den besetzten Gebieten. Zu den Kampfformen zählten außer Partisanen-Aktionen vor allem Massendemonstrationen, Streiks (unter Einbeziehung der Kleinproduzenten und Händler) sowie passiver Widerstand.

Diese Kämpfe wurden in einem langen Ringen schließlich weitgehend unterdrückt. So kam es z.B. vor, daß zionistische Besatzer in friedliche Demonstrationen hineinschossen oder sie zusammenknüppelten, daß Werkstätten und Läden streikender Palästinenser verwüstet wurden und daß vor allem Massenverhaftungen vorgenommen wurden.

Nach Angaben des Palästinensischen Roten Halbmonds (entspricht Rotem Kreuz) befinden sich rund 13 000 Araber als politische Gefangene in israelischen Gefängnissen, davon nur 3 000 auf Grund von Gerichtsurteilen. Fatah-Führer Arafat sprach Ende 1972 von 19 000 politischen Gefangenen.

Widerstand dennoch ist.

Die zionistische Propaganda gegen die Araber hat immerhin den Erfolg, daß die meisten israelischen Juden nicht einmal im Restaurant an einem Tisch mit Arabern sitzen möchten, geschweige denn, daß z.B. ihre Tochter einen Araber heiratet (nach Umfragen). Der Anti-Arabismus verfängt natürlich besonders bei den Einwanderern aus Europa und USA, und weit weniger bei den orientalischen Juden, von denen relativ viele in den Arabern ein Brudervolk sehen und die außerdem selbst Objekt rassistischer Überheblichkeit und Diskriminierung sind (obwohl die Mehrheit der israelischen Juden orientalisch ist, ist die Oberschicht fast rein „westlich").

Eine Form zionistischen Anti-Arabismus ist die totale Leugnung, daß es überhaupt Palästinenser gibt und daß diese am Ende gar irgendwelche nationalen Rechte haben könnten.

So lautete eine der zionistischen Einwanderungs-Parolen: „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land". Das gleicht bemerkenswert der Parole: „Ein Raum ohne Volk für ein Volk ohne Raum", mit dem der deutsche Faschismus seinen Überfall auf die Sowjetunion ideologisch vor-

spiegelt sich die unterschiedliche gesellschaftlich-historische Entwicklung Europas und der USA einerseits und des arabischen Raums andererseits.

Dieser Unterschied wird aber von den Zionisten so interpretiert, als würde er eine grundsätzliche „Minderwertigkeit" der Araber beweisen. „Faul", „rückständig", „primitiv" sind entsprechende Bezeichnungen für die Araber.

Max Nordau – Nachfolger des ersten zionistischen Ideologen, Theodor Herzl – erklärte in diesem Sinn auf dem I.Zionistenkongreß in Basel, „der Jude" (!) sei „fleißiger und anschläger als der Durchschnitt der europäischen Menschen, von trägen Asiaten und Afrikanern nicht zu sprechen."

Selbst der „liberale" Zionismus kommt über ein patriarchalisches Verhältnis zu den Arabern meist nicht hinaus, etwa nach der Devise: „Die Araber sind doch auch Menschen". Er ist daher bereit, für einige elementare Menschenrechte der Araber gütig einzusetzen (soweit es nicht die Idee des „reinen Judenstaates" beeinträchtigt), aber er empfindet es als „undankbar", wenn die

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 19

Araber etwa selbst für ihre Rechte kämpfen.

Ein besonders krasser Ausdruck der zionistischen Ignoranz gegenüber den Palästinensern ist, daß sogar das Flüchtlingsproblem zynisch geleugnet wird.

Die palästinensischen Flüchtlinge werden von der UN-Organisation UNRWA registriert, und zwar gibt diese 1,47 Millionen Flüchtlinge im Jahr 1971 an (von ca. 2,5 Millionen Palästinensern), hiervon noch ca. 620 000 in Lagern. Diese Zahlen sind Mindestzahlen, weil die UNRWA nicht alle Flüchtlinge erfassen kann.

Die Zionisten aber behaupten, in Wahrheit sei die Zahl der Flüchtlinge höchstens 250 000 und höhnen: „Die Flüchtlingslager ziehen Arbeitsscheue an, die auch früher nicht besser lebten, ja, die als Flüchtlinge besser leben als bisher." (M. Landmann; zur Situation in den Flüchtlingslagern vgl. das Interview mit der PFLP in AK 28).

All dies zeigt, daß der Zionismus durchdrungen ist von chauvinistischer Arroganz gegenüber den Arabern, obwohl z.B. der Zionist Ruppin auf dem XVI. Zionisten-Kongreß heuchlerisch tönte: „Wir wollen den Chauvinismus, den wir bei anderen Völkern hassen, auch bei uns selbst bekämpfen."

Erwähnt werden muß aber auch, daß es unter den Juden außerhalb und innerhalb Israels Kritik an der Haltung der Arroganz und der Feindseligkeit gegenüber den Arabern gibt. Diese wird vor allem aus drei Quellen gespeist: 1. allgemeine humanitäre Überlegungen (Gleichheit aller Menschen), 2. Erkenntnis, daß der Zionismus inmitten einer arabischen Umwelt letzten Endes zu einer fürchterlichen Katastrophe führen muß, die nur durch Koexistenz mit den Arabern vermieden werden kann, und 3. der wachsende Protest der orientalischen Juden gegen ihre eigene Diskriminierung und die sich daraus entwickelnde Solidarität mit den Arabern (die ohnehin vielfach von den orientalischen Juden als Brudervolk empfunden werden, was sie objektiv ja auch sind).

Die israelische Linke

Die Organisationen der israelischen Arbeiterbewegung sind fast ausschließlich zionistisch; d.h. sie vertreten die Ideen der Sammlung aller Juden in Israel und des „reinen Judenstaats", und sie lehnen eine Rückgabe der seit 1967 besetzten Gebiete weitgehend ab.
Die wichtigste Ausnahme hiervon ist die Kommunistische Partei (Rakach). Dazu kommen einige kleinere Organisationen und Gruppen der nicht-zionistischen Linken. Diese Organisationen spielen jedoch in der israelischen Arbeiterbewegung so gut wie gar keine Rolle.
In diesem Abschnitt soll versucht werden, das gesamte Spektrum der israelischen Arbeiterbewegung kurz zu skizzieren, um über das politische Kräfteverhältnis Auskunft zu geben.

Die stärkste Partei in Israel ist die „Arbeiterpartei", die sich bis zum Zusammenschluß mit zwei kleineren Organisationen im Jahr 1968 Mapai nannte. Die Mapai wurde 1930 gegründet.

Die „Arbeiterpartei" ist dem Anspruch nach sozialdemokratisch, der Sache nach jedoch zionistisch und sozialimperialistisch. Ebenso wie die SPD ist auch die „Arbeiterpartei" Israels in der sogenannten „Sozialistischen Internationale", dem Weltverband sozialdemokratischer Parteien, vertreten.

Sie hat mehr als 300 000 Mitglieder und nimmt in der Knesset (die dem Bundestag der BRD entspricht) [illegible] partei" (bzw. bis 1968 die Mapai) trägt seit den ersten Knesset-Wahlen (Anfang 1949) ununterbrochen die Regierung als Hauptpartei; dieser Partei gehören u.a. auch Golda Meir und Mosche Dajan an.

Die Histadrut ist die zionistische Gewerkschaft. Sie wurde schon 1920 gegründet. Da sie die Einheitsgewerkschaft ist (man muß z.B. Mitglied sein, um überhaupt Sozialleistungen zu erhalten!) sind fast alle jüdisch-israelischen Werktätigen Histadrut-Mitglieder.

Die Histadrut hat sich in der Vergangenheit – vor allem in der Anfangszeit der zionistischen Kolonialisierung – besonders um die Spaltung zwischen Juden und Arabern bemüht, indem sie das Prinzip der „jüdischen Arbeit" durchsetzte. So wurden Protestdemonstrationen gegen jüdische Siedler organisiert, die arabische Arbeiter beschäftigten; arabische Waren wurden vernichtet; jüdische Kaufleute, die arabische Waren verkauften, wurden boykottiert. Diese Kampfmaßnahmen sollten dazu dienen, möglichst viele Palästinenser ihrer Existenzgrundlage zu berauben und Platz für die zionistische Einwanderung zu schaffen.

Erst seit 1959 können auch Araber der Histadrut als Vollmitglieder angehören.

Die Histadrut kann auch als der größte Konzern Israels bezeichnet werden: 26 % des Brutto-Sozialprodukts entfallen auf die Histadrut (privater Sektor 52,5 %; Staat 21,3 % – Angaben auf 1963).

Zu den Histadrut-Kongressen treten die einzelnen Parteien mit eigenen Listen auf. Dabei stellt die „Arbeiterpartei" (Mapai) regelmäßig die absolute Mehrheit der Delegierten; jedoch ist ihr Einfluß gegenüber den Anfangszeiten des zionistischen Staates etwas zurückgegangen. Beim vierten Histadrut-Kongreß 1933/34 – wo die Mapai erstmals auftrat – erhielt sie rund 80 % der Delegierten. Bei den Wahlen zum 7. Histadrut-Kongreß 1949 (dem ersten Kongreß nach der Staatsgründung) waren es etwa 58 %, während die „Arbeiterpartei" bei den Kongreß-Wahlen 1969 nur noch knapp über 50 % kam.

Diese Einbußen sind in erster Linie den „Blau-Weißen" zugute gekommen, das heißt den extremen Rechten, die zum 10. Histadrut-Kongreß 1966 erstmals kandidierten. Allein auf den „blau-weißen" Gachal-Block sind beim 11. Kongreß 1969 fast 17 % der Stimmen entfallen (der Gachal wird von den „Liberalen" und der halb-faschistischen Cherut gebildet; in der Knesset hält der Gachal 26 Sitze, was etwa 22 % der Stimmen entspricht).

Der Vormarsch der Rechten in der Histadrut zeigt, wie weit es der zionistischen Bourgeoisie heute noch gelingt, die Massen nicht nur an die sozialimperialistische „Arbeiterpartei" zu binden, sondern einen Teil der Werktätigen direkt den extremen Rechten in die Arme zu treiben.

Neben der „Arbeiterpartei" und im Bündnis mit dieser besteht die [illegible] als „sozialistisch" bezeichnet.

Die Mapam wurde 1948 gegründet. In der Knesset hält sie sieben Sitze, während es in der 1. Knesset (1949–53) noch 19 Sitze waren. Ebenso krass ist der Bedeutungsrückgang der Mapam in der Gewerkschaft. Bei den Wahlen zum 7. Histadrut-Kongreß 1949 erhielt die Mapam 34,4 % der Stimmen; dagegen bei den Wahlen zum 10. Kongreß 1966 nur noch 15,2 %. Bei den 11. Kongreß-Wahlen trat die Mapam auf einer Einheitsliste mit der „Arbeiterpartei" an, ebenso wie bei den Knesset-Wahlen 1969.

Auch die Mapam ist seit ihrer Gründung eine erklärt zionistische Partei; jedoch hatte sie zunächst und bis in die 50er Jahre hinein sich als „marxistisch-leninistisch" definiert und sich zur „Freundschaft mit der Sowjetunion" bekannt. Durch ihr Bündnis mit der sozialimperialistischen „Arbeiterpartei" hat die Mapam dieses „linke" Mäntelchen völlig abgelegt, was allerdings noch immer wieder Auseinandersetzungen und Krisen in der Mapam hervorruft; (das Bündnis mit der „Arbeiterpartei" wurde vom 5. Mapam-Parteitag 1968 mit 64,5% gegen 35,5% der Stimmen gebilligt.)

Die Mapam ist in den verschiedenen Regierungen Israels fast ständig mit einigen Ministern (meist zwei) vertreten gewesen. Die Mapam-Minister stimmten 1956 als einzige gegen den Sinai-Feldzug – unterstützten ihn aber, nachdem er begonnen hatte.

Noch klarer unterstützte die Mapam den Juni-„Blitzkrieg" 1967: „Der Staat Israel hat keinen Eroberungskrieg geführt. Der Sieg in diesem Krieg wurde uns aufgezwungen, er rettete unsere Existenz und vereitelte den Versuch unseres Feindes, Israel zu vernichten" (aus dem „Friedensprogramm" der Mapam!).

Der letzte Mapam-Kongreß hat eine Landkarte verabschiedet, nach welcher die seit 1967 besetzten Gebiete „unverzichtbar" bei Israel bleiben müßten: u.a. der Gaza-Streifen (Mapam fordert die Deportierung seiner palästinensischen Bewohner), Jerusalem und die syrischen Golan-Höhen. Nicht bei Israel bleiben sollte das von Arabern bewohnte Westjordan-Land, und zwar mit der bezeichnenden Begründung, daß Israel sonst „aufhören würde, ein jüdischer Staat zu sein" und „nicht mehr in der Lage wäre, seine Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, Ansporn der Weltjudenheit zu sein und deren nationales Problem zu lösen."

Eine Kommunistische Partei Palästinas besteht seit Anfang der 20er Jahre. Diese Partei nahm Juden ebenso wie Araber auf und bekämpfte entschieden den Zionismus. Seit 1948 nannte sie sich Israelische Kommunistische Partei (Maki).

In den 60er Jahren entwickelte sich die Maki rapide nach rechts, was sie auch durch eine „Unterstützung mit Vorbehalt" für die sozialimperialistische Regierung Ben Gurions (Mapai) zum Ausdruck brachte.

Bei den Wahlen zum 15. Parteitag der Maki 1965 traten die Widersprüche offen auf; die Rechten spalteten sich, und es fanden zwei getrennte Parteitage statt.

Bei der Spaltung der Maki waren etwa 35% der 3 000 Mitglieder Araber gewesen. Diese unterstützten nunmehr fast alle die sich unter dem Namen Rakach formierende linke Minderheit.

Die rechte Mehrheit führt den Namen Maki fort und hat sich noch unverhüllter zu einer sozialchauvinistischen Partei entwickelt; damit zugleich hat sie aber ihre frühere Wählerbasis – vor allem Araber – weitgehend verloren und schneidet bei den Wahlen weit schlechter ab als die Rakach.

Die Maki bejubelte z.B. den Juni-Krieg Israels 67 als „harten Schlag für den Imperialismus" (?) und Weg „zur Wirtschaftsentwicklung, zum Wohlstand und sozialen Fortschritt" (!!).

Die Rakach ist eine nicht-zionistische Partei, die weitgehend der revisionistischen General-Linie der KPdSU folgt. Sie tritt für den Abzug aus den besetzten Gebieten ein. Sie macht aber zur Voraussetzung, daß die Palästinenser und die arabischen Staaten „die Existenz Israels anerkennen." (Eine ähnliche Position wird z.B. auch vom KB Bremen vertreten.) Rakach sagt etwa:

„. . . *Die Anerkennung des Rechts der Israelis, in ihrem Staat in Sicherheit zu leben, würde eine wichtige Waffe der herrschenden Kreise Israels beseitigen, die es ihnen möglich macht, den israelischen Massen die agressive Expansionspolitik als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die Anerkennung des Rechts des israelischen Volkes auf seine staatliche Existenz wäre ein schwerer Schlag gegen die zionistische Theorie und ihren Einfluß auf die jüdischen Gemeinschaften* " (aus einem Artikel des Rakach-ZK-Mitglieds Emil Touma; nachgedruckt in der UZ).

Diese These verkennt die zionistische Politik der „vollendeten Tatsachen". Die Zionisten haben sogleich nach dem Juni-Krieg begonnen, besetzte Gebiete durch Massenaustreibungen und jüdische Neuansiedlung fest in den israelischen Staat einzugliedern. Das ist ebenso „Realität" wie der zionistische Staat selbst. Wer also den zionistischen Staat „anerkennen" will, der müßte konsequenterweise auch „anerkennen", daß in den besetzten Gebieten „Realitäten" bestehen.

Die Kommunistische Partei ist in der Knesset wie auch in der Histadrut stets bedeutungslos gewesen. Den höchsten Stimmenanteil erreichte die Maki in der dritten Knesset (1955-59) mit 4,5%. In der 1969 gewählten siebten Knesset haben Maki und Rakach zusammen vier Sitze, was knapp 3% der Stimmen entspricht. Davon hält drei Sitze die Rakach und einen die Maki.

Die Rakach wird in erster Linie von Arabern gewählt, und zwar wohl in der Regel nicht so sehr als kommunistische, sondern als die einzige nicht-zionistische Partei Israels. In der Kommunalpolitik in Gebieten mit hohem arabischen Bevölkerungsteil spielt die Rakach eine gewisse Rolle; so hält sie z.B. in Nazareth (Galiläa) 40% der Stimmen und ist stärkste Partei in dieser Stadt.

Als einzige nicht-zionistische Partei Israels ist die Rakach ständigen Repressionen ausgesetzt, und das gilt natürlich besonders für ihre arabischen Mitglieder. So wurden etwa vor den letzten Knesset-Wahlen (1969) mehrere hundert (!) Aktivisten der Rakach festgenommen. Im Zusammenhang mit der Affäre um einen sogenannten „Spionage-Ring" Ende 1972 (vgl. AK 28) wurden mehrere Rakach-Führer festgenommen, um die Partei ebenfalls in die Nähe von „Spionage und Landesverrat" zu rücken. Es ist zu erwarten, daß sich diese Kampagne der Reaktion bis zu den in diesem Jahr anstehenden Knesset-Wahlen noch steigern wird.

Es kennzeichnet die israelische Situation, daß jede nicht-zionistische Politik unmittelbar in die Nähe von „Verrat" gebracht wird. Mehr noch als für die Rakach gilt das für einige kleinere Gruppen und Organisationen, die mit dem Ziel des palästinensischen Widerstands – ein arabisch-jüdischer Staat – eng verbunden sind.

Die bekannteste derartige Organisation ist Matzpen, die sich 1962 von der Maki abspaltete. Wegen der Verbindungen der Matzpen zur „Neuen Linken" Westeuropas ist diese Gruppe auch bei uns einigermaßen bekannt geworden.

Ein Teil der Matzpen-Mitglieder kam jedoch zur Auffassung, daß diese Organisation ein Sammelsurium „neo-marxistischer", trotzkistischer, anarchistischer, pazifistischer u.a. Auffassungen geworden war und wegen ihrer Zusammensetzung nicht mehr als politische Avantgarde handlungsfähig sei. So entstanden verschiedene Absplitterungen von der Matzpen wie die „Revolutionäre Kommunistische Allianz" und die „Rote Front".

Gegen diese Gruppen richtet sich zur Zeit eine besonders intensive Repression. Viele Genossen dieser Gruppen sind verhaftet worden, einigen ist schon der Prozeß gemacht worden (in AK 28 ist uns ein Fehler unterlaufen: die Terrorurteile, die dort erwähnt werden, richten sich gegen Genossen der „Roten Front" und nicht gegen eine „Gruppe Rote Fahne", wie wir irrtümlich geschrieben hatten).

In der israelischen Arbeiterbewegung gibt es einige Anzeichen verschärfter Klassenkämpfe, nämlich die steigende Zahl von Streiks (meist ohne die Histadrut und oft unter Strafandrohung) und die Proteste der „orientalischen" Juden gegen ihre Diskriminierung. Diese Kämpfe nehmen aber noch keinen anti-zionistischen Charakter an. Daß unter den verurteilten Genossen der „Roten Front" auch zwei jüdische Israelis sind (der erste derartige Fall überhaupt!) hat zwar bei der zionistischen Führung Israels einige Aufmerksamkeit erregt und scharfe Gegenmaßnahmen hervorgerufen, aber den Zionisten gelingt es immer noch fast ungebrochen, jede jüdisch-arabische politische Zusammenarbeit als „Landesverrat" vor den jüdischen Massen Israels hinzustellen.

Obwohl die meisten palästinensischen Widerstandsorganisationen inzwischen die jüdischen Werktätigen Israels als notwendigen Verbündeten ihres Kampfes erkannt haben, scheint der Weg zu konkreten Formen eines derartigen Bündnisses noch immer weit. ■

Fortsetzung von: „Friedenskanzler" auf Geschäftsreise

biete, die doppelt so groß sind wie der israelische Staat. Sie unterstützten im September 1970 die blutigen Angriffe auf das palästinensische Volk in Jordanien und organisieren immer neue Terrorüberfälle.

Nach Darstellung Mosche Dajans und anderer Politiker kann Israel seine besetzten Gebiete gar nicht mehr zurückgeben, die gesamte Wirtschaft würde zusammenbrechen. Wahrhaftig, alle strategisch wichtigen Gebiete sind besiedelt worden, vor allem das fruchtbare Jordantal und die Golanhöhen an der Grenze Syriens. Hier wurden mit Chemikalien die Ernten der palästinensischen Bauern vernichtet, um diese zur Flucht zu zwingen und „unverrückbare Realitäten" zu schaffen.

Im Gazastreifen, dem Kern des Widerstandes in den besetzten Gebieten, wütet der zionistische Terror – die Häuser „aufsässiger" Palästinenser werden in die Luft gesprengt, viele Menschen werden täglich verhaftet, gefoltert und ermordet, um den Widerstand des Volkes zu brechen. Die Flüchtlingslager sollen aufgelöst und die palästinensische Bevölkerung soll in streng bewachte KZ-ähnliche Dörfer umgesiedelt werden.

Fünf Jahre hatten die Zionisten Zeit, um von den Golanhöhen bis hinunter zum Golf von Akaba das besetzte Gebiet fest in ihre Hand zu bekommen. Doch in Israel mehren sich die Stimmen, die bei der hohen Geburtenrate der arabischen Bevölkerung eine jüdische Minderheit befürchten. Das würde dem Gedanken des zionistischen Staates widersprechen.

Seit dem UN-Plan zur Teilung Palästinas von 1947 wurden bei jeder Expansion die Grenzen so festgelegt und die Bevölkerung vertrieben, daß die Juden immer eine knappe Mehrheit in ihrem Staatsgebiet hatten. Nach den neuesten Plänen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Allon soll das weiterhin garantiert werden.

Alle strategisch wichtigen Gebiete, der Gaza-Streifen, der östliche Rand der Sinai-Halbinsel bis hinunter nach Scharm el Scheich, die drei Inseln im Golf von Akaba, die Golanhöhen, das Jordantal und das Gebiet um Jerusalem werden dem israelischen Staat einverleibt. Die restlichen Teile sollen an Ägypten und Syrien zurückgegeben werden.

Mit der palästinensischen Bevölkerung hat Allon besonderes vor. Nach seinem Plan werden im arabischen Kerngebiet um Nablus und Hebron Reservate geschaffen, als Vorratslager für billige Arbeitskräfte. So sind auch die südafrikanischen Rassisten gegen große Teile der afrikanischen Bevölkerung vorgegangen. So könnte also eine „friedliche Lösung" aussehen (vgl. Karte).

Für ein freies Palästina

Aber auch der Rogersplan und der Vorschlag der Sowjetunion, die sich an der UNO-Resolution zum Rückzug aus den besetzten Gebieten orientieren, werden niemals die von den Imperialisten angestrebte Friedhofsruhe bringen. Der Imperialismus und Zionismus unterdrükken nicht nur die Interessen der arabischen Völker, sondern auch der Bevölkerung in Israel.

An der Front des gemeinsamen Kampfes gegen diese Unterdrückung stehen die Palästinenser. Das Taktieren der Großmächte und Israels über ihre Köpfe hinweg und die Billigung der „friedlichen Lösung" durch die meisten arabischen Staaten öffnen ihnen vollens die Augen über die imperialistischen Ziele und den Verrat der arabischen Regimes.

„Es ist uns allen durch unsere eigene Erfahrung und durch die Erfahrung anderer Völker klar geworden, daß nur auf einem Weg die Befreiung unseres Volkes von der imperialistisch-zionistisch-reaktionären Unterdrückung erreicht werden kann – durch einen langdauernden Volksbefreiungskrieg." (Erläuterung der PFLP)

Angesichts der Pläne der BRD-Imperialisten ist die Solidarität unsere besondere Aufgabe im gemeinsamen Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse und des palästinensischen Volkes. ■

Spontane Streiks der belgischen Hafenarbeiter



Foto APL

Belgischer Dockerstreik: Geballte Fäuste gegen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung

Über zwei Monate - von Anfang April bis Anfang Juni dauerte der Streik der belgischen Docker um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und ein dreizehntes Monatsgehalt. Bemerkenswert an diesem „wilden", also von der Gewerkschaftsführung nicht genehmigten, Streik war die Militanz, mit der er durchgeführt wurde und die breite Solidarität der belgischen Bevölkerung mit den streikenden Arbeitern. Hier in der BRD wurde der Streik der belgischen Kollegen von der bürgerlichen Presse einhellig totgeschwiegen.

Ausgegangen war der Streik von der belgischen Hafenstadt Gent. Am 6.4. beschlossen die Genter Hafenarbeiter den unbefristeten Streik, und zwar entgegen dem Vorschlag der Gewerkschaftsführung und der revisionistischen KP Belgiens, die nur einen 1-tägigen Warnstreik vorschlugen. Am 9.4. schlossen sich die Docker Antwerpens an. (In Gent arbeiten 1.000, in Antwerpen 12.000 Dokker.) Die Docker forderten:

- Lohnerhöhung von 100 frs pro Schicht für alle (entspricht etwa DM 7,–),
- ein dreizehntes Monatsgehalt für alle, das 22 Arbeitstagen entspricht,
- Erhöhung der Gangstärken (Mannschaften), denn die Tatsache, daß bisher immer zu wenig Kollegen auf einen Gang eingeteilt wurden, hatte zu Arbeitsunfällen und Überstunden geführt.

Die Gewerkschaftsführung erklärte den Streik der Docker für „illegal". Sie hatte kurz vorher eine Vereinbarung mit den Hafenunternehmern unterzeichnet, das die Arbeiter für eine geringe Lohnerhöhung verpflichtet, für zwei Jahre keinen Streik durchzuführen. Nachdem die Docker sich damit nicht einverstanden erklärten und die Sache selbst in die Hand nahmen, weigerte sich die Gewerkschaftsführung, Streikgelder zu zahlen und verschickte an jeden Streikenden einen Brief, in dem stand: „Wählt jetzt - entweder die Abenteuer von Agitatoren ohne Lösung oder Eure wohlverstandenen Interessen, die von Eurer Gewerkschaft verteidigt werden!"

Am 13.4. erließ der sozialdemokratische Bürgermeister Antwerpens Verordnungen, die den Streik abwürgen sollten:

- er untersagte die Ansammlung von mehr als 5 Personen im Gebiet um den Hafen.
- Der Zugang zum Hafen wurde durch Polizeiketten gesperrt, Militär wurde zum Laden und Löschen der Schiffe eingesetzt.

In den folgenden Tagen kam es zu Massendemonstrationen der Docker und der sympathisierenden Bevölkerung durch Antwerpen, die den Zugang zum Hafen und die Erfüllung der Docker-Forderungen verlangen. Wenn die Polizei in die Demonstranten hineinprügelte, wußten sich die Docker zu helfen und prügelten zurück. Die Fensterscheiben der Büros des Gewerkschaftsbundes wurden von wütenden Arbeitern eingeworfen.

Am 1. Mai bildeten die streikenden Docker am Ende des von den Sozialdemokraten organisierten Umzuges einen 2.000 Mann starken Extra-Block und protestierten gegen die Unterdrückung ihres Kampfes.

Am 5.5. versuchten die Unternehmer die Docker durch ein Bestechungsangebot zu spalten. Sie boten den Genter Dockern eine Prämie von rund DM 210,-, eine Jahresprämie von rund DM 420,- und etwa DM 6,- mehr pro Schicht. Die 12.000 Hafenarbeiter von Antwerpen dagegen sollten leer ausgehen.

Die Genter Hafenarbeiter lehnten in ihrer Vollversammlung dieses Bestechungsgeld ab. Einer von ihnen sagte: „Wenn die glauben, sie könnten uns wie die Kinder mit einem Zuckerchen fangen, dann täuschen sie sich. Wir wollen kein Judasgeld des Verrats, sondern Streikgeld, der Kampf geht weiter!"

Aus vielen Teilen des Landes kamen Solidaritätsschreiben und finanzielle Hilfe für die Docker, die zu diesem Zeitpunkt bereits seit über einem Monat ohne Lohn oder Streikgeld ihren Kampf entschlossen weiterführten. Am 9.5. schlug die Polizei brutal eine Demonstration von 50 Dockerfrauen und Kindern, die vorm Gewerkschaftshaus Streikgeld forderten, zusammen. 2 Docker und 2 Frauen mußten schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Am 14.5. demonstrierten wieder 2.500 Docker durch Antwerpen. Die Polizei versuchte, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Es fielen Schüsse, ein Zivilpolizist hatte auf die Menge geschossen - wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt.

Die Hafenarbeiter demolierten das Auto des Zivilbullen völlig und griffen die Autos der Polizisten an. Diese legten sich flach auf den Boden ihrer Wagen und wurden aus dieser Lage erst durch den Einsatz von Wasserwerfern befreit. Die Polizei zog nun ihre Pistolen, in der anderen Hand die Schlagstöcke. Einer von ihnen schoß. Glücklicherweise in die Luft. Zeugen sagten, daß der Polizist neben ihm, dem Schützen im letzten Moment den Arm hochgerissen habe.

Nachdem die Demonstranten auseinandergegangen waren, verhaftete die Polizei einzelne Kollegen, die vereinzelt noch auf der Straße waren. Außerdem wurden ein Streikführer und mehrere Mitglieder der ML- Organisation AMADA (Alle Macht an die Arbeiter) verhaftet. Empört durch diese Polizeibrutalität wuchs die Solidarität breiter Teile der belgischen Bevölkerung:

- Eine Gruppe von Antwerpener Kleinhändler stiftete Waren und verteilte sie an die Docker-Familien.
- Schüler wollten am 15.5. eine Solidaritätskundgebung veranstalten. Die Polizei trieb sie auseinander.
- Auf einer Solidaritätsveranstaltung der Studenten in Brüssel wurden rund DM 3.000,- Unterstützungsgelder für die Dokker gesammelt.
- Die Werftmechaniker aus Antwerpen sammelten DM 7.000,- auf den Werften.
- Die Bergarbeiter von Winterslag legten am 17. Mai für einen Tag die Arbeit nieder, um ihre Solidarität zu zeigen.
- Die Gewerkschaft des belgischen Radio- und Fernsehen-Personals erklärte sich solidarisch mit den Dockern.

Eine Delegation belgischer Dokker fuhr nach Rotterdam (Niederlande), wo ebenfalls Geld gesammelt wurde und eine Demonstration zum belgischen Konsulat organisiert wurde.

Trotz der Breite und Militanz des belgischen Dockerstreiks mußten die Kollegen eine Niederlage einstecken: Bei einer Vollversammlung in Antwerpen Anfang Juni stimmten 52 % der Docker für Weiterführung des Streiks, 48 % jedoch dagegen. Ihre Forderungen sind nicht erfüllt worden, aber sie mußten den Streik abbrechen, denn sie waren durch die Weigerung der Gewerkschaftsführung, Streikgelder zu zahlen, quasi ausgehungert worden.

Dieser Bericht kann nicht eine Analyse dieses Streiks - der wohl zu den größten Hafenarbeiterstreiks in Westeuropa in den letzten Jahrzehnten gehört - ersetzen. Aufgrund der mangelhaften Informationen, nicht zuletzt verursacht durch den totalen Informationsstop in der bürgerlichen Presse, ist es uns allerdings nicht möglich, diese Analyse jetzt schon vorzulegen. ■

Persien:

Todesurteile im Iran

Der Terror gegen alle Gegner des Regimes im Iran hält an. Kaum zwei Wochen nach der Hinrichtung von acht Oppositionellen sprach das Militärgericht von Teheran Mitte Juni erneut sechs Todesurteile aus und verurteilte eine mitangeklagte Frau zu zehn Jahren Gefängnis.

Die sechs Genossen wurden vom Gericht als „marxistisch-leninistische Guerillas" bezeichnet und sollen der Befreiungsfront des Iran angehören.

Wie im Iran üblich verlief auch dieser Prozeß unter weitgehender Geheimhaltung und ohne wirkliche Möglichkeit einer Verteidigung für die Angeklagten.

Nach Angaben des Regimes selbst sind in den letzten zwei Jahren wenigstens 120 Oppositionelle hingerichtet worden; hierzu kommt die weit höhere „Dunkelziffer" der in der Haft zu Tode Gefolterten, der bei ihrer Festnahme einfach Niedergeschossenen, der „Verschwundenen".

Diese Zahlen zeigen außer der Brutalität des Regimes auch das Ausmaß der Opposition und des Kampfes. ■

Redaktionelle Anmerkung

Diese Ausgabe des AK hat einen Umfang von 32 Seiten und kommt damit gefährlich in die Nähe der Liquiditäts-Grenze, wo sich die Zeitung über den Verkaufspreis noch selbst finanziert. Trotz des größeren Umfangs der Zeitung, mußten wir wiederum eine Reihe von Artikeln aus Platzgründen auf die nächste Ausgabe des AK verschieben, obwohl diese z.T. schon intern oder öffentlich für dieses Mal angekündigt waren. Es handelt sich hierbei u.a. um eine ausführliche Analyse der Auseinandersetzung bei Springer (Druck), um den 4. Teil der EWG-Serie, den 1. Teil der Artikel-Serie zur westdeutschen Bergarbeiter-Krise und Energie-Politik der westdeutschen Kapitalisten, einen längeren Artikel zum BRD-Militarismus, einen ausführlichen Bericht über den Stand der Klassenkämpfe in England etc. Weitere Artikel, vor allem „Betriebskorrespondenzen" mußten aus demselben Grund gänzlich gestrichen werden.

Andererseits erscheinen in dieser Ausgabe Artikel, die schon für AK 28 und 29 vorlagen, aber ebenfalls verschoben werden mußten. Darunter leidet zweifellos Aktualität und Kontinuität unserer Presse- und Propaganda-Arbeit. Allerdings ist diese Entwicklung unserer Zeitung auch Ausdruck für die verstärkten Anstrengungen unserer Organisation auf diesem Gebiet.

In Reaktion auf diese Entwicklung und aus grundsätzlichen Überlegungen heraus, werden Redaktion und Leitung in nächster Zeit die Frage eines häufigeren Erscheinens unserer Zeitung diskutieren (alle 14 Tage?). Zu diesem Thema interessiert uns auch besonders die Meinung unserer Leser. Wir würden uns freuen, zu diesem Thema in nächster Zeit Zuschriften zu erhalten, die durchaus auch Stellung zu unserer bisherigen Presse-Arbeit nehmen sollten. ■

Redaktion des AK

Frankreich: Haben sich die Reformisten geändert?

Die französischen Reformisten der PCF (Französische Kommunistische Partei) und der CGT (Gewerkschaft, die mit der PCF eng verbunden ist) tragen einen großen Teil an Verantwortung dafür, daß die französische Arbeiterbewegung trotz ihrer relativ breiten Entfaltung immer wieder Mißerfolge und Niederlagen erleidet. Ihre Strategie läuft auf einen „friedlichen Übergang" zum Sozialismus, auf die „Vermeidung der Konfrontation" mit der Staatsgewalt – also letztlich auf parlamentarische Illusionen hinaus. Obwohl die Unsinnigkeit dieses Weges selbst für eine reformistische Politik (geschweige denn für eine revolutionäre!) bei den letzten Parlamentswahlen erneut deutlich geworden ist, versuchen die französischen Reformisten weiterhin, der wachsenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und der Jugend die Fahne ihres mit den Sozialdemokraten ausgehandelten „programme commun" entgegenzuhalten (eine etwas ausführlichere Auseinandersetzung mit diesem programme commun haben wir bereits im AK 26, März 73, geführt). Nach ihrer Wahlniederlage haben die Reformisten die Parole der „Volkseinheit" ausgegeben, wohinter sich nur eine Vertröstung auf die nächsten Wahlen im Jahr 1976 verbirgt.

Die reformistische Strategie zeigt sich in den praktischen Kämpfen der Arbeiterklasse, auch in „kleinen" Fragen, immer wieder als abwieglerisch. Die Haltung von PCF und CGT gegenüber den jüngsten Streiks der französischen Arbeiter und gegenüber der Massenbewegung der Schüler und Studenten (siehe dazu AK 28 und 29) macht dies ein weiteres Mal deutlich.

Der folgende Artikel zu diesem Problem gründet sich auf einen Artikel der französischen Organisation „Révolution!", der in der Ausgabe 29 ihrer Zeitung veröffentlicht wurde (5. Mai 1973). Wir haben diesen Artikel übersetzt und an einigen Stellen gekürzt. Außerdem haben wir einige Stellen durch Ergänzung und sinngemäße Umformulierung etwas geändert, damit er für den deutschen Leser verständlicher ist.

SCHWIERIGE TAGE NACH DEN WAHLEN

Nach ihrer Wahlniederlage vom 11. März ging es den Reformisten darum, ihr „programme commun" in „neuer" Weise an den Mann zu bringen: Einerseits schlug die CGT dem Premierminister Messmer vor, Verhandlungen auf der Basis des in Provins verabschiedeten Programms der gaullistischen Regierungspartei UDR zu führen, das demagogisch einige Reformen im Sinne der seit langem von der CGT erhobenen Forderungen verspricht. Andererseits bereitete sich die CGT ohne Übereilung darauf vor, nationale Aktionstage mit breiter Mobilisierung des „Volksbündnisses" zu veranstalten, wie dies gleich nach den Wahlen bereits am 21. März in der Metallindustrie geschah. Dabei wollte die CGT diese Aktionstage offenbar auch „härter" und „linker" als üblich organisieren, da sie die gestiegene Kampfbereitschaft der Arbeiter sieht.

Doch die tatsächliche Entwicklung der Klassenkämpfe ließ diese vorprogrammierten Träume für die Tage nach den Wahlen rasch zusammenbrechen: nur wenige Tage nach dem 11. März ging die Jugend auf die Straße – und die Jugendorganisationen der PCF (UNCAL und UNEF) wurden abseits gelassen. In Billancourt traten die Karosseriepresser von Renault in den Streik. Der Gedanke eines „heißen Frühlings" kam auf die Tagesordnung, ausgedrückt in zahlreichen Kämpfen der Arbeiter und der Jugend. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die lange Zeit durch die Schlinge der Parlamentswahlen gefesselt war, wartete nicht mehr auf das Signal der Reformisten, um auszubrechen (der CGT-Vorsitzende Seguy hatte noch erklärt, daß vor den Osterferien nichts mehr passieren sollte . . .).

Die Reformisten versuchten zunächst, die Jugendbewegung aufzuhalten, indem sie zur Wiederaufnahme des Unterrichts und der Lehrveranstaltungen aufriefen. Ebenso versuchten sie den Streik der O.S. (angelernte Arbeiter) seit den ersten Verhandlungen mit Renault-Generaldirektor Dreyfus durch Aufrufe zur Wiederaufnahme der Arbeit abzubrechen (siehe dazu unseren Artikel im letzten ARBEITERKAMPF, Nr. 28, wo von einem Bericht in der „L'Humanité" die Rede ist, der noch vor der Abstimmung der Streikenden das „Ende" des Streiks erklärte).

Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiter der Abteilung 12 (Karosseriepresse) von Renault ihren Streik ungebrochen fortsetzten, und daß die Bewegung der Jugend sich weigerte, den Manövern der UNEF und der UNCAL zu folgen, änderten die Reformisten ihre Taktik: von nun an kam es für sie darauf an, „in der Bewegung zu sein", was bisweilen einschloß, sie „zu entwickeln". Aber das Ergebnis dieser Kämpfe sollte die „Volkseinheit" bleiben, die unveränderte Strategie des Drucks auf das Parlament. In diesem Sinne schlossen sich die Reformisten zwar der Bewegung an, wiesen aber jegliche Konfrontation mit der Staatsgewalt zurück.

IN DER BEWEGUNG SEIN . . .

So unterließ die CGT es nicht nur fortan, offen gegen die ihr unliebsamen Kämpfe bei Renault-Billancourt, Peugeot, Saviem usw. aufzutreten, sondern sie richtete sich sogar in gewisser Weise nach der Kampfbereitschaft der Arbeiter: die Zähigkeit und die Kraft des Streiks der Karosseriepresser von Renault drängte der CGT die Unterstützung eines Kampfes auf, der wesentlich von Revolutionären beeinflußt war. Ja, sie ordnete sich sogar den Forderungen der Arbeiter unter, die ihren eigenen Kampf auch in ihren eigenen Händen halten wollten: die von den Streikenden gewählten Delegierten begleiteten die Gewerkschaftssekretäre der CGT zu den Verhandlungen mit der Direktion, und den Generalversammlungen der Arbeiter oblag die Beschlußfassung darüber, ob der Kampf weitergeführt werden soll oder nicht. Bei Peugeot wurde der Streik außerhalb der Gewerkschaft beschlossen, aber diese schloß sich dem Beschluß an und rief lokal zur aktiven Solidarität gegen die kapitalistische Miliz auf, die die Streikenden im Auftrag der Direktion aus den Fabrikhallen rausschmeißen sollte.

. . . ABER DIE KONFRONTATION VERMEIDEN

Wenn die CGT sich selbst auch auf die Kampfbereitschaft der Arbeiter aufbaute und in verschiedenen lokalen Streiks eine „harte" Haltung einnahm, so weigerte sie sich andererseits doch, den Kämpfen das Problem der Konfrontation mit der Staatsgewalt gegenüberzustellen. Sie weigerte sich, eine nationale Vereinheitlichung der Kämpfe herzustellen und somit eine Kampffront der gesamten Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie aufzubauen.

Es ist heutzutage so, daß die Kapitalisten und die Staatsgewalt mit größter Einigkeit gegen die Arbeiterklasse kämpfen. Die Bourgeoisie schlägt sich national, um der Revolte der Bevölkerung das Maul zu stopfen: Wenn Dreyfus (Renault-Boß) sich weigerte, dem zweiten Streik bei Renault-Billancourt nachzugeben, wenn er stattdessen in Flins und in Sandouville (Zweigwerke von Renault) aussperrte, dann schlug er sich für die Gesamtheit der Kapitalistenklasse. Unter ökonomischen Gesichtspunkten hätte die Verwaltung „zahlen können"; und ein schnelles Nachgeben gegenüber den Forderungen der Streikenden hätte Dreyfus ohne Zweifel weniger gekostet als die verlängerte Aussperrung in seinen Fabriken.

Aber ein Nachgeben bei Renault, das wäre ein neuer Funke auf dem Pulverfaß gewesen . . .

Gegenüber einer unversöhnlichen Bourgeoisie, die sich in nationalem Rahmen schlug, widersetzte sich die CGT jeglicher nationalen und größtenteils auch lokalen Ausweitung der Kämpfe, der einzigen möglichen Antwort an die Kapitalisten. Das hätte in der Tat bedeutet, nun die Kraftprobe gegen die Staatsmacht zu beginnen, wogegen sich die Reformisten sträuben.

Als sich die Bewegung der Jugend entwickelte und die O.S. der Karosseriepresse ihren Streik fortsetzten, da hüteten die Reformisten sich sehr vor einer tatsächlichen Vereinheitlichung der Kämpfe. Am 9. April riefen die Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Bewegung der Jugend zur Demonstration auf. Aber in ihrem Demonstrationsaufruf gab es kein Wort zur Solidarität mit den streikenden Arbeitern in Billancourt.

Als die zweiten Streiks von Renault in Flins und Billancourt ausbrachen, als die Kämpfe bei Peugeot, Saviem usw. sich verschärften, da gaben die Reformisten sich damit zufrieden, sich lokal zu schlagen – bisweilen mit „harter" Miene, aber wieder ohne das Problem der Zusammenfassung dieser Kämpfe zu stellen, um die Konfrontation mit der Staatsgewalt zu vermeiden.

Die einzige „Vereinheitlichung" ist für die Reformisten, diese Kämpfe unter den Hut der „Volkseinheit" zu zwängen; jede Bewegung darf zu einem Bestandteil davon werden. Ihre Vereinheitlichung, das ist das Parlament, wo der PCF-Generalsekretär Marchais sich „im Namen der Jugend und der O.S." an den Premierminister wandte . . ., wo er die Willkür der Staatsgewalt z.B. bei Renault und bei Peugot anklagte; das sind ferner die Erklärungen der PCF und der CGT über die Nützlichkeit des „programme commun", das angeblich die Wünsche der Bevölkerung erfüllt. Das ist außerdem die „Ausweitung und Koordination der Kämpfe" in Form von Demonstrationen wie am 1. Mai oder an ‚Aktionstagen' (wie am 4. Mai in der Metallindustrie), wo es darum geht, die „Volkseinheit" oder eine ihrer tragenden Kräfte auf der Straße zu dokumentieren, indem man sich auf die Kampfbereitschaft der Arbeiter stützt.

Das beinhaltet aber nur ein Minimum an Solidarität mit den gegenwärtigen Kämpfen, zu denen die Reformisten oft nur wenig an Organisation beitragen: zur Zeit der Streiks in der Karosseriepresse von Renault war es erst der Tag der Wiederaufnahme der Arbeit, als die PCF der Hauts-de-Seine (eine Region oberhalb von Paris) ein Solidaritätsflugblatt in einigen anderen Betrieben verteilte. Und nur wenige Solidaritätssammlungen wurden organisiert. Den 25. April erklärte die CGT der Hauts-de-Seine in ihrem Departement zum „Tag der Aktion und der Solidarität" mit Billancourt. Das ist eine Initiative, mit der man nur einverstanden sein kann – die aber die CGT selbst wieder dadurch zunichte machte, daß sie nichts organisierte, mit Ausnahme einer Unterschriftensammlung in einigen Betrieben.

Zur Zeit des ersten Streiks bei Renault und der Entwicklung der Jugendbewegung versuchte die Staatsgewalt die Kämpfe der Arbeiter von der Bewegung der Jugend abzuschneiden: Erziehungsminister Fontanet zeigte Entschlossenheit gegen die „Jugendlichen", und Pompidou erging sich in demagogischen Versprechungen über die Lage der O.S. Die Zähigkeit und die Streikorganisation der Karosseriepresser war vorbildlich. Die Regierung lavierte in Billancourt und widersetzte sich einer frontalen Kraftprobe. Die CGT spielte das Spiel mit und widersetzte sich jeder Ausweitung des Streiks über Renault hinaus, da dies den Beginn der Kraftprobe mit der Staatsgewalt bedeutet hätte, was die Bourgeoisie zu diesem Zeitpunkt noch nicht wollte. Angesichts der Aussperrung wurde von der CGT nichts organisiert, außer einigen Versammlungen und einem „machtvollen" Ausstand von zwei Stunden an einem Freitag (4. Mai).

Und dann bereitete die Bourgeoisie eine Kraftprobe in ihrem Sinne vor, als sie beispielsweise in den anderen Werken von Renault aussperrte und teilweise die Fabriken ganz schloß – und die CGT verweigerte sich weiter der Konfrontation. Eine solche Haltung erlaubt den Arbeitern nicht, die Angriffe der Kapitalisten zu parieren und selbst nachzustoßen, sondern zwingt sie im Gegenteil jedes Mal zum Rückzug, wenn die Bourgeoisie vorrückt und sich starrsinniger zeigt.

Weit entfernt, den Streik auf eine höhere Ebene zu heben, stützte die CGT sich auf die Schwächen der Bewegung, um jegliche Konfrontation zu vermeiden, desorganisierte schließlich den Kampf und entwaffnete so die Arbeiter.

Schließlich entfesselte die Kapitalistenklasse bei Renault die Kraftprobe, indem sie in Flins und in Sandouville aussperrte und danach bestimmte Abteilungen in Billancourt. Indem zuerst in Flins ausgesperrt wurde, nutzte Dreyfus die dort schwächere Streikorganisation aus. Ein unvermeidlich drohender Gegenstoß der Arbeiter, falls die Geschäftsleitung ihre Angriffe zunächst in Billancourt forciert hätte, sollte dadurch verhindert werden. Gegenüber diesem Vorgehen wäre die Besetzung von Flins die einzig richtige Antwort der Arbeiter gewesen, wie es sowohl von der Gewerkschaft CFDT als auch von revolutionären Gruppen vorgeschlagen wurde.

Die CGT widersetzte sich dem: sie kämpfte gegen eine Besetzung von Flins mit dem Argument, daß die schwache Streikorganisation (wer ist denn dafür verantwortlich?!) dies nicht erlauben würde. In Billancourt ließ die CGT mit der gleichen Logik den Streik verfaulen: sie widersetzte sich jeder Initiative, die den Arbeitern erlaubt hätte, das Werk zu halten, und leitete die Arbeiter vom Ministerium zur Bürgermeisterei von Boulogne . . . ohne etwas im Betrieb zu organisieren; sie widersetzte sich darüberhinaus der Ausdehnung des Kampfes auf das ganze Werk, was der Direktion die Hände freiließ, um bestimmte Abteilungen auch dort auszusperren.

Auf diese Weise der Konfrontation und der Betriebsbesetzung aus dem Weg zu gehen, das heißt, die Arbeiter zu entwaffnen und ihren Kampf zu brechen. Das Ergebnis ließ auch nicht auf sich warten: die CGT befand sich schließlich auf einem ihr bekannten Terrain, wo sie freie Hand (von den Arbeitern!) hat, auf dem Terrain der Verhandlungen mit dem kapitalistischen Staat. Marchais, Generalsekretär der PCF, konnte schließlich einen öffentlichen Brief an den Premierminister schreiben, in welchem er ihn aufforderte, den Konflikt zu schiedsrichtern. Die Gewerkschaftssekretäre können Premierminister Messmer besuchen, und schließlich endet alles mit dem, was die CGT am meisten vorzieht, nämlich „kalten" Verhandlungen zwischen „kompetenten Verhandlungspartnern", nachdem in Flins und in Sandouville die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Und nicht einmal die 26 Entlassungen werden die Gewerkschaftssekretäre mehr stoppen.

Und nachdem der Streik bei Renault liquidiert ist, bereiten die Reformisten sich darauf vor, zu ihrer gewohnten Taktik zurückzukehren: Aktionstage im Sinne der „Volkseinheit".

Trotz gewisser, mehr auf „links" getrimmter Erscheinungen hat sich die Politik der Reformisten tatsächlich also nicht geändert: nachdem sie die Arbeiter in die Sackgasse der Wahlen getrieben haben, gehensie auf dem gleichen Weg weiter, indem sie die Kämpfe der Arbeiter in die Sackgasse der „Volkseinheit" lenken. Gegenüber einer kampfentschlossenen Bourgeoisie endet eine solche Haltung in der Sabotage der Arbeiterkämpfe und in einer Entwaffnung der Arbeiter. ■

SPANIEN: In Pamplona Streik von 50.000 Arbeitern gegen Franco–Faschismus

Mit einem Volksaufstand antwortete eine ganze Arbeiterstadt auf die neu gebildete ultrarechte Regierung von Carrero Blanco und auf die weitere Verschärfung der faschistischen Diktatur in Spanien.

In dem wichtigen Industriezentrum der Region Navarra, Pamplona, streikten am 15. Juni 50.000 Arbeiter. Alle Betriebe dieses neuindustrialisierten Gebietes, dessen junge und kampfbereite Arbeiterklasse eine solide Erfahrung an illegalen Kämpfen besitzt, wurden von dem Streik lahmgelegt.

Am Nachmittag gingen die Arbeiter auf die Straße und demonstrierten gegen den Franco-Faschismus. Es kam zu stundenlangen Zusammenstößen mit der Polizei. Auch am folgenden Tag blieben die Arbeiter massenhaft ihrer Arbeit fern und neue Demonstrationen und Zusammenstöße lähmten die Stadtmitte.

Tausende von Arbeitern verteidigten sich voll Wut gegen die Angriffe der Polizei, die neue englische, schon in Irland bewährte Gewehre benutzte. Sie schoß auf die Demonstranten, von denen ungefähr vierzig teilweise schwer verletzt wurden. Im Laufe der Straßenschlachten und noch in der Nacht wurden Hunderte von Demonstranten festgenommen. Am folgenden Tag war die Stadt in Belagerungszustand: Tausende von Polizisten waren aus verschiedenen Ortschaften des Baskenlandes nach Pamplona befohlen worden; besondere Abteilungen der Wehrmacht besetzten den Bahnhof und die öffentlichen Gebäude.

Dieser Streik hatte schon am 14. Juni als Solidaritätsstreik angefangen, nachdem 200 Arbeiter von „Motor Iberica" wegen vorheriger Kämpfe entlassen worden waren. Am Abend des 14. Juni hielt der neue Regierungsvorsitzende Carrero Blanco eine Fernsehrede: damit kündigte der Vertreter des ultrarechten Flügels der spanischen faschistischen Partei und wahrscheinlicher Nachfolger Francos seine feste Absicht an, „mit allen Mitteln" die öffentliche Ruhe zu gewähren, d.h. mit äußerster Härte jede Arbeiterforderung zu unterdrücken.

Die Rede brachte die Wut der Arbeiter und der übrigen Bevölkerung zur Explosion, und der Streik dehnte sich schnell auf den ganzen Industriegürtel um Pamplona aus, das ein „persönlicher Feudalbesitz" von Carrero Blanco ist. Auch die Transportarbeiter beteiligten sich massenhaft an dem Streik; die ganze Bevölkerung solidarisierte sich mit den Streikenden und mit den Demonstranten. ■

Griechenland: Monarchie kontra Faschismus?

Der griechische Exil-König Konstantin hat sich für die Beseitigung des Militär-Regimes ausgesprochen. Das Kriegsrecht müsse vollständig aufgehoben werden, eine allgemeine Amnestie für die politischen Gefangenen müsse durchgeführt werden, die Pressefreiheit müsse wieder hergestellt werden.

Nun kann freilich niemand vergessen, daß die Monarchie zunächst der Komplize des Obristen-Putsches war und daß es schon v o r dem Putsch zahlreiche politische Gefangene in Griechenland gab, daß die Organisations- und Pressefreiheit eingeschränkt waren usw.

Der demokratische griechische Widerstand hat dennoch zum Teil auf diese Erklärung durchaus positiv reagiert. So erklärten z.B. die Revisionisten, das Hauptziel sei gegenwärtig der Sturz des Militär-Regimes, und deshalb sei ein „breites Bündnis von den Kommunisten bis zu den Monarchisten" erforderlich und möglich.- Andererseits erklärten linksbürgerliche Kräfte (wie etwa die Gruppierung um Andreas Papandreou), die Monarchie habe stets „den Interessen der wirtschaftlichen Oligarchien des In- und Auslands gedient", sie sei tot, und ihre Wiederherstellung sei ausgeschlossen.

Der Erklärung Konstantins war eine Meuterei von einigen Einheiten der griechischen Flotte und die Absetzung Konstantins durch die Obristen vorausgegangen. Dieser Akt bedeutete zugleich für Konstantin den Verlust eines bescheidenen Gehalts von ca. 1,5 Mio. Mark jährlich, das er bisher noch aus Athen bezogen hatte.

Die Flotten-Meuterei hat erneut gezeigt, daß es Widerstand gegen das Obristen-Regime auch bei Teilen des Militärs gibt. Dieser Faktor wird von den meisten Organisationen des griechischen Widerstands positiv eingeschätzt.

Zugleich ist festzustellen, daß sich die Aktionen und Ziele dieser militärischen Kreise der Wiederherstellung der Monarchie unterordnen. Als Mittel dazu werden putschistische Abenteuer ohne Berücksichtigung des Kräfteverhältnisses und ohne Beteiligung der Massen angesehen. Nach Ansicht dieser Kräfte muß das Militär die Beseitigung des Obristen-Regimes „unter sich abmachen", weil bei einer Beteiligung der M a s s e n der Kampf möglicherweise nicht bei der Wiederherstellung der Monarchie stehenbleiben würde. Außerdem stellen diese militärischen Kreise – wenigstens vorläufig – innerhalb der griechischen Armee offenbar nur eine äußerst schwache Tendenz dar. Sie sind also in jeder Hinsicht ein sehr zweifelhafter Partner für den demokratischen Widerstand.

Unter den Imperialisten der USA und Westeuropas zeichnen sich zwei unterschiedliche Tendenzen ab. Einerseits unterstützen führende Nato-Kreise offen die Politik der Obristen auch in dieser Phase. Das kommt z.B. zum Ausdruck in der zynischen Erklärung des Nato-Chefs Luns, ihm sei von der Folterung griechischer Offiziere (die der Beteiligung an der Meuterei verdächtig sind) nichts bekannt. Auch die sofortige Ansetzung eines Nato-Manövers in Südgriechenland noch für Juni gehört in diese Linie.

Andererseits gibt es jedoch innerhalb der EWG – wie auch der USA – Kräfte, die die Verhältnisse in Griechenland für äußerst unstabil halten. Diese Kräfte wollen einer revolutionären Entwicklung in Griechenland durch eine „Revolution von oben" zuvorkommen. Diese Kräfte begünstigen also Pläne zur Wiederherstellung der Monarchie oder auch das Programm des Reaktionärs Karamanlis, eines führenden bürgerlichen Politikers in der Phase der Faschisierung vor dem Putsch der Obristen.

Figuren wie Konstantin oder auch Karamanlis – die Vorreiter der Faschisierung und die Komplizen des Putsches – sollen sich an die Spitze des Widerstandes setzen, wobei sie vielleicht noch darauf verweisen können, daß sie in der Armee und bürgerlichen Kreisen eine gewisse Basis haben.

Dieses reaktionäre Manöver trifft den demokratischen griechischen Widerstand in einer Situation, wo er selbst keine alternative politische Plattform, keine einheitliche Strategie und Taktik vorzuweisen hat. Außerdem ist es dem Regime sehr weitgehend gelungen, die Arbeiterbewegung zu lähmen und zu unterdrücken. Die Kämpfe der griechischen Studenten in diesem Jahr waren überhaupt erst wieder der erste Ansatz einer Massenbewegung – sie entsprechen nicht einer breiten Mobilisierung des griechischen Volks. ■

Das folgende Interview ist ein Auszug aus der italienischen Zeitschrift "l'Europeo" vom 14. Juni 73 mit Fletcher Prouty, der mehr als zehn Jahre für den Kontakt zwischen Militärs und CIA verantwortlich war.

P.: . . . seit Jahren, schon lange vor dem Aufstieg der Generäle, hat sich die CIA intensiv der Modernisierung des griechischen Heeres gewidmet und darauf geachtet, daß nach Griechenland die modernsten und wirksamsten Waffen gelangten, daß die Männer entsprechend ausgebildet und indoktriniert wurden. Das griechische Heer ist stets eine bevorzugte Kreatur der CIA gewesen.

"l'Europeo": Wollen Sie sagen, daß die griechischen Ereignisse durch den Einfluß der Männer der CIA zustande gekommen sind?

P.: Daran gibt es keinen Zweifel. Alle, die mit den Geheimnissen des State Department vertraut sind, kennen die entscheidende Rolle, die die CIA beim Ausgang des Staatsstreichs der Generäle gespielt hat. Das ist für niemanden ein Geheimnis.

"l'Europeo": Und die Ereignisse dieser Tage? Die Absetzung König Konstantins und die Proklamation der Republik?

P.: Das reiht sich in dieselbe Linie ein. Glauben Sie nicht, was Sie in den Zeitungen lesen; es handelte sich nicht um eine improvisierte Reaktion auf die Verschwörung der Admiräle. Dieses Projekt wurde schon seit längerem geprüft, die CIA begünstigte es. Sicher wäre der Schlag schon früher durchgeführt worden, wenn nicht eine Schwierigkeit bestanden hätte: die Engländer waren nicht für eine derartige Lösung, sie wollten die Monarchie aufrechterhalten. Jedenfalls hat die Verschwörung der Admiräle dazu gedient, die Situation voranzutreiben und hat es erlaubt, den britischen Widerstand zu überwinden.

Bericht eines französischen Schülers über Polizeiwillkür

'Ich werde euch lehren zu demonstrieren'

In der Mai-Ausgabe des ARBEITERKAMPF berichteten wir von der gegenwärtigen Massenbewegung der französischen Schüler und Studenten, die sich vor allem an einem neuen Gesetz zur Wehrpflicht entzündete (dem sogenannten Debré-Gesetz). Diese Bewegung sieht sich einer zunehmenden polizeistaatlichen Repression gegenüber. Ein Genosse schickte uns nun die Übersetzung einer Zeugenaussage eines französischen Schülers, der gemeinsam mit einigen anderen Schülern und seiner Lehrerin nach einer Demonstration am 9. April auf einem Polizeikommissariat verprügelt wurde. Was sich dort auf dem Polizeirevier abspielte, und was der Schüler in seiner Zeugenaussage recht detailliert wiedergibt, ist absolut kein Einzelfall. Die französische Polizei ist für ihr „hartes Durchgreifen", für ihre willkürlichen Festnahmen und Knüppeleien, sogar für brutale Folterungen von Gefangenen usw. bekannt. Demgegenüber ist der geschilderte Fall nichts „besonders Aufsehenerregendes" mehr. Der Genosse, der uns den Bericht zuschickte, weist aber in einem Begleitschreiben u.a. darauf hin, daß es sich hierbei um den ersten bekanntgewordenen Fall handelt, wo ein Kontrolleur der Eisenbahn im Besitz eines Ausweises der Zivilpolizei und offenbar auch im Waffenbesitz, Reisende festnahm, um sie zur Verprügelung auf das Polizeirevier zu bringen. Wir drucken die Zeugenaussage des Schülers im Folgenden ab:

Paris, Montag, 9. April

Nach der Demonstration vom Place de la Nation zum Place de la République waren wir sechs Schüler und eine Lehrerin aus Chelles in einem Vorortzug. Es war 21 Uhr, als vier Kontrolleure in den Wagen einstiegen und unsere Fahrkarten verlangten. Wir haben ihnen gesagt, daß wir wie auch Hunderte andere Demonstranten keine Fahrkarten besaßen. Wir sagten, daß es bei den Massen, die nach der Demonstration in die Metro (Pariser U-Bahn) strömten, für die Kontrolleure unmöglich war, Fahrkarten zu verkaufen oder zu entwerten, und sogar meist die Arbeiter der Bahn oder der Metro ihr Einverständnis zum Ausdruck brachten.

Ohne uns zu sagen, was zu machen sei, um diese Situation zu regeln und eventuell eine Strafe zu zahlen, nahmen die vier Kontrolleure sofort eine drohende Haltung ein und sagten, daß sie uns am Aussteigen in Chelles hindern und die Sache mit der Polizei in Lagny (Endstation des Zuges) regeln würden. Zu einem von uns sagten sie: „Sei ruhig, du hast nichts zu sagen; ich habe einen Sohn in deinem Alter, der macht nicht, was du machst."

Wir haben sie gefragt, ob sie von der Polizei seien, und einer von ihnen hat daraufhin seine Karte eines vereidigten Polizisten gezeigt und uns versichert, daß er bewaffnet sei. Sie haben uns mit Macht daran gehindert, in Chelles auszusteigen und haben die Wagentüren mit Schlüsseln abgesperrt.

In Lagny haben sie uns auf dem Bahnsteig warten lassen. Plötzlich kamen etwa zehn bis fünfzehn Bereitschaftspolizisten mit schwingenden Gummiknüppeln auf uns zugerannt und schrien: „Hände auf den Rücken! In eine Reihe! Keine Bewegung, sonst. .!" (Sie spielten mit den Knüppeln über unseren Köpfen.) „Ihr seid hier schlecht angekommen. Hier könnt ihr nicht euern Quatsch machen!"

Einige verwunderte Reisende haben protestiert. Doch die Bullen haben uns eingekreist und denen in die Ohren geschrien, die nicht ihre Hände auf den Rücken nahmen – vor allem der Lehrerin, die sie sofort beschimpften.

Dann haben sie uns brutal in einen Polizeiwagen geschoben und die Lehrerin sogar hineingeschmissen. Die Person, die neben dem Fahrer saß, hat gesagt: „Haltet die Schnauzen! Hier bestimme ich! Ich werde euch lehren zu demonstrieren!" Und er hat seinen „Kollegen" gesagt, daß sie den Knüppel benutzen sollten, wenn wir eine dumme Bewegung machten. Die Lehrerin hat ihn nur gefragt, ob wir festgenommen wären, weil wir keine Fahrkarten hatten, oder weil wir demonstriert hatten. Sie haben nur mit Gebrüll geantwortet.

Der „vereidigte Kontrolleur" war auch mit eingestiegen; auf dem Polizeirevier hat er die „Rädelsführer" angezeigt. Die Bullen haben uns rücksichtslos auf Bänke gestoßen und unsere Papiere verlangt.

Als sie sahen, daß sich unter uns zwei Söhne ausländischer Arbeiter befanden, haben sie sich sofort auf sie gestürzt und geschrien: „Macht euch zurück nach Algerien!" Die Lehrerin hat sich dazwischen gestellt mit den Worten: „Kein Rassismus! Keine Brutalität!" – sie haben sie mit Kniffen und Schlägen in eine Zelle geworfen und mit „Rädelsführer" beschimpft.

Sie haben uns geschlagen und durchsucht, die Schnürsenkel weggenommen, und als sie Flugblätter bei uns gefunden haben, die während der Demonstration verteilt wurden, haben sie die Schläge verdoppelt. Sie haben sich besonders auf die beiden Söhne der ausländischen Arbeiter gestürzt mit Beschimpfungen wie: „Dreckiger Schwarzer! Dreckige Rasse! Jetzt sind es schon die Araber, die hier demonstrieren! Ihr stinkt! Ihr seid es, die hier nur Scheiße machen!" etc. Während all dieser rassistischen Beschimpfungen haben sie sie ganz wild geschlagen mit Händen und geballten Fäusten. Dabei ging sogar dem einen die Brille kaputt. Einen haben sie zu Boden geworfen, den Kopf gegen einen Schrank geschlagen und zu viert mit den Füßen in den Bauch und über den ganzen Körper getreten. Mit dem anderen, der erst 14 Jahre alt ist, haben sie etwa das gleiche gemacht: sie haben ihm eine ganz starke Lampe vor die Augen gehalten, haben ihn auf die Knie geworfen und auf den Fußboden, damit sie ihn besser schlagen konnten. Als er schrie, daß er Franzose ist, antworteten sie: „Du hast schwarzes Blut in den Adern, dreckige Rasse! Du hast bestimmt Autos geklaut!" Und danach, lachend wie wirkliche Sadisten, haben sie ihm einen Helm aufgesetzt und die Haare abgeschnitten.

Während zwei von uns auf einer Bank blieben, haben sie die anderen beiden in einen Nebenraum geführt, wo man von außen nicht hineinsehen konnte. Dort haben sie etwa das gleiche ausgestanden wie die beiden anderen: sie wurden geschlagen, getreten, und selbst Morddrohungen wurden ihnen gegenüber ausgesprochen: „Wenn du mein Sohn wärst, würde ich dich töten oder aufhängen!"

Ihnen wurde angedroht: „Ihr werdet morgen dem Gericht in Meaux übergeben!" Und damit wurde versucht, sie zum Debré-Gesetz und zu den aktuellen Streiks an den Schulen zum Sprechen zu bringen . . Danach wurden sie in eine Zelle gebracht und man nahm sich die anderen vor . . . Dieser Kreislauf fand mehrmals statt.

Als sie in die Zelle der Lehrerin kamen, schrien sie: „Hure, schämst du dich nicht, dich mit Kindern herumzutreiben? Hier ist nicht Pigalle!" Sie hat geantwortet: „Und Sie? Schämen Sie sich nicht, die Kinder, wie sie sagen, zu schlagen? !" „Du hast nichts gesehen! Du hast nichts gehört! Man hat sie nicht geschlagen, hörst du? !" „Doch, ich habe es durch die Gitter der Tür gesehen!" „Du bleibst nicht mehr lange Lehrerin, das verspreche ich dir! Dein Direktor wird ab morgen einen Bericht über dich auf seinem Schreibtisch haben! Du wirst rausfliegen! Weißt du, daß es verboten ist, was du machst, nämlich mit deinen Schülern nach 10 Uhr abends noch zusammenzusein? !" Als sie sagte: „Ich wußte nicht, daß die Verbindung zwischen dem Innenminister und dem Minister für Erziehung so gut ist . . .", haben sie ihr ins Gesicht geschrien: „Dann wirst du es eben lernen, Hure! Und außerdem haben dich deine Schüler verklagt, sie haben ausgesagt, daß du sie verführt hast!" (was natürlich falsch war! Sie hatten versucht, uns dies unter den Schlägen einzureden!) Später, als die Lehrerin sich geweigert hatte, irgendwelche Papiere zu unterschreiben oder eine Deklaration abzugeben, sagten sie: „Wir werden deine Eltern erpressen, damit sie dich verklagen!"

Ein Polizist kam mit einer Mappe herein, die einem Schüler gehörte, und worauf die Bullen geschrieben hatten: „Wenn ich einen Bullen sehe, töte ich ihn" – Darauf gingen sie zu zwölft auf den Schüler los, schlugen ihn einer nach dem anderen, und versuchten ihn zu erpressen und ihm einzureden, daß er selbst der Urheber des Satzes sei – sie versuchten sogar, daß er selbst noch den Satz schreibt . . . von neuem Schläge, Fußtritte, Drohungen!

Als der Offizier kommt, ändern sie ihre Haltung: sie sprechen und versuchen, moralische Lektionen zu erteilen. Sie sagten, daß sie Befehl hatten, alle Leute einzuschüchtern, die unter Verdacht standen, an der Demonstration teilgenommen zu haben; daß ein neuer Mai 68 nicht stattfinden darf und sie deshalb stark zuschlagen müßten. Sie schrien noch hinzu: „Man hat euch nicht geschlagen! Wir sind nicht rassistisch!"

Während dieser Zeit hat der Polizei-Offizier in der ersten Etage Deklarationen unterschreiben lassen. Etwa ein Uhr morgens haben sie den Eltern Bescheid gegeben. Zwei von ihnen konnten bis Lagny kommen und die Polizisten haben ihnen gesagt: „Hören sie nicht auf die Kinder, Achten sie nicht, was sie erzählen . . ."

Die Lehrerin wurde freigelassen und mußte zusehen, wie sie nach Hause kommen konnte. Die anderen Schüler wurden mit einem Polizeiwagen bis in den Wald von Vaires gefahren und mußten dort in einen Wagen der Polizei von Chelles umsteigen. Eine Schülerin wurde bis zehn Uhr morgens im Polizeirevier festgehalten; ein Schüler mußte zu Fuß nach Hause gehen und der eine Sohn eines ausländischen Arbeiters wurde sogar bis vor die Tür von einem Polizisten verfolgt. ■

Italien:

Polizei ließ Beweismittel zur „strage di stato" verschwinden

Neue Beweise für die Komplizenschaft zwischen Staatsapparat und Faschisten bei der „strage di stato", dem Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank am 12. Dezember 1969 (16 Tote!) sind jetzt bekannt geworden. Die Polizei ließ Material verschwinden, das die angeklagten Anarchisten hätte entlasten und zu den faschistischen Urhebern des Anschlags hätte führen können.

1. Beispiel: Die Bombe befand sich in einer Tasche aus Kunstleder. Ein Fragment davon wurde an die westdeutsche Herstellerfirma geschickt, mit der Bitte um Begutachtung. Die Firma stellte anhand des Fragmentes fest, daß es sich um eine b r a u n e Tasche gehandelt hatte, und daß die schwarze Färbung des Fragmentes von der Hitzewirkung der Explosion herrührte.

Nun hatte aber der Taxifahrer Rolandi, der den Anarchisten Valpreda zur Bank gefahren haben will, behauptet, dieser habe eine s c h w a r z e Tasche bei sich gehabt. Wurde ihm diese Aussage von der Polizei nahegelegt, die ja zu diesem Zeitpunkt noch im Irrtum über die wirkliche Farbe der Tasche war? Jedenfalls reichte die Polizei das Ergebnis über die Farbe der Tasche gar nicht erst an den Untersuchungsrichter weiter, sondern ließ es verschwinden.

2. Beispiel: Es meldete sich die Verkäuferin des Ledergeschäfts „Al Duomo" in Padua. Sie hatte wenige Tage vor dem 12. Dezember vier Taschen dieses Typs verkauft – drei schwarze und eine braune. Tatsächlich wurden am 12. Dezember noch zwei weitere Bombenanschläge in Mailand bzw. Rom verübt, wobei schwarze Taschen dieses Typs verwendet wurden. Diese Aussage ist von besonderem Interesse, weil die inzwischen wegen der Bomben vom 12. Dezember angeklagten Faschisten Freda und Ventura aus Padua kommen. Diese Aussage verschwand damals in den Akten.

3. Beispiel: Eine der Bomben, und zwar die in der Mailänder Banca Commerciale, war nicht explodiert. An der Tasche, die die Bombe enthalten hatte, befand sich ein kleines Band, an dem wahrscheinlich ein Preisschild befestigt gewesen war. Nun gibt es ohnehin sehr wenig Ledergeschäfte in Italien, die überhaupt Taschen dieses Typs führen, und von ihnen pflegt nur „Al Duomo" Preisschilder in dieser Weise anzubringen. Das Bändchen hätte also beweisen können, daß die für die Anschläge verwendeten Taschen tatsächlich aus dem Padovaner Geschäft stammten. Das „Corpus delicti" ist jedoch auf rätselhafte Weise unauffindbar verschwunden.



aus: "Vado, l' arresto e torno" von Alfredo Chia'ppori

Die Bedeutung des Unterdrückens und Vernichtens von Beweismaterial durch die Polizei liegt auf der Hand. Hier ist schwerlich „Nachlässigkeit" und „menschliches Versagen" am Werk gewesen, sondern zielstrebiges Vertuschen aller zu den Faschisten hinführenden Spuren. Hier handelte es sich auch nicht um die Initiative einzelner Polizeifunktionäre: der Hauptverantwortliche dafür, Elvio Cantenacci, war zur Zeit Vorsitzender des „Ufficio affari reservati" (Büro für geheime Angelegenheiten) des Innenministeriums, und Restivo und Rumor, der eine zur Zeit Innenminister und der andere Regierungspräsident, erteilten sechs Stunden nach dem Anschlag (wie kürzlich enthüllt wurde) den Polizeibehörden den Befehl, die laufenden Untersuchungen zu stoppen! ■

Brief eines Genossen aus Italien:

Italienische Super-'Linke' setzen neue Maßstäbe

Eine revolutionäre Glanzleistung wird aus Italien gemeldet. Veranstalter ist die „PC(ml)I" – unter ihrem früheren Namen „Unione" zu internationaler Berühmtheit gelangt und damals Vorbild mancher westdeutscher „ML"- und „Aufbau"-Größen. Die „PC(ml)I" hatte zur „Mobilisierung" gegen den Kongreß der Christdemokraten („Staatsfaschismus") Anfang Juni aufgerufen. Der Aufruf wurde ein voller Erfolg, wie die „Partei"-Zeitung „Servire il popolo" vom 9. Juni unter der Schlagzeile „Arbeitsunterbrechungen in den Fabriken gegen den DC-Kongreß" melden konnte.

500 (!!) Arbeiter in ganz Italien (!!!) haben der Zeitung zufolge am 6. Juni aus Protest gegen den DC-Kongreß die Arbeit unterbrochen. So z.B. 20 (!!) Arbeiter für eine halbe Stunde beim Gummi-Konzern Pirelli in Mailand. Mancherorts freilich – so berichtet „Servire il popolo" – legten ausschließlich Mitglieder der „PC(ml)I" die Arbeit nieder.

Abschließend stellt „Servire il popolo" fest: *„... Die Bedeutung und der Erfolg der Aktion der Avantgarde sind jetzt schon klar. Erstmals sind in unserem Land Arbeiter in einen politischen Streik gegen einen DC-Kongreß getreten."*

Diese beispielhafte Aktion setzt zweifellos neue Maßstäbe. Die westdeutschen Super-„Linken" werden sich daran orientieren müssen, wenn sie nicht hinter das fortgeschrittene Weltniveau zurückfallen wollen.

Anmerkung der Arbeiterkampf-Redaktion:

Die Voraussage des Genossen, daß sich die Super-„Linken" in unserem Land diesen neuen Maßstab zu eigen machen müssen, scheint sich bereits zu erfüllen. Die selbstgekürte „KPD" berichtete jedenfalls in ihrer „Roten Fahne" vom 13. Juni voll des Lobes über diese bahnbrechende Aktion ihrer italienischen „Bruderpartei". Es heißt dort unter Hinweglassung der selbst von „Servire il popolo" angegebenen konkreten Zahlen:

„Die Partito Communista(marxista-leninista) Italiano (PC(ml)I) hatte die (!) italienischen Werktätigen – auch die Millionen (!) Emigranten im Ausland – dazu aufgerufen, gegen die Konzentration der Reaktion Fabriken zu besetzen (!), zu streiken (!), Kundgebungen und Demonstrationen in allen Teilen des Landes durchzuführen. Erstmals streikten Arbeiter anläßlich eines DC-Parteitages, führten sie politische Kämpfe (!) gegen den neuen reaktionären Block, im klaren Bewußtsein davon, welche Ergebnisse dieser Parteitag für sie bringen würde. Die Partei, die diesen Massenaktionen politische Stoßrichtung und organisatorische Form gegeben hatte, spricht in ihrem Zentralorgan „Servire il popolo" (Dem Volke dienen) – auch im Zusammenhang mit der wachsenden Front gegen den Neofaschismus und dessen Duldung und Förderung durch die Andreotti-Regierung – von einer neuen Einheitsfront (!), die gegenwärtig noch eine vergleichsweise geringe Zahl von Menschen umfaßt, sich aber bereits jetzt als die Avantgarde jener Massenkämpfe erweise, die die Werktätigen und die mit ihnen Verbündeten in der unmittelbaren Zukunft direkt gegen den Staatsapparat führen werden. ... In keinem kapitalistischen Land Europas stehen die Zeichen so auf Sturm wie in Italien."

Für wie dämlich müssen eigentlich die Führer der „KPD" die Leser ihrer „Roten Fahne" halten? ■

Protest Frankfurter Postler

Im Innenhof des Frankfurter Fernmeldehochhaus versammelten sich am Donnerstag, den 14. 6. 73 während der Arbeitszeit 500 bis 600 Postler zu einer einstündigen Protestversammlung.

Anlaß des Protests war die vom Bundespostministerium (BPM) geplante Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um zweieinhalb und vier Stunden für die im Betriebsdienst beschäftigten Kollegen (das sind allein in Frankfurt etwa 10.000 Kollegen). Die Verlängerung der Arbeitszeit, für die die SPD-Regierung nicht einmal eine entsprechende Lohn- und Gehalts-„Erhöhung" zahlen will, soll erreicht werden, indem betriebsbedingte Arbeitsunterbrechung bzw. Pausen, die auf die Arbeitszeit angerechnet werden, sowie Arbeitszeitverkürzungen für besondere Arbeitserschwernisse wegfallen sollen.

Dieser Angriff der SPD-Regierung auf die Post-Kollegen ist erst die Spitze des Eisbergs der geplanten Rationalisierungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst. Nachdem die Kapitalistenverbände im letzten Jahr in einer Kampagne immer wieder darauf hingewiesen haben, daß im Öffentlichen Dienst die größten Reserven unserer (?) Wirtschaft stecken, also hier die größten Möglichkeiten der Steigerung der Ausbeutung der Werktätigen liegen, wurde vor kurzem eine im Auftrag des Innenministeriums erarbeitete Studie vorgelegt, in der u. a. „leistungsgerechte" Entlohnung und Beförderung durch Arbeitsplatzbewertungssysteme vorgesehen sind. Gleichzeitig sollen die Rechte der Kollegen gegenüber ihrem „Arbeitgeber" weiter eingeschränkt werden.

Warum die Kapitalisten so grosses Interesse an der Steigerung der Ausbeutung der Kollegen im Öffentlichen Dienst haben, wird klar, wenn man bedenkt, daß z. B. 80 Prozent der Leistungen der Kollegen bei der DBP Leistungen für die Privatindustrie sind. Die 110 Mill. DM, die durch die Verlängerung der Arbeitszeit bei der Post gespart werden sollen, kommen also in erster Linie den Kapitalisten zugute, indem sie Gebühren sparen.

Durch die von der SPD-Regierung geplante Rationalisierung bei der Post sollen also die Profite der Kapitalisten auf dem Rücken der Post-Kollegen gesteigert werden. Gegen diese Politik richtet sich der Kampf der Post-Kollegen.

Nachdem im Januar Kollegen eines Fernmeldeamtes in Hamburg und Anfang Mai 800 Kollegen des Fernmeldeamtes 1 in Frankfurt ihren Protest durch Unterschriftenaktionen zum Ausdruck brachten, unterstützten Ende Mai 2.000 Kolleginnen und Kollegen des Frankfurter Postamts vier folgende Resolution:

„Das Bundespostministerium will unsere Arbeitszeit verschlechtern. Unsere Pausen sollen nicht mehr in die Arbeitszeit fallen!
Das ist Rationalisierung durch Ausbeutung!
Das machen wir nicht mit!
Wir geben nicht kampflos auf, was in vielen Jahren, aus sozialen und betrieblichen Notwendigkeiten resultierend, zum Bestandteil unserer Arbeitsbedingungen geworden ist.
Wir warnen das BPM: Finger weg von sozialer Demontage!
Wir fordern die Vorstände der DPG auf, unverzüglich den Kampf zur Verteidigung unseres sozialen Besitzstandes zu organisieren!"

Weiter rief der Amtsgruppenvorstand des Postamts 4 in einem Flugblatt „alle Postangehörigen der Frankfurter Ämter auf, sich der Protestbewegung anzuschließen und sich auf den gewerkschaftlichen Kampf zur Abwendung von Arbeitszeitverschlechterungen vorzubereiten".

Auf der Protestversammlung am 14. 6., auf der Delegierte mehrerer Frankfurter Postämter, Fernmeldeämter, des Telegrafenamtes, der Postbusfahrer usw. die Solidarität ihrer Kollegen bekundeten, wurde von den Teilnehmern ebenfalls eine Resolution an das BPM verabschiedet, in der sie ihren Willen zum Kampf gegen die o. a. Maßnahmen zum Ausdruck brachten. Gleichzeitig wurde die Forderung aufgestellt: Beibehaltung der Anrechnung der Pausenzeit im Betriebsdienst, Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit für alle Postler, sowie tarifliche und gesetzliche Verankerung dieser Pausenregelung.

Angesichts des Drucks der Mitglieder auf die Führung der DPG sah sich die örtliche Gewerkschaftsführung gezwungen zu erklären, daß sie ggf. „geeignete" „gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen" unterstützen werde. Jedoch blieb dabei offen, welche Kampfmaßnahmen die Gewerkschaftsführer für „geeignet" halten, und ob sie bereit sind, die Kollegen aktiv zum Kampf für ihre Interessen zu mobilisieren. Jedenfalls ging aus der Rede eines Mitglieds des Ortsverwaltungsvorstandes hervor, daß die DPG-Führer nicht bereit sind, einen konsequenten Kampf gegen die für diese Maßnahmen offiziell verantwortliche SPD-Regierung zu unterstützen, sondern stattdessen weiter Illusionen über die Politik der SPD-Regierung verbreiten, indem sie deren Maßnahmen gegen die Interessen der Werktätigen als einzelne Fehlgriffe hinstellen (Brandt soll Ehmke aus dem Geschirr der Unternehmer ausspannen).

Die Postler werden, wenn die kommenden Kämpfe erfolgreich sein sollen, ein wachsames Auge auf „ihre" Gewerkschaftsführer richten müssen.

KB/Gruppe Frankfurt

Streik auf der Bremer Klöcknerhütte

Ergebnislos abgebrochen!

Ab Montag, dem 25.6. traten die 6.000 Kollegen der Klöckner-Hütte Bremen in den Streik und forderten 30 Pfennig mehr Lohn. Dieser Streik wurde dann in der Nacht zum Donnerstag abgebrochen. „Das erstemal in der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung blieb ein Streik ohne Erfolg", so Betriebsratsvorsitzender Röpke.

Den gut organisierten Klöckner-Kapitalisten, die sich in all den Jahren durch Erfahrung in vielen Streiks auf eine allseitige Kampfführung vorbereitet haben, politisch, ideologisch, psychologisch, durch Einwirken auf die Arbeiterfamilien und schließlich gewaltsam durch Aufstellen eigener „Schutztruppen" und Absprachen mit dem staatlichen Polizeiapparat, stand eine zwar kampfwillige Belegschaft gegenüber, die aber insgesamt für diesen Kampf nicht ausreichend gerüstet war.

Das scharfe und disziplinierte Vorgehen der Kapitalisten erzwang den Streikabbruch. Wir werden im nächsten ARBEITERKAMPF ausführlich auf diesen Streik eingehen, die Kampfbedingungen untersuchen und uns besonders mit der spontaneistischen und ökonomistischen Politik von DKP und KBB auseinandersetzen, da deren Politik und Eingreifen bei Klöckner deutlich ein gut Teil Schuld an dieser Niederlage der Kollegen trägt. (vgl. auch Beilage in einem Teil dieser Auflage des AK) ■

Norddeutsche Affinerie, Hamburg

Disziplinierungsanstalt Heideburg

Ein Bericht über 12 Tage kapitalistische Berufsausbildung

Die Norddeutsche Affinerie ist in Hamburg mit knapp 150 Lehrlingen einer der größten Ausbildungsbetriebe. Es werden schwerpunktmäßig gewerbliche Lehrlinge, in der Hauptsache zukünftige Handwerker ausgebildet. Die Affi-Kapitalisten sind an „eigenem Nachwuchs" interessiert, um für ihre oft veralteten und vor allem hoch spezialisierten Anlagen – die Affi ist die größte Kupferhütte Europas – geübte Fachkräfte zu haben. Da die Arbeitsbedingungen bei der Kupferverhüttung außergewöhnlich anstrengend und zudem gefährlich sind (giftige Gase, glühende Schmelzöfen – die Affi ist als „Giftküche" bekannt) und die Löhne im Verhältnis dazu relativ niedrig liegen, sind qualifizierte Handwerker für die Affi-Herren schwer zu bekommen.

Noch wichtiger ist es jedoch für die Affi-Kapitalisten, qualifizierte Arbeitskräfte zu haben, die nicht „aufmucken", die nicht gewerkschaftlich und politisch aktiv sind. Da Handwerker im Betrieb viel herumkommen, würden solche Kollegen in einem Betrieb wie der Norddeutschen Affinerie, der im Streik 71 an der Spitze der Hamburger Chemiearbeiterschaft stand, eine „Gefahr" für den kapitalistischen „Betriebsfrieden" sein.

Aus diesem Grund werden die zukünftigen Facharbeiter vor Abschluß ihres Lehrvertrages (d.h. vor Ablauf der ersten 3 Monate ihrer Lehrzeit, die als sog. „Probezeit" gilt und in der Rausschmisse von Lehrlingen begründungslos vorgenommen werden dürfen) auf Herz und Nieren geprüft. Dabei interessieren sich die Affi-Ausbilder vor allem für die politischen Ansichten der Lehrlinge, ihren potentiellen Widerstand gegen Unterdrückungsmaßnahmen der Kapitalisten usw.

Seit 10 Jahren findet zu diesem Zweck während der dreimonatigen Probezeit der Lehrlinge eine 12-tägige „Betriebsschulung" statt. Sämtliche Lehrlinge des 1. Lehrjahres halten sich während dieser 12 Tage in einer Jugendherberge in Heideburg auf. Der Aufenthalt einschließlich Essen wird von den Affi-Kapitalisten bezahlt. Die Geschäftsleitung läßt sich diese „Betriebsschulung" also einiges kosten. Was sich dort abspielt und welchem Zweck dies dient zeigt folgender Bericht recht anschaulich:

Bericht eines Lehrlings

Gleich bei der Ankunft in Heideburg setzte die Ausbildungsleitung ihren uns schon vom Betrieb her bekannten unnachgiebigen Kurs fort: mit einer Standpauke, was von 7 Uhr morgens bis abends um 22 Uhr erlaubt und was verboten ist, welche Strafen wir zu erwarten haben, wenn wir uns nicht an die Vorschriften halten, usw. Daß ein gewisses Maß an Ordnung und Disziplin vorhanden sein muß, um ein geregeltes Zusammenleben zu ermöglichen, ist natürlich klar. Nur in wessen Interesse diese Ordnung geregelt und von wem sie festgelegt wird, das ist hier der Angelpunkt.

Nehmen wir z.B. morgens das Aufstehen. Um Punkt 7 Uhr steht der Ausbilder in der Tür und schreit wie eine auf'n Schwanz getretene Seemöwe „aufstehen!" Zwei Minuten später ist er wieder in der Tür. Liegt dann noch jemand im Bett, ist er nahe an einem Anfall, schreit wütend herum, zieht an der Bettdecke und droht dem entsprechenden Lehrling, ihn am Abend 1 Std. früher ins Bett zu schicken, damit er „sich mal ausschlafen kann".

Oder der Tagesablauf. Da wird willkürlich von der Ausbildungsabteilung beschlossen und festgesetzt, was in den jeweiligen Tagesstunden bis um 22 Uhr zu tun und zu lassen ist. Die Lehrlinge haben zu gehorchen. Tun sie das nicht, hagelt es Bestrafungen und Drohungen. Wer nicht auf die Minute pünktlich zum Essen kommt, muß auf die Mahlzeit verzichten; falls ein Kollege sein Turnzeug vergessen hat, muß er zurück in den Betrieb an seinen Schraubstock, usw. Die Ausbilder geizen auch nicht mit Rausschmißdrohungen, wenn ein Lehrling sich nicht gleich fügt.

Rein aus Schikane werden z.B. auch stundenlang Normschriftübungen gemacht. Was braucht ein Chemiefacharbeiter oder Elektriker später im Beruf Normschrift?

Es verhält sich in Heideburg also so, daß jegliche Entscheidungsfreiheit, jegliche Selbständigkeit der Lehrlinge im Keim erstickt werden soll. Gleich zu Anfang ihrer Produktionstätigkeit sollen die Lehrlinge in die Knie gezwungen werden. Sie sollen vom Aufstehen bis zum Schlafengehen sehen, wer „der Herr im Hause" ist, darum geht's.

Durch das Schreiben von „Intelligenztests" und Rechenarbeiten sollen zusätzlich diejenigen Lehrlinge herausgefunden werden, die das Glück hatten, auf der Schule einiges zu lernen (Man denke nur an die Lernmöglichkeiten in den überfüllten Klassen). In Heideburg sollen nach alter bürgerlicher Konkurrenzmanier die „guten Schlauen" von den „schlechten Dummen" ausgesondert werden. Die „Schlechten" kann der Betrieb eben nicht gebrauchen. „Die woll'n ja doch nicht und von Faulen müssen wir uns eben trennen. Das ist nun mal so." – wie sich ein Ausbilder sinngemäß äußerte.

Für die „Besseren" bauen sich dann die in Heideburg stattfindenden Unterrichtsstunden auf. Von den allgemeinen Grundkenntnissen ausgehend (z.B. Name und Funktion von Werkzeugen) wird geschickt durch kurze Vorträge, Filme, Broschüren auf die betriebliche Produktion „hingewiesen".

Die Methode von Zuckerbrot und Peitsche

Während eines Abends sämtliche Kollegen beim technischen Zeichnen oder bei Normschriftübungen waren, wurde hintereinander im Abstand von ca. 1/2 Stunde jeweils eine Gruppe von 4-5 Kollegen zum stellvertretenden Ausbildungsleiter geschickt, zu einem „zwanglosen Gespräch", wie es hieß. Die Kollegen waren froh, mal bei den langweiligen Schreibübungen eine solche Pause zu bekommen. Zudem ist Herr Petersen (der stellvertretende Ausbildungsleiter) seinem Verhalten nach ein „netter", „liebenswürdiger" Mensch, ganz das Gegenteil von Oberschreier Scheer, dem fungierenden „Ausbilder".

Doch was für „zwanglose Gespräche" das werden sollten, stellte sich schnell heraus: unser Herr Petersen bewaffnet mit Bleistift und Papier, die Karteikarten der jeweiligen Lehrlinge vor sich, stellte Fragen wie: „Was machst du in der Freizeit? " „Was machst du mit deiner Ausbildungsvergütung? " – „Welche Hobbys hast du? " – „Wie kommst du mit deinen Eltern klar? "

Nach dieser „Einleitung" kamen die eigentlich politischen Fragen:

„Was hältst du von der Bundeswehr? " – „Interessierst du dich für Politik? " – „Bist du politisch engagiert? " Damit war die Katze aus dem Sack! Die Notizen, die sich Herr Petersen machte, sagen ein übriges: Gesinnungsschnüffelei und Ausspionieren, das ist die Absicht, die dahintersteckt. Und auch wenn vorher gesagt wird, man brauche nicht zu antworten: keine Antwort ist auch eine Antwort . . .

Noch ein Wort zu den Ausbildern Herrn Scheer und Herrn Petersen. Hier wurde geschickt versucht, durch zwei anscheinend völlig verschiedene Personen, den „bösen" Scheer und den „verständnisvollen" Petersen eine Atmosphäre zu schaffen, in der der ganze Druck und die Strenge einem Mann, nämlich dem „bösen" Scheer angelastet wird, und auf der anderen Seite ein „netter, hilfsbereiter Mensch" hingestellt wird, bei dem man sich mal „aussprechen" kann. Diese Taktik von Zuckerbrot und Peitsche, dieses Rollenspiel zweier Leute, die die Interessen der Affi-Geschäftsleitung vertreten müssen, wurde noch deutlicher, als Herr Kroll, der Ausbildungsleiter, ein Profi auf dem Gebiet der Schauspielkunst und ein Fuchs in dem Ressort Taktik, „seine Jungens" in Heideburg besuchte:

Kroll in Heideburg – ein Wolf im Schafspelz

Gleich zu Anfang seiner Ankunft spürte man ein deutliches Lockern des Verhaltens der beiden Ausbilder: da wurde mehr Freizeit gegeben, da benahmen sich die Ausbilder z.B. bei Tisch anständig zu den Lehrlingen, usw. Und während der paar Stunden Freizeit, die den Lehrlingen zusätzlich zugestanden wurden, wollte es sich Herr Kroll nicht nehmen lassen, sich mit „seinen Jungens" zu beschäftigen; hier gab er kleine Tips beim Skatspiel, dort spielte er mit den Kollegen Tischtennis, wieder woanders führte er „heitere, angeregte" Gespräche mit einigen Lehrlingen, usw. Die gesamte Atmosphäre in Heideburg verwandelte sich in ein „vertrauliches Zusammensein". Gesteigert wurde dieses dann während der von Kroll zum Mittag gehaltenen Tischrede.

Nachdem er sich zweimal bei den anwesenden Ausbildern bedankte, es gar nicht oft genug zu schätzen wußte, wie „aufopferungsvoll" die Ausbilder ihre Freizeit für das Wohl der Lehrlinge zur Verfügung stellen, usw., kam er zum eigentlichen Kern seines ganzen Auftritts.

Mit Sätzen wie „Wir sind doch alle eine große Familie und sollten uns bemühen, Schwierigkeiten und Probleme in vertrauensvoller Zusammenarbeit zu lösen", „als eure Partner sind wir an eurem Wohl und Wehe interessiert", spulte er einen Spruch nach dem anderen ab.

Aber Herr Kroll! Wie war es denn mit dem Rausschmiß des Jugendvertreters nach dem Streik vor zwei Jahren, oder mit der Kündigung eines anderen Kollegen, der krank war, was ein ärztliches Attest bewies, oder der Kündigung der zwei Kollegen Ende April, auch während der Probezeit. Was ist denn mit dem Verbot einer Verbreitung der gewerkschaftlichen Jugendzeitschrift „ran" durch die Jugendvertretung, und überhaupt der ständige Druck auf die Lehrlinge in Heideburg und im Betrieb? Ist das die „große Familienidylle"? Versteht das die Ausbildungsleitung darunter „um unser Wohl besorgt zu sein"?

Was können die Affi-Lehrlinge tun?

Die Affi-Disziplinierungsanstalt Heideburg ist kein Stück „finsteres Mittelalter", sondern ein Stück modernster Managementtechnik zur Unterwerfung der Belegschaften. Die Erkenntnisse einer am Kapitalinteresse orientierten „Wissenschaft" wie der Sozialpsychologie finden hier ihre Verwendung. Durch eine bis in alle Fisitäten ausgeklügelte Taktik von Peitsche und Zuckerbrot (erst ducken, dann streicheln) soll der eigene Wille, die jedem Menschen natürliche Abwehr gegen Unterdrückungsmaßnahmen gebrochen werden und ein Bewußtsein der absoluten Überlegenheit des Unterdrückers verankert werden. Auf dieser und nur auf dieser Grundlage gibt es für die Kapitalisten eine „Sozialpartnerschaft".

Im Chemiestreik '71 haben die Affi-Lehrlinge gezeigt, daß sie sich von dieser Partnerschaftsideologie nicht einschüchtern lassen, indem sie zusammen mit den erwachsenen Kollegen gestreikt haben. Als dann jedoch der aktivste Jugendvertreter Wolfgang vom Kapital gefeuert wurde, brach der relativ gute Zusammenhalt, der unter den Affi-Lehrlingen bestanden hatte, mehr und mehr auseinander. Es zeigte sich, daß die Jugendarbeit im wesentlichen auf den Einzelaktivitäten dieses aktiven Jugendvertreters beruht hatte. Die zur Zeit amtierende Jugendvertretung besitzt nicht die Qualitäten, die Lehrlinge zu gemeinsamen Aktionen und einer kontinuierlichen Arbeit zusammenzuschließen. Die Affi-Lehrlinge wissen jedoch, daß sie ohne festes Zusammenstehen den Maßnahmen der Affi-Kapitalisten und der ihnen hörigen Ausbilder noch schutzloser ausgeliefert sind. Deshalb soll jetzt eine gewerkschaftliche Jugendgruppe gebildet werden, durch die die Forderungen der Lehrlinge an Betriebsrat und Jugendvertretung herangetragen werden. Es ist aus den Erfahrungen mit der früheren Jugendarbeit besonders wichtig, diese Jugendgruppe von vornherein auf breiter Grundlage, d.h. in Diskussion und Auseinandersetzung mit allen Lehrlingen aufzubauen und ständig Kontakt zu allen Lehrlingen zu halten.

Besonders wichtig dabei ist, auch die älteren Kollegen mit den „Lehrlingsproblemen" bekannt zu machen und sie für die Forderungen der Lehrlinge zu gewinnen. Eine Einrichtung wie die Disziplinierungsanstalt Heideburg richtet sich ja nicht nur gegen die Solidarität der Lehrlinge, sondern gegen die Solidarität aller Arbeiter im Betrieb. ■

– Jugendkommission des Chemiebereichs, KB-Gruppe Hamburg –

FRANKFURT: Bombendrohung gegen Berufsschule

Am Dienstag, den 29. Mai 1973 sollte eine Schülervollversammlung für die Schüler der Berufsschulen Gutenbergschule und Werner-von-Siemens-Schule in Frankfurt stattfinden. Kurz nach Beginn der Schülervollversammlung unterbrach Direktor Bender die Versammlung und teilte den Schülern mit, daß bei der Notrufzentrale der Polizei eine Bombendrohung gegen die Berufsschule eingegangen sei. Diese Drohung soll etwa folgenden Wortlaut gehabt haben(kein wörtliches Zitat):

„Hier spricht der Rote Kämpfer, Mitglied einer Kampfgruppe, die aus einem Zusammenschluß von DKP und KPD entstanden ist. Ihr Schweine habt unsere Führer eingelocht und unsere Organisation verboten. Unsere Antwort auf diese Herausforderung durch euch Kapitalisten ist Kampf! Wir werden uns das nicht gefallen lassen. Um 13.00 Uhr werdem in den Gebäuden der Gutenbergschule, der Werner-von-Siemens-Schule und der ehemaligen Bismarck-Schule Sprengkörper zur Explosion gebracht. Ihr braucht nicht nach den Bomben zu suchen, es wäre zwecklos. Ihr könnt die Schüler warnen. Um 16.00 erhaltet ihr weitere Nachrichten.

Nieder mit dem Faschismus!
Es lebe der Kommunismus!
Der Rote Kämpfer

Die Schülervollversammlung wurde sofort abgebrochen, der Unterricht für diesen Tag abgesagt. Unter den Berufsschülern rief dieser Vorgang einige Skepsis hervor, denn welch auffälliger „Zufall", daß gerade am Tag der Schülervollversammlung diese Bombendrohung einging.

Die gemeinsame Schülervollversammlung beider Schulen ist Teil der Bemühungen der Berufsschüler, die Schülervertretung zu einer Organisation zur Durchsetzung ihrer Interessen innerhalb der Schule zu machen. Die Notwendigkeit dafür hatten die Schüler der Gutenbergschule erkannt, nachdem ein linker Lehrer entlassen worden war. Er hatte seine Schüler über Unfallschutzbestimmungen informiert, woraufhin die Schüler in der Schule Plakate aufhängten, in denen sie mangelnde Unfallverhütung auf das Profitinteresse der Kapitalisten zurückführten.

Die Bombendrohung gerade an diesem Tag war demnach wie dafür geschaffen, Kommunisten als Bombenwerfer zu diffamieren, die gegen x-beliebige Personen vorgehen. Zugleich ist das Zusammentreffen der Drohung mit dem Tag der Schülervollversammlung geeignet, Kommunisten zu unterstellen, sie wollten die aktive Interessenvertretung der Berufsschüler verhindern.

Tatsächlich hat die Bombendrohung mit kommunistischer Politik nicht das geringste zu tun.

Kommunisten vertreten die Ansicht, daß Terror lediglich unter bestimmten Umständen als ein Kampfmittel gegen Kapitalisten und deren Helfer dienen kann, niemals aber Terror gegen die Bevölkerung. Die Unterstützung der Arbeiterklasse – und Berufsschüler sind ja ein Teil davon – bei der Schaffung von Organen zur Vertretung ihrer Interessen ist Aufgabe und Ziel der Kommunisten.

Auch der Wortlaut der Bombendrohung weist darauf hin, daß diese Aktion aus einer ganz anderen politischen Zielrichtung kommt. Der „Rote Kämpfer" gibt sich aus als Mitglied eines Zusammenschlusses aus DKP und „KPD". Letztere war in den vergangenen Wochen Gegenstand einer erneuten intensiven Kommunistenhetze durch die Bourgeoisie. Indem die DKP, deren Politik sich grundlegend von der „KPD" unterscheidet, mit dieser in Zusammenhang gebracht wird, wird die in der Bevölkerung erzeugte Ablehnung gegen die „KPD" genutzt, um die Vorstellung zu propagieren, kommunistische Organisationen oder solche, die sich so nennen, gehörten ja doch alle zusammen und und wären sich politisch völlig gleich. Diese Propagierung der angeblichen Gleichheit aller „kommunistischen" Organisationen erleichtert den Kampf gegen den Kommunismus überhaupt und ist eine altbekannte Taktik rechtsradikaler Personen und Gruppen, die sich ständig bemühen, das Bild einer gewaltigen Verschwörung zu malen.

Das alles sieht nach einer gezielten Provokation aus, die den Kapitalisten nützt für ihre Demagogie und ihr Vorgehen gegen Kommunisten und fortschrittliche Werktätige.

Parallelen zu der Bombendrohung an den Berufsschulen finden sich im Zeitraum der Jagd auf die Baader-Meinhof-Gruppe, wo es eine Reihe von Drohungen gab, bei denen sich später herausstellte, daß die Baader-Meinhof-Gruppe nichts mit ihnen zu tun hatte. Solche Drohungen richteten sich ebenfalls gegen die Bevölkerung – z.B. gegen Betriebe, staatliche Verwaltungsgebäude, im Juni 1972 sogar gegen eine ganze Stadt (Stuttgart) – und wurgenutzt zu einer intensiven und systematischen Hetze gegen alle fortschrittlichen Menschen und zur Legitimierung eines verstärkten Ausbaus der staatlichen Unterdrückungsmittel. ■

Sympathisantengruppe der KB-Gruppe Frankfurt

SCHULE KIELORT-ALLEE

DER KAMPF GEHT WEITER!

Vom 26.4. bis zum 2.5.73 fand ein Schulstreik der 1. Klassen der Schule Kielortallee in Hamburg statt. Die Eltern hatten als Mindesforderung die Einstellung einer weiteren Lehrkraft und die Einrichtung einer zusätzlichen 1. Klasse aufgestellt. Am 2.5. fand eine Vollversammlung aller Eltern statt. Es wurde beschlossen, die Forderungen der 1. Klassen zu unterstützen, die Haltung der Schulbehörde – mit massiven Drohungen und Diffamierungen gegen die streikenden Eltern vorzugehen – zu verurteilen, und einen Warnstreik der gesamten Schule zusammen mit anderen Schulen durchzuführen, falls die Behörde die genannten Forderungen bis zum 15.5.73 nicht bewilligen sollte.

In einer Dokumentation über die Ereignisse beschreiben die Elternvertreter, wie es dazu gekommen war.



Vom 26.4. bis 2.5.: Schulstreik an der Kielortallee in Hamburg

Zu Beginn dieses Jahres hatten die Elternvertreter der fünf ersten Klassen auf einer gemeinsamen Sitzung mit ihren Klassenlehrern, der Schulleiterin und dem Elternratsvorsitzenden beschlossen, die Eltern über die untragbare Situation in den 1. Klassen zu informieren. Bis zu 38 Kinder sollten in Räumen von 44-46 qm unterrichtet werden. Das ist schon aus gesundheitlichen Gründen gefährlich und nicht zu verantworten. Erst recht ist es für einen Lehrer unter solchen Umständen unmöglich, einen differenzierten Unterricht durchzuführen und auf jedes Kind einzugehen, wie es erforderlich ist. Es kann nicht verwundern, wenn Kinder, die auf derartig engem Raum zusammenhocken müssen, die Lust am Lernen verlieren, aggressiv werden und, wie das dann genannt wird, „Disziplinschwierigkeiten und Verhaltensstörungen" auftreten.

Im Februar beschloß eine Elternversammlung der 1. Klassen, die folgenden Forderungen aufzustellen und den Schulsenator Apel, die Schulbehörde, Bürgerschaft etc. davon in Kenntnis zu setzen: Zwei zusätzliche Lehrkräfte, die Einrichtung zweier weiterer 1. Klassen, Klassenstärken von 25 Kindern für die im Sommer 73 neu einzurichtenden ersten Klassen.

Der Elternrat der Schule sicherte den Eltern der Erstkläßler daraufhin „Unterstützung" ihrer Forderungen zu, reduzierte diese aber eigenmächtig auf nur eine zusätzliche Lehrkraft und nur eine weitere Klasse sowie Klassenstärken von 30 Kindern für die 1. Klassen im nächsten Schuljahr.

Der Elternrat wollte auf der nächsten Elternversammlung der 1. Klassen „teilnehmen" und „mitberaten". Schon hier wurde die zwiespältige Haltung des Elternrats sichtbar. Es blieb unklar, ob sich der Elternrat zuständig und damit den Eltern verpflichtet fühlt, oder ob er quasi als „Außenstehender" Politik auf eigene Faust betreibt.

Das „Angebot" der Schulbehörde

Die Schulbehörde schlug vor, 8 bis 12 Kinder auf eine benachbarte Schule umzuschulen. Die Vertreter der Parteien zeigen sich wie üblich „verständnisvoll", wollen aber keine Zusagen machen.

Das „Angebot" der Schulbehörde kann von den Eltern nicht akzeptiert werden. Abgesehen davon, daß durch diese Maßnahme die Raumsituation immer noch ungenügend gewesen wäre, hätte das auch bedeutet, einen eigenen Vorteil auf Kosten anderer Schulen zu erreichen, die vielleicht geringfügig besser dastehen. Entscheidend ist aber, daß eine solche „Lösung" klar auf Kosten der Kinder geht, die durch die Eingewöhnung in eine völlig neue Schulsituation in unverantwortlicher Art und Weise benachteiligt würden. Darum ist es auch umso bemerkenswerter, daß die Lehrer der Schule Kielortallee diese Maßnahme für „vertretbar" hielten, wo doch die Umschulung die schwerste Disziplinarstrafe ist, die gegen ein (schulpflichtiges) Kind verhängt werden kann!

Dazu versuchte die Schulbehörde noch unverfroren, den Spieß umzudrehen, und den Eltern vorzuwerfen, i h r e Forderungen „könnten nur auf Kosten anderer Schüler und Schulen realisiert werden."

Das spiegelt nur noch einmal die gesamte Politik (nicht nur der Hamburger) Schulbehörde wider: Immer die Mißstände von einem zum andeschieben, „ein Loch stopfen, indem man neue Löcher aufreißt". Wirkliche Alternativen, echte Verbesserungen der Ausbildungssituation werden immer wieder als „unmöglich" dargestellt. Hier stehen die Tatsachen kopf: Denn u n m ö g l i c h ist, daß der Senat angesichts der Bildungsmisere die Einschränkung und Verschlechterung der Lehrerausbildung durch Numerus Clausus und Rahmenprüfungsordnung an der Universität vornimmt. Diese Dinge sollten bedacht werden, wenn jetzt im Bürgerschaftswahlkampf wieder einmal weitgehende, aber laaaaaangfristige Bildungspläne aufgetischt werden.

Die Schulbehörde hatte wohl auch damit gerechnet, daß die Eltern der 1. Klassen der Schule Kielortallee für sich hoffen würden, daß gerade i h r Kind von der Umschulung nicht betroffen wäre. Damit wäre schon unter ihnen eine Spaltung eingetreten. Das haben die Eltern aber erkannt und dieses wohl für alle verantwortungsbewußten Eltern unannehmbare „Angebot" abgelehnt.

Schulstreik der 1. Klassen

Nachdem alle Briefe, Gespräche, Verhandlungen, Eingaben etc. fehlgeschlagen waren, beschloß die Elternversammlung der 1. Klassen einen Schulstreik, um das ihren Kindern mit der Schulpflicht zustehende R e c h t auf eine ordentliche schulische Ausbildung durchzusetzen. Trotz der Versuche der Schulleiterin und des Elternratsvorsitzenden, mit endlosen Wenn's und Aber's die ganze Sache totzureden, lag die Beteiligung an dem Streik, der vom 26. 4. – 2. 5. 73 stattfindet, doch bei 75%. Während des Streiks schaltete sich Schulsenator Apel mit ganz massiven Drohungen gegen die Eltern ein. In einem Brief stellte er in demagogischer Weise den Schulstreik als einen „rechtswidrigen Boykott" der Schulpflicht dar und kündigte an: „Vom 3. Mai an müssen Sie damit rechnen, daß das Amt für Schule von den zu Gebote stehenden Rechtsmitteln Gebrauch machen wird. Zumindest von der Verhängung von Bußgeldern kann dann nicht mehr abgesehen werden." Apel berief sich dabei auf einen Beschluß des Bremer Verwaltungsgerichts, der den Schulstreik für illegal erklärt und ausführt: „Aktionen innerhalb der Schule lassen sich nicht mit Parallelen zum Koalitionsrecht der Arbeitnehmer rechtfertigen, denn das Schulverhältnis läßt sich nicht mit dem Arbeitsverhältnis vergleichen".

Gilt das Koalitionsrecht nur noch für „Arbeitnehmer" und nicht mehr für alle Bürger in gleicher Weise? ? Hier ging es um mehr als die Bewilligung oder Ablehnung von Lehrkräften. Hier ging es um unteilbare demokratische Grundrechte wie Koalitionsrecht oder Streik. Schulsenator und Schulbehörde ließen keinen Zweifel daran, daß sie den Forderungen der Eltern nicht nachkommen würden und eine harte Linie verfolgen würden. Es sollte ein Exempel in Sachen Schulstreik statuiert werden.

Spaltung der Elternschaft

Dadurch, daß die 1. Klassen allein im Kampf standen, war die Elternschaft der Schule insgesamt in einen aktiven und einen passiven Teil gespalten. Diese Isolierung und die damit verbundene Schwäche nutzten die staatlichen Stellen für ihr scharfes Vorgehen aus. Die bürgerliche Presse wurde eingeschaltet, um dem ganzen Vorgang Breitenwirkung zu verleihen. So wurde eine Kampagne unter dem Motto: ‚Schulstreiks sind rechtswidrig, schädlich und zwecklos' in die Wege geleitet. Auch die – inzwischen offene – Spaltung im Elternrat kam hierbei gelegen: Dieser hatte sich zwar in einem Mehrheitsbeschluß hinter den Streik der 1. Klassen gestellt. Der Elternratsvorsitzende jedoch – völlig ungeachtet seiner Aufgabe, Beschlüsse des Elternrats nach außen zu vertreten – brauchte sich über mangelnde Publizität nie zu beklagen, wenn er der Aktion in den Rükken fiel.

Als an mehreren Altonaer Schulen aufgrund der hohen Quoten von Lehrerfehlstunden im Herbst letzten Jahres Schulstreiks beschlossen worden waren, hatten die Eltern noch vor Streikbeginn Erfolge erzielen können. Wo liegt der Unterschied?

Auch in Altona hatte die Schulbehörde die Eltern über lange Zeit hin mit Vorwänden und auch Drohungen abblitzen lassen. Hier war aber die Empörung und Kampfbereitschaft in der gesamten Elternschaft mehrerer Schulen an einen Punkt gekommen, wo die Schulbehörde befürchten mußte, daß eine Bewegung von nicht kalkulierbarem Ausmaß entstehen würde, daß die Welle von Protesten auf weitere Schulen übergreifen und große Aufmerksamkeit in der Bevölkerung finden würde.

Gerade die große Einheitlichkeit und Geschlossenheit von Eltern und Elternvertretern – unabhängig von bestimmten Schulklassen oder -stufen – hatte hier den Ausschlag gegeben. Unter den Eltern hatte sich aufgrund der gemachten Erfahrungen immer mehr der Leitsatz: „Das Interesse unserer Kinder an der Schule ist unteilbar" durchgesetzt. Alle Eltern waren über die einzelnen Schritte – Forderungen, Petitionen, Verhandlungen – immer wieder informiert worden, und hatten immer wieder Gelegenheit, in Abstimmung mit dem Elternrat auf Versammlungen die gemeinsame Politik zu beraten und zu beschließen.

Von dem Prinzip der unteilbaren Interessen der Kinder war man an der Schule Kielortallee nicht ausgegangen, obwohl es hier ganz genauso zum Tragen kommt. Denn ein Lehrer, der 38 Erstkläßler in 44 qm-Räumen unterrichtet bzw. zur Ruhe mahnt, ist ungleich schneller erschöpft und ausgepumpt und unzufrieden mit seinem Unterricht als ein Lehrer mit 25 Kindern in einer Klasse. Und dieser erschöpfte Lehrer geht in eine 7. oder 8. Klasse. Man kann sich vorstellen, wie sein Unterricht ausfällt: schematisch, lustlos und repressiv. Die Jugendlichen merken das und reagieren darauf mit Interessenlosigkeit und Aggressionen, bekommen sie doch jeden Tag zu spüren, daß die nach der 5. Klasse auf der Volksschule verbliebenen Jugendlichen sowieso als Menschen zweiter Klasse angesehen werden, daß sie für dumm gehalten werden, daß man ihnen nichts oder nur das Schlimmste zutraut, und man es deshalb auch nicht für nötig befindet, auf sie einzugehen, sich stärker um sie zu bemühen, ihnen das Gefühl zu geben, daß man Wert auf sie legt, daß man ihnen bei ihren Schwierigkeiten helfen will, und daß man sie nicht ausstößt.

Zumindest von der Überforderung des Lehrkörpers ist die gesamte Schule betroffen, sowohl was die Qualität des Unterrichts angeht als auch hinsichtlich der notwendig eintretenden Engpässe bei der Einhaltung der Stundentafeln für alle Klassen.

Ein neuer Anfang?

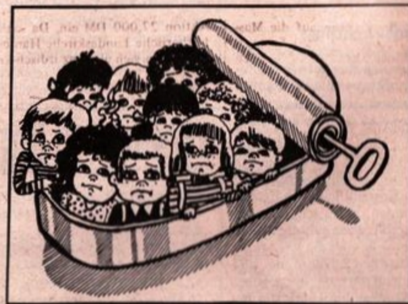
Am 2. 5. fand eine Vollversammlung aller Eltern der Schule Kielortallee statt, die von den 1. Klassen initiiert worden war, um die Zusammenhänge der Mißstände an den 1. Klassen mit den Lernbedingungen der höheren Klassen aufzuzeigen. Die Vollversammlung solidarisierte sich mit den Eltern der Erstkläßler und beschloß für den Fall der Nichterfüllung ihrer Forderungen mit 71 gegen 66 Stimmen einen eintägigen Warnstreik der gesamten Schule. An der geringen Beteiligung und dem knappen Ergebnis wird jedoch deutlich, daß die Niederlage zu diesem Zeitpunkt schon feststand und kurzfristig nicht mehr abgewendet werden konnte. So verschleppt und boykottiert ein Teil des Elternrates in der Folgezeit die Vorbereitungen, die zur erfolgreichen Durchführung eines Warnstreiks notwendig sind.

Dennoch kann hierin ein neuer Anfang liegen, weil eine neue politische Orientierung eingeschlagen worden ist, nämlich die gesamte Elternschaft in die Gestaltung des schulischen Lebens und in den Kampf um Verbesserungen einzubeziehen. Als ersten Schritt auf diesem Weg stellten Elternvertreter der 1. Klassen eine ausführliche Dokumentation der Ereignisse zusammen.

Die Dokumentation wurde wieder zum Anlaß von Auseinandersetzungen im Elternrat. Eine Mehrheit der Mitglieder lehnte ihre Veröffentlichung ab, weil sie angeblich „zu lang sei, sodaß die Eltern sie sowieso nicht lesen würden", und außerdem die Eltern „einseitig und parteiisch" informiert würden.

Es steckt ein gehöriges Maß von Demagogie darin, wenn Elternvertreter, die sich während der Aktion passiv, wenn nicht sogar feindlich verhalten haben, sich hinterher ein Urteil darüber anmaßen, was die Eltern, die ein hohes Engagement bewiesen haben, interessiert. Im Grunde genommen geht es hier wieder um die Frage, ob alle Eltern an den schulischen Problemen und an der Diskussion um den einzuschlagen-

▶▶



Pädagogik nach der „Hering"-Methode

Schule Arnkielstraße: Drei erste Klassen gefordert

In der Schule Arnkielstr. sollen 75 Kinder neu eingeschult werden. Eine Versammlung der betroffenen Eltern beschloß daher gemeinsam mit dem Elternrat und dem Lehrerkollegium der Schule, die Einrichtung von drei neuen Klassen zu fordern. Damit soll eine Senkung der Klassenfrequenzen erreicht werden, auch im Hinblick auf die spätere Zusammenlegung von den 5. Klassen (drei Klassen lassen sich leichter zu zwei zusammenlegen als zwei zu einer). Zudem sind im Einzugsgebiet der Schule etwa 300 neue Wohnungen geschaffen worden, und es ist noch nicht überschaubar, wieviel Schüler dadurch zusätzlich an die Schule kommen. Eine zusätzliche Lehrkraft wurde gefordert, damit diese Schwierigkeiten nicht den gesamten Schulunterricht beeinträchtigen (Lehrerfehlstunden, Stundenausfall).

Die Eltern sind bereit, zur Durchsetzung dieser Forderungen zu Aktionen zu schreiten.

Wie der Klerus die Jugend beackert

„Wir leben in einer ‚jugendorientierten' Gesellschaft", sagte der Bischof von Osnabrück letztes Jahr auf einer Pressekonferenz. Das ist richtig: mit attraktiven Angeboten in Kulturringen, in Häusern der Jugend und in Jugendorganisationen versucht die Bourgeoisie, die Jugend auf ihre Politik zu „orientieren". Die „unruhigen Jahre" 69/70, in denen Studenten und Schüler auf die Straße gingen, um für ihre Interessen zu demonstrieren, hatten der Bourgeoisie gezeigt, daß sie sich zu wenig um die Jugend „gekümmert" hatte, daß sie die Jugend zu wenig „im Griff" hatte. Plötzlich wurde der Ruf nach Ausbau der staatlichen Jugendpflege lauter, neue Häuser der Jugend wurden gebaut, alte wurden wieder aufpoliert, bis dahin relativ selbständige Organisationen sahen sich auf einmal einem regen Interesse staatlicherseits gegenüber.

Daß nun der Herr Bischof die „jugendorientierte Gesellschaft" so betonte, hat seinen Grund: neben der Sportjugend organisieren die Kirchen die meisten Jugendlichen in der BRD, und sie sind ein hervorragendes Instrument der Bourgeoisie zur Kontrolle und ideologischen Beeinflußung der Jugend.

Der CDU-Jugend„experte" in der Hamburger Bürgerschaft formulierte das so:„Wir wissen, daß die freien Träger, die Kirchengemeinden, nicht nur über weit mehr Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen, sondern auch leichter das Vertrauen der Jugendlichen finden, als es die durch mancherlei Umstände doch wesentlich stärker eingeschränkten staatlichen Einrichtungen können."

Die direkte staatliche Jugendarbeit liegt in Hamburg ziemlich am Boden. Die 32 Häuser der Jugend, mit denen der Senat so gerne angibt, werden täglich von nur etwa 8.000 Jugendlichen besucht. Verglichen mit den ca. 30.000 Jugendlichen, die im Einflußbereich der „Evangelischen Jugend Hamburgs" liegen, ist das für den Senat ein Armutszeugnis. Aus diesem Grunde sind für den Staat die „freien Träger", die Jugendorganisationen unentbehrlich.

Für die Bourgeoisie besonders interessant sind die kirchlichen Jugendverbände. Die Ausbeuterklassen haben die Religion immer dazu benutzt, die Ausbeutung zu rechtfertigen und ihre Herrschaft zu festigen. Solche Sprüche, daß die Herrschenden von Gott ausersehen sind, oder etwa der Leitsatz:„Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst", sollen die Unterdrückten mit ihren Ausbeutern versöhnen. So predigt die Kirche auf ihre Art Sozialpartnerschaft. Mehr noch: sie trimmt den ganzen Menschen auf „geduldiges Leiden" und „Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun" – also auf Unterwürfigkeit unter das von der Klassengesellschaft hervorgerufene Elend.

Nicht umsonst beklagt F.J. Strauß, „wie ein gewisser Autoritätsverlust bei der Kirchen zu einer Bewußtseinsverschiebung führt", („Bayernkurier", 17.3.73). Schwindender Einfluß der Kirche heißt eben auch schwindender Einfluß der Bourgeoisie auf die Massen. Nicht umsonst ist Axel Springer so ein „frommer Christ". Der Gott, zu dem er betet, soll die Arbeiter lehren, sich mit ihrem Ausbeuter zu versöhnen.

Diese Ideologie so früh wie möglich in den Köpfen zu verankern, ist eine Aufgabe der kirchlichen Jugendorganisationen. So führt etwa in den Hamburger Elbdörfern ein Gemeindehelfer Evers die dortige Gruppe der Evangelischen Jugend an. In einem Leserbrief an das „Hamburger Abendblatt" schrieb er über seine Vorstellungen von Jugendarbeit:„Nur ein Jugendgruppenleiter mit dem Willen zur Macht und zur Führung , . . . kann den natürlichen Betätigungstrieb und Abenteuerdrang der jungen Leute in für die Gesellschaft nützliche Bahnen lenken."

Für Evers Jugendarbeit ist „die Bibel . . . immer mehr die letzte und absolute Autorität", damit will er die Jugend zu Leuten „mit dem Bewußtsein historischer Sendung" erziehen. Die mit diesen Leitsätzen erzogenen Jugendlichen werden sich immer auf die Seite der Bourgeoisie schlagen.

Damals wie heute: Kirche und Kapitalisten Hand in Hand

> **Nr. 298. Oberhirtliche Mahnung.**
>
> **Christliche Arbeiter und Angestellte im Kohlenbergbau!**
>
> Die Betrieberatswahlen stehen vor der Türe.
>
> Die Wahlordnung bietet den christlichen Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit, Leute ihrer Gesinnung in die Betrieberäte hineinzubringen und eine Front gegen radikale und rein diesseitig gerichtete Bestrebungen aufzurichten. Bei der Bedeutung, die die Betrieberäte für die innere Gestaltung der Zechen gewonnen haben, erscheint das Wahlrecht zugleich als eine Wahlpflicht.
>
> Wir fordern daher alle christlichen Arbeiter und Angestellten auf, dieser Wahlpflicht nachzukommen und solchen Männern und Frauen ihre Stimmen zu geben, die die christliche Sozialordnung kennen und gewillt sind, sie nach Kräften durchzuführen.
>
> Köln, den 6. Oktober 1947.
>
> Joseph Kardinal Frings, Erzbischof von Köln.
> Lorenz, Erzbischof von Paderborn.
> Johannes Joseph Bischof von Aachen.
> Franz Vorwerk, Kapitularvikar von Münster.
>
> Vorstehende oberhirtliche Mahnung ist Sonntag, den 26. Oktober in den Pfarreien, in welchen Bergarbeiter und -angestellte wohnen, in allen heiligen Messen zu verlesen.
>
> Das Erzbischöfliche Generalvikariat.

Aber so sieht nur die eine Seite kirchlicher Jugendarbeit aus. Das Bekenntnis zu Bibel, Gott und Dreifaltigkeit ist nicht in allen Organisationen Bedingung für die Mitarbeit.

Der Arbeitsbereich christlicher Jugendorganisationen liegt meist dort, wo die Folgen der kapitalistischen Ausbeutung am deutlichsten sind: sie arbeiten mit Drogenabhängigen, mit Rockern, mit Gefangenen, mit den allerschwächsten sozialen Schichten in Soziallagern und Altersheimen. Hier können sich sehr viele Jugendliche engagieren, man läßt sie eigene Initiativen entfalten, zuweilen entwickeln sich sehr fortschrittliche Aktivitäten. Damit gelingt es der Kirche, sehr viele Jugendliche politisch zu binden. Daß sie gebunden sind, merken die Jugendlichen immer dann, wenn der Klerus die lange Leine einholt und an die „christlichen Pflichten" erinnert, nämlich zu helfen, aber ja nicht mehr.

In Hamburg bekam die „Evangelische Studentengemeinde"(ESG) das sehr deutlich zu spüren. Anfang dieses Jahres rief sie zu einer Blutspendeaktion zugunsten der Demokratischen Republik Vietnam und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams auf. Dank einer breiten Solidarität brachte diese Aktion 27.000 DM ein. Da schlug die Lutherische Landeskirche Hamburg zu und erwies sich als ganz irdisch-konkrete Macht. Sie warf der ESG „politische Einseitigkeit" und „mangelnde Versöhnungsbereitschaft" vor und setzte fortan einen Beirat ein, der die politische Tätigkeit der ESG in Zukunft überwachen soll. Die ESG konterte in einem Flugblatt:„Der Rat der ESG kann diesen Versuch der Kirchenleitung nur verstehen in Zusammenhang mit der Verschärfung der Angriffe auf fortschrittliche Kräfte in Gesellschaft und Kirche."

Als hätte es die Kirche auf einen Beweis darüber angelegt, entließ sie in Hessen einen Pfarrvikar aus seinem Amt, weil er Mitglied der DKP ist.

Die Anwendung des Extremistenerlasses in der Kirche zeigt einmal mehr, daß der Kurs der Bourgeoisie auch der Kurs der Kirche ist.

Auch der Hamburger „Christliche Verein Junger Männer" (CVJM) mußte die Erfahrung machen, daß er politisch an der Leine liegt. Noch Ende '71 beteiligte sich der CVJM an einer antifaschistischen Aktionseinheit, an der neben vielen anderen Organisationen auch der KB Hamburg beteiligt war. Unter anderem demonstrierte diese Aktionseinheit sehr erfolgreich gegen eine NPD-Veranstaltung in Hamburg. Auch in anderen Fragen formulierte der CVJM damals die Forderungen vieler fortschrittlicher junger Menschen und war deshalb der Bourgeoisie ein Dorn im Auge.

Als der CVJM Anfang '72 einen „Sexualleitfaden" herausgab, in dem lediglich stand, daß es jungen Menschen Spaß macht, zusammen nackt zu baden und daß man die Sexualität ganz natürlich behandeln sollte, nahm man dies zum Anlaß und Vorwand, ihn politisch zu maßreglen und ihn aus dem CVJM-Bundesverband auszuschließen.

Damit sollte dem CVJM-Hamburg demonstriert werden, wie schwach und abhängig er doch eigentlich ist. Offenbar hat der CVJM diese Drohung bis heute noch nicht verdaut, von seinem ehemaligen politischen Engagement in Hamburg ist jedenfalls heute nichts mehr zu bemerken.

Das sind nur zwei Beispiele aus einer Fülle, die aber alle eine Taktik der Bourgeoisie in der Jugendpolitik zeigen: lange Leine – ab und zu eins auf den Kopf, drohen, zeigen, welche Macht die Bourgeoisie hat – und wieder lange Leine.

Auf diese Art und Weise hat die Bourgeoisie schon viele Jugendorganisationen auf ihre Seite gebracht und sie zu Instrumenten ideologischer Anpassung der Jugend gemacht. ■

STADE: FASCHISTISCHE AKTIVITÄTEN AN DEN SCHULEN

Etwa seit der Bundestagswahl tut sich was in der rechten Ecke der stader Jugendbewegung:

■ Ende März wurde am Athenaeum (Jungen-Gymnasium) ein faschistischer Schülerbund gegründet, der sich RSB (Republikanischer Schülerbund) nennt. Inzwischen gibt es, wie der Kreisvorsitzende der hiesigen JN-Gruppe (Junge Nationaldemokraten; Jugendorganisation der NPD) ausplauderte, schon 17 organisierte Faschisten an dieser Schule.

■ Immer häufiger wird vor den Schulen (hauptsächlich vor den Gymnasien, aber auch vor der Realschule) faschistisches Propagandamaterial verteilt, darunter das neofaschistische Magazin „MUT" und die Schülerzeitung „IB" („Im Brennpunkt"). In der Stadt erscheinen faschistische Wandparolen und Plakate und immer wieder des „W" der „Aktion Widerstand"; das Zeichen, unter dem schon desöfteren Anschläge auf Büros und Buchläden verschiedener linker Organisationen verübt wurden.

■ Die schon totgeglaubte JN (Junge Nationaldemokraten) tritt mit einer Veranstaltung, zusammen mit dem RSB, an die Öffentlichkeit. Referent: der faschistische Wanderprediger und „MUT"-Herausgeber B. C. Wintzek.

■ Namhafte Faschisten wie Jürgen Rieger aus Hamburg („Aktion Oder-Neiße", CSU-Freundeskreis, Verfasser der rassistischen Broschüre „Rasse – ein Problem auch für uns") und Heiko Oetker (JN-Vorsitzender von Schleswig-Holstein) bringen die neugeworbenen RSBler und die JN ideologisch auf Vordermann.

Die Faschisten haben sich an der Schule eine sogenannte „Gegenoffensive der Nationalen gegen die rote Gefahr" zum Ziel gesetzt. Den Anknüpfungspunkt, um die Schüler auf ihren antikommunistischen Feldzug zu locken, haben sie in den ständischen Dünkeln und Privilegien der Intellektuellen gegenüber der Arbeiterklasse gefunden, weswegen sich auch hauptsächlich an den Gymnasien aktiv sind. So wird den Oberschülern fleißig Honig um den Bart geschmiert: „MUT" behauptet, daß „die Kultur und Zivilisation Europas und Nordamerikas, ja der weissen Völker schlechthin, auf der Jahrtausende währenden Auslese der Begabten und Leistungswilligen beruht, und daß der wichtigste Träger dieser Auslese der Mittelstand war". Der Mittelstand wird zur „Bildungselite" erklärt, der auch „den Hauptteil jener unabhängig Denkenden" stelle, „die sich nicht so leicht durch gängige Schlagworte oder die genormte Meinungsdiktatur der Massenmedien beeinflussen läßt".

Von dieser „biopolitischen" Auslesetheorie her ist es natürlich dann nur „logisch", daß die „unterprivilegierten" und „unter ‚Sprachbarrieren' leidenden" Arbeiterkinder eben „von Natur aus" dümmer sind, daß sie es „trotz intensivster Unterstützung nie lernen (werden), ihre Gedanken geordnet und in einwandfreiem Deutsch auszudrücken" (alle Zitate aus: „Ziele roter Bildungspolitik", MUT Nr. 60). Ebenso „logisch" ist es dann weiter, daß diese „erblich belasteten" Arbeiterkinder deshalb ruhig in völlig unzureichend eingerichteten Volksschulen mit sehr hohen Klassenstärken verkommen lassen kann, und stattdessen die Privilegien der ja schon von Geburt an „begabteren" und „leistungswilligeren" Kleinbürger aufrechterhalten muß.

Beim Kampf gegen die „rote Gefahr" an den Schulen verstehen die Faschisten ihre Aktionen durchaus als Ergänzung zu den reaktionären Maßnahmes des Staates und der Schulleitungen: Neben dem „Druck des konservativen Establishments ... von außen" wollen sie versuchen, „die allgemeine Destruktion (der Linken) von innen her zu neutralisieren".

Die Schülervertretungen sollen nach dem JN-Programm der „Verwirklichung" der Schule als „Leistungsgemeinschaft" dienen. Das politische Mandat wird ihnen daher abgesprochen. Offen wird auch eine Verschärfung des Disziplinarrechts gefordert: „Zur Sicherung des ungestörten Arbeitsfortgangs und ... zum Schutz der Schulgemeinschaft vor Einflüssen, die die Erreichung des Erziehungszieles gefährden oder unmöglich machen würden". Zur besseren ideologischen Rüstung für den „nationalen Angriff im Klassenzimmer" („Mut" 61) sollen jetzt in „Mut" regelmäßig Artikel zu Schulfragen erscheinen. Die JN planen darüberhinaus die Herausgabe eines „nationalen Schülerbuches".

Die faschistischen Hilfstruppen der Kapitalisten an den Schulen werden sich auch direkt als Spitzel und Denunzianten gegen linke Lehrer und Schüler einsetzten lassen – nach ihrer Parole: „Mit den Polizisten, gegen Kommunisten" („Mut" Nr. 60, „Aktion auf dem Campus").

Es gilt also in jeder Beziehung wachsam zu sein! ■

Sozialistischer Schülerbund Stade

Forts. von Seite 26

den Weg teilnehmen sollen oder nicht.

Die Verfasser der Dokumentation haben gegen diese Haltung protestiert und die Veröffentlichung selbst in die Hand genommen. Das trägt dazu bei, die Diskussion auch über die Politik einer guten Elternvertretung zu führen, und den notwendigen Druck von unten zu organisieren, ohne den sich einzelne Elternräte immer wieder von den Interessen der Kinder „verselbständigen" werden.

Der Elternrat kann nur dann eine wirksame Interessenvertretung sein, wenn die Eltern hinter ihm stehen, ihm den Rücken stärken, ihn aber auch kontrollieren und notfalls dazu zwingen, sich im Sinne seines Mandats für die Interessen der Kinder nicht nur auszusprechen, sondern auch aktiv einzusetzen.

In der Dokumentation wird versucht, die allgemeine Bedeutung dieser Aktion einzuschätzen und Schlußfolgerungen daraus zu ziehen:

„1. Das Verhalten von Schulbehörde und Parteien macht deutlich, daß beide durch ihr Hartbleiben einen Fall schaffen wollen, der Schule machen soll.

Weit über den Rahmen der Elterninitiative der 1. Klassen unserer Schule hinaus soll hier ein Warnsignal gesetzt werden, das letztlich jede Anwendung von Druck durch Eltern und Bürger verbieten will, die für ihre Mitbestimmungsrechte einstehen.

2. von den zuständigen Behördenvertretern und Politikern wird eine noch so sachliche und begründete Forderung so lange ungehört bleiben, wie sie von einer noch überschaubaren Gruppe vorgetragen wird. Das bedeutet: Die Gruppe muß sich erweitern, d.h. sie muß die solidarische Unterstützung der Eltern der ganzen Schule und darüber hinaus einer breiten Öffentlichkeit anstreben ...

In unserer Aktion ist klar geworden, daß eine Gruppe von ‚nur' 175 Eltern ein Gegner ist, mit dem die Behörde noch ‚fertig' wird. Offensichtlich ist der Fall für sie abgeschlossen.

Aber warum sollten die Eltern aufgeben? Ihre Forderungen stehen nachwievor im Raum, und an deren Berechtigung hat sich nichts geändert. Jetzt brauchen sie die Unterstützung alle Eltern der Schule. Daß hier Behörde und Parteien beispielhaft versucht haben und weiterhin versuchen, Eltern Mitbestimmungsrechte zu nehmen, muß alle Eltern an allen Hamburger Schulen aufhorchen lassen! Denn das gleiche kann Ihnen morgen an Ihrer Schule passieren.

Dagegen können wir uns nur wehren, wenn die Eltern an den Schulen miteinander arbeiten und in vereintem Vorgehen das Mitbestimmungsrecht für Eltern sichern. Das Gemeinsame aller Eltern ist das Interesse unserer Kinder, die verbesserte Ausbildungsbedingungen brauchen, und auf die sie ein Recht haben.

Die einzelnen Mängel sind von Schule zu Schule unterschiedliche. Sie müssen herausgefunden, benannt und zu unseren Forderungen werden.

Verbesserungsvorschläge praktisch durchzusetzen gelingt nur, wenn für und zusammen dafür einsetzen."

Diese Erfahrungen sind von besonders aktueller Bedeutung für die Diskussion über die „Aktion Kleine Klasse", die in Hamburg gegenwärtig viel Aufsehen macht. Denn die Politik der „AKK" zeigt in vieler Hinsicht grundsätzliche Parallelen zu dem anfänglichen Vorgehen der Eltern an der Schule Kielortallee.

Die einseitige Ausrichtung der „Aktion Kleine Klasse" auf die Forderung „25 Kinder in den neuen 1. Klassen ab August 73" richtet sich nur an einen genau eingegrenzten Teil der Elternschaft, statt von den gemeinsamen Ausbildungsinteressen der Kinder auszugehen, die unterschiedlichen Mängel an den Schulen herauszufinden und zu unseren Forderungen zu machen, und in vereintem Vorgehen Verbesserungen praktisch durchzusetzen'. Darüberhinaus bietet die „AKK" den Eltern den bequemen Weg der Anonymität in einer „Bürgerinitiative", anstatt an der Schule selbst darum zu kämpfen, daß hier eine breite und geschlossene Front für die Ausbildung der Kinder aufgebaut wird. Das ist ohne Zweifel schwieriger und bringt eine Vielzahl Unannehmlichkeiten mit sich. Aber die Erfahrungen sprechen für diesen Weg und nur für diesen. ■

Bündniskommission des KB Gruppe Hamburg

Offiziell gestattete Nazi-Provokation

Mit Hitler-Gruß im Ärmel und auf den Lippen das „Treuelied" – so gaben sich am 6. Mai in Malente (Ostholstein) etwa 100 Alt- und Neofaschisten ein Stelldichein. Anlaß war das sog. „Lammert-Bruinenberg-Gedächtnistreffen", veranstal-



Waldesraunen . . .

tet von der HIAG („Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" ehem. Angehöriger der Waffen-SS). Zum 19. Mal seit 1954 schworen sich die HIAG-Faschisten am Waldesmahngrab des holländischen SS-Freiwilligen Bruinenberg die Treue (SS-Motto: „Unsere Ehre heißt Treue"). Von jenem Bruinenberg



und Wehresrunen („W" am Baum)

weiß die Nazisaga tragikkomisch zu berichten, er habe sich zum Kriegsende – offenbar die Zeichen der Zeit nicht verstehend – beim Waffenreinigen unbeabsichtigterweise selbst erschossen . . .

Wie dem auch immer gewesen sein mag, auf jeden Fall haben sich die HIAG-Faschisten des SS-„Mahngrabes" besonders angenommen und, wie die alljährlichen Treffen zum Todestag Bruinenbergs beweisen, zu einer ihrer Kultstätten auserkoren. Gleichwohl findet die Stätte auch durch die Gemeinde Malente im Kreis Ostholstein ihre offizielle Anerkennung seit eh. Grundschulklassen (!) wurden jahrelang zur „Pflege" abkommandiert, Waldwege ausgeschildert („Zum Soldatengrab"), und neben schwarz umflorten SS-Lorbeerkränzen pflegt die schwarz-rot-goldene Grußschärpe des CDU-Bürgervorstehers zu prangen. In den 50er und 60er Jahren war diese grundgesetzwidrige Verbreitung nazistischer Tradition gar so weit gegangen, daß die makabre Meute von SS-Getreuen mit Spielmannszug und Polizeigeleit öffentlich durch den Ort und erst dann ab in den Wald defilierte. Antifaschistischer Protest zwang die Faschisten und ihre offiziellen Anhänger zur Retusche (jetzt passiert alles nur im Waldesinnern) an diesem kleinen, aber nichtsdestoweniger vielsagenden Bildausschnitt der BRD-Wirklichkeit.

Durch die Anwesenheit einiger Demokraten beim diesmaligen „Gedächtnistreffen" fühlten sich die versammelten Faschisten unangenehm beobachtet. Dieser Umstand beeinträchtigte das weihevoll angestimmte Klima augenscheinlich. Nervös grollende „Wehrhaftigkeit" griff unter den HIAG-Leuten alsbald Platz, jeder „Verdächtige" wurde plötzlich bei Fuß bewacht, abgelichtet und verwünscht. (Die Demokraten ihrerseits fotografierten, siehe unsere Abbildungen, und gaben auf Anfrage allerdings auch zu verstehen, nicht pazifistisch eingestellt zu sein . . .).

Knisternde Spannung also im Unterholz, als ein Nordhorn die Weihe einblies und sodann Dr. Schäfer von der HIAG zu sprechen anhob.

Er improvisierte auf militante Art, drohte „möglichen Störern und Lederjacken" das ihm angeblich „zustehende Recht im Notfalle" an. Sein Vortrag enthielt ferner eine Reihe von Gelöbnissen und Schwüren auf Deutschland und das völkische Europa („Vergeßt nicht, daß in der Waffen-SS die ersten Europäer gefallen sind"), sowie personifiziert auf den namenlosen L. Bruinenberg und den namhaften, im Vorjahr krepierten Massenmörder und HIAG-Führer, Generaloberst a.D. Paul Hausser.



Bundesmarine . . . (x)

Der „Europagedanke" war tragend auch in den nachfolgenden Reden, u.a. von faschistischen Abgesandten aus Dänemark, Holland und Belgien. Im schließlich schon von Hitler konzipierten „Europagedanken" erblicken die Faschisten heute offenkundig ihre „Zeitgemäßheit", und in der kapitalistischen Gesellschaft findet ideologisch ihre aktuelle Rehabilitierung statt.

Zum Beschluß des Treffens erschallte abermals das SS-„Treuelied", und ausgerechnet ein uniformierter (!) Bundesmariner schob mit Schlägerkumpanen fortan Tageswache, um – wie verlautete – „mögliche Grabschändung" zu verhindern.

Was ist die „HIAG"?

Sie entstand 1951 – getarnt als „soziale Hilfsorganisation" – als Sammelbecken der Traditionsvereinigungen der einzelnen SS-Divisionen. Publikationsorgane: „Wiking-Ruf" und „Der Freiwillige", seit 1958 vereinigt. Zu den Gründern zählen der inzwischen verstorbene ehem. Kommandeur der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler", SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich, SS-Obergruppenführer Herbert Gille, SS-Standartenführer Otto Kumm, SS-Brigadeführer Felix Steiner, Generaloberst Paul Hausser (inzw. verst.). Die HIAG betrieb die Anerkennung der Waffen-SS als Teil der Wehrmacht, vor allem um dadurch den Angehörigen dieser vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Teil der SS für verbrecherisch erklärten Organisation die Möglichkeit zu verschaffen, über das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des GG fallenden Personen in den Staatsdienst zu gelangen und beim Aufbau der bewaffneten Organe wiedergewählt zu werden. Ein Ergebnis dieser Bestrebungen war die Übernahme von Angehörigen der SS in den Bundesgrenzschutz und in die Bundeswehr unter Anerkennung ihrer Dienstränge; so werden in der Bundeswehr SS-Dienstränge bis zum Obersturmbannführer (Oberstleutnant) übernommen.

Ein weiteres Ziel der HIAG besteht darin, den nationalistischen Abendlandgedanken (Europaideologie) nicht nur wachzuhalten, sondern seine spezifisch antikommunistische Tendenz zu fördern. Die HIAG versucht über einen „Suchdienst" und „soziale Hilfe für Hinterbliebene" u.a. eine genügende Resonanz für ihre politischen Ziele zu erhalten. An Treffen der HIAG nahmen wiederholt Bonner Bundestagsabgeordnete teil, besonders bekannt CDU-Rasner, FDP-von Manteuffel u.a. als auch Vertreter der SPD-Fraktion. Im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung des westdeutschen Imperialismus im Frühsommer 1961 beschloß der Bundestag Rentenzahlungen an Angehörige der ehem. SS-Verfügungstruppe, der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler" und der SS-Totenkopfverbände (KZ-Bewacher).

Die HIAG verfügt über beträchtliche Summen, die ihr aus finanzkräftigen Kreisen zufließen. Sie umfaßt über 100 Gliederungen mit rd. 40 Traditionsverbänden und unterhält Verbindungen zu anderen Soldatenverbänden und neonazistischen Organisationen. ■



. . . und Auslandsfaschisten . . .



. . . vervollständigen das Bild

KB-Gruppe Eutin

'Kritik am Staat' - 5000 Mark Strafe

Prozeß gegen Ernst Aust

Anfang Juni stand Ernst Aust, Herausgeber des „Roten Morgen" in Hamburg vor Gericht. Er sollte wegen verschiedener Artikel des „Roten Morgen" abgeurteilt werden. Das geschah denn auch prompt, wobei der „unabhängige Richter" die Forderung des Staatsanwalts seinerseits sogar noch verdoppelte: 5 000 Mark (ersatzweise Haft) soll Aust bezahlen.

Verurteilt wurde Aust wegen „Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD" und wegen „Billigung von Sprengstoffanschlägen".

Besonders übel angerechnet wurde Aust vom Gericht seine Feststellung, daß der bürgerliche Staat „von Ausbeutern und Mördern beherrscht" wird. Das sei „unzulässige Kritik am Staat".

In seiner Rede vor Gericht wies Aust u.a. darauf hin,

- **„daß in der Bundesrepublik täglich am Arbeitsplatz 15 Menschen tödlich verunglücken", weil die Sicherheitsvorkehrungen unzureichend sind und die Arbeitshetze immer mehr zunimmt.**
- **„daß immer wieder ungenügend erprobte Medikamente auf den Markt kommen", wie z.B. das Contergan, das dazu führte, daß Tausende von Kindern als Krüppel geboren wurden.**
- **„daß von den jährlich fast 20 000 Toten auf unseren Straßen zumindest die Hälfte auf Kosten der Kapitalisten geht", weil sie „lebensgefährliche Autos bauen" und der Staat nicht ausreichend für Sicherheit auf den Straßen sorgt.**
- **„daß die deutschen Imperialisten um ihrer Macht- und Profitinteressen willen in den letzten zwei Weltkriegen Millionen Menschen auf die Schlachtfelder trieben".**

Diese Aufzählung läßt sich mühelos fortsetzen. So berichtet die Hamburger „Morgenpost" (SPD) vom 27.Juni 73, daß die Lebenserwartung der Arbeiter immer kürzer wird, obwohl die wissenschaftliche Entwicklung objektiv den Weg für eine entgegengesetzte Entwicklung längst geöffnet hat. Schuld sind „aufreibende Alltagsarbeit" und „Ärger im Beruf". „Bei 20jährigen können wir schon ein Ansteigen der Sterbekurve erkennen", sagt der Heidelberger Sozialmediziner Schäfer, auf den sich die „Morgenpost" bezieht. Mit anderen Worten: durch die immer schärfere kapitalistische Ausbeutung werden die Arbeiter um Jahre ihres Lebens beraubt, sterben vielfach schon vor Erreichen des Rentenalters oder kurz danach. Das ist kein „unabwendbares Schicksal", sondern ist durch die in der Bundesrepublik bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung bestimmt.

Diese Tatsachen beim Namen zu nennen, wird vom bürgerlichen Staat unter Strafandrohung gestellt.

Sehen wir weiter. Aust ist vorgeworfen worden, im „Roten Morgen" die Bombenanschläge der RAF („Baader-Meinhof-Gruppe") vom Frühjahr 1972 gebilligt zu haben. Das Urteil spricht das Gericht eines Staates, der den hunderttausendfachen Mord, begangen vom US-Imperialismus in Vietnam, billigte und unterstützte, der die Politik Israels gegen die Araber billigt und unterstützt, der die portugiesischen Kolonialisten für den Kampf gegen die Völker ihrer Kolonien mit Waffen versorgt.

Die Justiz in der BRD ist die Klassenjustiz des Kapitals. Die Verurteilung von Aust unterstreicht das erneut.

Wir brauchen hier nicht unsere grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gegenüber dem „Roten Morgen" zu erläutern, denn das ist bekannt. Vor dem bürgerlichen Gericht ging es aber darum, daß Aust verurteilt wurde, weil er die schlichte Wahrheit über diesen Staat ausgesprochen hat, Hier ging es also um einen weiteren Angriff auf die Pressefreiheit und Meinungsfreiheit, um die Einschüchterung der Kritik am bürgerlichen Staat.

Leider erschwert die „KPD/ML" auch in diesem Fall durch ihr sattsam bekanntes Verhalten das Zustandekommen einer einheitlichen Kampffront. Der Prozeß gegen Aust wurde dazu benutzt, um ihn in einer förmlichen Orgie von Schleimscheißerei als „Führer der westdeutschen Arbeiterbewegung", als „Kopf" und als „Führung der westdeutschen Kommunisten" aufzubauen. Im „Roten Morgen" erschien ein zweiseitiger lobseliger „Lebenslauf" von Aust, der nicht einmal seinen Großvater und seine Kindheitserinnerungen ausließ. Abgesehen von den zahlreichen L ü g e n in diesem „Lebenslauf" steht fest, daß ein w i r k l i c h e r kommunistischer Führer – wie Lenin oder auch Mao – dem Verfasser einer derartigen Lobhudelei einen kräftigen Tritt in den Arsch versetzt und den Abdruck niemals geduldet hätte.

Wir stellen dazu erneut fest, daß wir ein derartiges Kasperle-Theater zum Schaden der gesamten kommunistischen Bewegung nicht mitmachen werden. Wenn die „KPD/ML" sich lächerlich machen will, dann soll sie das gefälligst allein tun. ■

'Politisch will keiner von uns werden'

– eine Mieterinitiative der Hamburger DKP –

Wie die Vorstellung der DKP von der „Heranführung der Arbeiterklasse durch demokratische Zielsetzungen an sozialistische Zielsetzungen" in der Praxis aussieht, wurde auf der Versammlung der Hamburger „Bürgerinitiative Hochbrücke Barmbek-Nord" sehr anschaulich demonstriert.

Rund 2.000 Anlieger der Hochbrücke über der Fuhlsbüttler Straße klagen über unerträgliche Lärm- und Staubbelästigung. Ein Tunnelbau hätte etwa 10 Millionen gekostet, die Brücke war mit 3 Millionen wesentlich billiger. Die Rücksichtslosigkeit der Bezirksverwaltung, die im Interesse des Wirtschaftsverkehrs auf Kosten der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung geplant hatte, galt es anzuprangern und Schutzmaßnahmen für die anliegenden Mieter zu fordern.

Auf der Versammlung wurde betont, daß die DKP zwar die Mieterbewegung „initiiert" hätte, auch ihre Stadtteilzeitung „Der rote Barmbeker" hätte die Mieterbeschwerden aufgegriffen. Rücksichtsvoll wurde aber auf der von zahlreichen DKP-Mitgliedern besuchten Versammlung erklärt, es solle „kein Parteiengezänk" geben und: **„Politisch will keiner von uns werden"**. So war auch auf dem Flugblatt zur Einladung der Mieterinitiative von der „Überparteilichen Bürgerinitiative" die Rede. Auf Nachfragen aus dem Mieterkreis erklärte ein Herr vom Podium, politisch würde sich die Aktiv-Gruppe der Initiative gar nicht kennen.

Die ganze Angelegenheit wurde als verwaltungstechnische Sache gesehen, dementsprechend war die erste Forderung auf dem Flugblatt: „Amtliche Lärmmessungen!"

Für die DKP ist es typisch, daß sie sich einerseits wichtigtuerisch als Parteiladen herausstreicht, andererseits aber bemüht ist, jede politische Diskussion und Auseinandersetzung zu umgehen oder geradezu abzuwürgen. Offenbar befürchtet sie von der politischen Diskussion eine Verminderung ihres „Masseneinflusses" und verbirgt diese Furcht verlogen hinter dem Mäntelchen „politischer Selbstlosigkeit". Durch den „selbstlosen" Verzicht auf Politik stärkt die DKP nur den Masseneinfluß bürgerlicher Ideologie und Illusion und läßt damit auch die Aktivität der Mieter letztlich ins Leere stoßen.

Auf Berichte der Mieter, die Hauseigentümer seien für die Wertminderung der Vorgärten entschädigt worden, ihre Mieten aber würden weiter steigen, wurde nicht eingegangen.

Berauscht von den anfangs etwa 250 Anwesenden, glitt dem DKP-Vorsitz der Faden der Diskussion vollends aus der Hand. So kam es, daß fast immer mehrere Leute zugleich sprachen, daß das Interesse immer mehr abnahm und ständig Mieter die Versammlung verließen.

„Diszipliniert" und „versachlicht" wurde die Diskussion erst, als sich ein junger Mann aus der Versammlung als Lärmschutzfachmann bezeichnete und von der DKP aufs Podium gebeten wurde. Bald leitete er das Gespräch und die DKP lauschte. Es stellte sich heraus, daß dieser junge Mann "Vertreter für Lärmschutzfenster" war. In der Tat, politisch ist niemand geworden ... dank der „Initiative" der DKP. ■

Bezirksgruppe Barmbek
KB-Gruppe Hamburg

links

Flankenschutz für die SPD

In Nr. 45 der SB-Zeitung „links" (Juni 73) ist ein Artikel „Zur Einschätzung der ‚Linksentwicklung' der SPD" abgedruckt, der auf den im ARBEITERKAMPF Nr. 28 (Mai 73) veröffentlichten Artikel „Durchbruch der Linken? (Einige Bermerkungen zum SPD-Parteitag)" Bezug nimmt. Unser damaliger Artikel wird dabei als „ein durchaus nicht alleinstehendes Beispiel" dafür zitiert, daß „die sozialistische und kommunistische Berichterstattung . . . offensichtlich große Schwierigkeiten (hat), die Kräfteverschiebungen und Entwicklungstendenzen in der Sozialdemokratie richtig einzuschätzen bzw. solche Veränderungen überhaupt zu realisieren". Gemeint ist damit schlicht und einfach, daß der ARBEITERKAMPF dargelegt hat, daß es die angebliche Linksentwicklung in der SPD-P o l i t i k nicht gibt – und daß auch keine „Kräfteverschiebung" und „Entwicklungstendenzen" dahingehend stattgefunden haben. Der Verfasser des Artikels in „links", Helmut Korte, ist offenbar anderer Auffassung – und wir werden sehen, wie er sich bei der Begründung dazu zu einem offenen Verfechter des „linken" Sozialdemokratismus aufschwingt.

Korte meint, daß der SPD-Parteitag von Hannover „eine nicht unerhebliche Verschiebung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse zum Ausdruck gebracht" habe, daß eine „Kräfteverlagerung zugunsten der Linken" sichtbar geworden sie usw. Als Beispiel führt er dazu die „Makler- und Bodenrechtsfrage" sowie die „Zurückweisung des Schmidt-Entwurfs zum ‚Langzeitprogramm'" an – ohne dies allerdings näher zu begründen.

Was ist aber tatsächlich mit diesen beiden Beispielen? Die „Zurückweisung des Schmidt-Entwurfs zum ‚Langzeitprogramm' " sah so aus, daß der Parteitag *auf Antrag des Parteivorstands* eine neue Kommission einsetzte, die bis 1974 ihren ersten Bericht abliefern soll. *Inhaltlich* läßt sich damit noch gar nichts sagen. Am wenigsten kann man dies aber vorweg als eine „Kräfteverlagerung zugunsten der Linken" interpretieren – allein wenn man bedenkt, daß dies ein Antrag des Vorstands war, der sicherlich alles andere als eine „Kräfteverlagerung zugunsten der Linken" dabei im Hinterkopf hat.

Bei der Makler- und Bodenrechtsfrage steht die Sache etwas anders. Dort hat der Parteitag folgenden Antrag angenommen: „Die Ausübung des Gewerbes zur Vermittlung von Grundstücken und Wohnungen ist gesetzlich zu unterbinden. Eine öffentliche Vermittlungsstelle ist einzurichten." Kommen wir gleich zum Kern: Offensichtlich ist hier den „Linken" in der SPD ein Zugeständnis gemacht worden – aber die entscheidende Frage ist die, ob die „Linken" diesen Parteitagsbeschluß *tatsächlich durchsetzen* können; und bis dahin ist alles Gerede von einer „Kräfteverlagerung" inhaltsleer und folgenlos. Es ist allgemein bekannt (und Brandt hat die „Linken" zynischerweise noch einmal selbst darauf aufmerksam gemacht), daß Parteitagsbeschlüsse der SPD keine Handlungsanweisungen für die sozialdemokratische Parlamentsfraktion oder gar die Regierung darstellen.

Ganz und gar haarig wird es aber da, wo Korte schreibt, daß es „für die Parteiführung einer progressiveren (?) SPD zunehmend schwieriger (wird), dem großkapitalistischen Interesse an einer Disziplinierung der antikapitalistischen Kräfte nachzugeben (!)" – und dann in Klammern hinzufügt: „Der Parteitagsbeschluß in der Berufsverbotsfrage sowie der innerparteiliche Widerstand gegen den Ministerpräsidentenbeschluß deuten dies an!"

Das klingt schon ganz nach dem Juso-Führer Wolfgang Roth selbst, der behauptete, daß der „Extremistenerlaß" im öffentlichen Dienst mit dem Beschluß von Hannover praktisch „vom Tisch" sei. Und was ist tatsächlich beschlossen worden? Der SPD-Parteitag hat sich für eine größere „Differenzierung" bei der Handhabung des „Extremistenerlasses" ausgesprochen. Eine „Differenzierung", die im wesentlichen so aussieht, daß Angehörige der DKP stärker geschont und Angehörige anderer Gruppen links von der DKP stärker betroffen sein sollen: also eine Differenzierung zwischen *reformistischen* und *revolutionären* Linken. Dahinter steht die Absicht, die Spaltung innerhalb der Linken weiter zu vertiefen, die grundgesetztreue DKP noch mehr in die rechte Ecke des Opportunismus zu drängen und sie für eine aktive Beteiligung an der Kommunistenhatz auf ihre linken Kritiker zu gewinnen – was ja auch bereits Erfolge zeigt. Man muß schon eine besondere Sorte „Sozialist" sein, diesen Parteitagsbeschluß der SPD auch nur als „fortschrittlich" zu verkaufen!

Vor allem: Zur gleichen Zeit mit dem SPD-Parteitagsbeschluß über die „Differenzierung des Extremistenerlasses im öffentlichen Dienst" steigert sich die antikommunistische Hetze in der Presse (und zwar gerade auch in der sozialdemokratischen), greifen SPD-Landesregierungen und die Bundesregierung zu Polizeiaktionen gegen linke Organisationen und wird von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ein „Extremistenerlaß in den Gewerkschaften" beschlossen, dem bereits zahlreiche linke Gewerkschafter zum Opfer gefallen sind. Es ist bezeichnend, daß Korte all dies in seinem Artikel „Zur Einschätzung der ‚Linksentwicklung' der SDP" *mit keinem einzigen Wort erwähnt.*

Aber Korte scheint selbst nicht ganz klar zu sein, wie er den Beschluß über die Berufsverbotsfrage denn nun einschätzen soll. An anderer Stelle seines Artikels sagt er nämlich, daß die SPD-„Linke" in dieser Frage eine Niederlage einstecken mußte:

„Eine Machtprobe (? !) wurde lediglich (!) in den Debatten um das Vermögensbildungskonzept der Parteiführung wie in der Berufsverbotsfrage gewagt. *In beiden Abstimmungen unterlag die Linke dem Vorstandsblock der gemäßigten (?) Rechten.*" (Hervorhebung von uns; AK-Red.)

Aber auch wenn Korte dies zugibt, so weigert er sich dennoch energisch gegen die Schlußfolgerung, daß die angebliche „Linkswendung" der SPD sich „in sehr engen Grenzen" hält. Dieser Eindruck sei zwar durch „das vorsichtige Taktieren der Linken" und durch deren Abstimmungsniederlagen „in Teilen der außerparteilichen Publizistik" hervorgerufen worden, aber so dürfe man das nicht interpretieren. Und warum nicht? Man höre und staune: Weil die Jusos schließlich keine Illusionisten seien und gar nicht mehr gewollt hätten:

„Ähnlich wie bereits auf dem ‚Steuerparteitag' von Saarbrücken 1970, strebte die ‚Linke' auch in Hannover eine gegenwärtig illusorische grundlegende Umbesetzung der Führungsgremien der Partei und eine entsprechende Neuorientierung sozialdemokratischer Politik gar nicht erst an. Ihre Strategie richtete sich vielmehr darauf, in geeigneten Teilfragen problemorientierte (?) Mehrheiten zu mobilisieren und eine den Mehrheitsverhältnissen angemessene (!) Minderheitenvertretung in den Vorstand zu wählen."

Nach dieser Argumentation läßt sich alles mögliche als „Erfolg" und als „Schritt der SPD nach links" ausgeben. Man braucht nur noch darzulegen, daß das, was auf dem Parteitag herausgekommen ist, genau dem entspricht, was die „Linken" in der SPD gewollt hätten. Und was sind diese SPD-„Linken" doch für „Realisten": sie strebten „eine gegenwärtig illusorische grundlegende Umbesetzung der Führungsgremien der Partei und eine entsprechende Neuorientierung sozialdemokratischer Politik gar nicht erst an". Das ist doch lobenswert, oder?

Korte wendet hier demagogisch den Vorwurf der Illusionsmacherei gegen die Kommunisten. Er tut so, als ob die kommunistischen Linken es gewesen wären, die die sozialdemokratischen „Linken" dazu *aufgefordert* hätten, die „Führungsgremien der Partei" *grundlegend umzubesetzen* und die sozialdemokratische Politik *neu zu orientieren.* Nun verteidigt er die Jusos gegen derartige Ansinnen und lobt, daß sie dies für „gegenwärtig illusorisch" halten würden. Dabei waren und sind es die Kommunisten, die den Jusos entgegengehalten haben, daß dies *nicht nur gegenwärtig,* sondern *überhaupt* illusorisch ist, daß sich eine Partei wie die SPD *nie wieder* auf links krempeln läßt zu einer tatsächlich antikapitalistischen Organisation der Arbeiterklasse – mag man dabei auch noch so „vorsichtig taktieren". Durch sein Lob auf den „Realitätssinn" der Jusos drückt Korte sich aber genau um eine Auseinandersetzung über *diese* Frage: ob denn die angestrebte Eroberung der SPD durch die „Linken" *nur gegenwärtig* oder *überhaupt* illusorisch ist. Kein Wort dazu; aber man darf annehmen, daß Korte sich hierbei natürlich auch ganz auf den „realistischen" Standpunkt der Jusos stellt.

„Unpolitische Massen" und „antikapitalistische SPD"

Nachdem er den ARBEITERKAMPF Nr. 28 als Beispiel für „die sozialistische und kommunistische Berichterstattung" über den SPD-Parteitat zitiert hat, schreibt Korte, daß „hier in einer verhängnisvollen Weise vernachlässigt wird, unter welchen objektiven Bedingungen sich die Willensbildung wie Machtveränderung(!) in einer regierenden Massenpartei wie der SPD gegenwärtig vollzieht".

Was er damit meint, kann man nur – aus seinen weiteren Darlegungen schließend – auf folgende kurze Formel bringen: daß die SPD noch nicht so *könne*, wie sie *wolle*, und daß die „Linken" darauf wohl *Rücksicht nehmen* müßten.

Es ist in dem Artikel viel von „*Zwang* zur Demonstration ihrer Einheit und Geschlossenheit" die Rede; davon, daß die SPD „den Handlungs*zwängen* kapitalistischer Krisenvermeidung *notwendig unterworfen*" sei, usw. – Korte folgt damit aufs Haar dem, was die *Jusos selbst* als Rechtfertigung ihrer reformistischen Politik bringen. Das Gerede von den „Zwängen", unter denen die SPD angeblich steht, soll nur verdecken, daß die SPD *erklärtermaßen* eine Partei der kapitalistischen Ordnung und nicht des Sozialismus ist; daß sie seit nunmehr 60 Jahren *ganz bewußt* gegen die Arbeiter – und für die Kapital-Herrschaft eintritt – ja, nicht nur die bestehende Ordnung wortreich rechtfertigt, sondern *aktiv als Arm der Bourgeoisie handelt.* Mit einem Wort: daß die SPD die kapitalistischen Verhältnisse nicht nur *nicht ändern kann,* sondern auch *nicht ändern will.*

Entsprechend seiner These von den „Zwängen" konstruiert Korte auch recht irrwitzige Widersprüche zwischen der SPD (d.h. ihrer *offiziellen* Politik, also der Parteiführung und dem Parteiapparat) und der Monopolbourgeoisie. Da ist z.B. vom „technokratisch orientierten *Bündnis* zwischen SPD und Großkapital" die Rede, oder von einer „traditionellen *Partnerschaft* zwischen Sozialdemokratie und Großkapital" die „gegenwärtig in eine *wachsende Krise* gerät". An anderer Stelle heißt es, „daß die SPD sich gerade als Regierungspartei in einer eigentümlichen Dialektik bewegt, in welcher die *widersprüchliche Beziehung zwischen dem Kapital und seinem Staat* eine *historisch neue Form der Zuspitzung* erfährt". Der Eintritt der SPD in die Große Koalition, durch den vor allem das infolge der 66/67er Krise angeschlagene Vertrauen der Arbeiter in den kapitalistischen Staat zurückgewonnen werden sollte, wird gar schon als „*Teilzugeständnis* des Großkapitals" bezeichnet – an wen wohl?

Korte charakterisiert das Verhältnis zwischen der SPD und der Monopolbourgeoisie als „Bündnis" bzw. als „Partnerschaft". Ein „Bündnis" setzt immer freie und zumindest in gewissem Umfang selbständig handelnde „Partner" voraus; d.h. jeder ist zumindest frei, das Bündnis wieder *aufzulösen* bzw. aus diesem Bündnis *auszuscheiden.* Genau das will Korte damit auch von der SPD behaupten: daß sie sich wieder zu einer *antikapitalistischen* Partei entwickeln kann.

Auf welchem Wege soll dies nach Kortes Meinung geschehen? Er meint, daß es für eine solche Entwicklung sogar *objektive Grundlagen* gibt:

„Wir gehen davon aus, daß in der gegenwärtigen Phase monopolistischer Kapitalakkumulation der Zwang zu staatlichen Eingriffen in den Verwertungsprozeß zunimmt. Konkret bedeutet dies wachsende staatliche Verfügung über Mehrwert und Produktionsprozesse zu Lasten privater Verfügungsrechte. Die objektiv (im Interesse des Gesamtkapitals) notwendigen Reformen stossen deshalb in der Realität stets auf den entschiedenen ökonomischen Widerstand herrschender Kräfte, entweder, weil sie deren ökonomische Interessen tangieren, oder weil sie politische bzw. ideologische Stützen ihrer ökonomischen Herrschaft einreißen."

Nun ist es sicher richtig, daß die „staatlichen Eingriffe in den Verwertungsprozeß zunehmen". Aber diese Tendenz ist eine *grundlegende* Tendenz im *gesamten* Stadium des Imperialismus, d.h. des monopolistischen Kapitalismus. Sie ist keineswegs auf eine bestimmte Phase *innerhalb* des Imperialismus beschränkt, und daher auch gar nicht so neu, wie es bei Korte erscheint. Was bedeuten aber diese „staatlichen Eingriffe"?

Nach Korte bedeutet dies eine „wachsende staatliche Verfügung über Mehrwert und Produktionsprozesse zu *Lasten privater Verfügungsrechte*". Daß durch die „zunehmenden staatlichen Eingriffe in den Verwertungsprozeß" die „staatliche Verfügung über Mehrwert und Produktionsprozesse" wächst, das ist banal – daß dies aber „zu Lasten privater Verfügungsrechte" geht, ist natürlich Unsinn. Denn die staatlichen Eingriffe erfolgen doch gerade zum Nutzen privatkapitalistischer Produktion (und mithin zum Nutzen privater Verfügungsrechte), zu deren Aufrechterhaltung und Fortbestehen. Das ist offenkundig, wenn man sich beispielsweise die Verwendung des staatlichen Haushalts („staatliche Verfügung über Mehrwert") oder auch staatliche Aktienbeteiligungen bzw. staatliche Unternehmen („staatliche Verfügung über Produktionsprozesse") ansieht. Bislang sind vom Staat ohnehin nur dort Aktien oder Unternehmen aufgekauft worden, die sich für den Privatkapitalisten wegen Verschuldung und defizitärer Umsatzentwicklung nicht mehr rentierten. Und jedesmal ist der vorherige Privatbesitzer nicht schlecht dabei gefahren; er erhielt eine stattliche Summe bzw. die Schulden wurden vom Staat ganz oder teilweise übernommen. Er war nun frei, wieder in einem rentableren Unternehmen zu investieren – seine „privaten Verfügungsrechte" wurden also nicht geschmälert, sondern gefördert.

Der Staat fördert natürlich auf diese Weise die weitere *Monopolisierung.* Für die *kleineren* Kapitalbesitzer geht diese Entwicklung ebenso natürlich „zu Lasten ihrer privaten Verfügungsrechte" – aber das ist nicht (bzw. nicht in erster Linie) eine Folge der „wachsenden *staatlichen* Verfügung über Mehrwert und Produktionsprozesse", sondern Folge des allgemeinen *Konkurrenzkampfes der Kapitalisten,* der schon längst zur Herausbildung der Monopole (und auch staatlicher Monopole) geführt hat.

Sehen wir weiter. Daß Korte nun vom „zunehmenden Zwang zu staatlichen Eingriffen in den Verwertungsprozeß" über „die wachsende staatliche Verfügung über Mehrwert und Produktionsprozesse zu Lasten privater Verfügungsrechte" ohne weitere Erläuterung zu den „objektiv (im Interesse des Gesamtkapitals) notwendigen Reformen" kommt, ist bereits irreführend. Denn offensichtlich bezieht er sich hier nur noch auf einen *Teil* der „staatlichen Verfügung über Mehrwert" – nämlich den Teil, der z.B. für Investitionen in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft verwandt wird (Ausbildung, Erholung usw.). Teilweise mögen hier auch andere Investitionen mit gemeint sein, wie z.B. Städteplanung, Ausbau des Verkehrsnetzes, wissenschaftliche Forschung usw., obwohl es hier nicht nur um das (langfristige) „Interesse des Gesamtkapitals", sondern auch um das (kurzfristige) Interesse einzelner Kapitalien, z.B. der an Großaufträgen interessierten Bauindustrie geht. Dieser Teil „staatlicher Verfügung über Mehrwert", den Korte großzügig mit dem Begriff der „objektiv notwendigen Reformen" umschreibt, ist keineswegs der größte Teil (und schon gar nicht der einzige, wie Kortes „Kunstgriff" vorspiegelt).

Tatsache ist nun aber, daß bei den Ausgaben für „Reformen" Widersprüche zwischen dem kurzfristigen Profitinteresse der Kapitalisten (oder bestimmter Kapitalisten) und dem langfristigen Interesse nach Sicherung der kapitalistischen Herrschaft auftreten – und nicht nur das, sondern vor allem auch Widersprüche zwischen verschiedenen Methoden und Mitteln zur Sicherung ihrer Herrschaft.

Dies spiegelt sich dann auch in unterschiedlichen politischen Auffassungen einzelner Kapitalisten (die ja auch nur *Individuen* ihrer Klasse sind) und verschiedener bürgerlicher Politiker und Bourgeois-Ideologen wider: sie haben zum Teil unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Methode und welches Mittel denn nun am zweckmäßigsten und erfolgreichsten zur Sicherung der bestehenden Ordnung ist.

Keineswegs ist es aber so, daß „*die* objektiv . . notwendigen Reformen . . . in der Realität *stets* auf den *entschiedenen* ökonomischen Widerstand herrschender Kräfte" stoßen. „In der Realität" war es trotz profitheischender Kurzsichtigkeit *mancher* Kapitalisten noch immer so, daß die Kapitalisten*klasse* sich sehr „einsichtig" zeigte in das, was ihr „Gesamtinteresse" an „objektiv notwendigem" gebot. Und daß die „objektiv (im Interesse des Gesamtkapitals) notwendigen Reformen" den Kapitalisten die „politischen bzw. ideologischen Stützen ihrer ökonomischen Herrschaft einreißen (!)" – das existiert wohl mehr im „systemüberwindenden" Wunschtraum des Artikelverfassers als „in der Realität".

Wie man sieht, enthält allein dieser eine Absatz aus Kortes Artikel eine Fülle von teils unbewiesenen und teils falschen Behauptungen, Verkürzungen usw. Darin baut sich aber eine für seine weitere Argumentation wichtige „These" auf, die wir kurz (man vergleiche noch einmal das Zitat) folgendermaßen zusammenfassen können:

Es besteht ein zunehmender Zwang zu staatlichen Eingriffen in den Verwertungsprozeß und zu Reformen, die einerseits im Interesse des Gesamtkapitals objektiv notwendig sind, die aber andererseits die ökonomischen Interessen der Kapitalisten beeinträchtigen und die politischen bzw. die ideologischen Stützen ihrer ökonomischen Herrschaft einreißen und die deshalb auch auf den entschiedenen Widerstand herrschender Kräfte stoßen.

Forts. nächste Seite

Forts. Seite 29

Nun verschlimmert sich diese peinlich verzwickte Situation für die Kapitalisten laut Korte aber noch dadurch, daß „angesichts des gegenwärtig notwendigen ‚Modernisierungsschubs' lediglich (!) eine reformistische Arbeiterpartei (also die SPD; AK-Redaktion) imstande (ist), dem Staate eine von bornierten Kapital- und Gruppeninteressen ausreichend autonome Machtbasis zu vermitteln . . . "

Der Schrecken hat für das Kapital kein Ende, und man hört den heiß ersehnten Zusammenbruch der kapitalistischen Ausbeuterordnung förmlich schon an die Tür pochen: die SPD tut zwar „objektiv im Interesse des Gesamtkapitals" das Richtige, aber sie reißt damit doch die Stützen der kapitalistischen Herrschaft ein – und das Kapital kann sich nicht einmal mehr eine andere Regierung berufen, weil „lediglich" die SPD als „reformistische Arbeiterpartei" imstande ist, „dem Staate eine von bornierten Kapital- und Gruppeninteressen ausreichend autonome Machtbasis zu vermitteln". Die SPD in der Maske des Totengräbers des Kapitals, der sich als dessen Hausfreund eingeschlichen hat –das wird den sozialdemokratischen Führern, die über ihr „Image" in der Arbeiterklasse besorgt sind, sicher sehr gefallen.

Aber ganz so schnell, wie man nach den vorherigen Darlegungen meinen könnte, ist es denn doch nicht zu Ende mit der Herrschaft der Bourgeoisie. Die Kapitalisten finden nämlich von unerwarteter Seite Unterstützung, um ihrem Schicksal zu wehren. Die SPD macht nämlich in der Regierung die Erfahrung, daß *„die bloße Wahlakklamation einer unpolitischen Bevölkerungsmehrheit in keiner Weise ausreicht, dem SPD-geführten Staatsapparat ausreichend Handlungsspielraum zur Überwindung einzelkapitalistischer Reformwiderstände zu vermitteln (besonders deutlich am Scheitern der Bemühungen um eine Steuerreform). Denn jeder ernsthafte Konflikt zwischen Regierung und Kapital, der sich in irgendeiner Form als krisenhafte Entwicklung ausdrücken muß, gefährdet kurzfristige Konsumchancen. Solange eine unpolitische Wählerschaft derartige Krisenerscheinungen der Regierung und nicht den Unternehmern selbst anlastet, bleibt die staatliche Politik in eine Wachstums- und Stabilitätskoalition zwischen Unternehmern und Wählern eingeklemmt."* (Zitat aus: „Juso" 11/12, 1971, S. 22) *und zwar um so mehr, als die unpolitische Reaktionsweise der Massen vom Kapital manipulativ instrumentalisiert werden kann durch die Herrschaft über wichtige Bereiche der Massenkommunikation."*

Von wem bekommt das Kapital also unerwartete Schützenhilfe? Von der „unpolitischen Bevölkerungsmehrheit', also von den Arbeitern und anderen Werktätigen! Die Regierung würde ja gern einen „ernsthaften Konflikt" mit dem Kapital ansteuern, wenn . . . ja, wenn die „unpolitische Wählerschaft", diese Schar von Tölpeln mit ihrer „unpolitischen Reaktionsweise" der Regierung dabei nicht in den Rükken fallen würde! Die Regierung will dem Kapital an den Kragen, aber die Massen lassen sich vom Kapital „manipulativ instrumentalisieren" gegen die Regierung!

Nun ist es auch heraus, *warum* die SPD nicht so *kann*, wie sie *will*. Nicht nur, weil ihre Reformen „durchaus offen erkennbar an kapitalistischen Interessenwiderständen und den Krisenmechanismen des Systems scheitern", wie Korte später noch schreibt, sondern weil die „unpolitische Wählerschaft" die mit Reformbemühungen verbundenen Krisenerscheinungen „der Regierung und nicht den Unternehmern selbst anlastet". Kurz: die Massen sind schuld! Hier entpuppt sich hinter der Maske des „linken" Sozialdemokraten waschechte kleinbürgerliche Arroganz.

Die „Kernfrage der Revolution"

Wenn wir die bisherigen Ergebnisse der Korteschen Untersuchung „Zur Einschätzung der ‚Linksentwicklung' der SPD" zusammenfassen, so ergeben sich vor allem zwei Faktoren: ein *objektiver*, der sich tendenziell gegen die Kapital-Herrschaft richtet und auf dessen Grundlage die SPD ihre „Reformpolitik" betreibt; und ein *subjektiver*, die „unpolitische Reaktionsweise der Massen", den das Kapital zur Stabilisierung seiner Herrschaft nutzt. Andererseits entwickelt sich in der SPD auch eine „Radikalisierung des Reformismus ihrer Mitgliederbasis", da „die Reformen durchaus offen erkennbar an kapitalistischen Interessenwiderständen und den Krisenmechanismen des Systems scheitern". Diese innerparteiliche Radikalisierung nimmt „konsequent eine anti-kapitalistische Stoßrichtung an", wodurch sich wiederum „der (scheinbar nach Godesberg beigelegte) Konflikt zwischen Kapitaleigentum und Partei" verschärft.

„Die SPD gerät als Regierungspartei mit der Radikalisierung des Reformismus ihrer Mitgliederbasis in eine ambivalente Situation:

Einerseits muß sie zur Durchsetzung der radikalisierten Reformvorhaben und Planungsinteressen ebenso wie in den verschärften Wahlkämpfen die lohnabhängigen Massen gegen Kapitalangriffe und Widerstände zunehmend entschiedener mobilisieren;

andererseits verbleibt sie, solange sie staatliche Funktionen im Kapitalismus ausübt, den Handlungszwängen kapitalistischer Krisenvermeidung notwendig unterworfen.

Und es ist *„vorauszusehen, daß die Partei sich auch in Zukunft in diesem Zwiespalt bewegen wird – mit der Tendenz, konsequente Mobilisierungsaktionen gegen die Kapitalherrschaft eher aufzufangen und (als „riskant") zu vermeiden, als solche Aktionen zielstrebig selbst in die Wege zu leiten."*

(„riskant" – weil die „unpolitische Wählerschaft" die „Krisenerscheinungen der Regierung . . . anlastet"? ? !)

Zum Schluß folgert Korte:

„Solange die ökonomische Machtstruktur der bestehenden Gesellschaft nicht durch eine breite Massenbewegung aller Teile der Arbeiterklasse von der Basis her aufgebrochen wird, kann (!) die SPD als die moderne ‚Staatspartei' des hochkonzentrierten Kapitalismus deshalb ihre objektive Funktion als ‚Grenzträger kapitalistischer Herrschaft' nicht überwinden."

Also: zuerst mal muß eine „breite Massenbewegung" (spontan?) entstehen, damit die SPD ihre bisherige Rolle als Partei des Kapitals überwinden „kann" und zu einer antikapitalistischen, sozialistischen Partei werden „kann".

Das reiht sich in die Argumentations-Kette von Korte ein. Er geht ja davon aus, daß die „unpolitische Bevölkerungsmehrheit" ein wesentliches Hindernis ist, daß die SPD davon abhält, eine Konfrontation mit dem Kapital zu „wagen". Die SPD ist „eingeklemmt" (!) in eine „Stabilitätskoalition (!!) zwischen Unternehmern und Wählern", wie Korte waghalsig schreibt. Also muß die SPD erst mal raus aus dieser „Klemme", die Massen müssen erst einmal damit aufhören, so verdammt unpolitisch zu sein, und dann wird schon alles gut werden mit der SPD.

Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß eine breite Massenbewegung der Arbeiterklasse durchaus nicht dazu führt, daß die SPD als P a r t e i (und gar als Regierungspartei) vom Kapital abrückt.

Zweifellos gab es 1918 eine sehr breite Massenbewegung der Arbeiter. Weit entfernt davon, sich auf diese Massenbewegung zu stützen, verbündete sich die SPD umso enger mit dem Kapital. Es ist bekannt, daß die SPD aus Angst vor der sozialistischen Rätebewegung lieber jene Kräfte zu Hilfe rief (Freikorps), die dann auch der bürgerlichen Republik schließlich den Todesstoß versetzen sollten.

Es ist eben durchaus nicht so, daß die SPD bloß auf eine Massenbewegung w a r t e t, um endlich die Rückendeckung für eine Konfrontation mit dem Kapital zu erhalten. Im Gegenteil: nichts fürchtet die SPD mehr als eine Massenbewegung.

Zweifellos führt die Verschärfung der Widersprüche und der Klassenkämpfe zur Herausbildung einer vielgestaltigen „Linken" in der SPD. Es hat sich gezeigt, daß hieraus größere Abspaltungen hervorgehen können (Spartacus-KPD, USPD, SAP), aber keinesfalls eine „Machtübernahme" durch die Linken. Ein solches Ziel ist völlig illusorisch, gibt den innerparteilichen Auseinandersetzungen eine falsche Stoßrichtung.

Nehmen wir die SPD, so wie sie heute ist. Der Anteil der Arbeiter an den Neueintritten nimmt ständig ab, die SPD kann derzeit kaum noch als Arbeiterorganisation bezeichnet werden (hinsichtlich ihrer Mitgliederstruktur). Nun mögen sich die Jusos und andere SPD-„Linke" bemühen, in stärkerem Maß Arbeiter für die SPD zu gewinnen. Da stellt sich dann aber doch die Frage, welchen Sinn es hat, erst der SPD (und das heißt doch zunächst vor allem auch der Parteiführung) die Hasen in die Küche zu treiben, um d a n n (vielleicht irgendwann einmal) diese Arbeiter im Rahmen der SPD für den Sozialismus zu gewinnen, statt g l e i c h eine selbständige sozialistische Agitation und Propaganda gegenüber der Arbeiterklasse aufzunehmen.

Was ist die Funktion des Artikels von Korte? Er reiht sich ein in die prinzipielle Polemik des SB („links") gegen jede selbständige sozialistische Organisierung. Oft kommt diese Polemik in der super-„linken", anti-autoritären Maske unter Schlagworten wie „Selbstorganisation', „Basisorganisation" u.ä. Die Kehrseite des „Januskopf" des SB ist bei Korte die Beschönigung der SPD. Nichts mehr von schönen Worten wie „Basisorganisation", Dafür der nackte Hinweis, daß wir keine selbständige Partei des Proletariats brauchen, weil alle Ziele sich erreichen lassen durch die Arbeit innerhalb der SPD, durch deren allmähliche Entwicklung nach links. Das zeigt, daß hier – unter auswechselbarer Bühnenausstattung – prinzipiell das Geschäft der SPD besorgt werden soll. ■

Kritik der Redaktion am Artikel »Preissteigerungen – eine Waffe des Kapitals« (AK 29)

Der Artikel zu den Preissteigerungen in AK 29 enthält politische Fehler. Da die Redaktion in diesem Fall ihre Verpflichtung zur politischen Kontrolle der Zeitung nicht erfüllt hat, ist das Folgende auch als Selbstkritik zu verstehen.

1. Im Artikel wird ausgesagt, daß in den RgW-Ländern die Preise stabil seien, im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern (RgW = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, d.h. die revisionistischen Länder Osteuropas).

Diese Behauptung ist selbstverständlich falsch! Besonders deutlich wurde das, als sich im Dezember 1970 die polnischen Arbeiter gegen krasse Preissteigerungen u.a. bei Lebensmitteln zur Wehr setzen mußten. Die Revisionisten versuchten damals, die Massenbewegung zu unterdrücken, indem sie auf Arbeiter schießen ließen.

In vielen RgW-Ländern setzen sich Preissteigerungen vor allem über den „Schwarzen Markt" durch, der sich mehr und mehr ausbreitet. Dort werden zum Teil lebenswichtige Güter gehandelt (z.B. frisches Gemüse), und zwar zu wesentlich höheren Preisen als den offiziell festgesetzten. Das ist möglich, weil diese Güter knapp sind, und weil auf der anderen Seite der private Sektor im Vordringen ist.

Speziell in der Sowjetunion verkaufen z.B. die Bauern ihre Lebensmittel auf Märkten in den Städten zu erheblich höheren Preisen, als sie in den staatlichen Läden verkauft werden – aber oft gar nicht zu haben sind.

Die Behauptung von der angeblichen Preisstabilität in den RgW-Ländern zeigt, daß über diese Länder immer noch Illusionen bestehen. Dazu muß gesagt werden, daß unsere Organisation an dieser Front bisher nicht genügend gearbeitet hat (Untersuchungsarbeit – Schulung – Agitation und Propaganda).

2. Als Antwort auf die Preissteigerungen lautet die Empfehlung des Artikels: „Nur Lohnerhöhungen gleichen die Preissteigerungen aus".

Diese Aussage ist richtig, wenn damit gesagt werden soll, daß die Arbeiter gegenwärtig den Kampf gegen Preissteigerungen nur auf dieser Ebene, durch den Lohnkampf führen. Diese Aussage versperrt aber – so ausschließlich, wie sie im Artikel steht – die Erkenntnis, daß allein durch den Lohnkampf den Preissteigerungen natürlich nicht beizukommen ist.

Da die Kapitalisten den Klassenkampf allseitig führen und über den Staat verfügen, können sie Lohnerhöhungen auf vielerlei Art wieder „auffangen". Solange die Arbeiter sich – wie es heute der Fall ist – fast ausschließlich auf den Lohnkampf beschränken, können sie allenfalls einen Abwehrkampf gegen das Kapital führen und bestimmte Maßnahmen der Kapitalisten (wie z.B. Preissteigerungen, Arbeitshetze, Steuererhöhungen) in ihrer Wirkung abschwächen, aber nicht aufheben. Das kann nur im politischen Kampf um den Sozialismus geschehen.

In der Tendenz macht der Artikel einen ähnlichen Fehler, wie er beim NRF Heidelberg p r i n z i p i e l l vertreten wird, wo es heißt:

„... So kann es nicht weitergehen. Und die Arbeiter wissen, der einzige Hebel liegt im selbständigen Kampf um den Lohn." („Arbeiterzeitung", Juni 73).

U.a. zu dieser Frage soll ein ausführlicher Artikel noch im nächsten AK folgen. ■

Familien-Streit

Umbenennugs-Konferenz des Zirkelblocks

Anfang Juni hat sich der Zirkelblock NRF Heidelberg/KB Bremen umbenannt in „Kommunistischer Bund Westdeutschland".

„Schwerwiegende Differenzen", die bisher „nicht endgültig geklärt" werden konnten, sind dabei über die Einschätzung der Klassenkampfsituation in Westdeutschland aufgetreten. Die Zeitung „Wahrheit" des KBB (Mai/Juni) hatte wenige Wochen vor der Umbenennung „Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten" veröffentlicht. Dieses Thesenpapier wurde von der Umbenennungskonferenz mehrheitlich zurückgewiesen, ohne daß die Bremer Genossen von der Falschheit ihrer Vorstellungen überzeugt werden konnten.

Auf den Inhalt der Auseinandersetzung innerhalb des Zirkelblocks, die jetzt zutage getreten ist – wie auch Anfang 73 die Differenz in der Frage der Gewerkschaftsarbeit – wollen wir voraussichtlich im nächsten ARBEITERKAMPF ausführlicher eingehen, wenn uns mehr Material dazu vorliegt.

Die Widersprüche, die zunächst Anfang 73 um die Gewerkschaftsarbeit und nunmehr um die „Taktik der westdeutschen Kommunisten" offener ausgebrochen sind, lassen sich bis vor die Anfänge der Zusammenarbeit zwischen NRF und KBB (Anfang 72) zurückverfolgen. Bereits in dem unterschiedlichen Auftreten von NRF einerseits und KBB andererseits während der Metalltarifrunde 71 sind diese Widersprüche klar zu erkennen.

Dennoch sind diese Differenzen zunächst einmal kunstvoll verkleistert worden, jedenfalls wurden sie nicht zum Gegenstand einer offenen Auseinandersetzung vor der kommunistischen Bewegung gemacht. Zwar wurde ständig in öligen Worten die Notwendigkeit offener Auseinandersetzungen scheinheilig beschworen; geführt wurde diese Auseinandersetzung aber nicht.

Es nützt auch nichts, wenn die Bremer Führer jetzt ihren „Thesen" dummfrech ein Zitat von Rosa Luxemburg anfügen, in dem es u.a. höchst zutreffend heißt:

„Nun weiß heute jeder einigermaßen klassenbewußte Proletarier, daß die freie und offene Kritik, der lebhafte Meinungsaustausch, das rege geistige Leben gerade die Existenzbedingung, die Lebensluft für die moderne Arbeiterbewegung ist..."

Das wagen dieselben Leute zu zitieren, die bis zum Äußersten einer offenen Auseinandersetzung mit ihren Heidelberger „Freunden" aus dem Weg gegangen sind, und die gegenüber dem KB ihre Polemik vorwiegend auf Verdrehungen und Fälschungen aufgebaut haben. – Weniger gedrechselte Worte und erbauliche Zitate, stattdessen eine offene und ehrliche Auseinandersetzung um die Grundfragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Tatsächlich ist eine einheitliche Einschätzung der gesellschaftlichen Situation Voraussetzung für das einheitliche Handeln in einer gemeinsamen Organisation. Stattdessen hat sich der Zirkelblock darauf konzentriert, „programmatische" Plattheiten von fast zeitloser Schönheit und Gültigkeit zur Basis seiner „Einheit" zu machen – in der Machart, daß die BRD ein imperialistisches Land ist, daß die proletarische Revolution unausbleiblich ist, daß der Opportunismus bekämpft werden muß und andere schöne Schnacks.

Im Gegensatz zu der marktschreierischen Ankündigung dieses „Programms" als ganz großer Knüller leisten solche Plattheiten überhaupt nichts für die Einheit der Kommunisten. Das wird daran deutlich, daß sich überhaupt erst j e t z t – nach weit mehr als einjähriger Zusammenarbeit und n a c h Gründung einer einheitlichen Organisation – die Genossen über ihre unterschiedliche Einschätzung der gesellschaftlichen Situation zu streiten beginnen.

W i e jetzt die Auseinandersetzung im Zirkelblock geführt werden soll, ist auch interessant. Selbst die „Rote Presse" der Hamburger SSG (Sympathisanten des NRF) moniert den Diskussionsstil auf der Umbenennungskonferenz, „der ihrer Ansicht nach nicht geeignet war, die Bremer Genossen ihre Fehler erkennen zu lassen".

Weiter ist zu erfahren, daß das frisch gewählte ZK des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland" sich darum kümmern will, „den Kampf um die Durchsetzung der richtigen Linie in der Bremer Ortsgruppe ... zu führen" (nach „Rote Presse"). Die „richtige Linie" steht also von vornherein fest, jetzt muß sie „nur" noch in der Bremer Gruppe (die zahlenmäßig bei weitem stärkste und vor allem die am meisten im Proletariat verankerte Gruppe des KBW überhaupt!) „durchgesetzt" werden. Das wird aber unserer Einschätzung nach ein Brocken werden, an dem sich das „ZK" verschlucken könnte. ■

Über die Auseinandersetzungen bei der „Hamburger Morgenpost“:

Ein Beispiel sozialdemokratischer Presse-Politik

„Mutti, Mutti, hier gibt's Rosen“ – mit dieser Schlagzeile jubelte die „Hamburger Morgenpost“ ihren Lesern am 21. Juni die rührende Story einer siebenköpfigen Familie unter. Weil die SPD-Zeitung ihr eine 118 qm große Wohnung mit Garten für 200 Mark verschaffte, brauchte sie nicht ins Obdachlosen-Asyl. Der Pferdefuß dieser „sozialen Tat“: Die Wohnung liegt im Komplex der Häuser Graumannsweg und Eckhofstraße, die vom Wohnungsunternehmen BEWOBAU, einer Tochterfirma der NEUEN HEIMAT, aufgekauft wurde und in einem Jahr zugunsten teurer Eigentumswohnungen verschwinden sollen.

Knapp einen Monat nach der brutalen polizeilichen Räumung des von Jugendlichen seit dem 19. April besetzten Hauses E khofstraße 39 im Morgengrauen des 24. Mai konstatierte die „Morgenpost“ zynisch „Tränen des Glücks“ in den Augen der Familie, „die in einer solchen Wohnung für begrenzte Zeit wohnen darf“.

Mit solch offener sozialer Demagogie, in der die auflagenstärkste SPD-Zeitung (verkaufte Auflage: 244.000) Springers „Bild“ in nichts nachsteht, wurde ein bezeichnender Schlußstrich unter den jüngsten „Skandal“ um die Hamburger „Morgenpost“ gezogen: Eine unter unzähligen von der Wohnungsnot betroffenen Arbeiterfamilien bekam vorübergehend eine menschenwürdige Bleibe – nur, weil das SPD-Blatt das von einigen fortschrittlich-liberalen Morgenpost-Schreibern angekratzte Image der Sozialdemokratie und der mit ihr verbundenen Organe (Senat, Bewobau, Polizei) pflichtschuldigst wieder aufpolieren wollte.

Entlassung von zwei Redakteuren

Denn im Gegensatz zu Springers „Bild“, die die Besetzung des Hauses Ekhofstraße 39 weidlich ausschlachtete, um die beteiligten Jugendlichen als „kriminelle Elemente“ zu diffamieren, hatten sich einige „Morgenpost“-Redakteure wenigstens ansatzweise bemüht, die politischen Motive der Hausbesetzer zu erklären und den Polizei-Einsatz zu kritisieren – aus welchen Gründen auch immer.

Als Andreas Conradi nach der Räumung in seinem Kommentar „Zugzwang“ schrieb, daß die Praktiken der Bewobau, ihre Kapital-Interessen gegen die berechtigten Forderungen der Hausbewohner durchzusetzen, nicht mit der Polizei, sondern mit einer anderen Politik beseitigt werden müßten, griff die SPD-Spitze hart durch:

Am 1. Juni wurden die Chefs vom Dienst Andreas Conradi und Werner Irle gekündigt. Vorausgegangen war ein offenbar von der Verlagsleitung inspiriertes Schreiben von fünf Ressortleitern an Chefredakteur Bodo Grosch, in dem sie die Berichterstattung über die Ekhofstraße zum Anlaß nahmen, sich vom „zunehmenden Linksdrall“ der „Morgenpost“ zu distanzieren.

Am darauffolgenden Wochenende nahm der Betriebsratsvorsitzende der „Morgenpost“ und stellvertretende Lokalchef, SPD - Mitglied Wehrhart Otto, seinen Hut. Partei- und Verlagsspitze hatten ihn in einem Gespräch dazu bewogen. Der Anlaß: Otto hatte am Abend vor der Räumung des Hauses Ekhofstraße 39 per Telefon einige ihm persönlich bekannte Hausbesetzer über die bevorstehende Polizeiaktion informiert, „um ein Blutbad zu vermeiden“. Die in verschlüsselter Form („Ich pack' die Badehose ein und fahr' an die Ostsee“) im Beisein von Kollegen durchgegebene Vorwarnung bezahlte er mit dem Rücktritt vom Posten eines unkündbaren (!) Betriebsrates. Seine Begründungen waren widersprüchlich. Einmal gab er vor, daß ihm die politische Linie des Blattes nicht mehr passe, zum anderen betonte er, durch seine Einzelaktion die politisch begründeten Kündigungen von Conradi und Irle nicht in Mißkredit bringen und den Betriebsrat nicht in einer so kritischen Situation in seiner Arbeit behindern zu wollen.

Solch wohltönende politische Phrasen können jedoch nicht bemänteln, daß er seine Kollegen in einem entscheidenden Moment im Stich gelassen hat. Völlig überrascht von den ersten beiden Kündigungen hatte die Redaktion auf die Unterstützung ihres Betriebsratsvorsitzenden gerechnet. Sein „freiwilliges Ausscheiden“ versetzte sie in totale Resignation und Verunsicherung. Ihre Forderung nach einer Analyse der Ekhofstraßen - Berichterstattung zum Zweck, die künftige politische Linie des Blattes zu klären, wurde von der Chefredaktion abschlägig beschieden. Ein Versuch, die Drukker und Setzer des Hauses zu solidarisieren, fand nicht statt. Dabei hätte man gerade in diesem Fall einen klaren inhaltlichen Ansatz gehabt. Denn die Repressionen wurden durch die kritische Berichterstattung über Bodenspekulationen ausgelöst, von denen alle Arbeiter betroffen sind.

Die Arbeit des Betriebsrates in dieser kritischen Lage sah so aus, daß er offen mit Kapitalisten-Argumenten auftrat. Er versuchte, die Differenzen intern zu bereinigen mit der Begründung, eine Diskussion des Krachs in der Öffentlichkeit schade der Auflage und gefährde so die Sicherheit von 1.000 Arbeitsplätzen. Dieses Argument sollte lediglich von der zunehmend reaktionären und unpolitischen Berichterstattung der „Morgenpost“ ablenken.

Illusionen über die SPD

Schon im März 1972 reichten die Ressorts Politik und Magazin geschlossen ihre Kündigung ein, weil unter dem damaligen Chefredakteur Wolf Heckmann das Blatt weitgehend entpolitisiert wurde. Ihr Protest blieb aber folgenlos, weil er sich im internen Kampf um redaktionelle Mitbestimmung erschöpfte und nicht die politischen Ursachen des „Morgenpost“-Kurses bloßlegte.

Einige Versuche, die Auseinandersetzungen in die Öffentlichkeit zu tragen (Protestversammlung der zur IG Druck und Papier gehörigen Deutschen Journalisten Union, dju) hatten nur den Effekt, daß Heckmann, weil er das Geschäft der Entpolitisierung nicht geräuschlos genug abwickelte, vom obersten SPD-Zeitungspräsidenten Alfred Nau geschaßt und durch Bodo Grosch ersetzt wurde.

Am Kurs der „Morgenpost“ hat sich dadurch nichts geändert. Und daß Grosch das Gleiche wie seinem Vorgänger blüht, wenn es ihm nicht gelingt, die im Vertrag eines jeden „Morgenpost“-Redakteurs verankerte Verpflichtung zur „sozialdemokratischen Grundhaltung“ durchzusetzen, steht außer Frage.

Warum sich die „sozialdemokratische Grundhaltung“ nicht mit kritischer Berichterstattung verträgt – diese Kernfrage blieb auch im jüngsten „Morgenpost“-Eklat wieder am Rande. Wie 1972 zeigte sich erneut die Tendenz, die Vorfälle als ein SPD-internes Problem hinzustellen, das sich auch innerhalb der Partei lösen läßt, wenn man es nur richtig angeht.

Entsprechend protestierten denn auch die Hamburger Jusos in einem mit dem Ortsvorstand der Hamburger dju gemeinsam herausgegebenen Flugblatt gegen die Kündigungen mit der Stoßrichtung, daß so etwas mit einem Redaktions-Statut nicht passiert wäre.

Dabei haben alle bisher statutenmäßig verankerten Mitbestimmungsversuche in der Praxis gezeigt, daß sie nur so viel wert sind wie das Papier, auf dem sie stehen. Denn in den entscheidenden Interessens-Konflikten zwischen Arbeitern und Angestellten einerseits und Unternehmern andererseits finden letztere hinreichende Möglichkeiten, solche Statute außer Kraft zu setzen. Und da macht auch die SPD keine Ausnahme.

Die Jusos und ihnen nahestehende gewerkschaftlich organisierte Journalisten vertreten die Auffassung, daß die „Morgenpost“-Affäre die Unfähigkeit der gegenwärtigen SPD-Führung beweise, ihre „an sich fortschrittlichen medienpolitischen Vorstellungen“ durchzusetzen. Mal ganz abgesehen von der Begrenztheit des SPD-Konzeptes zur Medienpolitik beinhaltet diese Auffassung schon dort illusionäre Voraussetzungen, wo sie der SPD-Führung zwar die Fähigkeit abspricht, aber ihr gleichzeitig den Willen zur Durchsetzung einer fortschrittlichen Mitbestimmung zubilligt. Von da an ist es dann zwar eine logische (aber eben nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende!) Schlußfolgerung, daß bei genügendem „Druck von der Basis“ auf alle SPD-Gremien, vom Landesparteitag über die Medienkommission bis zum Bundestag, eine Lösung zu erzielen sei.

In diese Richtung versucht auch der Ortsvereinsvorstand der Hamburger dju, die Aktivitäten seiner Mitglieder zu dirigieren. Ansätze dazu, in solch beispielhaften Fällen die immer wieder propagierte Solidarität zwischen Journalisten und Druckern zu erreichen, wurden unterdrückt zugunsten folgenloser Appelle an SPD-Gremien.

Die betroffenen Journalisten, denen von der Partei gerade drastisch gezeigt wurde, in welche Richtung der Zug fährt, lassen sich durch die illusionäre Oppositionspolitik der Jusos immer wieder an die SPD binden. Auch die in anderen Zeitungsbetrieben unter den gleichen Zwängen arbeitenden Kollegen werden so in dem Trugschluß bestärkt, daß die SPD Vorreiter sein könne für eine grundlegende Veränderung ihrer Situation.

Im Einsatz für die Realisierung derartiger Illusionen werden Aktivitäten ganz im Sinne der SPD-Spitze fehlgelenkt und die wahren Ursachen verschleiert. Denn die SPD hat sich keineswegs als unfähig erwiesen, ihre tatsächlichen Vorstellungen durchzusetzen, wie die Auseinandersetzungen bei der „Morgenpost“ zeigen. Sie hat ihre auf Kritiklosigkeit gegenüber dem kapitalistischen Staat zielenden Interessen im Gegenteil rigoros und systematisch durchgesetzt.

Im Frühjahr 1974 finden in Hamburg die Bürgerschaftswahlen statt. Deshalb will die Hamburger SPD es sich nicht leisten, daß ihr Partei-Organ Praktiken enthüllt, die den Lesern klarmachen könnten, wie fadenscheinig der sozialdemokratische Anspruch ist, die Interessen der Arbeiter gegen die des Kapitals zu vertreten.

Mit dem eingangs geschilderten Beispiel der Verschleierung sozialer Mißstände soll deshalb die im Zusammenhang mit der Hausbesetzung in der Ekhofstraße laut gewordene Kritik „korrigiert“ werden – als Beitrag zur Vorbereitung der SPD, sich im kommenden Jahr wieder das „Vertrauen der Wähler“ zu holen. ■

Journalisten-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Noch einmal zur Ekhofstraße:

Spiel mit verteilten Rollen

Anfang Juni veröffentlichte die NEUE HEIMAT in den großen Hamburger Tageszeitungen eine ganzseitige Darstellung „zum Thema Ekhofstraße“, in der es angeblich darum geht, „den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse und das Verhalten ihrer Tochtergesellschaft Bewobau einmal chronologisch in der Öffentlichkeit darzustellen“.

Offenbar sah sich die NEUE HEIMAT zu dieser aufwendigen „Informationsoffensive“ genötigt, weil der Unmut der Bevölkerung über die Wohnungsprobleme trotz übelster Diffamierung der Hausbesetzung als „krimineller Akt“ weiter wächst. Aber nicht nur das. Die gewaltsame und brutale Räumung der Ekhofstraße hatte vielen Menschen das enge Zusammenspiel und die Interessenverflechtung zwischen der NEUEN HEIMAT, dem SPD-Senat und der Polizei vor Augen geführt. Es wurde erneut deutlich, daß die Wohnungsprobleme der Bevölkerung bei keiner dieser Gesellschaften und staatlichen oder kommunalen Gremien gut aufgehoben sind, daß die Bevölkerung mit ihren Interessen **einem einzigen** Gegner gegenübersteht, der nur in verschiedener Gestalt auftritt.

Entgegen aller Ankündigung ist die Absicht der NEUEN-HEIMAT-Darstellung, genau dieser Erkenntnis entgegenzuwirken, indem ein Bild voneinander unabhängiger Gruppen im Fall „Sanierung“ vorgespiegelt wird: „Sanierungsbedürftigkeit festgestellt“ – „Hansestadt an Sanierung interessiert“ – „Gespräch der Baubehörde mit der Bewobau“ – „Amt für Wohnungswesen stellt Ersatzwohnungen für Altmieter bereit“ – usw.

Tatsache ist jedoch, daß die grundsätzliche Interessensgleichheit zwischen den verschiedenen Gesellschaften, Behörden usw. auch durch personelle Verflechtung abgesichert ist – und daß schon allein diese personelle Verflechtung das „Spiel mit verteilten Rollen“ entlarvt. Dazu einige Beispiele:

Die Baubehörde ließ durch die „Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen“ (GEWOS) die „Sanierungsbedürftigkeit“ des Geländes in Hamburg-Hohenfelde feststellen. Die GEWOS ist aber eine Tochter- bzw. Schwestergesellschaft der NEUEN HEIMAT bzw. BEWOBAU, die das „sanierungsbedürftige“ Gebiet aufgekauft hat. Hinzu kommt, daß 4 Angestellte der Baubehörde das Gutachten als „Nebenarbeit“ in der GEWOS mitangefertigt haben.

Eine Schmierenkomödie zog der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete John Leiding am 28. September letzten Jahres ab: Mit gespielter Naivität fragte er nach den Gründen, die bei der geplanten Stadterneuerung am Graumannsweg zu „Schwierigkeiten mit den Mietern“ geführt hätten. Schmierig deshalb, weil er als Vorsitzender des Bauausschusses der Hamburger Bürgerschaft genau über die Pläne der BEWOBAU bescheid wissen mußte. Zudem verbinden ihn verwandtschaftliche Beziehungen zur NEUEN HEIMAT: Sein Bruder Hans Leiding, SPD-Abgeordneter bis 1966, ist Prokurist in der Zentralverwaltung der NEUEN HEIMAT, und außerdem SPD-Delegierter in der Deputation der Hamburger Baubehörde, einem parlamentarischen Gremium, das über alle Hamburger Bauvorhaben informiert wird.

Weitere Beispiele personeller Verflechtung zwischen der NEUEN HEIMAT und der SPD-Bürgerschaftsfraktion bzw. dem Senat sind:

- Adalbert Höhne, amtierender SPD - Bürgerschaftsabgeordneter und gleichzeitig Geschäftsführer der NEUEN HEIMAT NORD
- Wolfgang Vermbrock, Vorstandsmitglied der NEUEN HEIMAT und gleichzeitig Deputierter der Finanzbehörde (die sich mit Finanzierungen von Bauvorhaben befaßt) und Deputierter der Behörde für Wirtschaft und Verkehr (die über gewerbliche Aspekte bei Bauplanungen mitredet).
- Oswald Paulig, SPD-Landesvorsitzender und gleichzeitig im Beirat der NEUEN HEIMAT'
- Herbert Weichmann, früherer SPD-Bürgermeister und ebenfalls im Beirat der NEUEN HEIMAT.
- Hans Saalfeldt, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, Kreisvorsitzender des DGB und Mitglied im Aufsichtsrat der NEUEN HEIMAT.
- Heinz Scholz, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, Kreisvorsitzender der IG-Metall und ebenfalls im Aufsichtsrat der NEUEN HEIMAT,
- schließlich Heinz Ruhnau, der als Innensenator mit dem Einsatzbefehl für die Polizei nicht nur die Interessen der NEUEN HEIMAT und zahlreicher Parteifreunde schützte, sondern auch seine eigenen: er ist Aufsichtsratsmitglied der NEUEN HEIMAT NORD.

Die Reihe ließe sich fortsetzen. Aber es genügt, um die Argumentation von den angeblich „voneinander unabhängigen Gruppen“ der Lüge zu überführen. Im Kapitalismus sind die ökonomischen und die politischen Machtträger auch personell derart untereinander verfilzt, daß sie ein größtmögliches Zusammenspiel gegen die Interessen der Bevölkerung gewährleisten.

Die aufgeführten Beispiele lassen aber auch erahnen, warum es mit einem Mal möglich war, auf so unbürokratische Weise (und zum Niederhalten des Protestes!) 80 Sozialwohnungen für die vertriebenen Altmieter zur Verfügung zu stellen, wo doch allein in Hohenfelde 1500 bedürftige Familien seit langem auf eine Wohnung warten.

Kommen wir abschließend aber noch zu einem anderen Punkt in der Presse-„Darstellung“ der NEUEN HEIMAT. Es seien „Sozialwohnungen von Anfang an geplant“ gewesen, heißt es dort – und die NEUE HEIMAT beklagt sich darüber, daß dies „in der Berichterstattung meist verschwiegen worden“ sei. Dabei hatte Norbert Tietz, Geschaftsführer der BEWOBAU, noch vor einigen Wochen den Vorschlag der Mieterinitiative Hohenfelde, für die gekündigten Mieter Sozialwohnungen zu bauen, folgendermaßen beantwortet: „Der Bau von Sozialwohnungen ist für uns eine Frage der Kosten“.

Wohl ungewollt hat Tietz damit selbst den Schleier der Demagogie gelüftet, der über dem ganzen „sozialen Wohnungsbau“ lastet: daß dieser nämlich nicht danach bemessen wird, welche Bedürfnisse die Menschen haben, sondern wie alles in der kapitalistischen Klassengesellschaft danach, welche Kosten er verursacht, sprich: welche Profite er einbringt. Aber es hätte eigentlich auch nicht mehr dieses Eingeständnisses von Tietz bedurft. Denn diese Tatsache läßt sich auch am allgemeinen Rückgang des „sozialen Wohnungsbaus“ zugunsten des Baus von Eigentumswohnungen und Projekten à la Kongreßzentrum ablesen:

„Die Zahl der Sozial-Neubauten ... sackte von 1959 bis 1970 von 301.000 auf 134.000 ab. Der Anteil der Sozialbehausungen rutschte in der gleichen Zeit von 51 auf 28 Prozent.“
(SPIEGEL, Nr. 45/1972)

Auf diesem Hintergrund zeigt sich das Versprechen der NEUEN HEIMAT, in Hohenfelde unter anderem doch Sozialwohnungen bauen zu wollen, als Versuch, der zunehmenden Kritik an der kapitalistischen Wohnungspolitik die Spitze zu brechen. Außerdem bleibt völlig offen, ob die Herren von der NEUEN HEIMAT ihr Versprechen nicht noch bis zum endgültigen Bau in der Versenkung verschwinden lassen oder aus irgendwelchen „rationellen Gründen“ zurücknehmen. Mit blendenden Versprechungen sind kapitalistische Geschäftsführer und bürgerliche Politiker noch nie geizig gewesen. ■

KB/Gruppe Hamburg
Bezirksgruppe StGeorg/Hamm

Ein Clown schminkt ab



Ein seltsames Flugblatt landete bei unserer Redaktion. Es zeigt oben die vertrauten fünf Köpfe: Marx, Engels usw. Aber Mao's Kopf ist mit zwei dicken roten Balken durchkreuzt. Das läßt Unheil ahnen. Und so ist es denn auch. Da wird in übelster Weise gegen China vom Leder gezogen: der ganze Indochina-Krieg sei nur entstanden, weil Mao anderen Völkern seine Ideen aufzwingen wolle; auch am Faschismus in Indonesien sei China Schuld; China habe die Palästinenser zum bewaffneten Kampf aufgehetzt usw. usf. – Offen provokatorisch wird schließlich behauptet, „chinesische Instrukteure" hätten dem Herausgeber des Flugblattes befehlen wollen, sich mit der westdeutschen Bourgeoisie zu verbünden. Das alles, so wie es da steht, hat auch mit Trotzkismus oder Anarchismus oder sonst einer „linken" Verwirrung absolut nichts mehr zu tun – das sind vielmehr genau die Worte und „Argumente" der Sowjet-Revisionisten und ihrer Nachbeter gegen China. Hier soll vorhandene Kritik an einigen Zügen der chinesischen Außenpolitik auf die revisionistischen Mühlen gelenkt werden. Eine klare Provokation! Und von wem ist der Mist? Irgend ein „revolutionärer Bund" steht oben drüber. Kennt keiner, nie gehört. Aber da, auf der Rückseite steht's: verantwortlich Günter Ackermann... Na, dann!...

Wenige werden heute noch wissen, wer dieser Ackermann ist. Dabei hat er vor einigen Jahren, sozusagen an der Wiege der westdeutschen „ML"-Bewegung, noch eine „bedeutende" Rolle gespielt.

Ackermann ist „Flüchtling" aus der DDR, war dort bei der VoPo, hat nach eigenen Angaben dort fürs MfS (Ministerium für Staatssicherheit) gearbeitet. Im April 1967 gründete Ackermann in einem schaurigen Happening mit dem Gastwirt Werner Heuzeroth eine sogenannte „Freie Sozialistische Partei/ML" (FSP/ML). Also 20 Monate, bevor in Hamburg Ende 1968 die Gründung der „KPD/ML" über die Bühne ging. Beide „Parteigründer" hatten keine Verbindung zur Arbeiterbewegung, niemand hatte vorher von ihnen gehört, ihr Auftreten war das politischer Deppen.

Was ausgerechnet diese beiden veranlaßt hatte, die erste „ML"-Partei der BRD zu gründen, war nicht zu klären. So lag schon damals der Verdacht nahe, daß Kräfte im Hintergrund bemüht waren, sich mit einer möglichst frühen „Parteigründung" in die sich gerade erst entwickelte Kommunistische Bewegung einzuschalten und sie von vorneherein in ein bestimmtes Fahrwasser zu lenken, sie auf den Horror-Trip eines fruchtlosen und abschreckenden Schwadronierens und sektiererischer Mätzchen zu lenken. Das verlief zunächst nicht ohne Erfolg.

Als der Herausgeber des seit Juli 1967 erscheinenden „Roten Morgen" zur Gründung der KPD/ML rief, war der ewig agile Ackermann wieder vorneweg:



Es waren Ackermann und Heuzeroth, die zusammen mit Aust im Frühjahr 1968 enthusiastisch auf eine „Parteigründung" drängten, als kommunistische Genossen die Folgen einer leichtfertigen „Parteigründung" ins Blaue schon damals richtig einschätzten und entschieden davor warnten.

Es waren Ackermann und Heuzeroth, die Aust im Sommer 1968 dabei unterstützten, einen proletarischen Genossen, ehemals langjähriger KPD-Funktionär, als „Agenten der Revisionisten" (!) zu diffamieren und abzuschiessen, nachdem dieser Genosse kurz zuvor zum politischen Leiter der Gruppen um den „Roten Morgen" gewählt worden war.

Zum Dank für seine „Verdienste" gelangte Ackermann bei der Gründung der „KPD/ML" sogleich ins „ZK". Hamburger Genossen, die sich im September 68 von Aust getrennt hatten, „weil die Bewegung in den Sumpf führt", warnten damals:

„Welche Arbeit ist in den „Roter-Morgen"-Gruppen bisher geleistet worden, die die Beanspruchung des ehrenvollen Titels „legitime Nachfolgerin der revolutionären Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns" (so wörtlich im „Roter Morgen", Januar 1969) auch nur entfernt rechtfertigen würde? Lügen wir uns doch nicht in die Tasche, wir kennen ja die Situation aus eigener Anschauung!

Es gibt keinerlei politische Schulung in den einzelnen Gruppen, von einem zentralen und allgemeinverbindlichen Schulungsprogramm ganz zu schweigen. Welche Verbindungen sind zu fortschrittlichen Arbeitern, Schülern und Studenten geknüpft worden? Welchen Anteil haben die „Roter Morgen"-Gruppen an den politischen Kämpfen des letzten Jahres? – Und die „Gruppen"? Viele von ihnen stehen überhaupt nur auf dem Papier, führen nicht einmal regelmäßige Zusammenkünfte durch. Die meisten der alten Gruppen haben sich inzwischen von Aust getrennt. Über die neuen Gruppen besteht keinerlei Kontrolle. Wer es versteht, Aust nach dem Munde zu reden, wird bedenkenlos zu allen internen Beratungen hinzugezogen. Dagegen wurden die süddeutschen Gruppen, die seit Jahren politische Arbeit leisten, nur wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber Aust „aufs Abstellgleis geschoben". Derartige subjektivistische Methoden der Auswahl der „Führungsspitze" öffnen natürlich dem Klassengegner Tür und Tor. (Um einen Namen zu nennen: Leute wie Günter Ackermann gehören einfach nicht in den engsten Kreis einer revolutionären Partei!) Und auf diesem Fundament soll eine marxistisch-leninistische Partei entstehen können? Eine Partei, die sich mit dem Namen KPD schmückt! – Die Folgen sind absehbar: Willkür der oberen Gremien, völlige Hilflosigkeit und Zerfall der unteren Gremien, Zänkereien, schließlich Spaltung – noch geschürt von Agenten, die der Klassenfeind jetzt natürlich haufenweise in die Partei einschmuggeln kann."

Später wurde Ackermann zusätzlich noch Hauptverantwortlicher für die gesamte „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der „KPD/ML". Erst bei der zweiten Spaltung der „KPD/ML" Ende 1971, ging er über Bord.

Eine Figur wie Ackermann konnte nur deshalb für relativ lange Zeit die von seinen Auftraggebern bestellte Rolle in der „KPD/ML" spielen, weil er dort besonders günstige Bedingungen vorfand, sich sozusagen als Narr unter Narren geben konnte.

RKB REVOLUTIONÄRER KAMPFBUND
ML MARXISTEN-LENINISTEN



Verantwortlich: Günter Ackermann, Duisburg-Hochfeld, St.-Johann-Str. 38

SCHLUSS MIT DEM VERRAT DER MAO-CLIQUE

Nun ist also dieser Clown endgültig von der Bühne abgetreten, sein letztes „Akrobat schööön!" ist verklungen. Andere werden zweifellos folgen. – Wir waren schon immer überzeugt, daß sich gerade unter den scheinbar drolligsten super-„linken" Harlekinen nicht wenige todernste Agenten der Bourgeoisie und der Revisionisten verbergen. Die Bourgeoisie kann der Kommunistischen Bewegung ja kaum besser schaden, als wenn sie ihre Agenten unter der Narrenkappe in die Bewegung einschleust, um dann in ihrer Presse zu höhnen: „Solche Schießbudenfiguren sind die Kommunisten!" – Die Bourgeoisie wird sich aber daran gewöhnen müssen, daß die Saison der Clowns unerbittlich zu Ende geht! ■

SPITZEL!

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF wurde von einem Versuch des Verfassungsschutzes berichtet, Spitzel gegen die Hamburger Gruppe des KB anzuwerben. Von einem ähnlichen Vorfall berichten auch unsere Bremerhavener Genossen.

Vor einigen Monaten versuchten zwei Beamte des Verfassungsschutzes, einen Bremerhavener Jugend-Funktionär der IG Druck und Papier als Spitzel gegen den KB anzuheuern. Die Beamten fragten den Kollegen, ob er bereit sei, seinen „Pflichten als Staatsbürger" nachzukommen und erläuterten ohne Umschweife, was sie darunter verstehen: der Kollege sollte sich bemühen, als Mitglied in den KB aufgenommen zu werden und in das „Zentrum der Organisation" einzudringen, um so dem Verfassungsschutz Informationen aus erster Hand zu beschaffen. Auf den Einwand des Kollegen, daß dies wegen seiner allgemein bekannten politischen Gegnerschaft zum KB unmöglich sei, wurde ihm angeraten, dann eben als „aufrechter Gewerkschafter" an den KB heranzutreten. Diese Art Wahrnehmung staatsbürgerlicher Pflichten sollte nicht unhonoriert bleiben. Schon für eine Liste mit einigen Namen von KB-Genossen hätte es Geld gegeben.

Der Versuch scheiterte an der ehrlichen demokratischen Gesinnung des Kollegen.

Dieser Vorfall steht nicht allein. Verschiedene polizeiliche Organe der Kapitalistenklasse versuchen mit vielfältigen Methoden, kommunistische Organisationen auszuleuchten. Eine kommunistische Organisation, die sich dagegen nicht in erster Linie politisch-ideologisch, aber auch organisatorisch absichert, würde höchst verantwortungslos handeln.

Bei dem vorliegenden Fall handelt es sich darum, daß der Verfassungsschutz zunächst bemüht war, einen Spitzel direkt in die Organisation *einzuschleusen* – dann, als dies keinen Erfolg zeitigte, daß er sich mit einer Informantentätigkeit *von außen* zufrieden geben wollte. Dies bietet natürlich schlechtere Möglichkeiten, da der Verfassungsschutz realistischerweise davon ausgehen muß, daß Kommunisten mit internen Dingen nicht hausieren gehen – selbst wenn es zu einer gewissen Zusammenarbeit zwischen dem Informanten als „aufrechten Gewerkschafter" und unserer Organisation gekommen wäre. Aber letztendlich können wir daraus nur den Schluß ziehen, daß der Verfassungsschutz seine Agententätigkeit mit *verschiedenen* Methoden, mit erfolgreichen und mit weniger erfolgreichen, betreibt, und daß er seine Informationen *aus mehreren Kanälen* zusammenzutragen versucht – denn mit Sicherheit handelt es sich hier nicht um den einzigen Versuch der Spitzelanwerbung gegen unsere Gruppe, sondern um den einzigen bislang *nachweisbar bekanntgewordenen*.

Möglicherweise ging es dem Verfassungsschutz *in diesem konkreten Fall* auch gar nicht allein (und vielleicht nicht einmal in erster Linie) darum, einen Spitzel *gegen den KB* anzuheuern. Der betreffende Kollege ist in der IG Drupa ziemlich aktiv und als „linker" Gewerkschafter bekannt. Die Verfassungsschützer wußten dies natürlich und schätzten die Sache so ein, daß er sicher noch eine „Karriere" in der Gewerkschaft vor sich hat. Dies deuteten sie in dem Gespräch auch an.

Angenommen nun, der Kollege wäre ein weniger aufrechter Demokrat gewesen und auf das „Angebot" der Verfassungsschützer eingegangen: Dann würde die Drohung, diese Tatsache „durchsickern zu lassen", zu einem ausgezeichneten Druckmittel, um den Kollegen zu immer weitergehenden Diensten zu zwingen – und zwar dort, wo er aktiv ist: in der Gewerkschaft.

„Einmal Agent – immer Agent": Das ist das Motto, mit dem sich der Verfassungsschutz seine Groschenjungen seit jeher gefügig macht, wenn sie erst einmal „angebissen" haben.

Neben dem Aspekt der Agententätigkeit gegen eine kommunistische Organisation ist daher der Aspekt der Agententätigkeit innerhalb der Gewerkschaft in diesem Fall nicht unwahrscheinlich. Zweifellos haben die Kapitalisten und der Staatsapparat die Gewerkschaften gegenwärtig über die rechten Gewerkschaftsführer ziemlich gut unter Kontrolle. Aber sie wissen ebenso, daß dieser Zustand nicht ewig so günstig für sie bleiben wird; sie registrieren mit großer Aufmerksamkeit die Anzeichen, die auf die Entwicklung einer selbständigen Politik der Arbeiterklasse auch in den Gewerkschaften hindeuten. Sowohl die Agententätigkeit gegen kommunistische Organisationen als auch die Agententätigkeit innerhalb der Gewerkschaft ist ihnen daher *ein* Mittel im Kampf gegen eine bewußter werdende Arbeiterklasse – konkret: um diejenigen auszuschalten, die den Arbeitern die Notwendigkeit und den Weg des Kampfes zum Sturz der gesamten Herrschaft der Bourgeoisie verdeutlichen. ■

KB/Gruppe Bremerhaven

Folter an Andreas Baader



Presseerklärung eines Frankfurter Anwaltskollektivs

Andreas Baader, der in einer Justizvollzugsanstalt Schwalmstedt-Ziegenhain/Hessen eine Freiheitsstrafe verbüßt, wird dort unter Anleitung des Kasseler Gefängnisarztes Dr. Degenhart gefoltert. Baader befindet sich zusammen mit 62 weiteren westdeutschen Gefangenen seit dem 8. Mai zum zweitenmal im Hungerstreik gegen die Isolierhaft in den Gefängnissen der Bundesrepublik. Gegen mehrere dieser Gefangenen ist inzwischen richterlich Zwangsernährung angeordnet worden.

Obwohl er sich am Dienstag, dem 22.5.73 in guter körperlicher Verfassung befand, erschien in der Mittagszeit der Anstaltsarzt Dr. Degenhart aus Kassel mit einem Kommando von 10 Aufsehern in Baaders Zelle, um ihm mit einem daumendicken Schlauch eine Nährlösung zwangsweise in den Magen zu pumpen. Baader verlangte dreimal nach einem Löffel, um die Lösung freiwillig zu essen. Trotzdem befahl der Arzt den Aufsehern, ihn festzuhalten, preßte ihm den Schlauch durch Mund, Rachen und Speiseröhre und hielt ihm die Nase zu. Baader mußte sich übergeben und wäre beinahe erstickt. Der Schlauch riß ihm den Rachen und die Speiseröhre blutig, so daß er Blut erbrach. Nach dieser Tortur spritzte Dr. Degenhart den Gefangenen mit drei intravenösen Injektionen für acht Stunden bewußtlos.

Baader war am Vormittag des 22.5.73 von einem seiner Verteidiger, Rechtsanwalt Koch vom Frankfurter Anwaltskollektiv, zu einer Besprechung aufgesucht worden. Der Anwalt konnte sich persönlich vom relativ guten körperlichen Zustand des Gefangenen überzeugen. Als er zur Fortsetzung der Besprechung die Anstalt am Nachmittag noch einmal aufsuchen wollte, teilte ihm der Oberaufseher mit, der Arzt habe für Baader „strenge Bettruhe" verordnet. Ein Verteidigerbesuch sei nicht möglich. Der Anwalt wollte den Anstaltsleiter Metz sprechen, der jedoch ein Gespräch verweigerte.

Wir als Verteidiger von Andreas Baader stellen fest:

Andreas Baader wird in der hessischen Strafanstalt Ziegenhain nicht nur mit der seelischen Folter der strengsten Isolierhaft gequält, er wird auch körperlich mit Methoden gefoltert, die den faschistischen Terrorregimes in Griechenland oder Spanien, Portugal, der Türkei oder Brasilien bis ins Detail abgesehen sind. Eine Zwangsernährung trotz Bereitschaft des Gefangenen zu freiwilliger Ernährung ist Folter.

Wir fordern Bestrafung des Anstaltsleiters Metz, des Gefängnisarztes Dr. Degenhart und ihrer Gehilfen.

Armin Golzem, Ruppert v. Plottnitz
Helmut Riedel, Bernd Koch
Rechtsanwälte

Frankfurt, 23. 5. 73